

Verfassungs- schutz- bericht 1987

*Linksextremistische
Bestrebungen*

*Rechtsextremistische
Bestrebungen*

*Sicherheitsgefährdende
und extremistische
Bestrebungen
von Ausländern*

Spionageabwehr



Inhaltsverzeichnis Seite 11

Sachwortregister Seite 189

Herausgeber:
Der Bundesminister des Innern,
Graurheindorfer Straße 198,
5300 Bonn 1, Juni 1988

Herstellung: Mohndruck
Graphische Betriebe GmbH, Gütersloh
ISSN: 0177-0357



Vorwort des Bundesministers des Innern

Die Väter unseres Grundgesetzes haben aus dem Schicksal der Weimarer Republik Lehren gezogen: Geprägt von dem Gedanken, daß in Deutschland eine freiheitliche Demokratie nicht noch einmal in einer Diktatur enden darf, haben sie bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland die neue Staatsordnung als eine streitbare, wehrhafte Demokratie ausgestaltet. Unserem freiheitlichen Rechtsstaat wurde ein Instrumentarium an die Hand gegeben, durch das die Wiederholung einer solchen Entwicklung ausgeschlossen werden soll.

Die Bundesregierung sieht in dem Verfassungsauftrag, die Demokratie gegen deren Feinde zu verteidigen, eine wichtige Aufgabe und ist bereit, die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus von links wie von rechts auch offensiv zu führen. In Übereinstimmung mit allen früheren Bundesregierungen und den Regierungen in den Ländern baut sie dabei in erster Linie auf die Überzeugungskraft der geistig-politischen Auseinandersetzung, der sie grundsätzlich Vorrang vor möglichen administrativen und gerichtlichen Maßnahmen gegen extremistische Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einräumt.

Die bereits 1974 von der Innenministerkonferenz verabschiedete Konzeption »Verfassungsschutz durch Aufklärung« folgt der Einsicht, daß eine freiheitliche demokratische Gesellschaft ihren Gegnern nicht das Feld widerstandslos überlassen darf und des-

halb der Kampf gegen die Verfassungsfeinde bereits im Vorfeld der Gefahr beginnen und von den Bürgern aktiv mitgetragen werden muß.

Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats obliegt nicht allein den staatlichen Behörden; sie ist Aufgabe aller Bürger. Ihre Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und den Gegnern der freiheitlichen Demokratie entschlossen entgegenzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz.

Die gewollte Einbeziehung des Bürgers in die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus setzt voraus, daß der Öffentlichkeit in sachlicher Form die notwendigen Informationen vermittelt werden, die es jedermann ermöglichen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen. Nur der informierte Bürger ist für die notwendige und gewollte politische Auseinandersetzung gewappnet. Nur der informierte Bürger erkennt auch die von extremistischen Kräften angestrebte propagandistische Irreführung sowie die Versuche politisch-extremistischer Einflußnahme.

Einer Aufklärung hierüber bedarf es auch deshalb, weil Verfassungsgegner ihre wahren Ziele häufig verschleiern und nicht selten durch Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz und durch Umwertung von Verfassungsnormen, politischen und juristischen Begriffen als vermeintliche Verfechter demokratischer Prinzipien auftreten. Die orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland bieten hierfür anschauliche Beispiele.

Ein Beitrag zur Aufklärung der Bürger über die unserer Verfassungsordnung drohenden Gefahren und damit ein Teil praktizierter wehrhafter Demokratie ist der jährliche Verfassungsschutzbericht des Bundesministers des Innern.

Der vorliegende Bericht faßt die Ergebnisse der Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Jahre 1987 zusammen; er informiert über die Aktivitäten und Ziele extremistischer und sicherheitsgefährdender Organisationen sowie über die nachrichtendienstliche Tätigkeit fremder Mächte; er analysiert und bewertet die Entwicklung und Zusammenhänge.

Der Bericht kann keinen erschöpfenden Überblick geben; er unterrichtet aber über die wesentlichen Erkenntnisse. Er ist als Orientierungshilfe für die politische Auseinandersetzung, nicht als eine abschließende juristische Würdigung zu verstehen. Dies gilt insbesondere für die Bewertung der von verfassungsfeindlichen Kräften beeinflussten Organisationen. Die Erwähnung einer Organisation im Bericht allein läßt noch keine Rückschlüsse auf die Verfassungstreue der einzelnen Mitglieder solcher Vereinigungen zu.

Allgemeine Erfahrungen

I. Linksextremistische Bestrebungen

Das Gefüge des organisierten Linksextremismus hat sich im Jahre 1987 kaum verändert. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist geringfügig zurückgegangen. Um ihren Fernzielen, der Beseitigung der freiheitlichen Demokratie und der Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Herrschaft oder der Anarchie, näher zu kommen, griffen Linksextremisten zu ihrer Agitation und in Aufrufen zur Aktion wiederum tagespolitische Themen auf. Insbesondere die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) sucht getreu marxistisch-leninistischer Strategie die Zusammenarbeit mit nicht-kommunistischen Kräften, um sich eine »Massenbasis« für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verschaffen und damit zu größerem politischem Einfluß zu gelangen, als es ihr angesichts eigener Mitgliederzahlen und eines geringen Wählerpotentials aus eigener Kraft möglich wäre. Im Interesse einer »größtmöglichen Bündnisbreite« übernehmen Kommunisten Thesen und Forderungen, die auch von Demokraten vertreten werden, deren Durchsetzung jedoch in jedem Falle – das ist für sie entscheidend – die eigene Position verbessern muß. Auch die übrigen Linksextremisten blieben bündnisfähig und stießen dabei auf weniger Vorbehalte; bei Aktionsbündnissen mit demokratischer Beteiligung wurden wiederholt selbst militante »Autonome« akzeptiert. Insgesamt fehlte den Linksextremisten 1987 ein überragendes »Reizthema«; die Kampagne gegen die Volkszählung ebte mit Beginn der Zählung im Mai rasch ab.

Die Zahl der linksextremistischen Gewaltaktionen und Terrorakte ging 1987 erheblich zurück. Die kriminelle Energie militanter Linksextremisten stieg dagegen an: Erstmals wurde aus ihren Reihen bei einer Protestaktion scharf geschossen; zwei Polizeibeamte wurden dabei am Frankfurter Flughafen getötet.

I. Moskauorientierte Kommunisten

Die orthodoxen, d.h. moskauorientierten Kommunisten bilden nach wie vor die größte und handlungsfähigste Gruppierung im deutschen Linksextremismus. Die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) und die »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW) stützen sich unverändert auf ihre offen kommunistischen Nebenorganisationen und auf etwa 50 beeinflusste Vereinigungen, bei denen die kommunistische Steuerung zum Teil gearbtet wird. Beide Parteien werden von der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED) der DDR angeleitet und mit Millionenbeträgen unterstützt. Sie folgen unverändert den politischen Vorgaben dieser »Bruderpartei« und übernehmen auch deren distanzierende Interpretation des neuen Kurses der »Kommunisten«.

nistischen Partei der Sowjetunion« (KPdSU). Die Vorgänge in der Sowjetunion trugen wesentlich dazu bei, daß die DKP in eine parteiinterne Krise geriet, die jedoch die Aktionsfähigkeit der Partei nach außen nur wenig beeinträchtigte.

2. »Neue Linke«

Innerhalb der sog. »Neuen Linken« – d. h. derjenigen Linksextremisten, die nicht dem moskauorientierten Kommunismus zuzurechnen sind – blieb die ideologische und organisatorische Aufsplitterung erhalten. Die kommunistischen Bünde und Partei-Aufbauorganisationen der »Neuen Linken« stagnierten. Dagegen fand die »Marxistische Gruppe« (MG) an zahlreichen Hochschulen weitere Anhänger. Zuwachs hatten auch anarchistische Gruppen und autonome Zusammenschlüsse. Die »Autonomen« waren für die Mehrzahl der Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund verantwortlich.

3. Terrorismus

Die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge linksterroristischer Gruppierungen ist 1987 mit 177 erstmals seit 1984 deutlich gesunken (1986: 318; 1985: 221; 1984: 148).

Die »Rote-Armee-Fraktion« (RAF) hat im Berichtszeitraum keine Terrorakte verübt. Ihr »Kommandobereich« dürfte jedoch bei einer personellen Stärke von nach wie vor 15 bis 20 Personen jederzeit in der Lage sein, selbst schwerste Terrorakte durchzuführen.

Auch die »Militanten der RAF« und das übrige engere RAF-Umfeld, dem derzeit etwa 250 Personen angehören, haben 1987 keine terroristischen Gewalttaten verübt. Dagegen setzten sie ihre propagandistischen Aktivitäten, vor allem im Zusammenhang mit der Forderung nach Zusammenlegung ihrer »Inhaftierten«, der Situation im Nahen Osten und dem »10. Jahrestag« der »Stammheim-Ereignisse« (Selbstmorde von Gudrun ENSSLIN, Andreas BAADER und Jan-Carl RASPE) mit erheblichem Arbeitsaufwand fort.

Den »Revolutionären Zellen« (RZ) und ihrer autonomen Frauengruppe »Rote Zora« waren 22 verübte Brand- und Sprengstoffanschläge, vornehmlich gegen Wirtschaftsunternehmen und Ausländerbehörden zuzurechnen. Mit dem Schußwaffenanschlag auf einen Richter am Bundesverwaltungsgericht in Berlin – dem vierten Anschlag dieser Art seit 1978 – unterstrichen sie erneut ihre Angriffsbereitschaft auch gegen Menschen.

II. Rechtsextremistische Bestrebungen

Eine einheitliche und systematische Ideologie der Rechtsextremisten gibt es nicht. Einig sind sich Rechtsextremisten allerdings in ihrem Streben nach totalitären oder autoritären Staatsformen. Sie

lehnen die repräsentative parlamentarische Demokratie ab und treten für die Einengung von Individualrechten ein.

Triebfeder für rechtsextremistische Bestrebungen ist immer ein rassistisch verstandener Nationalismus. Nicht die Gemeinsamkeiten der Geschichte, der Kultur und der Sprache bestimmen in der Vorstellung von Rechtsextremisten die Volkszugehörigkeit, sondern die gemeinsame Abstammung. Dies führt zu aggressiver Feindlichkeit gegen Ausländer und Juden.

Die Neonazis unter den Rechtsextremisten streben einen der NS-Ideologie entsprechenden Staat an. Soweit sie in HITLER ihr Leitbild sehen, ist das »Dritte Reich« das Wunschbild ihrer Staatsvorstellungen. Die »Nationalrevolutionäre« unter den Neonazis, die sich auf die Brüder STRASSER und deren linksnationalistische Aktivitäten in der Weimarer Republik berufen, lehnen dagegen HITLER als politische Leitfigur ab.

Die »Nationaldemokraten« kleiden ihre völkisch-kollektivistischen Systemvorstellungen in Begriffe wie »Volksgemeinschaft« und »Volksganzes« ein, wobei sie – wie dies auch die »National-Freiheitlichen« tun – keinen Zweifel daran lassen, daß sie trotz aller Wortbekenntnisse zum Grundgesetz angebliche Interessen der Volksgesamtheit über die Freiheitsrechte des Individuums setzen. 1987 brachte den Rechtsextremisten einen deutlichen Mitgliederzuwachs und einen Sitz in einem deutschen Landesparlament. Diese Erfolge gehen im wesentlichen auf das Konto der »National-Freiheitlichen« um Dr. FREY und deren neue Partei »Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU – Liste D).

Die Gesamtzahl rechtsextremistischer Organisationen war dagegen rückläufig. Ähnlich wie bei der NPD, der Hauptorganisation der Nationaldemokraten, stieg bei den Neonazis die Mitgliederzahl nur leicht. Die meisten Gewaltakte gingen von Neonazis aus, unter denen die von Angehörigen der sog. »Bewegung« unterwanderte und gesteuerte »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) und die »Nationalistische Front« (NF) die tonangebenden Organisationen sind.

Spektakuläre Aktionen mit einer Reihe von Gewaltakten löste im rechtsextremistischen Lager der Selbstmord des – nunmehr erst recht als Märtyrer und Symbolfigur verehrten – Rudolf HESS aus. Steigende Tendenz hatten die handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten, zumeist Neonazis, und politischen Gegnern. Häufiger gehen jetzt auch die Rechtsextremisten mit Gewalt gegen ihre Gegner vor.

Versuche, Skinheads in die neonazistische politische Arbeit einzubinden, scheiterten überwiegend, obwohl sich der Anteil der Rechtsextremisten unter den Skinheads erhöhte.

III. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

Die ganz überwiegende Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden 4,6 Millionen Ausländer verhält sich gesetzestreu und betätigte sich auch 1987 politisch nicht extremistisch.

Eine Reihe ausländischer Extremisten beeinträchtigte aber wie in den Vorjahren die innere Sicherheit und gefährdete durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsaktionen außenpolitische Belange. Die meisten gehörten den extremistischen Ausländergruppen in der Bundesrepublik an, in denen rund 108.600 (3,1%) der über 16 Jahre alten Ausländer organisiert sind. Sicherheitsgefährdende Aktionen verübten aber auch Ausländer, die eigens dazu in das Bundesgebiet einreisten.

Die Aktivitäten ausländischer Extremisten bezogen ihre Ursachen vor allem aus den Konflikt- und Krisensituationen ihrer Herkunftsländer. Sie richteten sich aber auch gegen die Politik der Bundesrepublik Deutschland und anderer westeuropäischer Staaten.

Die Zahl der vollendeten und versuchten Terrorakte und sonstigen schweren Gewalttaten ausländischer Extremisten stieg gegenüber dem Vorjahr von 10 auf 26 an. Dabei kamen 5 Menschen ums Leben. Auch die Zahlen anderer Gewaltaktionen, wie Körperverletzungen, Hausfriedensbruch unter Gewaltanwendung und Erpressungen, stiegen deutlich. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der politisch motivierten Gewaltaktionen auf 123 (1986: 70). Die größten Gefahren durch Ausländer für die innere Sicherheit gingen von hier lebenden Kurden türkischer Staatsangehörigkeit aus. Die zunehmenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern rivalisierender kurdischer Extremistengruppen führten zu Mord- und Brandanschlägen, sie forderten zwei Todesopfer und mehrere Verletzte. Die mit Abstand aktivste und militanteste Kurdenorganisation blieb vor allem die in Teilen des türkischen Staatsgebietes offen terroristisch operierende orthodox-kommunistische »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK).

Proiranische schiitische Extremisten gefährdeten aus dem arabischen Raum heraus die innere Sicherheit in unserem Land. Zwei mutmaßliche Mitglieder der proiranischen Terror-Organisation HIZB ALLAH wurden bei oder nach dem Einschmuggeln von hochexplosivem Flüssigsprennstoff in der Bundesrepublik festgenommen. Um sie freizupressen, wurden in Beirut daraufhin zwei deutsche Staatsangehörige entführt, von denen bei Jahresende erst einer wieder freigelassen war.

Wahrscheinlich iranische Extremisten verübten zwei Morde an iranischen Oppositionellen. Dagegen und auch angesichts zahlreicher Androhungen von Gewalt verblaßte in diesem Bereich der zahlenmäßige Rückgang der Gewaltaktionen im Jahre 1987 auf 7 (1986: 12).

Einen schweren Bombenanschlag verübten – vermutlich eigens zu diesem Zweck ins Bundesgebiet eingereiste – irische Extremisten auf ein Kasino der britischen Rheinarmee in Mönchengladbach. 31 Personen wurden verletzt.

Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der türkischen »Neuen Linken« forderten ein Todesopfer. Im übrigen waren türkische Linksextremisten verantwortlich für Besetzungskaktionen, Brandanschläge und Sachbeschädigungen vor allem gegen türkische Banken und Büros der »Turkish Airlines«. Die Spaltung der extrem-nationalistischen »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.« (ADÜTDF) hemmte deren Entwicklung, während der islamisch-extremistische »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln« durch zunehmende aggressive Propaganda gegen die gegenwärtige türkische Staatsform auf sich aufmerksam machte.

IV. Spionageabwehr

Aufgrund ihrer politischen Lage ist die Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahren ein Hauptangriffsziel der Nachrichtendienste der Staaten des Warschauer Paktes.

Äußerungen maßgeblicher und zuständiger Persönlichkeiten der DDR aus den letzten Jahren lassen – dies galt für die vergangenen Jahre und gilt auch, wie zu vermuten ist, für das laufende Jahr und die weitere Zukunft – eine aggressive Strategie der Ausforschungsaktivitäten der Geheimdienste der Warschauer-Pakt-Staaten mit dem Hauptoperationsgebiet Bundesrepublik Deutschland prognostizieren.

Dementsprechend verzeichnete die Spionageabwehr auch im Jahre 1987 eine anhaltende Bedrohung unseres Landes durch gegnerische Nachrichtendienste. Alleine schon die im Berichtszeitraum bekanntgewordenen Werbungen und Werbungsversuche, mit denen die gegnerischen Nachrichtendienste eine Erweiterung ihres Agentenpotentials in der Bundesrepublik Deutschland anstrebten, zeigten eine im Vergleich zu den Vorjahren ungebrochene Intensität der Ausforschungsbemühungen. Wiederum waren die Nachrichtendienste der DDR Hauptträger der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Spionageaktivitäten.

Die festgestellten Spionageaufträge betrafen ein breites Spektrum von Zielobjekten im politischen, militärischen und wirtschaftlich-technologischen Bereich und ließen ein umfassendes Interesse an der Gewinnung nachrichtendienstlicher Informationen erkennen. Dies machten auch die zahlreichen Festnahmen des vergangenen Jahres und die hierbei gewonnenen Erkenntnisse deutlich.

Von den am 11. November 1987 durch das Bundeskabinett verabschiedeten und am 1. Mai 1988 in Kraft tretenden neuen »Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Personen im Rahmen des

Geheimsschutzes« (Sicherheitsrichtlinien) wird eine Verbesserung der präventiven Spionageabwehr erwartet. Ziel des Geheimsschutzes ist es, mit vorbeugenden Maßnahmen, darunter Sicherheitsüberprüfungen von Personen sowie technische und organisatorische Sicherheitsvorkehrungen, der anhaltenden Ausspähung durch gegnerische Nachrichtendienste entgegenzutreten und deren Wirkungsmöglichkeiten einzuschränken. Die neuen Sicherheitsrichtlinien tragen den vom Bundesverfassungsgericht im Urteil zum Volkszählungsgesetz aufgestellten Grundsätzen Rechnung, indem sie durch detaillierte Regelungen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Sicherheitsinteressen und den Interessen des Datenschutzes herstellen. Dadurch, daß sie die bei der Abwehr der Spionageaktivitäten kommunistischer Staaten in den letzten Jahren gewonnenen zusätzlichen Erfahrungen einbezogen haben, lassen sie entscheidende Verbesserungen für den personellen Geheimsschutz erhoffen.

Inhaltsverzeichnis

Linksextremistische Bestrebungen

I.	Übersicht in Zahlen	20
1.	Organisationen und Mitgliederstand	20
2.	Verlage und Vertriebsdienste	21
3.	Periodische Publikationen	21
4.	Linksextremisten im öffentlichen Dienst	21
5.	Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen	22
II.	Orthodoxe (moskauorientierte) Kommunisten	22
1.	Politische und organisatorische Entwicklung	22
1.1	»Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)	22
1.1.1	Ideologisch-politischer Standort	22
1.1.2	Parteikrise	24
1.1.3	Organisation und Finanzierung	25
1.1.4	Stützung der DKP-Mitglieder	25
1.1.5	Parteipresse	26
1.2	»Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW) mit Neben- und beeinflussten Organisationen	27
1.3	Nebenorganisationen der DKP	27
1.3.1	»Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)	28
1.3.2	»Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus« (MSB)	29
1.3.3	»Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)	30
1.4	Kommunistisch beeinflusste Organisationen	30
1.4.1	»Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA)	30
1.4.2	»Deutsche Friedens-Union« (DFU)	31
1.4.3	»Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ)	32
1.4.4	»Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK)	32
1.4.5	»Die Friedensliste«	32
1.4.6	»Demokratische Fraueninitiative« (DFI)	33
1.4.7	»Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.« (VDJ)	33

1.4.8	»Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika« (ASK)	33
2.	Bündnispolitik	34
2.1	Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Sozialdemokraten	35
2.2	Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Gewerkschaften	36
2.3	Einflußnahme auf die »Friedensbewegung«	36
2.4	Beteiligung an der Kampagne zum Boykott der Volkszählung	39
2.5	Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst	40
2.6	»Antifaschismus«-Kampagne	41
2.7	»Antiimperialistische Solidarität«	41
3.	Betriebsarbeit	42
4.	Jugend-, Kinder- und Studentenarbeit	43
4.1	Jugend	43
4.2	Kinder	45
4.3	Studenten	45
5.	»Ideologischer Kampf«	47
5.1	Für diesen Kampf verfügt die DKP über bewährte Einrichtungen	47
5.2	»Kulturarbeit«	48
6.	Teilnahme an Wahlen	49
6.1	Bundestagswahl und Wahldiskussion	49
6.2	Landtags- und Kommunalwahlen	49
6.3	Mandate in Kommunalvertretungen	50
III.	SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik	
	Deutschland	50
1.	Anleitung und Unterstützung der DKP	50
2.	»Westarbeit« anderer DDR-Institutionen	51
3.	Funktionärs- und Delegationsreisen in die DDR und DDR-»Reisekader«	52
IV.	»Neue Linke«	52
1.	Politischer Standort und Entwicklung	52
2.	Organisationen und Gruppierungen	53
2.1	Revolutionär-marxistische Gruppen	53
2.1.1	»Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)	53
2.1.2	»Kommunistischer Bund« (KB)	54
2.1.3	»Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)	55
2.1.4	»Vereinigte Sozialistische Partei« (VSP)	55
2.1.5	»Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« (AB)	55
2.1.6	Trotzkistische Gruppen	56
2.1.7	»Marxistische Gruppe« (MG)	57
2.1.8	»Sozialistisches Büro« (SB)	57
2.2	Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre	57
2.2.1	»Autonome«	57
2.2.2	Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen«	62

2.2.3	»Anarcho-syndikalistische« und »anarcho-kommunistische« Gruppen	63
3.	Aktionsfelder	64
3.1	Beteiligung an der Kampagne zum Boykott der Volkszählung	64
3.2	Einflußversuche auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit	64
3.3	»Dritte Welt Solidarität« und »Anti- Imperialismusarbeit«	65
3.4	Beteiligung am Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie und gegen andere technische Großprojekte	66
3.5	»Antimilitarismus- und Friedensarbeit«	66
3.6	Kampf um »Freiräume«	67
3.7	»Antifaschismusarbeit«	68
3.8	Tätigkeit an Hochschulen	69
V.	Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten	70
1.	Moskauorientierte Kommunisten und deren Umfeld	70
1.1	DKP und SEW	70
1.2	Nebenorganisationen	70
1.3	Orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen	70
2.	»Neue Linke«	71
VI.	Deutscher linksextremistischer Terrorismus	72
1.	Entwicklung der Terroraktionen	72
2.	»Rote-Armee-Fraktion« (RAF)	74
2.1	»Kommandobereich« und »Militante«	74
2.2	Umfeld der »Roten-Armee-Fraktion«	74
3.	»Revolutionäre Zellen« (RZ) und »Rote Zora«	76
4.	Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen	79
5.	Internationale Verflechtungen	80
6.	Strafverfahren und einzelne Exekutivmaßnahmen	81
6.1	Anklagen	81
6.2	Verurteilungen	81
6.3	Besondere Exekutivmaßnahmen	82
VII.	Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	82
1.	Übersicht in Zahlen	82
2.	Schwerpunkte und Ziele linksextremistischer Straftaten	83
3.	Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten	84
3.1	Verurteilungen (Überblick)	84
3.2.	Anklagen	84
VIII.	Dokumentation	85
IX.	Übersicht über die wichtigsten linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	89

Rechtsextremistische Bestrebungen

I.	Übersicht in Zahlen	98
1.	Organisationen und Mitgliederstand	98
2.	Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste	98
3.	Periodische Publikationen	98
4.	Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst	99
II.	Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus	99
1.	Zielsetzung	99
2.	Zahlen	100
3.	Neonazistische Gruppen	100
3.1	»Die Bewegung«	100
3.2	»Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP)	101
3.3	»Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG)	104
3.4	»Nationalistische Front« (NF)	104
3.5	»Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/ Völkischer Bund« (ANV/VB)	106
3.6	»Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO)	106
3.7	Neonazizentrum um Ernst TAG	107
3.8	Neonazikreis um Curt MÜLLER	108
3.9	»Bürger- und Bauerninitiative e. V.« (BBI)	108
3.10	»Deutsche Bürgerinitiative e. V.« (DBI)	109
3.11	Agitationskampagne nach dem Tod von HESS	109
III.	»Nationaldemokraten«	110
1.	»Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)	110
1.1	Zielsetzung	110
1.2	Mitgliederentwicklung und Finanzen	111
1.3	Aktivitäten	111
1.4	Beteiligung an Wahlen	112
2.	»Junge Nationaldemokraten« (JN)	113
2.1	Mitgliederentwicklung	113
2.2	Aktivitäten	114
3.	»Nationaldemokratischer Hochschulbund« (NHB)	114
IV.	»National-Freiheitliche«	114
1.	Zielsetzung	114
2.	»Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU – Liste D)	116
3.	»Deutsche Volksunion e. V.« (DVU)	117
4.	Verlage	118
V.	Sonstige rechtsextremistische Gruppen	118
1.	»Gesellschaft für Freie Publizistik« (GFP)	118
2.	»Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V.« (DDF)	118

3.	»Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV)	119
4.	»Freundeskreis Ulrich von HUTTEN e. V.«	119
5.	»Hamburger Liste für Ausländerstopp« (HLA)	119
VI.	Jugendgruppen	119
1.	Überblick	119
2.	Jugendliche Randgruppen	120
3.	»Wiking-Jugend« (WJ)	120
VII.	Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste	121
1.	Zeitungs- und Schriftenverlage	121
2.	Buchverlage und Vertriebsdienste	121
VIII.	Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus	122
1.	»Europäische Bewegung«	122
2.	Belgien	122
3.	Österreich	123
4.	Schweiz	123
5.	Spanien	124
6.	Nordamerika	124
7.	Frankreich	124
IX.	Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus	125
1.	Anschläge	125
2.	Ermittlungsverfahren gegen terrorverdächtige Neonazis	126
3.	Verurteilungen	126
4.	Gewalt zwischen Links- und Rechtsextremisten	127
X.	Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund	128
1.	Überblick	128
2.	Gewaltaktionen und Gewaltandrohungen	128
XI.	Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten	129
1.	Verurteilungen	129
2.	Anklagen	129
XII.	Dokumentation	130
XIII.	Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	131

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

I.	Übersicht in Zahlen	136
1.	Überblick	136
2.	Organisationen	137

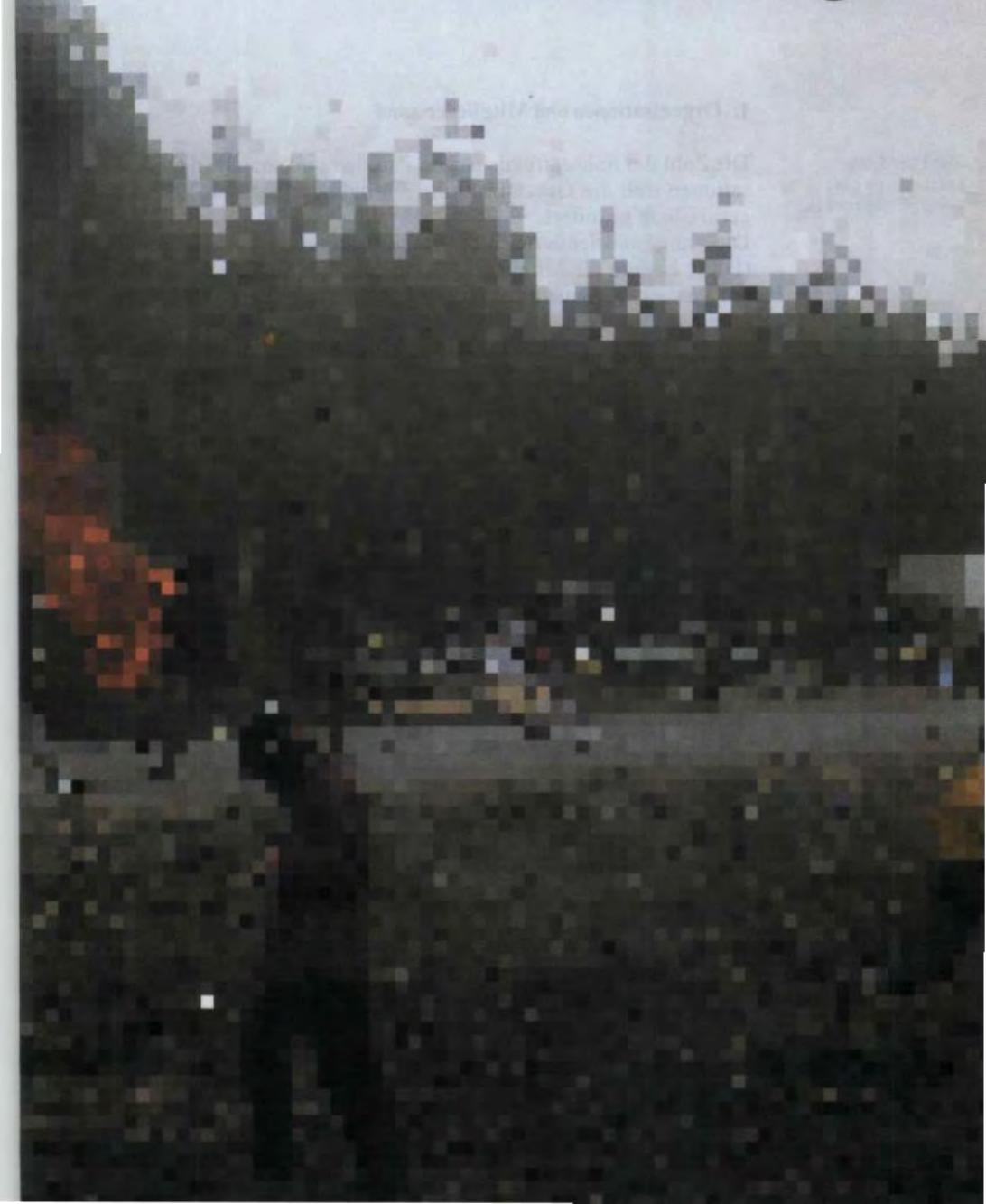
3.	Mitglieder	137
4.	Publizistik	138
5.	Gewaltaktionen	138
II.	Mitgliederentwicklung und Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen	140
1.	Kurden	140
1.1	Mitgliederentwicklung	140
1.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	140
2.	Araber	143
2.1	Mitgliederentwicklung	143
2.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	143
2.3	Vorbereitung und Durchführung von Gewaltakten	143
3.	Iraner	144
3.1	Mitgliederentwicklung	144
3.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	144
3.2.1	Anhänger der iranischen Regierung	145
3.2.2	Gegner der iranischen Regierung	145
4.	Iren/Nordiren	147
5.	Türken	148
5.1	Mitgliederentwicklung	148
5.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	149
5.2.1	»Neue Linke«	149
5.2.2	Gruppen der »Neuen Linken« mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung	150
5.2.3	Orthodoxe Kommunisten	151
5.2.4	Islamische Extremisten	152
5.2.5	Extreme Nationalisten	152
6.	Jugoslawen	153
6.1	Mitgliederentwicklung	153
6.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	153
7.	Tamilen	154
7.1	Mitgliederentwicklung	154
7.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	154
III.	Dokumentation	155
IV.	Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern, deren Neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	156

Spionageabwehr

1.	Spionageabwehr, ein notwendiger Schutz	162
2.	Kontakttanlässe / Werbungsverfahren	163
2.1	Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland	164
2.2	Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich	168
3.	Zielrichtungen / Zielobjekte	170
3.1	Politische Spionage / nachrichtendienstliche Ausspähung von Emigranten	170
3.2	Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage / nachrichtendienstlicher Einsatz von Austauschwissenschaftlern	174
3.3	Militärspionage	177
4.	Legale Residenturen	179
4.1	Auftrag und Gliederung der Legalen Residenturen	179
4.2	Aufklärungsschwerpunkt Politik	180
4.3	Werbungsschwerpunkt Wissenschaft und Technik	181
4.4	Werbungsschwerpunkt Perspektivagenten	182
4.5	Hauptamtliche Führungsoffiziere und Kooptierte	182
5.	Festnahmen und Verurteilungen	184
	Abkürzungsverzeichnis	185
	Sachwortregister	189



Linksextremistische Bestrebungen



I. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Zahl der Linksextremisten ging geringfügig zurück

Die Zahl der linksextremistischen Parteien und sonstigen Organisationen und die Gesamtzahl ihrer Mitglieder hat sich 1987 nur geringfügig geändert.

Die moskauorientierte »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) konnte die Mitgliedergewinne aus der im Vorjahr geführten Werbekampagne nicht halten. Mitgliederverluste hatten auch kommunistisch beeinflusste Organisationen.

Bei den Gruppen der »Neuen Linken« dagegen hatten anarchistische und undogmatische sozial-revolutionäre Gruppierungen weiteren Zulauf. Auch die Mitgliederzahl einzelner revolutionär-marxistischer Organisationen hat sich erhöht.

Organisation	1985		1986		1987	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
Orthodoxe Kommunisten						
Kernorganisationen	2	44.500	2	46.000	2	42.500
Nebenorganisationen	13	28.000	13	28.000	13	28.000
beeinflusste Organisationen*	51	66.500	53	64.000	54	60.500
»Neue Linke«						
Revolutionäre Marxisten						
Kernorganisationen	22	5.700	24	6.100	27	6.100
Nebenorganisationen	11	700	9	600	10	500
beeinflusste Organisationen*	13	2.000	11	1.100	11	1.200
Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre**						
	58	2.800	63	3.000	65	4.300
Summe	170	81.700	175	83.700	182	81.400
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen	ca.	ca.	ca.	ca.	ca.	ca.
	61.500	51.500	63.000	49.000	62.000	46.000

* Da den beeinflussten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen in einer eigenen Spalte aufgeführt.

** Erfasst sind nur Gruppen, die festere Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Den losen, statistisch nicht berücksichtigten Zusammenschlüssen dieser Szene sind schätzungsweise 6.000 Personen zuzurechnen. Die vorstehende Übersicht gibt das organisatorische Gefüge des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland nur in großen Zügen wieder. Die zahlenmäßig nicht überschaubaren Sekundärorganisationen und nur örtlich tätigen Kleingruppen sind nicht berücksichtigt.

2. Verlage und Vertriebsdienste

Für die Verbreitung linksextremistischer Zeitungen, Zeitschriften und Bücher waren 1987 wieder mehr als 100 Verlage und Vertriebsdienste tätig. Die DKP hat ihr Verlagsnetz weiter gestrafft.

	1985	1986	1987
Zeitungs-, Zeitschriften- u. Buchverlage	46	43	36
Vertriebsdienste/Buchläden	71	70	68
Summe	117	113	104

3. Periodische Publikationen

Linksextremisten und die von ihnen beeinflussten Organisationen gaben 1987 zusammen mehr als 1.500 verschiedene periodische Schriften mit einer Jahresgesamtauflage von mehr als 40 Mio. Exemplaren heraus. Davon kamen mehr als 36 Mio. (1986: etwa 34 Mio.) aus dem Bereich der moskauorientierten Kommunisten; die Zentralorgane der beiden kommunistischen Parteien DKP und SEW erscheinen als Tageszeitungen mit zusammen mehr als 35.000 Exemplaren. Die periodischen Schriften der »Neuen Linken« erreichten eine Jahresauflage von mehr als 4 Mio. Exemplaren.

4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1987 waren den Verfassungsschutzbehörden 2.104 (1986: 2.218) Linksextremisten im öffentlichen Dienst bekannt. Die Zahl der tatsächlich dort beschäftigten Linksextremisten ist wahrscheinlich erheblich größer; nach Anhaltspunkten aus einzelnen linksextremistischen Organisationen vermutlich mehr als doppelt so hoch. Viele Gruppen vermeiden es, ihre im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder für Aufgaben einzusetzen, bei denen diese Mitgliedschaft offengelegt werden müßte.

Von den erkannten 2.104 Linksextremisten stehen 930 in einem Beamtenverhältnis bei Bund, Ländern oder Gemeinden oder sind Zeitsoldaten bei der Bundeswehr; 1.174 sind als Angestellte oder Arbeiter beschäftigt.

1.567 der erkannten Linksextremisten im öffentlichen Dienst sind Mitglieder der DKP oder der SEW; 50 gehören einer DKP- oder SEW-Nebenorganisation an; weitere 94 sind in einer kommunistisch beeinflussten Organisation* aktiv. 393 sind Mitglieder von Gruppen der »Neuen Linken«.

* Mitglieder von linksextremistisch beeinflussten Organisationen wurden nur bei eigenem linksextremistischem Verhalten erfaßt.

Weiter hohe Dunkelziffer bei Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Von den 229 erkannten Linksextremisten im öffentlichen Dienst des Bundes sind 126 bei der Bundespost, 53 bei der Bundesbahn tätig, meist in untergeordneten Funktionen.

Von den 1.341 erkannten Linksextremisten im öffentlichen Dienst der Länder sind 751 als Lehrer tätig; 109 Personen gehören zum wissenschaftlichen Personal an Hochschulen.

5. Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen

Der Anteil linksextremistischer Gruppen in den studentischen Selbstverwaltungsorganen ist 1987 gegenüber dem Vorjahr gestiegen; der Anteil von Vertretern dieser Gruppierungen in den Studentenparlamenten stieg von 26,5% auf fast 34%; in den Allgemeinen Studentenausschüssen stieg ihr Anteil von 28% auf über 38%. Zugewinne erzielten insbesondere Gruppierungen der »Neuen Linken«. Sie nahmen am Jahresende 14% der Sitze in den Studentenparlamenten ein und 18% der Sitze in den Allgemeinen Studentenausschüssen. Der orthodox-kommunistische »Marxistische Studentinnen- und Studentenbund Spartakus« (MSB) und der »Sozialistische Hochschulbund« (SHB), dessen Strategie und Taktik mit Vorstellungen der moskauorientierten Kommunisten weitgehend übereinstimmen, arbeiteten wieder eng zusammen.

II. Orthodoxe (moskauorientierte) Kommunisten

1. Politische und organisatorische Entwicklung

1.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)

1.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DKP vertritt in der Bundesrepublik Deutschland den orthodoxen, d. h. von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bestimmten Kommunismus. Dabei sieht sie sich in der Tradition der 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verbotenen »Kommunistischen Partei Deutschlands« (KPD)¹

Grundsätzlich sieht die DKP in den Ländern des »realen Sozialismus« – vor allem der DDR – ein Vorbild; der Blick dorthin bedeute für die Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland immer auch einen Blick in die eigene Zukunft².

Als marxistisch-leninistische »Partei neuen Typus« duldet die DKP in ihren Reihen keinen Pluralismus, kein Nebeneinander unterschiedlicher politischer Meinungen³. Denn im Unterschied zu demokratischen Parteien nimmt sie für sich in Anspruch, eine

Anteil linksextremistischer Gruppen in studentischen Selbstverwaltungseinrichtungen nahm zu

DKP sieht sich in der Tradition der verbotenen KPD

wissenschaftlich abgesicherte Theorie zu besitzen und damit die Gesetzmäßigkeiten der objektiven Entwicklung zu kennen. Der Marxismus-Leninismus ist für sie nicht bloße Theorie, sondern *Anleitung zum Handeln*.

Auf neue Akzente in der sowjetischen Politik – gekennzeichnet mit den Schlagworten »Glasnost« (Öffentlichkeit) und »Perestrojka« (Umgestaltung) – reagierte die DKP-Führung zwiespältig: Einerseits will sie den »Rückenwind aus Moskau«⁴ für ihre Sozialismuspropaganda und Bündnispolitik nutzen. Andererseits mochte sie daraus nur zögernd Konsequenzen für die eigene Arbeit ziehen und verhielt sich ähnlich reserviert wie die »Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« (SED) der DDR, zu der sie seit jeher besondere Beziehungen unterhält (vgl. Kap. III); deshalb meint sie, es könne kein schematisches Übertragen der gegenwärtigen sowjetischen Praxis geben⁵. Sowjetische Selbstkritik über Fehlentwicklungen und Stagnationserscheinungen in der Vergangenheit stellte das blinde Vertrauen vieler DKP-Mitglieder in die KPdSU auf die Probe. Selbst führende DKP-Funktionäre räumten »an den Nerv« gehende Enttäuschungen ein⁶.

Ziel der DKP ist die revolutionäre Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. An die Stelle der freiheitlichen Demokratie soll nach dem Willen der DKP eine sozialistische Gesellschaftsordnung treten, gekennzeichnet insbesondere durch die »politische Macht des arbeitenden Volkes«⁷ (in der Sprache der Kommunisten gleichbedeutend mit »Diktatur des Proletariats«). Das politische System einer solchen Gesellschaft, die »sozialistische Demokratie«, wird wie folgt charakterisiert:

»Sie hat die Beschränkung der Demokratie für die Bourgeoisie zur Voraussetzung und ist kein linearer Prozeß der einfach immer weiteren Ausdehnung der bürgerlich-demokratischen Rechte. Der Staat ist immer Instrument der Klassenherrschaft: Im Kapitalismus als Diktatur der Bourgeoisie, im Sozialismus als Diktatur des Proletariats. Demokratie ist immer klassenbedingt, nie klassenneutral für den Menschen schlechthin.«
(Lutz LOHBERG, Friedensbewegung und blockübergreifende Strategien, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 1985, S. 92f.)

Die DKP weiß, daß die Revolution, die »sozialistische Umwälzung«, nicht aktuell erreichbar ist⁸; ihre revolutionäre Strategie sieht deshalb mehrere Etappen vor: zunächst eine »Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt«; dann eine »antimonopolistische Demokratie«, die der Leninschen »revolutionär-demokratischen Diktatur«, einer Vorstufe der »Diktatur des Proletariats«, entspricht.

Nach dem Leninschen Grundsatz der Einheit von Strategie und Taktik verfolgt die DKP ihre Nahziele und scheinbar demokratischen Tagesziele stets mit dem Blick auf ihr – verfassungsfeindliches – Endziel:

DKP für revolutionäre Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

»Niemals dürfen wir, auch bei ganz aktuellen Entscheidungen, das entscheidende Merkmal übersehen oder mißachten, das uns von allen anderen Parteien unterscheidet, nämlich in der Tagespolitik das sozialistische Ziel nicht preiszugeben, immer die Klassen- und Machtfrage zu sehen.«
(»Unsere Zeit« [UZ] vom 10. 2. 1987)

DKP für »revolutionäre Gewalt«

Nach wie vor bejaht die DKP die »revolutionäre Gewalt«; sie schließt dabei selbst den bewaffneten Kampf nicht grundsätzlich aus⁹, hofft aber, ohne Bürgerkrieg die Macht ergreifen zu können. Bei tagespolitischen Auseinandersetzungen bevorzugt die DKP aus taktischen Erwägungen »legale Kampfformen«. Sie zeigte sich aber auch 1987 zu illegalen Aktionen bereit, wenn sie ihr zweckmäßig und vermittelbar erschienen. In solchen Fällen riefen orthodoxe Kommunisten dazu auf, geltendes Recht zu brechen, beteiligten sich an Blockaden und Besetzungen, verübten Sachbeschädigungen und störten Veranstaltungen.

Um ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verschleiern, setzte die DKP ihre Umwertungstaktik fort: Sie gibt vor, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Dazu unterschiebt sie dessen Normen teilweise eine andere Bedeutung, um ihre verfassungsfeindlichen Ziele verfassungskonform erscheinen zu lassen. Das Bundesverfassungsgericht nannte diese – kommunistische – Taktik im KPD-Verbotsurteil eine »Perversion«¹⁰. In ständiger Rechtsprechung – zuletzt das Bundesverwaltungsgericht am 20. Januar 1987¹¹ – wird festgestellt, daß die Zielsetzung der DKP mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist.

DKP erlebt innerparteiliche Krise

1.1.2 Parteikrise

Die DKP ist 1987 in ihre bisher größte innerparteiliche Krise geraten. Selbst ihr Vorsitzender Herbert MIES sprach von »bedenklichen Erscheinungen«¹². Eine Ausarbeitung des DKP-Bezirkssekretariats Hamburg zum »krisenhaften Zustand der Partei« fand an der Basis Zustimmung. Dieses »Hamburger Papier« stellt als Krisensymptome fest: Verunsicherung durch die Veränderungen in der Sowjetunion, fehlende Durchschaubarkeit von Entscheidungen, verbreitete Unzufriedenheit, Zunahme der Parteiaustritte und deutlicher Vertrauensverlust der Parteiführung. Als Mittel dagegen wird eine »Demokratisierung der Partei« gefordert.

Solche Kritik aus den eigenen Reihen hatte die Parteiführung noch nie hinnehmen müssen. Sie reagierte mit größerer Offenheit in den Parteipublikationen (vgl. Ziff. 1.1.5), aber auch mit repressiven Maßnahmen, u. a. mit Ausschlüssen. Gleichzeitig steckte sie die Grenzen für diese Kritik ab und verlangte, an den leninschen Organisationsprinzipien festzuhalten. Das war eine klare Absage an die Demokratisierungstendenz.

1.1.3 Organisation und Finanzierung

Wegen anhaltender Mitgliederverluste dürften der DKP zum Jahresende nur noch etwa 38.000 (1986: über 40.000) Personen angehört haben – in mehr als 1.500 Grundorganisationen (etwa 450 Betriebsgruppen, etwa 1.000 Wohngebiets-, Orts- oder Stadtteilgruppen, etwa 100 Hochschulgruppen), die in nahezu 200 Kreisorganisationen zusammengefaßt sind. Diesen sind 12 Bezirksorganisationen übergeordnet.

Für das Jahr 1986 hat die DKP Einnahmen von insgesamt 22,9 Millionen DM öffentlich ausgewiesen¹³. Diese reichen nicht einmal für den aufwendigen Apparat aus, der u. a. mehrere hundert hauptamtliche Funktionäre und Hilfskräfte, die Parteizentrale in Düsseldorf und die »Vertretung des Parteivorstandes« in Bonn mit mindestens 13 Abteilungen sowie Büros und Kraftfahrzeuge der Bezirks- und Kreisorganisationen umfaßt. Außerdem sind Millionenbeträge erforderlich, um Großveranstaltungen, Kampagnen und sonstige Agitation sowie die Nebenorganisationen zu finanzieren und beeinflusste Vereinigungen zu unterstützen. Für diese Aufwendungen sind ihr auch 1987 wieder mehr als 65 Millionen DM konspirativ aus der DDR zugeflossen. Zusätzlich kommen ihr in der DDR erhebliche Dienstleistungen zugute, z. B. die Kaderschulung, Delegations-Betreuung, Krankenhaus- und Kuraufenthalte für DKP-Funktionäre.

Mitgliederzahlen der
DKP rückläufig

Der DKP fließen
weiterhin erhebliche
Geldmittel aus der
DDR zu

1.1.4 Schulung der DKP-Mitglieder

Grundlage der Schulung blieben die zweimonatlichen Bildungsabende der Parteigruppen. Die »Marxistischen Betriebsarbeitschulen« unterwiesen wie bisher Parteimitglieder aus Betrieben. Einzelne Bezirke boten ein Frauenfernstudium an. Die parteieigene »Karl-Liebknecht-Schule« mit Internat in Leverkusen schulte rund 900 Parteimitglieder in ein- und zweiwöchigen Grund- und Speziallehrgängen (u. a. zur Kommunal- und Hochschulpolitik sowie für Kleinzeitungsredakteure). Etwa 300 DKP-Funktionäre besuchten Dreimonats- und Jahresschulungen an der eigens für die DKP in Berlin (Ost) eingerichteten »SED-Parteischule Franz Mehring« sowie am »Institut für Gesellschaftswissenschaften« beim ZK der KPdSU in Moskau.

Funktionäre der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend« (SDAJ), des »Marxistischen Studentinnen- und Studentenbundes Spartakus« (MSB) und der »Jungen Pioniere« wurden an der FDJ-»Jugendhochschule Wilhelm Pieck« in der DDR und an der »Hochschule des Leninschen Komsomol« (Jugendorganisation der KPdSU) in Moskau ausgebildet.



Auflage des DKP-Zentralorgans sinkt weiter

Neue »DKP-Informationen« herausgegeben

1.1.5 Parteipresse

Die DKP-Presse, an der Spitze das täglich erscheinende Zentralorgan »Unsere Zeit« (UZ), zeigte ein größeres Maß an Offenheit und veröffentlichte mehr kritische Leserbriefe und Diskussionsbeiträge als in früheren Jahren. Der Chefredakteur der UZ, Georg POLIKEIT (Mitglied des DKP-Präsidiums), stellte der gesunkenen Auflage Erfolge gegenüber: Der UZ gelinge es im wachsenden Maße, nichtkommunistische Gewerkschaftsfunktionäre, Sozialdemokraten, Grüne, Christen, Wissenschaftler, Künstler, Sportler als Interviewpartner zu gewinnen¹⁴. Das 7. »UZ-Pressfest – Volksfest der DKP« vom 11. bis 13. September in Duisburg sei mit mehr als 300.000 Besuchern ein massenwirksames Ereignis gewesen¹⁵.

Seit dem Spätsommer dokumentieren neue »DKP-Informationen« die innerparteiliche Diskussion. Neben den zentralen Publikationen erschienen etwa 320 Betriebszeitungen sowie etwa 380 sonstige Kleinzeitungen der DKP-Gliederungen mit Einzelaufgaben von mehreren hundert bis zu hunderttausend Exemplaren.* Besondere Bedeutung für die kommunistische Pressearbeit behielt die »Progress Presse Agentur« (PPA) unter ihrem Chefredakteur Eberhard WEBER (ehemaliger DKP-Pressesprecher). In der PPA-Zentrale in Düsseldorf und den vier PPA-Büros arbeiten etwa 15 Journalisten.

* Weitere Publikationen vgl. Kap. VIII

1.2 »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW) mit Neben- und beeinflussten Organisationen

Die SEW repräsentiert – in enger Anbindung an die SED der DDR – den orthodoxen Kommunismus in Berlin (West). Auf »Glasnost« und »Perestrojka« in der Sowjetunion reagierte die SEW-Führung zunächst abwartend. Dies führte an der Parteibasis zu Ratlosigkeit und Unsicherheit, jedoch zu keinem merklichen Mitgliederverlust. Kritik – aber auch Selbstkritik – an der zögerlichen Haltung der Parteiführung und einer unzureichenden Informationspolitik wurde auf dem VIII. Parteitag (15. bis 17. Mai) laut. Der SEW-Vorsitzende Horst SCHMITT mußte bei seiner Wiederwahl mit mehr als 6% für orthodox-kommunistische Parteien ungewöhnlich viele Gegenstimmen hinnehmen (1984: 1 Gegenstimme).

Mittelpunkt der politischen Arbeit der SEW, ihrer Nebenorganisationen und der von ihr beeinflussten Gruppen (Vorfeldorganisationen) blieb der sog. »Friedenskampf«, in dem sie vorbehaltlos die sowjetische Politik unterstützten. Dabei konnte die Partei wieder auf zahlreiche von ihr oder ihren Nebenorganisationen initiierte »Friedensinitiativen« zurückgreifen. Das Thema »Frieden« verknüpfte sie 1987 mit dem Thema »750-Jahr-Feier Berlins«. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten auch die Aktionen gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung in Berlin (West) (»Weißer Kreis«), bei denen die SEW-beeinflußte »Berliner Mietergemeinschaft e. V.« besonders hervortrat.

Die »Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin« (ADS Westberlin), deren Mitglieder zumeist auch den SEW-Hochschulgruppen angehören, agitierte gegen das novellierte Hochschulgesetz. Ihre 4. Delegiertenkonferenz (17./18. Oktober) bestätigte Michael RUMP (Mitglied des SEW-Parteivorstandes) als Vorsitzenden.

Die SEW-Jugendorganisation »Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht« (SJVKarl Liebknecht), deren Vorsitzender Ralf DERWENSKUS dem »Büro« des SEW-Parteivorstandes angehört, organisierte wieder Ferienreisen in die DDR. Im Juli entsandte sie einen »Freundschaftszug« in die ČSSR.

1.3 Nebenorganisationen der DKP

Auch 1987 setzte die DKP für ihre politische Arbeit eine Reihe von Nebenorganisationen ein. Diese sind zwar formell selbständig und haben eigene Satzungen und Führungsgremien. Sie bekennen sich jedoch zum Marxismus-Leninismus und zur führenden Rolle der DKP, mit der sie personell verflochten sind. Die wichtigsten dieser Organisationen sind die drei kommunistischen Jugendverbände. Sie unterhalten vielfältige Verbindungen zu ausländischen »Bruderverbänden« und enge, besondere Beziehungen zur »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) der DDR. Als »Kaderreserven« der DKP wollen sie ihre Mitglieder ideologisch indok-

VIII. Parteitag
der SEW

trinieren; dazu dient ihnen auch die zentrale kommunistische »Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg« (Aurach/Krs. Ansbach)¹⁶.

1.3.1 »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)

Die SDAJ bezeichnet sich als »revolutionärer Arbeiterjugendverband« und »kämpft« gemeinsam mit der DKP für eine von »Ausbeutung und Unterdrückung befreite sozialistische Gesellschaft«¹⁷; ein Vorbild dafür sieht sie in der DDR¹⁸. Die Bundesvorsitzende Birgit RADOW ist Mitglied des DKP-Präsidiums; die Vorsitzenden der 12 SDAJ-Landesverbände gehören in der Regel den DKP-Bezirksvorständen an. Der SDAJ-Vorstand kritisierte die vielfach langweilige, unbeständige Gruppenarbeit und fehlende Mitgliederwerbung¹⁹. Deshalb begann die SDAJ eine neue »Festivalkampagne« (bis zum 6. »Festival der Jugend« im Juni 1988), bei der Mitglieder geworben und die Mitarbeit in der Schüler- und Arbeiterjugendbewegung verstärkt werden sollen. Neben ihren Sprachrohren »elan – Das Jugendmagazin« und »Jugendpolitische Blätter« verbreitete die SDAJ eine Vielzahl von Kleinzeitungen, meist unregelmäßig und in geringer Auflage. Vierteljährlich zu den Einberufungsterminen der Bundeswehr ga-

SDAJ sieht wie
die DKP die DDR
als Vorbild





ben »elan«-Redakteure und Bundeswehrsoldaten die Schrift »Rührt Euch – Zeitung für Soldaten« heraus. Seit 1986 besteht eine »elan-Mailbox« für Computer; mehrmals erschien dazu ein »elan-Computer-Info«.

1.3.2 »Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus« (MSB)

Der MSB sieht sich als revolutionäre Studentenorganisation und als enger »Kampfgefährte« der DKP, mit der ihn das gemeinsame sozialistische Ziel und die revolutionäre Strategie verbinden²⁰. Im Unterschied zu DKP und SDAJ begrüßten weite Teile des MSB den neuen Kurs der KPdSU vorbehaltlos: Der Sozialismus sei wieder in der Offensive; die sowjetischen Impulse müßten für die eigene Erneuerung zu einem »Verband des Neuen Denkens« genutzt werden²¹.

Der neue Bundesvorsitzende Thomas RIECKE gehört wie seine beiden Stellvertreter und zahlreiche weitere MSB-Funktionäre der DKP an.

Der MSB ist nach wie vor der größte, handlungsfähigste linksextremistische Studentenverband. Ihm sollen – wie der MSB propagandistisch herausstellte – auch Mitglieder der GRÜNEN und der SPD angehören. Neben dem MSB-Organ »rote blätter« erscheint seit Ende 1987 als Diskussionsforum des MSB die Zeitung »avanti«.

MSB ist enger
»Kampfgefährte«
der DKP

1.3.3 »Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)

Die JP betonten auch 1987, daß sie mit der DKP eng verbunden seien und sich für die gemeinsamen Ziele einsetzen.²²

JP Rekrutierungsfeld
für DKP und SDAJ

Die bei den JP organisierten Kinder sollen unmittelbar nach ihrer Pionierzeit Mitglieder der SDAJ werden²³.

DKP und SDAJ unterstützten die JP vielfach, z. B. bei der Kinderferienaktion und den Pfingstcamps. Der JP-Vorsitzende Gerd HERTEL ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes und gehört – wie seine Stellvertreterin – dem geschäftsführenden SDAJ-Bundesvorstand an.

1.4 Kommunistisch beeinflusste Organisationen

Seit jeher stützen sich Kommunisten bei ihrer »Massenarbeit« und Bündnispolitik auch auf anders benannte Organisationen, deren kommunistische Steuerung oder Beeinflussung sie tarnen. Diese Organisationen sind von Kommunisten gegründet oder unterwandert worden; sie stellen sich nach außen als unabhängig dar, werden aber tatsächlich erheblich kommunistisch beeinflusst: Entscheidende Funktionen, vor allem im organisatorischen (hauptamtlichen) Bereich, sind mit prokommunistischen oder kommunistischen Funktionären besetzt; dagegen besteht die Mehrzahl der Mitglieder sehr oft aus Nichtkommunisten. Diese Organisationen treten meist für Forderungen ein, die mit kommunistischen Nahzielen übereinstimmen, isoliert betrachtet jedoch nicht als extremistisch erscheinen. So gelingt es diesen Organisationen immer wieder, Bündnispartner auch unter Demokraten zu gewinnen und damit Vorbehalte gegenüber Kommunisten und den von diesen angestrebten eigentlichen – verfassungsfeindlichen – Zielen abzubauen. Von den nach wie vor etwa 50 DKP-beeinflußten Organisationen traten 1987 folgende 8 besonders hervor.*

1.4.1 »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA)

Die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA) wird unverändert von Kommunisten beherrscht. Etwa zwei Drittel der Mitglieder des neuen Bundesvorstandes (früher Präsidium) ebenso wie des neuen Präsidiums (bisher geschäftsführendes Präsidium) sind Kommunisten. Der Generalsekretär Kurt ERLEBACH ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes; auch die anderen hauptamtlichen Funktionäre des Sekretariats gehören – mit einer Ausnahme – der DKP an. Vordringender Arbeitsschwerpunkt der VVN-BdA blieb der Kampf um »antifaschistische Aktionseinheit« und gegen »Antikommunismus«²⁴. Sie wirkte bei zahlreichen Bündnissen und Kampagnen mit, und zwar nicht nur beim »Antifaschismuskampf«, son-

* Publikationen vgl. Kap. VIII



den auch in anderen Aktionsfeldern der DKP. Beispielhaft dafür ist die Kampagne gegen die Volkszählung, bei der die Vereinigung Vergleiche mit der NS-Zeit anstellte²⁵. Die VVN-BdA stellte nach den Veranstaltungen zu ihrem 40jährigen Bestehen fest: »Wir haben in unserer Bündnispolitik einen Durchbruch erzielt«²⁶. Dabei verwies sie u. a. auf das Auftreten und die Unterstützung von bekannten Demokraten und Gewerkschaftern und auf die Mitgliedschaft einer Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN in ihrem Bundesvorstand²⁷.

1.4.2 »Deutsche Friedens-Union« (DFU)

Die »Deutsche Friedens-Union« (DFU) behielt ihre herausragende Rolle in der »Volksfront«-Politik der DKP: Sie wirkte initierend und koordinierend beim sog. »Friedenskampf« (vgl. Ziff. 2.3), bei der Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst (vgl. Ziff. 2.5) und den Aktivitäten gegen die Volkszählung (vgl. Ziff. 2.4)²⁸. Dabei bemühte sie sich, vor allem in »bürgerlichen« Kreisen und unter Christen kommunistische Nahziele zu propagieren und anti-kommunistische Einstellung abzubauen. Die DFU verfügt dazu über einen aufwendigen und effektiv arbeitenden Apparat von hauptamtlichen Funktionären, darunter zahlreiche Kommunisten. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz attestierte der DFU eine ablehnende Haltung gegenüber der Verfassungsordnung der

VVN-BdA sieht sich zunehmend akzeptiert

DFU koordiniert kommunistische Bündniskampagnen

Bundesrepublik Deutschland und eine programmatische und praktisch-politische Nähe zur DKP²⁹.

1.4.3 »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ)

KFAZ Instrument
des kommunistischen
sog. »Friedens-
kampfes«

Das »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ) blieb ein wichtiges bündnispolitisches Instrument des kommunistischen »Friedenskampfes«. Die Hälfte der Mitglieder seines zentralen Leitungsgremiums (»Büro«) gehört dem sowjetisch gesteuerten »Weltfriedensrat« (WFR, vgl. Kap. V, Ziff. 1.3) an, darunter der Sprecher Achim MASKE und Martha BUSCHMANN (DKP-Präsidiumsmitglied). Mit Veranstaltungen, Publikationen und mit großem organisatorischem und personellem Einsatz beeinflusste das KFAZ wieder Aktionsplanung und Positionsbestimmung der »Friedensbewegung«. In deren bundesweiten »Koordinierungsausschuß« (KA) und dessen »Geschäftsführung« (Sitz: Bonn) ist das KFAZ u. a. durch MASKE und einen weiteren Mitarbeiter vertreten. Durch regelmäßige Präsenz bei den Sitzungen der Geschäftsführung des KA sicherte sich das KFAZ seinen Einfluß auf Planungen und Beschlüsse der organisierten »Friedensbewegung«.

1.4.4 »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK)

Kommunistischer
Einfluß in der
DFG-VK unter-
schiedlich stark

In der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK) waren auch 1987 entscheidende Positionen mit Kommunisten und Mitgliedern anderer Vorfeldorganisationen besetzt. So gehören zu den sieben Personen des neuen Bundessprecherkreises (anstelle des bisherigen Bundesvorstandes) die DKP-Mitglieder Michael GEMS (Bundesgeschäftsführer) und Gregor WITT sowie zwei Mitglieder anderer DKP-beeinflußter Organisationen. In den Gliederungen des Verbandes blieb der kommunistische Einfluß unterschiedlich; teilweise war er unerheblich. Wiederholt kritisierten einzelne Gliederungen und Mitglieder den Einfluß der DKP auf den Bundesverband³⁰, ohne ihn jedoch zurückdrängen zu können.

Die DFG-VK ist nach wie vor im Koordinierungsausschuß (KA) und dessen Geschäftsführung vertreten. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit standen Vorbereitung und Durchführung des internationalen »Olof-Palme-Friedensmarsches für einen atomwaffenfreien Korridor« (29. August bis 19. September).

1.4.5 »Die Friedensliste«

Das Personen- und Wahlbündnis »Die Friedensliste« wird nach wie vor von Kommunisten dominiert. Zwei Drittel der Mitglieder des Bundesvorstandes gehören der DKP oder ihren Vorfeldorganisationen an, darunter Uwe KNICKREHM (Mitglied des DKP-Parteivorstandes) und Horst TRAPP (Mitglied des DFU-Bundes-

vorstandes). Bei der Bundestagswahl am 25. Januar hatte die DKP zugunsten der »Friedensliste« auf eine Teilnahme verzichtet. Diese stellte lediglich Direktkandidaten auf – mindestens 40% davon aus den Reihen der DKP, weitere 30% aus deren Vorfeldorganisationen – und empfahl, mit der Zweitstimme SPD oder GRÜNE zu wählen. Die Kandidaten der »Friedensliste« erhielten zusammen 188.602 Stimmen (= 0,5%).

Nach der Wahl begann im Bündnis eine z. T. kontroverse Diskussion über die künftige Konzeption³¹; die DKP sprach sich dafür aus, die »Friedensliste« weiterzuentwickeln.

»Friedensliste« diskutiert zukünftige Konzeption

1.4.6 »Demokratische Fraueninitiative« (DFI)

Die »Demokratische Fraueninitiative« (DFI) besteht aus etwa 100 Gruppen ohne feste Mitgliedschaft.

Die sechs Frauen der »Bundesgeschäftsstelle« gehören entweder der DKP oder einer ihrer Vorfeldorganisationen an. Erneut beteiligte sich die DFI mit frauenspezifischen Parolen (z. B. gegen Wehrdienst für Frauen) an Kampagnen, die auch von Kommunisten gefördert wurden. Auf zunehmende Schwierigkeiten stieß die Bündnisarbeit der DFI; die seit Jahren übliche zentrale »Aktion Muttertag« fand mangels Unterstützung durch andere Gruppen – so die DFI – nicht mehr statt.

Bundesgeschäftsstelle der DFI personell stark von Kommunisten beeinflusst

1.4.7 »Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.« (VDJ)

Die »Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.« (VDJ) wurde 1972 auf Betreiben der DKP gegründet. In ihrem Vorstand arbeiten seit Jahren Mitglieder der DKP und anderer Vorfeldorganisationen mit. Die Vereinigung ist eine Sektion der sowjetisch gesteuerten »Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen« (IVDJ). Ein Schwerpunkt ihrer Aktivitäten lag in der Kampagne gegen die Volkszählung (vgl. Ziff. 2.4).

VDJ aktiv in der Kampagne gegen die Volkszählung

1.4.8 »Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika« (ASK)

Im »Antiimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika« (ASK) arbeiten kommunistische Organisationen und Einzelpersonen mit demokratischen Kräften zusammen. Die laufenden Geschäfte besorgt ein DKP-Mitglied; der Sprecher ist Mitglied des »Weltfriedensrates«. Das ASK propagierte auch 1987 die Solidarität mit Regierungen und »Widerstandsbewegungen« in der dritten Welt, die der kommunistischen Ideologie nahestehen, und veranstaltete Aktionen zu ihren Gunsten (vgl. Ziff. 2.7). Das Komitee blieb mit dem »Antiimperialistischen Informationsbulletin« (AIB) eng verbunden; die Hälfte von dessen Herausgebern sind Funktionäre kommunistischer Organisationen.

2. Bündnispolitik

DKP mißt Bündnispolitik zentrale strategische Bedeutung zu

Für die DKP besitzt das Erreichen einer »Massenbasis« eine zentrale strategische Bedeutung. Deshalb strebt sie Bündnisse mit nichtkommunistischen Kräften an:

- die »Aktionseinheit der Arbeiterklasse«, d. h. die Zusammenarbeit vor allem mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern (vgl. Ziff. 2.1 und 2.2)
- das »breite antimonopolistische Bündnis«, auch »demokratisches Bündnis« genannt; aufbauend auf der »Aktionseinheit« sollen bäuerliche und bürgerliche Kreise bis hin zu mittleren Unternehmern sowie auch Intellektuelle einbezogen werden;
- im sog. »Friedenskampf« die »Koalition des Friedens und der Vernunft« aller am Frieden interessierten Kräfte, einschließlich »realistisch denkender« groß-bürgerlicher Kreise.

Bündnispartner sucht die DKP im Kampf für vorgeblich gemeinsame Tagesanliegen zu gewinnen. Dazu propagiert sie Forderungen, von denen sie annimmt, sie würden auf breite Zustimmung auch bei Nichtkommunisten stoßen und – das ist die entscheidende Bedingung – ihre Durchsetzung würde die kommunistischen Positionen verbessern. Demokratische »Bündnispartner« nehmen dabei häufig nicht wahr, daß »Bündnislosungen« – wie z. B. »für Frieden«, »für sozialen Fortschritt« – für Kommunisten eine ganz andere Bedeutung haben als für sie selber: Nach kommunistischer Auffassung garantiert letztlich nur der Sozialismus Frieden und Fortschritt. Deshalb bedeutet für Kommunisten der Kampf für »Frieden und Fortschritt« in Wirklichkeit, für den Sozialismus kommunistischer Prägung zu kämpfen.

Das wichtigste publizistische »Bündnisorgan« der DKP erscheint seit September unter dem Namen »Volkszeitung« (zuvor: »Deutsche Volkszeitung/die tat«); mindestens zwei Drittel der Redakteure – darunter der Chefredakteur und seine Stellvertreterin – sind Mitglieder kommunistischer Kern- oder Nebenorganisationen. Auch 1987 zog die DKP – teilweise mit Recht – eine positive Bilanz ihrer Bündnispolitik: Der politische Handlungsspielraum der Partei sei größer geworden, ihr moralisches Ansehen gewachsen³²; das positive Image der sowjetischen Politik unter GORBATSCHOW schaffe für die Bündnispolitik neue Möglichkeiten³³:

»Noch nie seit Bestehen der DKP waren die objektiven Bedingungen unseres Wirkens und war der politische Einfluß von ... Kommunisten in der Bundesrepublik so günstig bzw. so groß wie heute, was man insbesondere im Bereich der Friedensbewegung und der Gewerkschaften und in den Betrieben erkennen kann.«

(»Marxistische Blätter« Nr. 11/1987, S. 55)

DKP stellt größeren politischen Handlungsspielraum fest

Gleichzeitig räumte die DKP in Anerkennung der Realitäten aber ein, daß sich ihre bündnispolitischen Erfolge bisher nicht bei Wahlen und bei der Mitgliederwerbung niedergeschlagen haben.

2.1 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Sozialdemokraten

Vorrangiges Ziel kommunistischer »Aktionseinheitspolitik« ist die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten. Grundlage dafür sieht die DKP in gemeinsamen »antimonopolistischen« Anliegen und dem Kampf gegen den gleichen »Klassengegner«³⁴; wenn auch die »Systemfrage«³⁵ DKP und SPD trenne, so gebe es doch einen großen Vorrat an Gemeinsamkeiten³⁶.

Die DKP glaubt, ihrem Ziel 1987 einen weiteren Schritt näher gekommen und bei Sozialdemokraten auf weniger Vorbehalte gestoßen zu sein; sie verwies u. a. auf angeblich erste »offizielle« Kontakte von DKP und SPD, in der Regel auf unterer Ebene³⁷. Für 1988 gab sie die Parole aus: »Auf diesem Wege weiter: ran an Sozialdemokraten – für Aktionseinheit!«³⁸

Nach der Veröffentlichung des Arbeitspapiers der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« am 27. August sprach die DKP von zusätzlichem Spielraum und langfristig verbesserten Bedingungen für die »Aktionseinheit«³⁹. Äußerungen aus der SPD, die DKP könne innenpolitisch kein Partner von Aktionsbündnissen sein, gehen nach ihrer Meinung an der Realität vorbei. Gefordert seien derzeit nicht spektakuläre Kontakte auf der Ebene der Parteiführungen (»Aktionseinheit von oben«), sondern die Fortsetzung der alltäglichen Zusammenarbeit (»Aktionseinheit von unten«), z. B. in Betrieben, Gewerkschaften und in der »Friedensbewegung«⁴⁰.

Die Themen »Frieden«, »Kampf gegen Berufsverbote«, »Antifaschismus« und »Internationale Solidarität« boten auch 1987 Anlaß zu Aufrufen und zu zahlreichen örtlichen, regionalen und bundesweiten Bündnissen, in deren Gremien Kommunisten und Mitglieder der SPD gleichberechtigt mitwirkten. Ein schon traditionelles Feld der »Aktionseinheitspolitik« bilden die »Ostermärsche«, bei denen seit Jahren neben hochrangigen Vertretern der DKP auch Repräsentanten der SPD als Redner auftreten. Die kommunistische Presse, vor allem das DKP-Zentralorgan »Unsere Zeit« (vgl. Ziff. 1.1.5) veröffentlichte wieder Interviews mit bekannten Sozialdemokraten. Mehrere kommunistisch beeinflusste Organisationen (VVN-BdA, KFAZ, »Arbeitsausschuß« der Initiative »Weg mit den Berufsverboten«) lassen in ihren Leitungsgremien weiterhin einzelne Mitglieder der SPD mitarbeiten, um so den Anschein der Überparteilichkeit zu erwecken.

Der »Sozialistische Hochschulbund« (SHB) unterstützte auch 1987 die kommunistische Politik der »Aktionseinheit«. Er bezeichnet sich als sozialdemokratische Organisation, die auf marxistischer Grundlage arbeite⁴¹, seine Mitglieder seien überwiegend

DKP sieht Fortschritte bei »Aktionseinheit« mit Sozialdemokraten

DKP fordert »Aktionseinheit von unten«

SHB unterstützt »Aktionseinheit«

in der SPD organisiert⁴². Der SHB will um die SPD und in der SPD für eine Entwicklung zum Sozialismus kämpfen⁴³. Dabei sind das marxistische Grundverständnis, Nahziele, politische Perspektiven und Taktik des SHB kaum von denen orthodoxer Kommunisten zu unterscheiden.

2.2 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Gewerkschaften

Die Taktik der orthodoxen Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften hat sich nicht verändert: Nach außen treten sie dafür ein, die Gewerkschaften zu stärken⁴⁴, zugleich bemühen sie sich, ihren Einfluß mit dem Ziel zu erweitern⁴⁵, die Gewerkschaften langfristig in Werkzeuge (»Transmissionsriemen«) kommunistischer Politik umzuwandeln. Die DKP forderte deshalb eine stärkere Ausrichtung der Gewerkschaften auf klassenkämpferische Positionen und polemisierte scharf gegen eine Politik der Sozialpartnerschaft⁴⁶.

Entsprechend den Weisungen der Partei leisteten auch 1987 DKP-Mitglieder in beträchtlichem Umfang kommunistische Gewerkschaftsarbeit: Etwa drei Viertel der Parteimitglieder sind in DGB-Gewerkschaften organisiert. In obersten Gewerkschaftsgremien sind Kommunisten weiterhin nur vereinzelt vertreten; in einigen nachgeordneten Gewerkschaftsgliederungen ist ihr Anteil jedoch nicht unwesentlich, insbesondere in der IG Druck und Papier sowie der dieser angehörenden Deutschen Journalisten-Union (dju), dem Kern der neuen IG Medien (Druck und Papier, Publizistik und Kunst); bei dieser begrüßte die DKP »antimonopolistische« Forderungen⁴⁷. Im Bundesvorstand des »Ausschusses junger Lehrer und Erzieher«, einem Bundesgremium der GEW, dominieren wie bisher ehemalige Mitglieder kommunistischer Jugend- und Studentenverbände.

In ihrer Agitation hob die DKP besonders hervor, daß Gewerkschaftsfunktionäre auf DKP-Veranstaltungen auftraten, der UZ Interviews gaben und bei der praktischen »Massenarbeit« Kommunisten als gleichberechtigt akzeptierten⁴⁸.

Auch 1987 unterstützte die »Nachrichten-Verlags-GmbH«, Frankfurt/M., die kommunistische Gewerkschaftsarbeit mit Publikationen, darunter der Monatsschrift »NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Deren Herausgeber und Redakteure gehören mehrheitlich der DKP an und haben z.T. auch Funktionen in den Gewerkschaften.

2.3 Einflußnahme auf die »Friedensbewegung«

Der sog. »Friedenskampf« bildete auch 1987 einen Schwerpunkt kommunistischer Aktivitäten. Die DKP hielt sich dabei an die Vorgaben von KPdSU und SED und trat mit ihren Vorfeldorganisationen nachdrücklich für die sowjetischen Abrüstungsvorschläge ein. Ihr Einsatz wurde von der KPdSU honoriert: Im September erhielt der DKP-Vorsitzende MIES den »Lenin-Friedenspreis«.

Moskauorientierte
Kommunisten wollen
Gewerkschaften als
»Transmissions-
riemen« nutzen

Die orthodoxen Kommunisten blieben in der »Friedensbewegung« eine Minderheit. Das »DKP-Spektrum« war jedoch in den Arbeitsgremien und auf »Aktions- und Strategiekonferenzen« dieser Bewegung wieder deutlich überrepräsentiert; durch ständige Anwesenheit, einheitliches und geschicktes Vorgehen konnte es viele seiner Vorstellungen durchsetzen.

Auch 1987 waren orthodoxe Kommunisten über die SDAJ, das KFAZ, die DFG-VK, die VVN-BdA und die »Vereinigten Deutschen Studentenschaften« (VDS) im bundesweiten »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung« (KA) mit Sitz in Bonn (etwa 30 Mitgliedsorganisationen) vertreten. Obwohl die DKP offiziell dem KA nicht angehört, beteiligt sich nach wie vor ein Funktionär ihres Parteivorstandes maßgeblich an den Beratungen. Mitglieder der Partei und ihrer Vorfeldorganisationen arbeiteten wieder besonders eifrig bei der »Geschäftsführung« und im »Büro« des KA sowie bei Publikationen mit. Der übermäßig starke Einfluß des DKP-Spektrums im KA wurde von Teilen der »Friedensbewegung« zwar kritisiert, jedoch nicht eingeschränkt. Um den Abschwung der »Friedensbewegung« aufzuhalten, setzten sich die DKP und ihr Umfeld nachdrücklich für die »Großdemonstration« des KA am 13. Juni in Bonn ein, die zeitgleich mit dem Deutschlandbesuch des amerikanischen Präsidenten stattfand. Zahlreiche Linksextremisten waren so auch unter den ca. 50.000 Demonstranten (Veranstalterangabe: 110.000).

Die DKP und ihre Vorfeldorganisationen waren wiederum maßgeblich an den »Ostermärschen« (100.000 Teilnehmer, Veranstalterangabe: 350.000) beteiligt. Die bundesweite »Informationsstelle Ostermarsch '87« befand sich – wie in den Vorjahren – in der DFU-Landesgeschäftsstelle Hessen; Achim MASKE (vgl. Ziff. 1.4) trat als »Sprecher« auf. Kommunisten und Funktionäre DKP-beeinflusster Organisationen wirkten auch in den regionalen »Ostermarsch«-Gremien in entscheidenden Positionen. Führende DKP-Funktionäre sprachen neben Vertretern demokratischer Organisationen auf zahlreichen Kundgebungen. Rückblickend stellte die DKP fest:

»Ohne das Wirken der DKP, ohne ihre gerade in kleinen Gemeinden aufopferungsvolle Rolle, ohne das Wirken unserer Partei und einzelner Genossen gäbe es natürlich diese und solche Ostermärsche nicht. Die DKP ist das Rückgrat der Bewegung.«

(Schreiben des DKP-Bezirksvorstandes Bremen/Niedersachsen-Nord an die »Friedensverantwortlichen und Bündnissekretäre« vom Mai 1987).

Die DFU-gesteuerte »Krefelder Initiative« (KI) blieb Sprachrohr und Interpret DKP-genehmer »Friedenspolitik«. Sie diente wiederum als Sammelbecken für »berufsspezifische Friedensinitiati-

Kommunisten in den Entscheidungs-gremien der »Friedensbewegung« nach wie vor deutlich überrepräsentiert

DKP sieht sich als Rückgrat der »Ostermarschbewegung«

Die historische Chance nutzen! Jetzt Raketen raus!

Soffianos in drei Jahren kann die Bundesrepublik frei von atomaren Mittelstreckenraketen sein. Und auch die sowjetischen Raketen, die auf unser Land gerichtet sind, landen auf

dem Schrottl. Diese historische Chance eröffnet die folgende Abrüstungsinitiative von KPUSU-Gesamtssekretär Gorbatschow. Der Vorschlag ist akzeptieren:

- USA und UdSSR ziehen alle ihre Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise-Missiles, SS 20) aus Europa ab und verschrotten sie. Die Sowjetunion reduziert ihre Raketen in Asien auf 100 Gefechtsköpfe; ebenso viele verteilen in den USA.
- Die Frage der Mittelstreckenraketen wird aus dem übrigen Verhandlungspaket herausgenommen. Ein spezielles Abkommen soll binnen 6 Monaten unter Dach und Fach sein.

- Sofort nach Unterzeichnung zieht die UdSSR ihre operativ-taktischen Raketen aus der DDR und CSSR ab, die dort als Antwort auf die Pershing II und Cruise-Missiles stationiert wurden.
- Die UdSSR ist bereit, sofort Verhandlungen über den Abbau und die vollständige Beseitigung der anderen operativ-taktischen Kernwaffen aufzunehmen.

Breite Zustimmung

Der sowjetische Vorschlag hat weitestweite Zustimmung ausgetriggert. Er entspricht den Zielen der Friedensbewegung. Als weiteres wesentliches Zugeständnis unterstreicht er den Abrüstungswillen der sozialistischen Staaten, „womit sie die Weichen im Zug der USA-Regierung hat die initiale Gorbatschows als „großes Schritt“ begründet. Die sowjetische Haltung entspricht „deutschen Forderungen und europäischen Sicherheitsinteressen“, so der Bundesaußenminister. Doch bei Worten darf es nicht bleiben. Taten sind gefordert, damit die Abrüstung Realität wird. Wenn nicht jetzt – wann denn?



Gemeinsame Verantwortung

Im Winter 1987 hat die Bundesversammlung sich bei der DDR-Dezernatsvorsitzende Erich Honecker für die Unterstützung des sowjetischen Vorschlages ausgesprochen und an die gemeinsame Verantwortung der beiden deutschen Staaten für die Friedenserhebung in Europa erinnert. Beauftragte beider Regierungen sollen umgehend darüber beraten, was die DDR und die Bundesrepublik tun können, damit die historische Chance für einen Eintrag in die atomare Abrüstung nicht verfliehe wird.



Die Menschheit hat sich durch die Anhäufung von Kernwaffen und deren Verwobbenheit ihrer Unsterblichkeit berückt. Sie kann nur dann wiedergeburt werden, wenn die Kernwaffen vernichtet sind. 44

Widerstand der Stahlhelmer

NGST ist ein ABERGLOUBIGES VERBUNDENHEITEN DIE FAKTEN IN PERSHING und die Rotationsstelle suchen beiderseitig nach Vorden, um jede Abrüstung zu sabotieren. Sie wollen sich ihre Waffen für den atomaren Erstschlag nicht aus der Hand nehmen lassen. Für sie ist die Abrüstung der Ermittel. Sie fürchten die Folgen. Auch die Stahlhelmer in der CDU/CSU, vor kurzen noch einige Bekannte der „Aktion“, werden nach „Raketenraub“ um mit zusätzlichen Forderungen an Abkommen zu handeln. Doch sie sind isolierter denn je. Das gemeinsame Handeln aller vernünftigen, im Frieden und Abrüstung interessierten Menschen kann sie in die Schranken weisen.

Das fordert die Friedensbewegung

Die Bundesregierung muß handeln!

Die Bundesregierung muß einen sofortigen Bau- und Sanierungsstopp in den vier Stützpunkten für atomare Mittelstreckenraketen verhängen!

Die Bundesregierung muß jeden Übungsbetrieb für bereits stationierte Raketen untersagen!

Bundesregierung und Bundestag müssen beschließen, daß die USA spätestens am 1. September 1987 mit dem Abbau der Pershing II und Cruise-Missiles beginnen.

Zitat der Erklärung der Friedensbewegung vom 1. Februar 1987



**Jetzt Druck machen!
Alle auf zum Ostermarsch '87**

DKP

ven«. Für die KI betreute vor allem der kommunistische »Friedens«-Funktionär Reiner BRAUN (DKP) diese Initiativen. Er unterhielt dabei besonders enge Verbindungen zur »Naturwissenschaftler-Initiative: Verantwortung für den Frieden«. Das DKP-Spektrum bietet den Mitgliedern solcher »berufsspezifischer« Initiativen – überwiegend sind das Nichtextremisten – organisatorische Unterstützung, die teils als notwendig entgegengenommen, teils geduldet wird. So stellte die DFU ihre Organisationskraft der Initiative »Sportler und Sportlerinnen für den Frieden« bei ihrer »Friedensstaffette« im Juni 1987 zur Verfügung. In der DFU-Bundesgeschäftsstelle befand sich ein »Organisationsbüro« der Staffette, die DFU-Landesgeschäftsstellen in Hamburg und Stuttgart leisteten ebenfalls Hilfestellung.

Nach der Unterzeichnung des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Abschaffung der atomaren Mittelstreckenraketen verstärkte die DKP ihre Bemühungen, die »Friedensbewegung« zusammenzuhalten und ihr neue Aufgaben zuzuweisen. DKP-Mitglieder wurden angehalten, noch eifriger in berufsspezifischen Initiativen und in den Gremien der »Friedensbewegung« mitzuarbeiten – denn sonst verlöre die Partei ihr bisher erfolgreichstes bündnispolitisches Aktionsfeld.

DKP will Mitarbeit in »berufsspezifischen« Friedensinitiativen verstärken

2.4 Beteiligung an der Kampagne zum Boykott der Volkszählung

Gestützt auf ihre »Apparate« und mit großem publizistischem Einsatz versuchten die DKP und ihre Vorfelddorganisationen, eine führende Rolle beim Kampf gegen die Volkszählung zu übernehmen und einen Volkszählungsboykott (VoBo) durchzusetzen. Kommunisten arbeiteten in VoBo-Initiativen mit. Die VVN-BdA behauptete, Parallelen zur totalen Erfassung in der NS-Zeit zu erkennen. Die VDJ veranstaltete Anfang Mai mit Vertretern von VoBo-Initiativen einen »bundesweiten juristischen Ratschlag« über »Volkszählung '87 – mitmachen – mogeln – boykottieren?«; dabei versuchte sie, den Widerstand gegen die Volkszählung juristisch zu rechtfertigen, und bot den Boykotteuren ihre Unterstützung an⁴⁹.

Nach der Volkszählung im Mai agitierte das DKP-Spektrum für Solidarität mit »kriminalisierten« Verweigerern.



des sowjetisch gesteuerten »Weltgewerkschaftsbundes« (WGB) zustande gekommen.

2.6 »Antifaschismus«-Kampagne

Ein wesentliches Ziel der kommunistischen »Antifaschismus-Kampagne« ist es, das antitotalitäre, gleichermaßen gegen rechts- wie linksextremistische Bestrebungen gerichtete Demokratieverständnis des Grundgesetzes auf einen nur »antifaschistischen« Gehalt zu reduzieren und damit den Kommunismus hoffähig zu machen.

Die DKP-beherrschte VVN-BdA, für die DKP unentbehrlicher Träger des »Antifaschismuskampfes«⁵¹, bemühte sich wiederum, breite »antifaschistische« Bündnisse zu bilden, bestehende zu festigen⁵² und ein »antifaschistisches Klima« zu schaffen. Sie initiierte zahlreiche Aktionen gegen das Auftreten tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsextremisten. Träger der Aktionen waren zu meist Bündnisse, in denen die Kommunisten und auch Gruppen der »Neuen Linken« mit Vertretern demokratischer Parteien und Gewerkschaften zusammenarbeiteten. Kommunisten befürworteten oder rechtfertigten dabei auch gewaltsame Vorgehensweisen.

Kommunismus soll
hoffähig gemacht
werden



2.7 »Antiimperialistische Solidarität«

Auch 1987 unterstützten Kommunisten materiell und agitatorisch ihnen ideologisch nahestehende Regierungen und »Widerstands-

klasse müßten die Arbeiter in den Großbetrieben der materiellen Produktion Hauptadressaten kommunistischer Politik bleiben⁵⁴:

»Dabei ist es für uns immer von Bedeutung, den Blick auf jene Arbeiter und Angestellten zu richten, die sozusagen an den entscheidenden Hebeln sitzen, wenn es darum geht, daß alle Räder stillstehen müssen.«

(UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 37)

Die DKP behauptete, ihre Betriebsarbeit habe einige Erfolge gezeitigt. So will sie bei den Betriebsratswahlen 1987 einen beträchtlichen Zuwachs an Mandaten erreicht haben⁵⁵; sie verwies auch auf die Zahl ihrer Betriebsgruppen, die auf etwa 450 (1986: 400) angestiegen ist. Die Zahl der DKP-Betriebszeitungen – mit Einzelaufgaben bis zu mehreren tausend Exemplaren – ging jedoch auf etwa 320 (1986: 340) zurück.

DKP behauptet
Erfolge in ihrer
»Betriebsarbeit«

4. Jugend-, Kinder- und Studentenarbeit

Das Bemühen um Einfluß auf die junge Generation bildete auch 1987 einen Schwerpunkt kommunistischer Aktivitäten. Dabei versuchte die DKP, sich als interessanter, zuverlässiger Partner der Jugend darzustellen. Sie will bei jungen Menschen auf ein unbefangeneres und positiveres Verhältnis zu Kommunisten und auf »fortschrittliche« Positionen gestoßen sein⁵⁶. Die Parteigliederungen wurden mehrfach angehalten, SDAJ und MSB sowie »Junge Pioniere« zu unterstützen.

4.1 Jugend

Die SDAJ agitierte 1987 erneut mit spektakulären Aktionsformen: Verleihungen von »Orden« und »Urkunden« an »Jugendfeinde«, Besetzungen und Störungen von Veranstaltungen politischer Gegner. Bis zur Bundestagswahl am 25. Januar lief die SDAJ-Kampagne »Stoppt die Jugendfeinde«. Dabei wurden »Kohl-freie Zonen« ausgerufen, CDU-Büros zugenanagt, CDU-Plakate beschädigt und CDU-Veranstaltungen gestört. Die SDAJ rühmte sich: »Die Aktion war ein toller Erfolg«⁵⁷.

Spektakuläre
Aktionen der SDAJ

Die SDAJ blieb im sog. »Friedenskampf« engagiert; sie setzte ihre Mitarbeit im »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung« fort und beteiligte sich an den Aktionen der »Friedensbewegung«. Als eines ihrer Markenzeichen nannte die SDAJ die »antimilitaristische Haltung«⁵⁸. Mit Flugschriften und der Publikation »Rührt Euch« warb sie unter Soldaten für die Mitarbeit in den fast 20 »Soldaten-Friedensinitiativen« und »Arbeitskreisen Demokratischer Soldaten« (ADS). Junge Kommunisten und von ihnen beeinflusste örtliche Initiativen führten mehr als 160 Störaktionen gegen die Bundeswehr (Mahnwachen, Behinderungen von

Rekrutengelöbnissen, Agitation mit Flugblättern) durch; sie waren ferner – häufig im Bündnis mit anderen linksextremistischen Kräften – an mehr als 500 (1986: über 800) weiteren Aktionen gegen die Bundeswehr beteiligt.

Besondere Bedeutung maß die SDAJ wiederum der Betriebsarbeit zu. Sie forderte von ihren Mitgliedern, bei Wahlen zu Betriebsräten und Jugendvertretungen zu kandidieren und in der Gewerkschaftsjugend aktiv zu werden; ihre – nach eigenen Angaben mehr als 200 – Betriebsgruppen bezeichnete sie als Rückgrat des Verbandes⁵⁹. Über ein Drittel der 757 Delegierten zum 9. SDAJ-Bundeskongreß sollen in betriebliche und gewerkschaftliche Funktionen gewählt worden sein⁶⁰.

In den Schulen sah die SDAJ ein Handlungsfeld von zunehmender Bedeutung⁶¹. Sie behauptete, über etwa 250 Schulgruppen zu verfügen, und erklärte, sie habe die Schülerproteste gegen die Reform der Sekundarstufe II und der Abiturprüfung mitorganisiert; SDAJ-Mitglieder hätten in Schülervertretungen und Schulstreik-Komitees mitgearbeitet⁶². In der »Bundeschülervertretung« (BSV) und in »Landeschülervertretungen« (LSV) sind nach wie vor SDAJ-Mitglieder tätig.

Bei ihren Bündnisbemühungen stieß die SDAJ auch 1987 kaum auf Schwierigkeiten. So sprachen z. B. auf ihrem 9. Bundeskongreß u. a. Vertreter der »Deutschen Jungdemokraten« und der »Naturfreundejugend Deutschlands« (NFJD) Grußworte. In der NFJD wirken seit langem auf allen Ebenen kommunistische

SDAJ aktiv bei Schülerprotesten

HINKOMMEN
UND MITBRINGEN

**SDAJ
PFINGST-
CAMP '87**

Gemeinsam draußen und drinnen für
Frieden und 35-Stunden-Woche, gegen WAA,
Ausländerfeindlichkeit und
Neonazis!

Preis:
für 800,- 30,-
All-Angebote 25,-

Freitag, 5. Juni:
Amateur-Rock-Oldies
mit den
'WHEELERS'

Samstag, 6. Juni:
Der 'Clown gegen
Rechts'
EIMI KLUCKE

Sonntag, 7. Juni:
Rocknacht mit
der 'SCHWEINE-
KOMBO'

5.-8. Juni
**Burg Wahrberg
AURACH
BEI ANSBACH**

Funktionäre mit. Die Bundesjugendleiterin der NFJD äußerte im März, die Naturfreunde hätten die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht mitvollzogen; sie seien stolz, daß in ihrem Verband Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenarbeiten⁶³. Dagegen wurde ein Antrag der SDAJ auf Aufnahme in den »Deutschen Bundesjugendring« erneut abgelehnt; die SDAJ gehört aber nach wie vor den Landesjugendringen Hamburg, Bremen und Saarland sowie etwa 40 Stadt- und Kreisjugendringen an.

Bei ihrer Freizeitarbeit veranstalteten die SDAJ-Landesverbände 11 »Pfungstcamps«, an denen über 4.000 Jugendliche teilgenommen haben⁶⁴. Der kommunistisch beeinflusste Motorradclub »Kuhle Wampe« (etwa 1.000 Mitglieder) setzte seine Versuche fort, motorradbegeisterte Jugendliche für kommunistische Nahziele (z. B. »Antifaschismusarbeit«) zu gewinnen.

Die SDAJ begann bereits mit Vorbereitungen für die 13. Weltfestspiele der Jugend und Studenten (Sommer 1989 in Nord-Korea); sie tritt dafür ein, daß möglichst viele Jugendverbände aus der Bundesrepublik Deutschland ihre Teilnahme melden⁶⁵.

4.2 Kinder

Angeleitet und unterstützt von DKP und SDAJ bemühten sich die »Jungen Pioniere« (JP) vor allem um 6- bis 14jährige Kinder. Mit kindgerechten Mitteln – Sport, Spiele, Feste – versuchten sie, die Kinder für eine kommunistische Zukunft zu begeistern und für den Eintritt in die JP zu gewinnen. Über die Kinder will die DKP auch mit den Eltern in ein politisches Gespräch kommen. Wiederum setzten die JP Kinder für politische Aktionen ein.

Die JP veranstalteten mit Unterstützung der DKP und der SDAJ etwa 40 Pfingstcamps für angeblich über 3.000 Kinder⁶⁶. Im Sommer organisierten DKP und JP wieder gemeinsam Ferienreisen für Kinder in die DDR. Dabei sollen die Kinder den Sozialismus entdecken⁶⁷. Die Beteiligung an den Reisen war trotz niedriger Eigenkosten offensichtlich unbefriedigend für die DKP; wie in den Jahren zuvor wurde keine Gesamtangabe gemacht (zuletzt 1985: 4.000).

4.3 Studenten

Die DKP hob auch 1987 die Bedeutung ihrer Arbeit an den Hochschulen hervor: Ihre »Grundorganisationen« an den Hochschulen, die DKP-Hochschulgruppen und der studentische »Massenverband« MSB Spartakus, seien ein Zeichen für die Stärke der Partei in der Intelligenz⁶⁸.

Die etwa 100 DKP-Hochschulgruppen – ihnen gehören jeweils die an einer Hochschule studierenden und beschäftigten DKP-Mitglieder an – hatten auch 1987 den MSB anzuleiten und zu unterstützen.

Der MSB hielt an seinem Konzept der »gewerkschaftlich orientierten Politik« fest: Er gab sich als Vertreter studentischer Inter-

JP mißbrauchen
Kinder für kommunistische Ziele



MSB unverändert in enger »Aktions-einheit« mit dem SHB

essen aus und propagierte die Zusammenarbeit der Studentenbewegung mit der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften⁶⁹. Dabei wirkte er unverändert in enger »Aktionseinheit« mit dem SHB zusammen. Zugleich verwies der MSB auch auf – nach seiner Einschätzung – inhaltliche Gemeinsamkeiten mit Jungsozialisten (Juso)-Hochschulgruppen und die »sehr konstruktive« Arbeit mit den »Radikaldemokratischen Studentengruppen« (RSG)⁷⁰.

In den studentischen Vertretungen an den Hochschulen und im studentischen Dachverband »Vereinigte Deutsche Studentenschaften« (VDS) konnte der MSB seine einflussreiche Stellung halten. MSB und SHB beeinflussen über die Allgemeinen Studentenausschüsse, an denen sie beteiligt sind, den »Zentralrat« der VDS. Wegen der dominierenden Rolle von MSB und SHB im »Zentralrat« hatten sich die Juso-Hochschulgruppen zeitweilig

aus der VDS-Vorstandsarbeit zurückgezogen. Dem »Koordinierungsausschuß« der VDS, der an die Stelle des Vorstandes getreten ist, gehörten am Jahresende an: je ein Vertreter des MSB, des SHB, der »Basisgruppen« (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.8), der Juso-Hochschulgruppen, der »Unabhängigen« und der RSG.

Der MSB wirkte aktiv am kommunistischen »Friedenskampf« mit. Ein Mitglied des MSB-Bundesvorstandes vertrat die VDS im »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung«, dem der MSB offiziell nicht angehört.

5. »Ideologischer Kampf«

Die DKP hat sich zum Ziel gesetzt, ein »Mehr an sozialistischer Propaganda«⁷¹ zu leisten, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu stärken und den ideologischen Einfluß der »Bourgeoisie« – vor allem »Antikommunismus« und »Antisowjetismus« – zurückzudrängen. »Friedliche Koexistenz« zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung führt – nach Ansicht der Kommunisten – zu einer Verschärfung des ideologischen Kampfes.

»Sozialismus-propaganda« soll »Antikommunismus« zurückdrängen

5.1 Für diesen Kampf verfügt die DKP über bewährte Einrichtungen:

Das »Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.« (IMSF) in Frankfurt/M. ist das »wissenschaftliche« Institut der DKP und soll den Einfluß des Marxismus-Leninismus in der Bundesrepublik Deutschland stärken⁷². Neben der Fertigung von Analysen zu Gegenwartsfragen unter marxistisch-leninistischen Vorzeichen veranstaltete es Tagungen, Diskussionen und Arbeitskreise, z. T. erneut unter Mitwirkung von Funktionären der SPD, Gewerkschaftern, Mitgliedern der GRÜNEN und Anhängern der »Neuen Linken«. Die DKP sah darin ein Zeichen für eine gestiegene Anerkennung des Instituts⁷³.

Der »Marx-Engels-Stiftung e.V.« in Wuppertal ist das »Marx-Engels-Zentrum« der DKP mit einer Bibliothek und einer vom »Deutschen Museum für Geschichte« der DDR überlassenen Ausstellung über Marx und Engels angeschlossen. Die »Marx-Engels-Stiftung« richtete auch 1987 Konferenzen, Symposien und Vorträge aus.

Die »Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus« (MAB) soll vornehmlich unter Arbeitern marxistisches Grundwissen verbreiten und antikommunistische Vorbehalte abbauen⁷⁴. Etwa 30 örtliche MAB-Gemeinschaften waren aktiv, ein Teil von ihnen unter dem Namen »Marxistische Abend-/Arbeiterschule« (MASCH).

Die Firma »Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH«, Neuss, druckte und verlegte fast alle Publikationen der DKP, ihrer Neben- und mehrerer ihrer beeinflussten Organisationen, einschließlich des Agitationsmaterials für große Kampagnen. Verluste bei diesen Publikationen kann Plambeck mit den hohen Gewinnen

auffangen, die ihr aus dem Anzeigengeschäft des »messemagazins international« (– mmi – zu zehn Messen in sozialistischen Ländern) zufließen. Ähnliche Gewinne erhofft sich der Verlag mit der neuen russischsprachigen Zeitschrift »TNTP* Technical Trends«, die auf Messen des Ostblocks angeboten wird. Vorrangig bundesdeutsche Firmen erhalten hier gegen hohe Anzeigenpreise Gelegenheit zur Darstellung ihres Technologieangebotes. Anfang 1988 übernahm die neue Firma »VVG – Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H.«, eine Plambeck-Tochter, die verlegerische Betreuung sowie die Abonnentenverwaltung der Zeitungen und Zeitschriften der Firma.

Zu den kommunistisch gesteuerten Verlagen gehören weiter u. a.:

- der »Pahl-Rugenstein-Verlag« (Köln) mit Literatur zur Förderung der Bündnispolitik, darunter die »Blätter für deutsche und internationale Politik«; zu seinen Autoren zählen zahlreiche Kommunisten und Funktionäre kommunistisch beeinflusster Organisationen;
- die »Nachrichten-Verlags-GmbH« (Frankfurt/M., vgl. Ziff. 2.2) mit gewerkschaftsbezogenen Publikationen;
- die »Brücken-Verlags GmbH« (Düsseldorf) mit einem umfangreichen Büchersortiment aus der UdSSR, der DDR und anderen kommunistischen Staaten; Zweigstellen des Verlages sind die etwa 20 »collectiv«-Buchhandlungen.

5.2 »Kulturarbeit«

Orthodoxe Kommunisten nutzen seit jeher Kunst und Kultur als Waffe im Klassenkampf. So verwies die DKP ihre Mitglieder darauf, Kulturpolitik sei kein nachgeordnetes Feld des Klassenkampfes oder eine Spezialistenaufgabe; sie müsse auch als Mittel der Bündnispolitik begriffen werden⁷⁵. Das Thema »Kultur und Handeln« stand eigens auf dem Lehrplan für die DKP-Bildungsabende im Frühsommer.

Bei ihrer »Kulturarbeit« konnte sich die DKP auch weiterhin auf parteinahe Verlage und Firmen stützen, deren Ausstrahlung weit über die Anhängerschaft der Partei hinausgeht; hierzu gehören:

- der Musikverlag »pläne GmbH«, Dortmund, dessen Geschäftsführung seit Jahren von Kommunisten bestimmt wird; er vermittelt Künstler, produziert und vertreibt Schallplatten, Musikkassetten sowie Compact-Discs und gibt die Vierteljahreszeitschrift »Eiserne Lerche – Hefte für eine demokratische Musikkultur« heraus (verantwortlicher Redakteur ist ein Mitarbeiter beim DKP-Parteivorstand);
- die Firma »UNIDOC Film GmbH«, Dortmund, deren Geschäftsführer der DKP angehört; die Firma will mit ihren Filmen und Videos »aktuelle Bedürfnisse der Friedensinitiativen« und der »Genossen in der Partei und in der SDAJ« abdecken;

* TNTP = »Tendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts«

- der »Darnitz-Verlag«, bis zum Jahresende eine Abteilung der »Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH«; dort erschien die Vierteljahrszeitschrift »tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst« (verantwortlicher Redakteur ist ein DKP-Mitglied), die ab Januar 1988 vom »Pahl-Rugenstein-Verlag« übernommen wurde; die Zeitschrift »kürbiskern – Literatur, Kritik, Klassenkampf« hat ihr Erscheinen Ende 1987 eingestellt.

Erneut nutzte die DKP die Anziehungskraft kommunistischer und von ihr als »fortschrittlich« bezeichneter Künstler für ihre politische Arbeit; dabei konnte sie auf zahlreiche Liedermacher und Kabarettisten, Song- und Agitationsgruppen sowie Mitglieder des Verbandes »Arbeiterfotografie« zurückgreifen. Höhepunkte kommunistischer »Kulturarbeit« waren 1987 die kulturellen Rahmenprogramme von Veranstaltungen zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, die traditionellen »DKP-Arbeiterkonzerte« und »Theatertage für Arbeiter« sowie das 7. »UZ-Pressefest – Volksfest der DKP«.

6. Teilnahme an Wahlen

6.1 Bundestagswahl und Wahldiskussion

Zur Bundestagswahl am 25. Januar kandidierte die DKP im Rahmen der von ihr gesteuerten »Friedensliste«, die nur mit Direktkandidaten antrat, und rief dazu auf, mit der entscheidenden Zweitstimme SPD oder DIE GRÜNEN zu wählen. 188.602 Wähler (0,5%) gaben den Kandidaten der »Friedensliste« ihre Erststimme.

Ende Januar leitete der Parteivorstand (PV) die partei-öffentliche Diskussion »Wie weiter nach der Bundestagswahl?« ein. Dazu druckte die UZ eine Vielzahl von – teils sehr kritischen – Beiträgen. Mitte April beendete der PV die Debatte mit einer »Entschließung zur Wahlpolitik«. Darin heißt es, die DKP überschätze den »bürgerlichen Parlamentarismus« nicht, wolle die Parlamente jedoch als Tribüne für Klassenauseinandersetzungen nutzen. Eigenkandidaturen und Wahlbündnisse seien die Hauptformen der Wahlbeteiligung von Kommunisten; Aufrufe zur Wahl anderer Parteien könnten keine Grundlage für eine längerfristige Wahlpolitik sein.

Diskussion über
»Wahlpolitik«

6.2 Landtags- und Kommunalwahlen

Bei den Landtagswahlen in Hessen (5. April), Rheinland-Pfalz (17. Mai) und Schleswig-Holstein (13. September) sowie der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft (13. September) kandidierte die DKP flächendeckend mit eigenen Kandidaten und/oder Listen. Sie erhielt lediglich 0,1 bis 0,5% der Stimmen, in zwei Ländern geringfügig mehr als bei den vorhergehenden Wahlen.

Bei der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft (17. Mai) trat die DKP-gesteuerte »Friedensliste Hamburg – Liste für Frieden, Ar-

beiterrechte, Demokratie« an; auf sie entfielen 0,3% der Stimmen. Die »Friedensliste« kandidierte auch zu 4 der 7 Bezirksversammlungen in Hamburg mit Ergebnissen zwischen 0,3 und 0,5% der Stimmen. Auf die DKP-Liste zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven entfielen 0,45% der Stimmen.

6.3 Mandate in Kommunalvertretungen

Ende 1987 waren 101 DKP-Mitglieder als Mandatsträger in 51 Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen sowie 18 DKP-Mitglieder als Mandatsträger in 17 Bezirks- oder Ortsbeiräten bekannt. Ein kleinerer Teil von ihnen gelangte über Bündnislisten in die Kommunalvertretungen.

III. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland

SED-»Westarbeit«
dient kommunisti-
scher Beeinflussung
der Bundesrepublik
Deutschland

Die »Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« (SED) der DDR entwickelte auch 1987 vielfältige Aktivitäten, um die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im kommunistischen Sinne zu beeinflussen.

Diese »Westarbeit« führte die SED entweder verdeckt durch oder gab sie – da besondere Beziehungen zwischen beiden Staaten in Deutschland gelegnet werden – als internationale Zusammenarbeit im Rahmen der friedlichen Koexistenz aus. Angeleitet und kontrolliert wird die »Westarbeit« der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen der DDR von der Abteilung »Internationale Politik und Wirtschaft« des Zentralkomitees der SED.

1. Anleitung und Unterstützung der DKP

DKP-Vorsitzender
MIES mehrfach von
HONECKER
empfangen

SED und DKP bekräftigten wiederholt ihre besonderen Beziehungen. Während seines Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland im September versicherte SED-Generalsekretär Erich HONECKER dem DKP-Vorsitzenden Herbert MIES,

»...daß die Kommunisten der DDR voller Hochachtung und Klassensolidarität mit dem Kampf der DKP für Frieden, für soziale und demokratische Rechte der Werktätigen verbunden sind«.

(»Neues Deutschland« vom 9. 9. 1987)

Bei einem weiteren Treffen der beiden Parteiführer im Dezember in Berlin (Ost) erklärte MIES, »die traditionellen brüderlichen Beziehungen« zur SED seien eine große Hilfe und Unterstützung für die DKP⁷⁶.

Anleitung und Kontrolle der DKP sowie deren erhebliche mate-

rielle Unterstützung (vgl. Kap. II, Ziff. 1.1.4) erfolgen weitgehend konspirativ. Die Parteiführungen legen den Rahmen für die Zusammenarbeit fest; Einzelheiten (z. B. über Delegationsreisen und Entsendung von »Reisekadern«) werden zwischen den jeweiligen Bezirksorganisationen vereinbart. Häufige »Arbeitsgespräche« auf verschiedenen Ebenen und die Aufbewahrung wichtiger DKP-Unterlagen (u. a. der Kaderunterlagen) in der DDR ermöglichen der SED eine lückenlose Kontrolle über ihre »Bruderpartei«.

2. »Westarbeit« anderer DDR-Institutionen

Unter Führung der SED sind »Massenorganisationen« und andere Einrichtungen der DDR bei der »Westarbeit« eingesetzt, z. B. die »Freie Deutsche Jugend« (FDJ) und das »Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR« (IPW) in Berlin (Ost).

Die FDJ bemüht sich, vor allem ihre »Bruderorganisationen« – SDAJ, MSB und JP – »solidarisch« zu unterstützen; daneben versucht sie aber auch, nichtextremistische Jugendverbände zu beeinflussen. Die Zusammenarbeit zwischen FDJ und ihren »Bruderorganisationen« erfolgt in ähnlichen Formen wie die zwischen SED und DKP und umfaßt u. a. periodische Arbeitspläne, Anleitungsgespräche und Delegationsaustausch. Wie in den vergangenen Jahren nahmen SDAJ- und MSB-Mitglieder – neben Vertretern einzelner demokratischer Jugendverbände aus der Bundesrepublik Deutschland – an »Freundschaftslagern« und anderen Veranstaltungen der FDJ teil. Die FDJ betreute wieder die Kinderferienaktionen der JP (vgl. Kap. II, Ziff. 4.2).

Das IPW, das eng mit der gleichnamigen ZK-Abteilung zusammenarbeitet, entsandte zahlreiche Mitarbeiter zu wissenschaftlichen Veranstaltungen in die Bundesrepublik Deutschland; die dabei gewonnenen Erkenntnisse und Kontakte nutzt auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR.

Erhebliche Unterstützung erhielten die Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland durch die kulturelle »Westarbeit«: Z.T. namhafte Theater-, Musik- und Kleinkunstensembles sowie Rock- und Gesangsgruppen aus der DDR traten bei Veranstaltungen der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen auf. Der Minister für Kultur der DDR, Hans-Joachim HOFFMANN, erläuterte:

»Wir können die Klassenkämpfe nicht mehr mit den Waffen herkömmlicher Art austragen. Wir müssen neue Felder der Auseinandersetzung suchen... Insofern sind solche Kulturaktivitäten eine ganz interessante, andersartige Transportmöglichkeit von Gedanken, Ideen, daß sich Menschen treffen, die Zusammenhänge erkennen, usw.«

(UZ vom 13. 5. 1987)

Auch FDJ und IPW
sind in der
»Westarbeit« tätig

3. Funktions- und Delegationsreisen in die DDR und DDR-»Reisekader«

Die DKP, ihre Neben- und von ihr beeinflussten Organisationen entsandten wieder zahlreiche Funktionäre und mehr als 600 Delegationen mit nahezu 10.000 Teilnehmern in die DDR. Diese Reisen dienen der Anleitung und ideologischen Festigung der Mitglieder; mitreisende Sympathisanten sollen vom »realen Sozialismus« überzeugt und für die DKP geworben werden.

Auch 1987 reisten im Rahmen der SED-»Westarbeit« zahlreiche Funktionäre der DDR mit politischem Auftrag in das Bundesgebiet ein. Diese »Reisekader« werden für ihre Einsätze besonders geschult und haben nach ihrer Rückkehr eingehende Berichte für SED und MfS über Reiseverlauf und Kontaktpersonen zu fertigen.

IV. »Neue Linke«

1. Politischer Standort und Entwicklung

Für den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung kämpfen außer den moskauorientierten Kommunisten auch die Gruppen, Parteien und sonstigen Zusammenschlüsse der »Neuen Linken«. Diese folgen unterschiedlichen ideologischen Richtungen.

Marxistisch-leninistische Parteien und Bünde, trotzkistische und andere revolutionär-marxistische Gruppen propagieren – wie die DKP – den Klassenkampf, der in die Revolution einmünden und über die »Diktatur des Proletariats« zum Kommunismus führen soll. Mißstände in den Ländern des »realen Sozialismus« interpretieren sie meist als Folge von Abweichungen, von Verrat am Marxismus-Leninismus und Rückfall in neokapitalistische Verhältnisse.

Anarchisten wollen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung, die sie als Herrschafts- und Unterdrückungsordnung bezeichnen, gewaltsam zerschlagen oder schrittweise zersetzen. Als Ziel propagieren sie eine »herrschaftslose« Gesellschaft, die Anarchie. Einige Gruppen verfolgen sozialrevolutionäre Konzepte unter Rückgriff auf marxistische und auch auf anarchistische Ansätze.

Die meisten Organisationen sind zu Aktionsbündnissen sowohl untereinander als auch mit den moskauorientierten Kommunisten und mit demokratischen Kräften bereit.

Erneut forderten und gebrauchten Gruppen der »Neuen Linken« Gewalt, um ihren Zielen näher zu kommen. Einzelne schreckten

Zwei »Lager« der
»Neuen Linken«:
»Revolutionäre
Marxisten« und
»Anarchisten«

auch vor schweren Straftaten – öffentlichen gewalttätigen Aktionen, Sprengstoffanschlägen, Brandstiftungen, gefährlichen Körperverletzungen und auch Mord – nicht zurück.

Erstmals wurde von Linksextremisten im Verlauf einer öffentlichen Protestaktion am Rhein-Main-Flughafen bei Frankfurt/Main auf Polizeibeamte scharf geschossen; dabei wurden zwei Polizeibeamte getötet, zwei weitere schwer verletzt.

Die Kräfteverhältnisse innerhalb der »Neuen Linken« haben sich 1987 geringfügig verschoben. Mitgliederverluste gab es bei einzelnen revolutionär-marxistischen Gruppen, insbesondere bei kommunistischen Bündeln und Partei-Aufbauorganisationen (K-Gruppen). Dagegen wuchs die Anhängerschaft der anarchistischen und sonstigen sozialrevolutionären Zusammenschlüsse; dazu gehören auch die autonomen Gruppen.

Die »Neue Linke« verfügte auch im Berichtsjahr über breite publizistische Möglichkeiten. Revolutionäre Marxisten und Anarchisten gaben wieder mehr als 200 verschiedene periodische Schriften mit einer Jahresgesamtauflage von mehr als 4 Millionen Exemplaren heraus. 1987 wurden, wie im Vorjahr, drei von Linksextremisten betriebene Schwarzsender bekannt.

Gewaltbereitschaft unter Anhängern der »Neuen Linken« stieg an

Zahl der Anhänger anarchistischer und autonomer Gruppen nahm zu

2. Organisationen und Gruppierungen

2.1 Revolutionär-marxistische Gruppen

Die kommunistischen Bünde, Parteien und Partei-Aufbauorganisationen der »Neuen Linken« (K-Gruppen) sowie die trotzkistischen und eine Reihe weiterer Gruppierungen, die von marxistischen Theorieansätzen ausgehen, streben revolutionäre Umwälzungen an.

2.1.1 »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)

Die 1982 gegründete MLPD blieb die mitgliederstärkste K-Gruppe (wie im Vorjahr 1300). Sie bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Mao habe mit seiner Idee der »Großen proletarischen Kulturrevolution« den Klassenkampf im Sozialismus auf seine höchste Stufe entwickelt⁷⁷. Heute seien China und die UdSSR nur noch dem Namen nach sozialistisch; der Sozialismus sei dort zerschlagen und der Kapitalismus restauriert⁷⁸.

Die MLPD sieht sich als die einzige marxistisch-leninistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland⁷⁹. Heftige Angriffe richtete sie wieder gegen die DKP; diese habe den Marxismus-Leninismus bereits bei ihrer Gründung verraten⁸⁰ und stehe heute vor dem ideologischen und politischen Bankrott⁸¹.

Enttäuschten DKP-Mitgliedern empfahl sich die MLPD als Alternative. Als einzige Organisation der »Neuen Linken« beteiligte sie sich an der Bundestagswahl und auch an der Bürgerschafts-

MLPD bleibt stärkste K-Gruppe

sammengeführt werden. Dies könne eine wichtige Aufgabe des KB werden.

KB-Mitglieder wirkten auch 1987 wieder als Initiatoren und Organisatoren in zahlreichen Aktionsbündnissen, u. a. der »Anti-AKW-Bewegung« und der »Friedensbewegung«. Sie wandten sich dort gegen die »Ausgrenzung von Militanz«⁸⁶. Einzelne KB-Mitglieder bekleideten weiterhin herausgehobene Positionen bei den GRÜNEN.

2.1.3 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)

Der BWK, 1980 bei einer Spaltung des damaligen »Kommunistischen Bundes Westdeutschland« (KBW) entstanden, wurde schwächer. Der BWK propagiert die »proletarische Parteibildung« und als Weg dazu eine »Volksfront- und Einheitsfrontpolitik«. Er bemühte sich um Bündnisse mit anderen »antifaschistischen«, »antimilitaristischen« und »antiimperialistischen« Organisationen⁸⁷ und organisierte – auch für Nichtmitglieder – Arbeitsgemeinschaften zu zahlreichen Politikfeldern, z. B. »Stahl- und Metallindustrie«, »Medien«, »Jugend«, »Militär«, »Gefängnisse«, »Gesundheitspolitik«.

Der BWK unterhält drucktechnische Einrichtungen und ein Datenfernübertragungssystem mit etwa 100 Kontaktstellen. Als Träger dieses Apparates tritt eine »Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH« mit Niederlassungen in 5 Bundesländern und in Berlin (West) auf.

Im Vorstand der von der KPD/ML gegründeten »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg« (VOLKSFRONT) halten BWK-Mitglieder einflußreiche Positionen.

Die 1986 begonnenen Gespräche mit der »Vereinigten Sozialistischen Partei« (VSP) über einen Zusammenschluß wurden fortgeführt, brachten aber noch keine konkreten Ergebnisse.

2.1.4 »Vereinigte Sozialistische Partei« (VSP)

Die 1986 durch Zusammenschluß der »Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten/Leninisten)« (KPD) und der trotzkistischen »Gruppe Internationale Marxisten« (GIM) entstandene VSP sieht sich als »kleine sozialistische revolutionäre Partei«; sie will – gestützt auf die marxistische Theorie – zum Aufbau einer »revolutionären Massenpartei« beitragen⁸⁸.

Die neue Organisation blieb ohne besondere Ausstrahlung; die Zahl der Mitglieder ging zurück. Trotz der internen Schwierigkeiten verhandelte die VSP mit dem BWK und sprach auch mit den »Demokratischen Sozialisten« über einen möglichen Zusammenschluß.

2.1.5 »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« (AB)

Der AB, eine marxistisch-leninistische Kaderorganisation, hat seinen organisatorischen Schwerpunkt in Bayern. Einzelne Stütz-

BWK schwächer

VSP ohne besondere Ausstrahlung

punkte existieren in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg und Berlin (West). Der AB sieht sich selbst als älteste und einzige »Organisation für den Kommunismus« in der Bundesrepublik Deutschland und will 1988, im 20. Jahr nach seiner Gründung, seine geringe Mitgliederzahl durch einen mehrmonatigen Propagandafeldzug verdoppeln. Er hält eine ökonomische und politische Umwälzung für notwendig.

2.1.6 Trotzistische Gruppen

Die Zahl der trotzistischen Zusammenschlüsse hat sich durch Spaltung und Neugründungen auf 15 (Vorjahr: 12) mit zusammen etwa 500 Mitgliedern (1986: etwa 450) erhöht. Die meisten dieser Gruppen und Zirkel sind als »nationale deutsche Sektionen« einer der konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzismus angeschlossen. Sie werben, ähnlich wie die K-Gruppen, für den Aufbau der »proletarischen Partei«⁸⁹ und fordern die »Zerschlagung des bürgerlichen Staates«⁹⁰; dies sei jedoch nur durch die »permanente Revolution«⁹¹ im »Weltmaßstab«⁹² möglich. Nach dem Umsturz müsse die »Diktatur des Proletariats« in Form von »Rätesystemen«⁹³ ausgeübt werden. Ihren Mitgliedern empfehlen die Trotzisten oft »entrüstische« politische Arbeit: die verdeckte Mitarbeit in anderen Organisationen, vor allem in den Gewerkschaften, der SPD oder den GRÜNEN, um dort revolutionär-sozialistische Strömungen zu entwickeln.

Nach außen hin beschränken sich die meisten Gruppen, wie die »Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation« (ISA), die »Internationale Kommunistische Strömung« (IKS), die »Sozialistische Arbeitergruppe« (SAG) sowie der »Bund Sozialistischer Arbeiter« (BSA) auf die Verbreitung von Flugschriften und Broschüren. Einzelne trotzistische Zusammenschlüsse gruppieren sich um Monatsschriften, z. B. »VORAN – zur sozialistischen Demokratie« oder um vierteljährlich erscheinende Publikationen, z. B. »Horizonte«.

2.1.7 »Marxistische Gruppe« (MG)

Die zu Beginn der 70er Jahre in Bayern entstandene MG will kommunistische Politik mit »durch und durch destruktiver Kritik aller bestehenden Verhältnisse« betreiben⁹⁴. Die Arbeiterklasse, das eigentliche revolutionäre Subjekt, werde – so die MG – ihrer Aufgabe nicht gerecht, sei sich ihrer nicht einmal ausreichend bewußt, sondern trage noch dazu bei, daß der Kapitalismus funktioniere⁹⁵. Daher seien Aufklärung und Nachhilfeunterricht in »Illoyalität« erforderlich⁹⁶. Dazu wandte sich die MG auch 1987 vor allem an Studenten und Angehörige akademischer Berufe. Die Intellektuellen hätten eine Brückenfunktion gegenüber dem Proletariat. Ihnen müsse dafür zunächst »richtiges Denken« – die »Gründe fürs Dagegensein«⁹⁷, der Standpunkt des Marxismus – vermittelt werden. Solche »Aufklärung« beschränkt die MG auf

Trotzkisten empfehlen verdeckte Mitarbeit in anderen Organisationen

MG will Intellektuellen »richtiges Denken« vermitteln

meist zynisch formulierte Kritik aller anderen politischen Konzeptionen. Präzise Erklärungen über die eigenen Ziele werden vermieden.

Nach wie vor schirmt die MG ihr Verbandsleben ab und verlangt von Mitgliedern und »Sympathisanten« strenge Disziplin und große Aktivität. Die Zahl der Mitglieder stieg weiter an (1.800, 1986: 1.700). Zu den regelmäßig stattfindenden »Sympathisantenplena«, »Teach-ins«, Arbeitskreisen und sonstigen Schulungsveranstaltungen kamen wieder mehrere tausend Personen.

Der organisatorische Schwerpunkt der MG blieb in Bayern; Stützpunkte oder Ortsgruppen existieren in nahezu allen Hochschulorten. Ihre publizistische Arbeit betreibt die MG zentral über den »Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e. V.«, die »MHB Gesellschaft für Druck und Vertrieb wissenschaftlicher Literatur mbH« und die »Resultate – Gesellschaft für Druck und Verlag wissenschaftlicher Literatur GmbH«, alle mit Sitz in München.

2.1.8 »Sozialistisches Büro« (SB)

Das »Sozialistische Büro« festigte sich. Seine zahlreichen Publikationen boten sich als Diskussionsforen für sozialrevolutionäre Theorie und Praxis an; SB-Mitglieder forderten die Entwicklung politischer Handlungsspielräume »jenseits von Parlament« und von »bewaffnetem Kampf«⁹⁸.

2.2 Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre

Das Interesse an der Diskussion und Verwirklichung anarchistischer Konzepte nahm 1987 zu; anarchistische Theoriezirkel und Zusammenschlüsse hatten weiteren Zulauf. Auch die Anhängerschaft der autonomen Gruppen hat sich vergrößert. An den »Libertären Tagen« vom 16. bis 20. April in Frankfurt/M., einem bundesweiten Treffen von Anarchisten und Sozialrevolutionären, beteiligten sich bis zu 2.000 Personen.

Die meisten Anarchisten lehnen die Entwicklung fester, gruppenübergreifender Strukturen ab. In vielen Städten entstanden jedoch »Libertäre Zentren« als Treffpunkte für politische Veranstaltungen und als Informationsstellen für die »Szene«. Überregionale Bedeutung als Informations- und Diskussionsforum libertärer und autonomer Gruppen hatten weiterhin Publikationen wie »Schwarzer Faden« (Grafenau), »freiraum« (München), »AKTION« (Frankfurt/M.), »SABOT« (Hamburg), »UNZERTRENNLICH« (Berlin) und die als »Zeitung aus dem Untergrund« erscheinende Schrift »radikal«.

2.2.1 »Autonome«

Seit Beginn der 80er Jahre haben sich in zahlreichen Städten im Bundesgebiet und in Berlin (West) autonome Gruppen gebildet. Ihnen gehören mehr als 2.000 Personen an.

Anarchistische
Zusammenschlüsse
und autonome
Gruppen haben
weiteren Zulauf

Anmerkung:

Die Angehörigen dieser Gruppen werden im folgenden als ›Autonome‹ bezeichnet.

Die autonomen Gruppen verfügen weder über feste organisatorische Gliederungen noch über ein einheitliches ideologisches Konzept. Sie wollen »autonom« sein, d. h., unabhängig von fremden Einflüssen ihre Vorstellungen verwirklichen. Das gilt besonders gegenüber dem Staat und gegenüber dessen Gesetzen und Einrichtungen. Autonome bezeichnen die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als ein ausbeuterisches System, das abgeschafft werden muß. Für den Kampf gegen dieses System halten sie Gesetzesverletzungen bis hin zum »militanten Kampf« für geeignete und gebotene Mittel.

Inhaltlich stimmen die unterschiedlichen autonomen Gruppen in der grundsätzlichen haßerfüllten Ablehnung des Staates und der bedingungslosen Ablehnung aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen »Zwänge« überein. Hier werden anarchistische Grundvorstellungen vermischt mit marxistischen Positionen sichtbar.

Autonome fallen durch eine fast einheitliche schwarze Kleidung auf. Sie treten bei Kundgebungen und Demonstrationen häufig blockweise auf. Die militanten Autonomen verummummen sich dabei oft, vor allem mit den sogenannten Haßkappen: schwarze Masken, die nur die Augen freilassen. Vor allem diese Maskierung trägt dazu bei, das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den militanten Autonomen zu stärken und deren Aggressivität zu steigern. Soweit Autonome überhaupt kurzfristig Konzepte entwerfen, berücksichtigen sie auch verschwommene nihilistische Vorstellungen. Neuerdings können im zunehmenden Maße auch revolutionär-marxistische Vorstellungen und Zielsetzungen festgestellt werden.

Ein gemeinsames Kampfprogramm haben Autonome nicht. So ist die autonome Bewegung auch in verschiedene Strömungen und Stoßrichtungen zerfasert. Seit Jahren führt die autonome Szene Perspektiv- und Strategiediskussionen. Autonome protestieren aber auch handgreiflich gegen Staat und Gesellschaft. Der Haß gegen Staat und Gesellschaft artikuliert sich unterschiedlich: Manche Autonome scheinen sich damit zu begnügen, soviel wie möglich »platt machen zu wollen«. Andere konzentrieren sich kurzfristig auf regionale Bewegungen, die einen Protest in bestimmten Teilbereichen ausdrücken wollen. Es sind oft kurzlebige örtliche Widerstandskämpfe mit dem Ziel »das-Ding-muß-weg/darf-nicht-gebaut-werden«⁹⁹.

Angesichts der auch von Autonomen durchaus erkannten Fruchtlosigkeit ihrer Bemühungen ergeben sich im zunehmenden Maße Ansätze zu einer Ideologisierung, die eine »revolutionäre Politik« verfolgt. Man will weg von einer kurzatmigen Revolte und mittel- bis langfristig einen revolutionären Prozeß in Gang setzen. Um

»Autonome« hassen den Staat und lehnen alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen »Zwänge« ab

»Autonome« besitzen kein gemeinsames Kampfprogramm

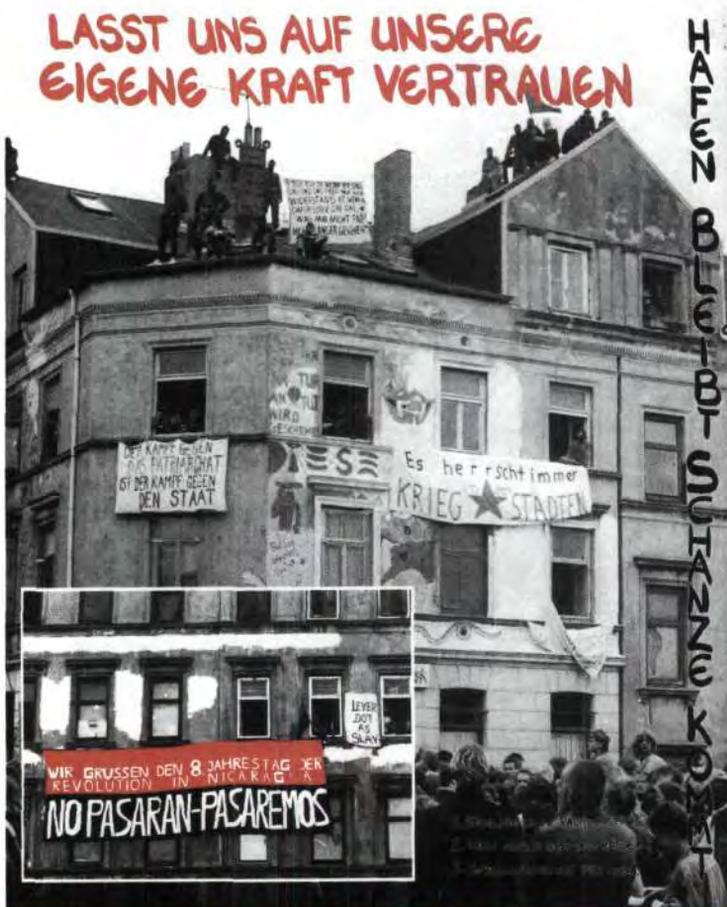
»Autonome« wollen zunehmend von kurzlebiger Revolte zu revolutionärer Politik kommen



die geeignete Massenbasis dafür zu haben, propagieren Autonome in Flugschriften und »Szeneblättern« eine stärkere soziale Verankerung der Kämpfe. Unter Rückgriff auf marxistische Ansätze fordern sie, daß sich die autonome Militanz als Ausdruck des Veränderungswillens der unterdrückten Klasse stets eindeutig gegen Kapitalismus und Imperialismus wenden müsse¹⁰⁰. Autonome schlagen dann den Bogen von den Problemen des täglichen Lebens – sie sprechen vom Kampf gegen Maloche und Schule, gegen Sozial- und Arbeitsämter – hin zu den übergeordneten Weltproblemen. Der Tageskampf muß nach ihrer Meinung mit Anti-NATO-, Anti-AKW-, Südafrika- und Mittelamerikafights¹⁰¹ zu-

sammen geführt werden. Sie wollen also das kapitalistische System »gesamtgesellschaftlich« angreifen.

Hilfe für die Verwirklichung solcher sozialrevolutionärer Anliegen suchten diese Autonomen bei Arbeitslosen, Leiharbeitern oder Jobbern. Ihr Versuch, diese neuen »Entgarantierten«¹⁰², wie sie von ihnen bezeichnet werden, für gemeinsame direkte Aktionen zu gewinnen, schlugen jedoch fehl. Geradezu als lebenswichtig für ihr Streben nach Unabhängigkeit sehen die Autonomen den Besitz von Häusern und anderen »autonomen Zentren« an. Nur hier glauben sie, die notwendigen Freiräume für ihr selbstbestimmtes Leben zu finden, um so in der Lage zu sein, eine eigene



DEMO 1.8. BESENBINDERHOF
14 UHR

Nach dem Tod von zwei Polizisten an der Startbahn West

LINKE
und GEWALT

„Gegengewalt
läuft Gefahr,
zu Gewalt zu werden,
wo die Brutalität
der Polizei das Gesetz
des Handelns bestimmt,
wo ohnmächtige Wut
überlegene Rationalität
ablöst, wo der paramilitärische
Einsatz der Polizei mit
paramilitärischen Mitteln
beantwortet wird.“

Ulrike Meinhof, Konkret Mai 1968



Veranstaltung:
Do. 19.11.1987
Uni Hörsaal VI
20.00 Uhr

Autonome Frankfurt
Linke Liste Uni Ffm.
Bl gegen Flughafenerweiterung
Libertäres Zentrum
Autonome Liste FH. Ffm.

»Kultur von unten« zu entwickeln und eine revolutionäre Gegenmacht¹⁰³ zu organisieren. Hausbesetzungen wurden deshalb auch im vergangenen Jahr fast durchweg von Autonomen durchgeführt oder zumindest mitorganisiert.

Die Autonomen fühlen sich – verständlicherweise – von der staatlichen Gewalt am meisten behindert. Fast weinerlich beklagen sie, daß der Staat die Bemühungen, Massenmilitanz zu entwickeln, verhindert hat. Längst nicht von allen Autonomen wird das Ausweichen in militante Einzelaktionen, wie Brandanschläge, Zerstö-

rung von Strommasten, als Ersatz angesehen. Selbstkritisch wird vermerkt, daß solche Sabotageaktionen für viele Gruppen nicht mehr Ausdruck der Stärke seien, sondern nur das letzte Mittel, überhaupt noch wirksam agieren zu können¹⁰⁴.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen den verschiedenen autonomen Gruppen wurden sichtbar, als bei einer Protestaktion am 2. November an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens erstmals aus ihren Reihen mit einer Pistole auf Polizeibeamte geschossen wurde. Zwei Beamte wurden tödlich getroffen, zwei weitere schwer verletzt (vgl. Kap. VI. Ziff. 1). Die Anhänger der autonomen Gruppen reagierten zwiespältig: Einige zeigten sich erschrocken und verurteilten die Tat; sie erklärten, daß der Weg zu einer freien Gesellschaft nicht mit Leichen gepflastert sein könne. Im Gegensatz dazu gab es auch eine Reihe von Autonomen, die z.T. mit menschenverachtenden Parolen (»Zwei voll Blei – bleibts dabei?«)¹⁰⁵ die Todesschüsse begrüßten. Die Mehrzahl der Autonomen verhielt sich ebenso wie die meisten anderen Gruppen der »Neuen Linken«: Sie bezeichneten die Schüsse als taktisch oder als politisch falsch. Es fehle der Bezug zu Ziel und Vorstellungen gegenwärtiger autonomer Politik; es sei kein Bezug zum Stand der Klassenauseinandersetzung¹⁰⁶ in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden. Der Gebrauch von Schußwaffen bei Demonstrationen sei derzeit unsinnig – es herrsche hier kein Bürgerkrieg. Überwiegend war man sich aber darin einig, daß eine »revolutionäre Perspektive« auch die bewaffnete Gewalt mit einschließe.

Unter diesen Umständen kann nicht ausgeschlossen werden, daß zumindest Einzeltäter aus dem Bereich der Autonomen auch weiterhin zu Schußwaffen greifen werden.

2.2.2 Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen«

Rund 70 »Aktionsgruppen«, die sich zur anarchistischen »Graswurzelbewegung« zählen, wollen den »staatlichen Herrschafts- und den Gewaltapparat« durch »direkte gewaltfreie Aktionen«, durch »massenhaften zivilen Ungehorsam« lähmen und schließlich zerstören. Ziel der gewaltfreien Revolution (»Graswurzelrevolution«) sei eine dezentralisierte, basisdemokratische Gesellschaft mit einer selbstverwalteten, sozialistischen Wirtschaft¹⁰⁷. Zu den angeblich gewaltfreien Kampfformen des »Zivilen Ungehorsams« gehören aber auch Besetzungen, Blockaden, Sabotage und andere Sachbeschädigungen. Ziviler Ungehorsam bezwecke nicht die Korrektur der Fehler des Staates, sei niemals staatsstragend, sondern müsse die Herrschaftspositionen durch Zwang von unten her abbauen¹⁰⁸.

Koordinierungs- und Servicestelle ist die »Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen« (FöGA), die u. a. zu den Behinderungsaktionen gegen die NATO-Stabsrahmenübung WINTEX-CIMEX im Frühjahr mobilisierte.

»Autonome« reagieren auf Erschießung von zwei Polizeibeamten zwiespältig

Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen« wollen den Staat zerstören

2.2.3 »Anarcho-syndikalistische« und »anarcho-kommunistische« Gruppen

Die anarcho-syndikalistische »Freie Arbeiter-Union« (FAU) sah sich auch 1987 als Keimzelle einer »breiten sozial-revolutionären Bewegung«¹⁰⁹ für eine »herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft«¹¹⁰. Die bundesweit mehr als 20 FAU-Gruppen propagierten als ihre Prinzipien: »Antistaatlichkeit, Antiparlamentarismus, Antimilitarismus«; geeignete Kampfform sei die vermittelbare direkte Aktion¹¹¹. Dazu zählen sie Fabrikbesetzungen, Boykott, Streiks, Sabotageaktionen und »massenhafte« Übertretung von Gesetzen¹¹². Die Betriebe seien der Hauptansatzpunkt für die Revolution. Die FAU blieb der anarcho-syndikalistischen »Internationalen Arbeiter-Assoziation« (IAA) angeschlossen.

Anarcho-kommunistische Gruppen, wie die »Freie Arbeiter Union/Rätekommunisten« (FAU/R) in Hamburg, die »Freie Arbeiter-Union (Anarchisten)« (FAU-HD -A-) in Heidelberg, die »Anarchistische Arbeiter-Union« (AAU) mit Sitz in München und die »Proletarische Aktion« (PA) in Berlin wollen sich nicht auf vermittelbare »direkte Aktionen« beschränken; sie propagieren die gewaltsame Zerschlagung des verhaßten kapitalistischen Staates.

Anarcho-Kommunisten propagieren gewaltsame Zerschlagung des »Systems«



3. Aktionsfelder

Ein dominierendes Aktionsfeld hatte die »Neue Linke« 1987 nicht. Nur an der Kampagne gegen die Volkszählung beteiligten sich im Frühjahr kurze Zeit alle Organisationen.

3.1 Beteiligung an der Kampagne zum Boykott der Volkszählung

Gegen die Volkszählung agitierten revolutionäre Marxisten und Anarchisten mit gleicher Intensität.



»Volkszählungsboykott« vorübergehend
gemeinsames
Aktionsfeld der
»Neuen Linken«

Die meisten Gruppen der »Neuen Linken« riefen dazu auf, jegliche Mitwirkung an der Zählung zu verweigern; einzelne forderten, die Zählung auch mit Gewalt zu behindern. So wurden Zähler bedroht und tätlich angegriffen, Volkszählungsbögen entwendet und zerstört. Einwohnermeldestellen, statistische Ämter und Erhebungsstellen für die Zählung waren Ziel von Sachbeschädigung, Brandstiftung und vereinzelt auch von Sprengstoffanschlägen (vgl. Kap. VI, Ziff. 1). Als sich mit Beginn der Volkszählung abzeichnete, daß die Boykottaufrufe kaum befolgt wurden, ebte die Kampagne ab.

3.2 Einflußversuche auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Revolutionär-marxistische Gruppen sahen vor allem in der Agitation vor und in Betrieben und der Mitarbeit in Gewerkschaften einen Schwerpunkt ihrer »revolutionären Kleinarbeit zur Gewinn-



nung der Arbeiterklasse für den Sozialismus«. Die K-Gruppen nutzten dabei z. B. die Besorgnisse vor Stilllegung weiterer Stahlwerke im Ruhrgebiet als Anknüpfungspunkt.

3.3 »Dritte Welt Solidarität« und »Anti-Imperialismusarbeit«

K-Gruppen, Trotzlisten und undogmatische sozial-revolutionäre Gruppierungen betrachteten 1987 die Solidarität mit von ihnen als »Befreiungsbewegungen« bezeichneten Gruppierungen und mit revolutionären Entwicklungen in der dritten Welt als ein wichtiges Arbeitsfeld. Einige von ihnen unterhalten Kontakte zu Guerilla-Organisationen in Lateinamerika; einzelne ihrer Mitglieder fuhrten als Arbeitsbrigadisten nach Nicaragua. Viele solidarisierten sich mit dem Kampf der Palästinenser gegen den Staat Israel, den sie als »Brückenkopf des Imperialismus im Nahen Osten« diffamierten.

Bereits im Frühjahr begannen Gruppen der »Neuen Linken« gegen die geplante Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im September 1988 in Berlin (West) zu agitieren. Sie verunglimpfen den IWF als Instrument zur »imperialistischen Weltherrschaft« und wollen das Treffen verhindern, mindestens aber stören.

Im Juni nutzten Teile der »Neuen Linken« den Besuch des amerikanischen Präsidenten in Berlin (West) zu Aktionen gegen die »imperialistische US-Politik«. Bei der Vorbereitung einer De-

monstration am 11. Juni: »Wir sagen nein zu Reagans Politik« arbeiteten Anhänger des KB und »Autonome« mit Vertretern der SEW und deren Vorfeldorganisationen sowie mit zahlreichen demokratischen Gruppen zusammen. Im Demonstrationzug (etwa 25.000 Teilnehmer) marschierten »Autonome«, Personen aus dem linksterroristischen Umfeld und andere militante Linksextremisten in einem geschlossenen »revolutionären Block« (etwa 1.500 meist verummte Personen) (vgl. Kap. VI, Ziff. 2.2). Nach der Schlußkundgebung zertrümmerten sie Schaufensterscheiben und demolierten Fahrzeuge. Polizeibeamte wurden mit Steinen beworfen und mit Stahlkugeln aus Zwillen beschossen.

3.4 Beteiligung am Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie und gegen andere technische Großprojekte

Die Beteiligung der »Neuen Linken« an den Aktionen der »Anti-AKW-Bewegung« nahm ab. Die Zahl der Anschläge auf Strommasten ging um nahezu die Hälfte zurück (vgl. Kap. VI, Ziff. 4).

WAA wiederum zentrales Aktionsthema

Zentrales Thema blieb zunächst der Widerstand gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) in Wackersdorf/Bayern. In der zweiten Jahreshälfte konzentrierten sich, vor allem in Norddeutschland, viele Gruppen auf die Ausspähung und Behinderung von Atommüll-Transporten.

Mitglieder des KB, »Graswurzler« und »Autonome« arbeiteten auch im Trägerkreis für die »Herbstaktionen« gegen die WAA (8. bis 10. Oktober) mit. Kräfte der »Neuen Linken« beteiligten sich an verschiedenen Protestaktionen im Raum Schwandorf-Wackersdorf und griffen dabei auch Polizeibeamte an.

Die linksextremistische Agitation gegen die Gefahren moderner Großtechnik ist vordergründige Taktik. Damit sollen Ängste und Betroffenheit in der Bevölkerung geschürt, in Unmut über die parlamentarische Demokratie und schließlich in »Widerstand gegen das System« umgesetzt werden. Linksextremistischer Protest richtete sich daher auch wieder gegen andere technische Großprojekte, z. B. den Bau von Schnellbahntrassen der Bundesbahn und, wie schon seit Jahren, gegen die Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens. Wie schon (Ziff. 2.2.1) erwähnt, eskalierte dort die Gewalt der Linksextremisten bis zur Ermordung von zwei Polizeibeamten.

3.5 »Antimilitarismus- und Friedensarbeit«

Interesse der »Neuen Linken« an der »Friedensbewegung« ging weiter zurück

Das Interesse der »Neuen Linken« an den Aktionen der »Friedensbewegung« ging 1987 weiter zurück. Im Frühjahr riefen die anarchistische FöGA und die »Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen« (BUF) – in deren Trägerkreis Kräfte der »Neuen Linken« maßgeblich mitarbeiten – zu Störaktionen gegen die NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX auf. Es beteiligten sich aber nur einige hundert Personen. Auch die Mobilisierung der »Neuen Linken« zu der »Großdemonstration« der

»Friedensbewegung« am 13. Juni in Bonn blieb gering. Zum Jahresende stellte die FöGA ihre Mitarbeit im BUF-Trägerkreis ein. Langjährige Mitglieder des Trägerkreises empfahlen die Auflösung des BUF-Zusammenhangs.

Auch die 1984 von Gruppen der »Neuen Linken« begonnene Kampagne »Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO« konnte sich nicht weiter ausbreiten. Die Zahl der Störaktionen gegen die Bundeswehr (Blockaden, Behinderungen bei Rekrutengelöbnissen etc.) ging auf etwa 60 (1986: etwa 80) zurück. In Aktionsbündnissen mit anderen Gruppen, oft auch mit moskauorientierten Kommunisten, waren Kräfte der »Neuen Linken« an etwa hundert weiteren (Vorjahr: etwa 800) Störaktionen gegen die Bundeswehr beteiligt. Unverändert hoch (etwa 500) blieb die Zahl der Störaktionen mit linksextremistischer Beteiligung gegen ausländische NATO-Streitkräfte, insbesondere gegen militärische Einrichtungen der USA. Vor allem Anhänger »Gewaltfreier Aktionsgruppen« blockierten wieder Raketenstandorte der US-Streitkräfte.

3.6 Kampf um »Freiräume«

Militante »Autonome« und andere gewaltbereite Gruppierungen der »Neuen Linken« versuchten auch 1987 wieder, ihre »Freiräume« für »selbstbestimmtes Leben«, ihre von der »bürgerlichen Rechtsordnung« befreiten Refugien, gewaltsam zu verteidigen und möglichst noch auszuweiten.

Durchsuchungen und andere Maßnahmen der Strafverfolgung in besetzten Häusern, Kontrollen der Polizei bei »Straßenfesten«, in »Szenetreffs« etc. bezeichneten sie als Provokation, die militant





»Autonome« und »Häuserkämpfer« solidarisierten sich mit den Bewohnern besetzter Häuser in der Hamburger Hafenstraße

zurückgewiesen werden müsse. Räumungen besetzter Häuser wurden mit »Rachezügen«, mit Sachbeschädigungen, Plünderungen und Brandstiftung beantwortet. In mehreren Städten, u. a. in Berlin, Freiburg, Braunschweig und Hamburg, kam es zu Krawallen, bei denen Anhänger autonomer Gruppierungen, unterstützt von unpolitischen jugendlichen Randalierern, Straßen unpassierbar machten, die anrückende Polizei, bisweilen auch die Feuerwehr, mit Steinen, Stahlkugeln und Feuerwerkskörpern angriffen und schwere Straftaten verübten. »Autonome« und »Häuserkämpfer« im ganzen Bundesgebiet solidarisierten sich mit den Bewohnern besetzter Häuser in der Hamburger Hafenstraße. Als die Besetzer in Hamburg im Herbst einen Pachtvertrag zunächst nicht abschließen wollten und zur gewaltsamen »Verteidigung« der Häuser rüsteten, reisten viele auswärtige Militante zur Unterstützung an; sie halfen, die Objekte zu befestigen und Straßenbarrikaden zu bauen. Bei einem Protestumzug in Hamburg am 31. Oktober (insgesamt etwa 4.500 Teilnehmer) demonstrierten etwa 1.500 meist vermummte, mit Lederjacken und Sturzhelmen ausgerüstete Personen ihre »Kampfbereitschaft«.

3.7 »Antifaschismusbearbeitung«

Der BWK, die VOLKSFRONT und in Norddeutschland auch autonome Gruppen agitierten wieder gegen behauptete neofaschistische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland: Faschismus sei integraler Bestandteil des Kapitalismus; antifaschistischer Kampf müsse daher antikapitalistisch sein und sich gegen diesen Staat richten. Autonome »Antifa-Gruppen« forderten und

praktizierten »offensive Gewalt« und »gezielte Angriffe gegen Neonazis«. Die Zahl der Brandanschläge gegen Objekte (Wohnungen, Versammlungsräume usw.), die von Rechtsextremisten benutzt wurden, stieg erheblich an (vgl. Kap. VI, Ziff. 1).

»Antifa-Gruppen«
fordern »gezielte
Angriffe gegen
Neonazis«

3.8 Tätigkeit an Hochschulen

Von den revolutionär-marxistischen Organisationen der »Neuen Linken« entfaltete an Hochschulen nur die »Marxistische Gruppe« nennenswerte Aktivitäten. Sie kandidierte erneut in Bayern bei Studentenwahlen; MG-Mitglieder gelangten in München und Erlangen in die studentischen Konvente. Anarchistische und sonstige sozial-revolutionäre Gruppierungen betätigten sich auch 1987 an Hochschulen. Auf solche Zusammenschlüsse entfielen bei den Wahlen zu Studentenparlamenten nahezu 14% (1986: etwa 8%) der Sitze.

Die 1986 gegründete »Föderation anarchistischer Schüler und Studenten« (FASS) konnte ihr Netz von Gruppen und Kontaktstellen auf 14 Hochschulorte ausweiten. Die »Basisgruppenfraktion« in den VDS – ein Zusammenschluß von Hochschulgruppen des »grünalternativen, undogmatisch-sozialistischen, autonomen und basisdemokratischen Spektrums« – beteiligte sich 1987 erstmals wieder an der Vorstandsarbeit der VDS (vgl. Kap. II, Ziff. 4.3).



V. Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten

1. Moskauorientierte Kommunisten und deren Umfeld

1.1 DKP und SEW

DKP und SEW unterhalten zahlreiche Kontakte zu »Bruderparteien«

DKP und SEW unterhielten auch 1987 Kontakte zu zahlreichen ausländischen kommunistischen Organisationen, vor allem zu regierenden »Bruderparteien«. Sie beteiligten sich an internationalen kommunistischen Treffen und waren Gäste der Festveranstaltungen zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution Anfang November in Moskau. Die DKP organisierte Beratungen mit Vertretern kommunistischer Parteien Europas zur Ökologiepolitik und zu Problemen der Stahlindustrie.

Vom 19. Juni bis zum 4. Juli reiste der »5. Arbeiterzug« der DKP in die Sowjetunion (ca. 300 Teilnehmer, nach Angaben der DKP auch Mitglieder der SPD, der GRÜNEN und Parteilose¹³). Während der DKP-»Woche des realen Sozialismus« vom 22. Oktober bis 7. November sprachen mehr als 20 sowjetische Referenten auf etwa 150 Veranstaltungen.

1.2 Nebenorganisationen

SDAJ und MSB empfangen auf ihren Bundeskongressen Vertreter von über 40 ausländischen kommunistischen Jugend- und fast 20 Studentenorganisationen; sie entsandten Funktionäre zu Kongressen ihrer »Bruderverbände« im Ausland.

Gemeinsam mit dem Leninschen Komsomol (Jugendorganisation der KPdSU) organisierte die SDAJ einen »Freundschaftszug« in die UdSSR (etwa 200 Teilnehmer). Auf zahlreichen Veranstaltungen der SDAJ zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution informierten Funktionäre des Komsomol über die Sowjetunion. Seit Jahren stellt die SDAJ den Schatzmeister im sowjetisch gesteuerten »Weltbund der Demokratischen Jugend« (WBDJ), dem auch der MSB angehört. Die JP sind weiterhin Mitglied in der »Weltkinderorganisation CIMEA« (Comité International des Mouvements d'Enfants et Adolescents), einer »Zweigorganisation« des WBDJ.

1.3 Orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen

Netz von »Frontorganisationen« unterstützt die sowjetische Außenpolitik

Fast alle größeren DKP-beeinflußten Organisationen arbeiten mit den sowjetisch gesteuerten internationalen Tarnorganisationen (»Frontorganisationen«) zusammen.

Die größte »Frontorganisation« ist der »Weltfriedensrat« (WFR) mit Sitz in Helsinki (Präsident: Romesh CHANDRA, Mitglied des Politbüros der KP Indiens). Zum Präsidium des WFR gehören auch fünf Personen aus der Bundesrepublik Deutschland,

darunter als Vizepräsidentin Martha BUSCHMANN (Mitglied des DKP-Präsidioms). Die VVN-BdA und die DFU sind dem WFR korporativ angeschlossen; die DFG-VK entsendet einen Vertreter. Als »Filiale« des WFR in der Bundesrepublik Deutschland ist das KFAZ anzusehen.

Eine enge Zusammenarbeit besteht auch zwischen der »Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer« (FIR) und der VVN-BdA, der »Internationalen Demokratischen Frauenföderation« (IDFF) und der DFI, der »Weltföderation der Wissenschaftler« (WFW) und dem DKP-beeinflußten »Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e. V.« (BdWi) sowie der »Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen« (IVDJ) und der VDJ.

2. »Neue Linke«

Auch zahlreiche Gruppen der »Neuen Linken« verfügen über Kontakte zu Linksextremisten im Ausland. Die trotzkistischen Organisationen arbeiten eng mit den anderen nationalen Sektionen der IV. Internationale, insbesondere in Großbritannien, Frankreich und Belgien, zusammen; einige Gruppen werden vom Ausland her angeleitet. K-Gruppen luden 1987 ihre ausländischen »Bruderorganisationen« zu ihren Parteitag und Delegiertenkonferenzen ein und entsandten eigene Mitglieder zu Arbeitstreffen und zu internationalen Jugendcamps. Zum Anarchisten-Kongreß »Libertäre Tage« im April in Frankfurt kamen auch Vertreter anarchistischer Gruppen aus Österreich, der Schweiz und Italien. Autonome und andere sozialrevolutionäre Gruppierungen fanden wieder Unterstützung bei Gleichgesinnten in den Niederlanden und Dänemark.

VI. Deutscher linksextremistischer Terrorismus*

1. Entwicklung der Terroraktionen

Zahl der Terrorakte rückläufig

Die Zahl der Terrorakte**, die von deutschen linksextremistischen Gewalttätern 1987 begangen wurden oder ihnen nach dem gegenwärtigen Ermittlungsstand zuzurechnen sind, ist nach einem stetigen Anstieg in den letzten Jahren erstmals wieder gesunken (1984: 148; 1985: 221; 1986: 318)***.

Die heimtückischen Morde an zwei Polizeibeamten, vier Schwerverletzte (zwei davon durch Schußwaffeneinwirkung) – erstmals wurde aus einer Demonstration heraus geschossen –, elf durch Störereinwirkungen leicht verletzte Polizeibeamte an der Frankfurter Startbahn West, eine weitere gefährliche Körperverletzung (Schüsse in die Beine), 28 Sprengstoff- und 149 Brandanschläge zeigen die weiterbestehende Gewaltbereitschaft****. Hinzugezählt werden müssen erstmals aufgrund der Erweiterung des Straftatenkataloges des § 129a StGB durch das »Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus« vom 5. Dezember 1986 179 Taten (u. a. gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr; Zerstörungen an öffentlichen Versorgungsbetrieben, Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung und wichtigen technischen Arbeitsmitteln), die bisher unter den sonstigen Gewalttaten erfaßt wurden (vgl. Kap. VII). In mehreren Fällen konnten die mutmaßlichen Täter festgenommen werden. Die Höhe der verursachten wirtschaftlichen Schäden stieg jedoch – wegen einiger besonders schwerwiegender Fälle – stark an.

Sachschäden steigen stark an

Nach Begehungsart und Täterkreis lassen sich die Anschläge des Jahres 1987 wie folgt aufschlüsseln (Vergleichszahlen 1986 in Klammern):

- * Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.
- ** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenen Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.
- *** Die Zahlenangaben beruhen auf Erhebungen des Bundeskriminalamtes über politisch motivierte Gewaltkriminalität.
- **** Zu den Morden an den zwei Polizeibeamten im Zusammenhang mit einer gewalttätigen Demonstration an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens am 2. November 1987 vgl. Kap. IV, Ziff. 2.2.1.

	Brand- anschläge	Sprengstoff- anschläge	Morde Opfer	sonstige Straftaten	insge- samt
»Rote-Armee-Fraktion«:	0 (0)	0 (0)	0 (3)	0 (0)	0 (3)
Militante					
RAF-Anhänger:	0 (5)	0 (12)	0 (0)	0 (0)	0 (17)
»Revolutionäre Zellen«/					
»Rote Zora«:	17 (6)	5 (10)	0 (0)	1* (1)	23 (17)
sonstige Gruppen/ Einzeltäter:	132 (244**)	23 (38**)	2 (0)	149** (0)	306** (282)
Summe:	149 (255**)	28 (60**)	2 (3)	150** (1)	329** (319)

Wenn auch Mordtaten der bekannten Terrororganisationen im Jahre 1987 nicht zu verzeichnen waren, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bereitschaft und Fähigkeit zur Gewaltanwendung bis hin zur Durchführung schwerster terroristischer Anschläge innerhalb der »revolutionären Linken« unvermindert anhält.

Die Terrorakte sollen die grundsätzlich feindselige Haltung der Täter gegenüber dem bestehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gefüge in der Bundesrepublik Deutschland ausdrücken und der Bevölkerung die Entwicklung eines vorrevolutionären Klimas vorspiegeln. Thematisch nahm auch 1987 – obwohl gegenüber dem Vorjahr in deutlich vermindertem Ausmaß – der »Kampf« gegen die Kerntechnologie mit allein 38 Brand- und Sprengstoffanschlägen den breitesten Raum ein (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.4). Militante Kernkraftgegner aus dem anarchistischen und autonomen Spektrum konzentrierten ihre Anschläge (insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau der WAA in Wackersdorf) auf Gebäude, Gerät und Material hieran beteiligter Bauunternehmen sowie auf Einrichtungen der Energieversorgung (Strommasten und Umspannwerke). Damit hofften die Täter, die – wie sie es nennen – »Infrastruktur« der deutschen »Atommafia« entscheidend zu treffen. Des weiteren verübten sie mittels Bränden und Sprengsätzen Anschläge auf das Gebäude eines Konzerns und auf mehrere Banken, die sie als die »finanziellen Hintermänner« des »Atomprogramms« vermuten.

Im Zusammenhang mit der (geplanten) Räumung bzw. Sanierung besetzter Häuser in mehreren deutschen Städten, insbesondere mit den zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen um die Hamburger Hafenstraße, waren erneut Geldinstitute bundesweit ein bevorzugtes Angriffsziel (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.6). Der Protest gegen die Volkszählung wurde auch mit terroristischen Mitteln vorgetragen (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1). Es kam zu 11 Sprengstoff- und Brandanschlägen, vorwiegend gegen Volkszählungsbüros.

* Schußwaffenanschlag in Berlin

** Abweichungen in der Zählweise zum Vorjahr bedingt durch Gesetzesänderung § 129a StGB – 60 Eingriffe in den Bahnverkehr – 89 Anschläge auf Einrichtungen der Energiewirtschaft sowie Störungen öffentlicher Betriebe

Bereitschaft zur
Gewaltanwendung
hält unverändert an

»Angriffsziele«:
Kerntechnologie
weiterhin im
Mittelpunkt

Die Zahl der Anschläge auf Versammlungsräume von Rechtsextremisten, deren Fahrzeuge, Verlage und Druckereien erhöhte sich (21; 1986: 12; vgl. Kap. IV, Ziff. 3.7). Ferner waren wieder Fahrzeuge und Gebäude der Polizei ein herausragendes Ziel der Anschläge linksterroristischer Gewalttäter. Die Zahl der gegen militärische Einrichtungen verübten Taten blieb dagegen erstmals gering.

Zeitlich häuften sich die Terrorakte im April (Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl), im Juni (Volkszählung) und im August (Anschlagsserie der »Roten Zora«; vgl. Ziff. 3). Regional wurden in Berlin, u.a. im Rahmen der Proteste gegen die »750-Jahr-Feier« und den Besuch des US-Präsidenten (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.3), die meisten Gewalttaten verübt (36 Fälle); es folgen Nordrhein-Westfalen (33), Bayern (32), Baden-Württemberg (22) und Niedersachsen (20).

Regionale Anschlagsschwerpunkte:
Berlin, Nordrhein-Westfalen, Bayern

2. »Rote-Armee-Fraktion« (RAF)

2.1 »Kommandobereich« und »Militeante«

Weder der »Kommandobereich« der »Roten-Armee-Fraktion« noch die Personen aus dem RAF-Umfeld, die gelegentlich als »Militeante der RAF« in Erscheinung getreten sind (1986 neun Sprengstoffanschläge »Kämpfender Einheiten«), haben 1987 terroristische Gewalttaten begangen. Ebenso enthielten sie sich jeglicher grundsätzlicher Erklärungen. Die von »Militeanten der RAF« als Sprachrohr benutzte Untergrundschrift »Zusammen Kämpfen« erschien nur mit einer Ausgabe im Januar und einer Sondernummer im Dezember (1986 je 4). Darin wurden mit einer Ausnahme lediglich bereits veröffentlichte Texte und Taterklärungen auch ausländischer terroristischer Gruppierungen wiederholt. Trotz dieser äußerlichen Inaktivität ist zu befürchten, daß die »Rote-Armee-Fraktion«, vor allem ihr 15 bis 20 Personen zählender »Kommandobereich«, auch künftig schwerste terroristische Gewalttaten durchführen kann.

RAF verübt keine Anschläge

Gefährdung hält an

2.2 Umfeld der »Roten-Armee-Fraktion«

Das Umfeld der »Roten-Armee-Fraktion«, insbesondere das auf etwa 250 Anhänger angewachsene engere RAF-Umfeld, befaßte sich 1987 schwerpunktmäßig mit den schon traditionellen Aufgabenbereichen der »Häftlingsbetreuung« und »Öffentlichkeitsarbeit«.

Durch rege Besuchs- und Briefkontakte sowie Prozeßbesuche »betreuten« Angehörige des RAF-Umfeldes – oder bei angeordneten Besuchseinschränkungen auch hierfür gewonnene Drittpersonen – die inhaftierten (mutmaßlichen und verurteilten) RAF-Terroristen und -Unterstützer. Die »Häftlingsbetreuung« ist keine rein humanitäre Tätigkeit; sie soll vorwiegend die Inhaftier-

Umfeld betreibt Häftlingsbetreuung

ten in ihrer politischen Haltung bestärken und sie ermutigen, den »Kampf« auch aus den Haftanstalten heraus fortzusetzen. Außerdem dient sie auch der Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen der RAF; teilweise werden so Nachrichten konspirativ übermittelt. Die inhaftierten RAF-Terroristen ihrerseits benutzen Besuche und Korrespondenzen, um Kontaktpersonen in ihrem Sinne zu indoktrinieren.

In der Öffentlichkeitsarbeit des RAF-Umfeldes nahm die sog. Zusammenlegungs-Kampagne einen breiten Raum ein. Die Zusammenlegung der Häftlinge in »interaktionsfähigen Gruppen«, die Anerkennung eines Kriegsgefangenenstatus und die Anwendung der »Mindestgarantien der Genfer Konvention« sind wie die Aufhebung einer angeblichen Kommunikationssperre seit jeher vorrangige »Kampfziele« der inhaftierten RAF-Terroristen. Diese Forderungen erscheinen auch häufig als Schlußparolen von Anschlagserklärungen. Das RAF-Umfeld unterstützte diese Forderungen u. a. durch Flugschriften sowie Propaganda- und Werbeveranstaltungen. Die Bemühungen des RAF-Umfeldes, die übrige extremistische Linke in ihre Ziele einzubinden, sind auch 1987 weitgehend erfolglos geblieben. Dies hat nach der Anschlagsserie des Jahres 1986 zu einer umfassenden »Strukturdiskussion« im Unterstützerebereich der RAF geführt, die noch nicht abgeschlossen ist.

Für den 10. Jahrestag der Selbsttötung der RAF-Mitglieder BAA-DER, ENSSLIN und RASPE (18. Oktober 1977) versuchte das RAF-Umfeld gemeinsam mit autonomen und anderen sozialrevolutionären Gruppierungen eine Großdemonstration in Stuttgart vorzubereiten. Es gelang den beteiligten Gruppen jedoch nicht, sich auf einheitliche Ziele und einen gemeinsamen Aufruf zu einigen. Zur Demonstration am 17. Oktober kamen schließlich nur zwischen 500 und 1000 Personen. Bei Kontrollen konnte die Polizei zahlreiche gefährliche Gegenstände wie Beile und Schlagstöcke beschlagnahmen. Weil die Teilnehmer sich mehrheitlich weigerten, ihre Vermummung abzulegen, löste die Polizei den Aufzug auf.

Personen aus dem RAF-Umfeld beteiligten sich u. a. gemeinsam mit militanten Autonomen an gewalttätigen Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin (West), den Protestaktionen gegen die 750-Jahr-Feier Berlins und gegen den Besuch des US-Präsidenten im Juni (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.3) sowie den Auseinandersetzungen um besetzte Häuser (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.6). Insbesondere in Hamburg versuchten sie, Bewohner der Hafensstraße aus dem autonomen Spektrum für ihre Vorstellung von einer »antiimperialistischen Front« zu gewinnen. Hierunter verstehen sie ein von der RAF dominiertes Bündnis aller »revolutionären Kräfte«. Als Partner für ein solches Bündnis kommen nach diesen Vorstellungen im Inland vor allem Personen aus gewaltbereiten anarchistischen und autonomen Kreisen, aber auch hier lebende gewaltorientierte aus-

»Zusammenlegungs-Kampagne«

Annäherung an »Autonome« bisher nicht gelungen

Anhänger der RAF beteiligten sich an gewalttätigen Auseinandersetzungen

ländische Linksextremisten in Frage. So beteiligten sich RAF-Anhänger auffallend häufig an Veranstaltungen, die von extremistischen Ausländergruppen initiiert wurden oder sich mit Problemen in ausländischen Staaten beschäftigten.

Deutlich gewachsen ist das Interesse der RAF-Anhänger an der Situation der Palästinenser im Nahen Osten. Viele ihrer Veranstaltungen galten diesem Thema. Sie wollen dadurch nicht nur die Solidarität mit dem »palästinensischen Befreiungskampf« fördern, sondern durch die Beschäftigung mit dieser Kampfführung auch den eigenen »Widerstand« stärken. Als verbindendes Element sehen sie dabei den gemeinsamen Feind (USA und Westeuropa)¹¹⁴. Die durch Flugblätter und Broschüren hierfür angestrebte Publizität wurde bislang jedoch nur in Einzelbereichen erreicht.

Bereits seit dem Sommer befaßt sich das RAF-Umfeld – wie auch andere linksextremistische Gruppen – eingehend mit dem für September 1988 in Berlin (West) geplanten Kongreß des IWF und der Weltbank, den sie verhindern oder zumindest stören wollen. Die vielfältigen Diskussionen und Initiativen dazu lassen erwarten, daß der Kongreß auch im RAF-Umfeld zu einem Schwerpunktthema für 1988 wird.

3. »Revolutionäre Zellen« (RZ) und »Rote Zora«

Die RZ, ihre autonome Frauengruppe »Rote Zora« und RZ-Nachahmergruppen haben 1987 mit 5 Sprengstoff- und 17 Brandanschlägen sowie einer schweren Körperverletzung (Schüsse in die Beine) ihre terroristischen Aktivitäten im Vergleich zum Vorjahr (insgesamt 17 Anschläge) verstärkt. Zehn Anschläge wurden allein von der »Roten Zora« verübt (1986: 3).

3.1 Die RZ setzten 1987 vorrangig ihre mit der Flüchtlings- und Asylantenproblematik verknüpfte Anschlagsserie fort:

- Am 6. Februar verübten sie einen Sprengstoffanschlag auf die »Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber« (ZSA) in Berlin (West);
- am 1. September schossen Mitglieder einer RZ in Berlin (West) dem Vorsitzenden Richter des für Asylangelegenheiten zuständigen Senats am Bundesverwaltungsgericht in die Beine;
- am 5. September setzte eine RZ eine Außenstelle des »Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge« in Dortmund in Brand; der Aktenbestand wurde fast völlig vernichtet.

Damit ist die Gesamtzahl der zu diesem Thema verübten Terrorakte auf 13 angestiegen.

Die Taten fügen sich in die von den RZ seit 1973 verfolgte Strategie ein. Durch das Aufgreifen aktueller, in der Öffentlichkeit dis-

Nahost-Kampagne

Schwerpunktthema
1988: Internationaler
Währungsfonds
(IWF)

RZ-Anschläge
nahmen zu

Anschlagsserie zur
»Asylantenpolitik«

kutierter Themen wollen sie Anhänger gewinnen für ihr Ziel: eine von einer »sozialen Bewegung« getragene Revolution. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland glauben sie Ansatzpunkte für die Aktivierung eines vermeintlichen revolutionären Potentials zu sehen. Ein Brandanschlag auf die »Zentralstelle für Asylbewerber« in Berlin (West) am 7. Juli, zu dem sich »Revolutionäre Viren – Jugendorganisation der RZ« bekannten, und die Anschläge sogenannter Resonanz-RZ (vgl. Ziff. 3.2) belegen, daß militante Täter aus den örtlichen autonomen und anderen Gruppierungen der »Neuen Linken« diese Vorstellung übernehmen und umsetzen. Hierin liegt eine von den »Revolutionären Zellen« ausgehende weitere Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

RZ wollen »revolutionäres Potential« aktivieren

Die erneute »Knieschußaktion« in Berlin läßt eine noch größere Gewaltbereitschaft zumindest von Teilen der RZ erkennen. Sie gleicht dem am 28. Oktober 1986 ebenfalls in Berlin verübten Anschlag auf den Leiter der dortigen Ausländerbehörde und dem Attentat auf einen Berliner Rechtsanwalt am 31. Mai 1978. Diese Anschläge gehen über die sonstige Praxis der RZ hinaus. Die umfangreiche Begründung zum Anschlag auf den Bundesverwaltungsrichter zeigt, daß die Täter deshalb in besonderem Maße um »Vermittelbarkeit« der Tat bemüht sind. Sie erklärten, sie hätten den Richter lediglich verletzen und politisch brandmarken wollen. Mordanschläge dagegen, zumal an bloßen »Funktionsträgern« wie etwa an dem Bonner Diplomaten von BRAUNMÜHL im Oktober 1986 durch Angehörige der RAF seien nicht vermittelbar und somit kontraproduktiv. Für die RZ kämen Mordanschläge zum gegenwärtigen Zeitpunkt (»vorrevolutionäre Phase«) nicht in Frage¹¹⁵.

Erneute »Knieschußaktion« in Berlin

Abgrenzung zur RAF

3.2 Sogenannte Nachahmer- oder Resonanz-RZ sind Gruppen aus autonomen Kreisen, die das militante Konzept der RZ bejahen und sich in ihren Taterklärungen an die Argumentation der RZ anlehnen. Sie verübten 1987 u. a. im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Bau der WAA in Wackersdorf (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.4) mehrere Brandanschläge auf eine Baufirma in Berlin (7. März), Einrichtungen der Energieversorgung (Umspannwerke) bei Kelsterbach in Hessen (17. Juni), bei Wackersdorf (18. September) und in Rüsselsheim in Hessen (10. Oktober) sowie einen Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Firma BOSCH-SIEMENS in München (28. Juli). Die Täter bezeichneten ihre Aktionen als Sabotage am deutschen Kerntechnologieprogramm, für das neben den Energiekonzernen auch der Bau der WAA von zentraler Bedeutung sei.

RZ-Nachahmer weiter aktiv

3.3 Die eigenständige Frauengruppe der RZ »Rote Zora« trat 1987 mit einem versuchten Sprengstoffanschlag auf das Bekleidungsunternehmen ADLER am 20./21. Juni in Haibach und am

Anschlagsserie der »Roten Zora« zur »Frauenausbeutung«

15. August mit in neun Städten des Bundesgebietes fast zeitgleich durchgeführten oder versuchten Brandanschlägen auf Filialen dieses Unternehmens besonders hervor. Einen weiteren Brandanschlag auf einen Bekleidungsmarkt von ADLER verübte am 11. September in Berlin eine zuvor unbekannte Gruppe »die Amazonen«, die sich als Schwestern der »Roten Zora« bezeichnete.

Als Anlaß für diese Anschläge wurde der Arbeitskampf von Frauen in verschiedenen Produktionsstätten des Unternehmens in Südkorea und Sri Lanka angegeben¹¹⁶.

Eine weitere Anknüpfung an diese Thematik findet sich in der Erklärung der »Revolutionären Zellen« zu einem Brandanschlag auf ein Auslieferungslager der REWE-Handelskette in Wesel am 1. November, bei dem 29 schwere Lkw – viele davon total – zerstört und Schäden in Höhe von rund 4 Millionen DM verursacht



wurden. Die Täter versuchten dabei, eine Verknüpfung zwischen dem Vertrieb von angeblich aus Südafrika stammenden Lebensmitteln und der Ausbeutung von Frauen auf südafrikanischen Plantagen herzustellen¹¹⁷.

4. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

Sonstige Gruppen und Einzeltäter aus dem militanten autonomen und anarchistischen Spektrum verübten 1987 fast 90% der linksextremistisch motivierten Terroranschläge (23 Sprengstoff und 132 Brandanschläge); hinzu kommen 60 Eingriffe in den Bahnverkehr und 89 Anschläge auf Einrichtungen der Energiewirtschaft (z. B. Anschläge auf Strommasten) sowie Störungen sonstiger öffentlicher Betriebe. An der Frankfurter Startbahn West wurde erstmals aus einer Demonstration heraus auf Polizeibeamte geschossen – zwei Polizeibeamte wurden getötet, vier weitere schwer verletzt (davon zwei durch Schüsse).

Die Täter der Anschläge und Morde sehen hierin Akte »revolutionärer Gegengewalt«, die sie ihrem Ziel einer »herrschaftsfreien« Gesellschaft näher bringen sollen. Häufig werden die Täter auch von Haß- und Rachegefühlen gegenüber dem »System« angetrieben. Wieder war die Kernenergie, wenn auch geringer als im Vorjahr (1986 gab es mehr als 150 Anschläge auf Strommasten), das besondere Reizthema. Weitere Anlässe für eine Vielzahl von terroristischen Gewalttaten waren der Besuch des US-Präsidenten REAGAN, die Volkszählung und die Auseinandersetzung um die Hamburger Hafenstraße (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1, 3.3, 3.4, 3.6).

Bei der Ausführung und Begründung ihrer Brand- und Sprengstoffanschläge orientieren sich die militanten »Autonomen« weitgehend am Vorbild der »Revolutionären Zellen«. Zum Teil erreichen sie auch deren Gefährlichkeit, wie die beiden Sprengstoffanschläge auf Gebäude der Stadtverwaltungen in Leverkusen und Oberhausen im Zusammenhang mit der Volkszählung im März zeigen.

Diese Gewalttäter treten in ihren Selbstbezeichnungen unter Namen wie »Autonome Zellen« auf oder verwenden teils martialisches klingende, teils vermeintlich witzige Phantasiebezeichnungen wie z. B. »Autonome Feuerwerker«, »Autonome Abrißgemeinschaft für Potemkinsche Dörfer« oder »Lowtechniker im Widerstand«. Offensichtlich wollen sie hiermit in der »Szene« Neugierde erwecken, um auf die Beweggründe ihrer kriminellen Handlungen aufmerksam zu machen.

So nannten sich die Täter eines Brandanschlags auf die Lagerhalle einer Baufirma in Mörfelden-Waldorf am 11. April »Revolutionäre Osterhasen«. Die Firma sei als führendes Mitglied der »Baumafia« am Bau der Startbahn West in Frankfurt, der WAA in Wackersdorf und von Kernkraftwerken beteiligt.

Terroristische Kleingruppen als Urheber der meisten Terrorakte

Bevorzugtes »Angriffsziel«: Kernkraftindustrie

Militante »Autonome« orientieren sich vorwiegend an den RZ

5. Internationale Verflechtungen

Keine »antiimperialistische Front in Westeuropa«

Die Bemühungen der »Roten-Armee-Fraktion« und ihres Umfeldes um Fortschritte bei der Realisierung einer »antiimperialistischen Front in Westeuropa« haben 1987 einen schweren Rückschlag erlitten. Die Festnahme der vier führenden Mitglieder der französischen Terrorgruppe »Action Directe« (AD) am 21. Februar in der Nähe von Orléans hat die Grundlage der angestrebten »westeuropäischen Front« – die Achse RAF/AD – in ihrem Kern getroffen. Der internationalistisch ausgerichtete Flügel der AD hat seither keine terroristischen Aktionen mehr durchgeführt. Es ist auch nicht erkennbar, daß noch Angehörige dieses Flügels in Frankreich in der Illegalität operieren. Somit scheint dieser bisher einzige wirkliche Bündnispartner der RAF in Westeuropa zumindest vorerst ausgefallen zu sein.

RAF weiter auf der Suche nach Bündnispartnern

Dennoch zeigen zahlreiche Unterlagen, daß insbesondere das Umfeld der RAF den Kontakt mit potentiellen Bündnispartnern in Westeuropa sucht oder fortsetzt. Dies gilt auch für Anhänger und inhaftierte Mitglieder der spanischen Terrororganisation GRAPO (Antifaschistisches Kommando 1. Oktober), obwohl gerade mit dieser Gruppe in wichtigen ideologischen und organisatorischen Fragen grundlegende Meinungsunterschiede bestehen. So veröffentlichte die niederländische Schrift »De Knipselkrant« eine Ausarbeitung einiger Häftlinge aus der GRAPO unter der Überschrift »Zwei unvereinbare Linien innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung«. Der RAF wird darin u. a. vorgeworfen, sie besitze kein kommunistisches Programm und ihre Ziele stimmten mit Klassenpositionen bedeutender Teile des Kleinbürgertums überein. Vor allem fehlten ihr ein fester leninistischer Geist und die Fähigkeit, eine Partei aufzubauen¹¹⁸. Trotz dieser Kritik gab es aber auch 1987 vielfältige Kontakte zwischen RAF und GRAPO, die zeigen, daß auf beiden Seiten ein starkes Interesse an einem Zusammenwirken besteht.

Mehr und mehr kommt die RAF mit der italienischen Terrororganisation »Rote Brigaden« in einen Dialog. Dies bestätigte zuletzt die in »Zusammen Kämpfen« (vgl. Ziff. 2.1) nochmals veröffentlichte »Kommandoerklärung« der »Roten Brigaden« zum Raubüberfall auf einen Geldtransport in Rom am 17. Februar. Darin bezeichnen sie die »Kämpfende Praxis von RAF und AD für die Entwicklung der Front« als die politische Grundlage für die angestrebte »antiimperialistische Front in Westeuropa«. Dennoch bestehen die grundlegenden ideologischen Differenzen zwischen RAF und »Roten Brigaden« fort, die einer engeren Zusammenarbeit der beiden Gruppen zumindest bisher entgegenstanden.

»De Knipselkrant« unterstützt »antiimperialistischen Kampf« der RAF

Aus den Niederlanden wurde der RAF und anderen deutschen terroristischen Gruppierungen durch die periodisch erscheinende Schrift »De Knipselkrant« wiederholt publizistische Hilfe zuteil. Die Herausgeber verstehen das Blatt als Diskussionsforum für

den »bewaffneten Kampf«. Sie wollen die Entwicklung einer »revolutionären Politik in Westeuropa« stärken und die »Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstandes transportieren«. Der große Anteil von deutschen Beiträgen belegt die starke Ausrichtung der Schrift auf das hiesige militante/terroristische Spektrum. Umgekehrt nutzt dieses zunehmend die Möglichkeit, mittels »Knipselkrant« eigene Erklärungen grenzüberschreitend zu verbreiten.

6. Strafverfahren und einzelne Exekutivmaßnahmen

6.1 Anklagen

Am 1. September begann vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Hauptverhandlung gegen Eva Sybille HAULE-FRIMPONG, Luitgard HORNSTEIN und Christian KLUTH wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung »Rote-Armee-Fraktion« und anderer Delikte. HAULE-FRIMPONG wird dem »Kommandobereich« der RAF zugerechnet; KLUTH und HORNSTEIN sind verdächtig, den »Militanten der RAF« angehört und sich 1986 mit zwei weiteren Personen aus Düsseldorf an einem Sprengstoffanschlag beteiligt zu haben.

Wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erhob der Generalbundesanwalt am 11. Mai vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf Anklage gegen vier mutmaßliche »Militante der RAF« aus Duisburg. Ihnen wird die Verübung eines Sprengstoffanschlages zur Last gelegt. Zwei von ihnen sollen zudem die Lebensumstände des Leiters eines Institutes ausgeforscht haben, auf das ebenfalls ein Sprengstoffanschlag verübt worden war.

6.2 Verurteilungen

Am 5. März verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt Ingrid BARABASS wegen Mitgliedschaft in der RAF zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und zehn Monaten sowie Mareile SCHMEGNER wegen Unterstützung der RAF zu einer solchen von drei Jahren und zehn Monaten. Beide waren im Zusammenhang mit der Entdeckung einer »konspirativen Wohnung« der RAF in Offenbach 1985 festgenommen worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Am 16. März verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf Rolf Klemens WAGNER erneut wegen Beteiligung an der Entführung und Ermordung von Dr. SCHLEYER im Jahre 1977 zu lebenslanger Haft. Die frühere Verurteilung aus dem Jahre 1985 war vom Bundesgerichtshof wegen Verwertung unzulässiger Beweismittel aufgehoben worden.

Am 6. November 1987 verurteilte das Bayerische Oberste Landesgericht in München zwei dem militanten autonomen Spektrum

Strafverfahren gegen
mutmaßliche
Mitglieder der RAF

Rolf Klemens
WAGNER erneut
verurteilt

angehörige Personen u. a. wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, versuchter Brandstiftung und Sachbeschädigung zu sechs Jahren Freiheitsstrafe bzw. einem Jahr Jugendstrafe auf Bewährung. Sie hatten u. a. am 14. April einen Brandanschlag auf das Gebäude der Bezirksregierung von Schwaben verübt.

6.3 Besondere Exekutivmaßnahmen

Nach umfangreichen Ermittlungen wurden am 18. Dezember bundesweit Wohnungen und Arbeitsstätten von mutmaßlichen Mitgliedern der »Revolutionären Zellen« und insbesondere der »Roten Zora« durchsucht. Dabei wurden Beweismittel sichergestellt und zwei Frauen festgenommen. Gegen vier weitere – noch flüchtige – Personen wurden Haftbefehle erlassen.

VII. Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund

1. Übersicht in Zahlen

Die Gesamtzahl der Gewalttaten und sonstigen Gesetzesverletzungen*, bei denen Linksextremisten als Täter oder Tatbeteiligte bekanntgeworden sind, ist 1987 zurückgegangen.

Auch die Zahl der terroristischen Gewalttaten blieb geringer als im Vorjahr.

Wieder begingen Linksextremisten gefährliche Körperverletzungen, Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen und Zerstörungen an Sachen mit Schäden in Millionenhöhe. Erstmals wurde bei einer Protestaktion mit linksextremistischer/-terroristischer Beteiligung auf die Polizei scharf geschossen. Zwei Polizeibeamte wurden getötet (vgl. Kap. VI, Ziff. 1 und 4).

* Jede gewaltsame Aktion und jede sonstige Gesetzesverletzung wurde nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzelaten bestand oder von mehreren Tätern gemeinsam begangen wurde.

Haftbefehle gegen Mitglieder der RZ und der »Roten Zora«

Zahl der Gesetzesverletzungen von Linksextremisten nimmt ab

	1986	1987
Morde (Opfer)	3	2
Sprengstoffanschläge	60	28
Brandanschläge*	395	210
Aktionen mit Körperverletzungen	155	133
Raubüberfälle/Diebstähle	2	2
Landfriedensbruch und Widerstandshandlungen	139	98
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Straßenverkehr	153	99
Sachbeschädigung mit Gewaltanwendung	995	925
Gewalttaten insgesamt:	1.902	1.497
Gewaltandrohungen	97	100
Sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	240	258
Gesamt:	2.239	1.855

2. Schwerpunkte und Ziele linksextremistischer Straftaten

Bei den im Berichtsjahr gezählten Körperverletzungen wurden mehr als 600 Personen (1986: mehr als 800), darunter mehr als 500 Beamte der Polizei (1986: mehr als 750) verletzt.

Die Zahl der gefährlichen Eingriffe in Verkehrsanlagen und Transportmittel ist geringfügig zurückgegangen. Die meisten Aktionen (76) richteten sich gegen Einrichtungen der Bundesbahn. Sie standen in Zusammenhang mit Protesten gegen kerntechnische Anlagen und gegen militärische Transporte. Kaum verringert hat sich die Zahl der Sachbeschädigungen – Farbsprühaktionen nicht mitgerechnet – an Banken, Bürogebäuden und Warenhäusern (mehr als 400) und an Polizeifahrzeugen und Polizeidienststellen (mehr als 260). Mehr als 80 (1986: mehr als 150) Beschädigungen an Strommasten – durch Sprengstoff, Ansägen der Verstreben oder Lockern der Verschraubung – wurden bekannt; wieder verbreiteten Linksextremisten zu vielen dieser Aktionen Taterklärungen.

Zu den 258 bekanntgewordenen sonstigen Gesetzesverletzungen gehören insbesondere Hausfriedensbrüche, Beleidigungen, Fälschungen amtlicher Schreiben und Verstöße gegen das Waffengesetz. Die zahlreichen Farbsprüh- und Schmieraktionen mit linksextremistischen Parolen, Symbolen und Emblemen wurden nicht mitgezählt, weil darüber kein vollständiger Überblick zu erlangen ist.

* Umfaßt Brandstiftungen und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln.

3. Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten

3.1 Verurteilungen (Überblick)*

	1986	1987	
insgesamt:	654	450	
davon:	20	18	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, 12 (1986: 12) ohne Bewährung
	26	30	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, 2 (1986: 2) ohne Bewährung
	421	249	Geldstrafen
	-	4	Jugendstrafen mit Bewährung
	187	149	Geldbußen, Verwarnungen, Arbeitsauflagen, Arreste und sonstige Schuldsprüche

3.2 Anklagen: Insgesamt 352 (1986: 255)

Über die Zahl der gegen Linksextremisten ergangenen Durchsuchungen und Beschlagnahmeanordnungen liegen keine exakten Erhebungen vor.

* Erfaßt wurden nur erstinstanzliche Urteile, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die Zahl der Urteile dürfte insgesamt höher liegen, da erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung des Verfassungsschutzberichtes bekannt werden. Die Vergleichszahlen für 1986 wurden entsprechend fortgeschrieben.

VIII. Dokumentation

1. Vgl. DKP-Zentralorgan »Unsere Zeit« (UZ) vom 4. 11. 1987; UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 35:
 »Wir stehen in der Tradition der 1918 gegründeten KPD, die sich im Zuge ihrer Entwicklung zur Massenpartei die von Lenin entwickelte Konzeption der Partei neuen Typus bewußt angeeignet hat (...). Dabei handelt es sich keineswegs um immer gleiche, sondern um wechselnde Kampfbedingungen, legale wie illegale.«
 Der DKP-Vorsitzende Herbert MIES bekleidete in der KPD – während der Legalität und der Illegalität – leitende Funktionen. Die DKP skizzierte seinen Werdegang mit den Worten:
 »Auf dem Hamburger Parteitag der KPD 1954 wurde H. Mies in den Parteivorstand der KPD gewählt. Nach dem Verbot der KPD im Jahre 1956 wirkte er inner- und außerhalb der Bundesrepublik... als Kandidat des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der KPD für die Aufhebung des KPD-Verbots« (8. Parteitag der DKP, Mai 1986 in Hamburg, Information Nr. 82).
2. »Marxistische Blätter« Nr. 10/1987, S. 18
3. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 34
4. »Marxistische Blätter« Nr. 10/1987, S. 62
5. Z. B. UZ vom 20. 5. 1987
6. »Marxistische Blätter« Nr. 11/1987, S. 56
7. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 52
8. UZ vom 21. 10. 1987
9. »Marxistische Blätter« Nr. 10/1987, S. 57: »Das nukleare Zeitalter erfordert... von den revolutionären Kräften ein äußerst sorgfältiges und verantwortungsbewußtes Abwägen bei Entscheidungen über den bewaffneten Kampf und in diesem Kampf. Andererseits hat dieses Zeitalter keinesfalls die Notwendigkeit aufgehoben, der Reaktion und Konterrevolution dort, wo sie mit Gewalt versuchen, die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften des Volkes zu beseitigen und den geschichtlichen Fortschritt umzukehren, eine Abfuhr zu erteilen. (...) Das Verantwortungsbewußte und zugleich entschlossene Handeln der Sandinisten in Nicaragua ist ein anschauliches Beispiel für die Beachtung der Erfordernisse des Nuklearzeitalters im bewaffneten revolutionären Kampf.«
10. BVerfGE Bd. 5, S. 323 f.
11. BVerwG vom 20. Januar 1987, Az 1 D 114. 85
12. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 2. 9. 1987, S. 30
13. Bundestagsdrucksache 11/977 vom 16. 10. 1987
14. Vgl. »Probleme des Friedens und des Sozialismus« Nr. 9/1987, S. 1294
15. Ebenda
16. Die »Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg« wurde 1977 mit materieller Unterstützung der »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) der DDR eingerichtet. Der Eigentümer der »Burg Wahrberg« ist Mitglied der DKP. Auf der Burg sind zumindest fünf Personen ständig beschäftigt, darunter der Leiter und der Geschäftsführer der »Jugendbildungsstätte«; ein Teil der Referenten kommt von auswärts.
17. Referat des Bundesvorstandes an den 9. Bundeskongreß der SDAJ, S. 26; Diskussionspapier zur Vorbereitung des 9. Bundeskongresses, S. 4 und 1
18. Referat des Bundesvorstandes an den 9. Bundeskongreß, S. 16
19. »Unruhe – Begeisterung –

- Überzeugung – Die SDAJ muß stärker werden, Thesenpapier der SDAJ-Entwicklung«, S. 11
20. Referat des Bundesvorstandes an den 10. Bundeskongreß des MSB, S. 29
21. Referat des Bundesvorstandes an den 10. Bundeskongreß des MSB, S. 7; 1. Bildungsthema des MSB, Sommersemester 1987, Neues Denken Perestrojka, Glasnost, hrsg. vom MSB-Bundesvorstand, S. 18
22. 6. Bundeskongreß der Jungen Pioniere, 5./6. Dezember 1987, Dortmund, Anträge
23. Ebenda
24. Entwurf des »Orientierungs- und Aktionsprogrammes der VVN-Bund der Antifaschisten«
25. VVN-BdA-Pressedienst vom 19. 2. 1987
26. »antifaschistische rundschau« (ar) Nr. 3/1987, S. 6
27. ar Nr. 3/1987, S. 6; »Deutsche Volkszeitung/die tat« vom 5. 6. 1987, S. 9; »Informationen« der VVN-BdA Saar, April 1987: »Ausdruck für ein geändertes Klima gegenüber unserer Organisation ist auch die Tatsache, daß zu dieser Konferenz der VVN-BdA nicht nur DKP und Friedensliste, sondern auch Grüne und SPD durch Spenden und Anzeigen in der Delegiertenmappe ihre Solidarität mit unserer Sache bekundet und zum Gelingen der Konferenz beigetragen haben.«
28. »DFU-Info« des Landesverbandes Hamburg, September 1987: »Die DFU ist seit vielen Jahren aktiv und gestaltend in den verschiedenen Bereichen der außerparlamentarischen Bewegungen tätig. Es gehört zu den herausragenden Ergebnissen unserer Arbeit, daß es uns gelungen ist, die Friedensbewegung mitentwickelt zu haben, den Kampf gegen Berufsverbote mit Erfolg zu führen, in der Bildungs- und Gewerkschaftspolitik initiativ im Sinne einer fortschrittlichen Politik gearbeitet zu haben und vieles mehr.«
29. OVG Koblenz, Urt. vom 14. 10. 1987 – 2 A 55/86
30. Vgl. »südwest-kontakte«, hrsg. vom Landesverband Baden-Württemberg der DFG-VK, Nr. 3/1987; »Gruppenrundbrief« Nr. 3/1987 des Landesverbandes Bayern der DFG-VK; Offener Brief der DFG-VK-Gruppe Gammertingen an den DFG-VK-Bundesgeschäftsführer, zit. in »südwest-intern«, hrsg. vom Landesverband Baden-Württemberg der DFG-VK, Nr. 3/1987:
»Wir können dem Verfassungsschutz nicht mehr länger guten Gewissens widersprechen, wenn er sagt, der Bundesverband der DFG-VK sei kommunistisch beeinflusst. Ganz offensichtlich können in diesem Verband wesentliche Entscheidungen nicht gegen den Willen der DKP getroffen werden.«
31. Ehemalige Bundessprecherin der »Friedensliste«, Mechthild JANSEN (u. a. Mitglied des »Büros« des KFAZ und des sowjetisch gesteuerten WFR), zit. in »Rundbrief« Nr. 37, Juli 1987, S. 15:
»In der Friedensliste versuchen absolut ungleiche Beteiligte miteinander zu kooperieren, eine mit großem Apparat ausgestattete Partei und eine Reihe von Einzelpersonen aus unterschiedlichen Gruppierungen nebst der DFU. (...) Sehr leicht degeneriert Bündnispolitik dazu, einige hübsche Girlanden um die eigentlich organisierenden Kreise herumzulegen und sie zur machtlosen, bloßen Zierde verkommen zu lassen. (...) Die gegebenen Konstellationen führten dann auch zu den absurden Erscheinungen, daß die DKP zu wesentlichen Teilen die Arbeit tragen, sich dabei aber tendenziell wegen ihres Überge-

- wichts verleugnen mußte...«
32. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 2. 1987, S. 7 f.
 33. Willi GERNS, Die Umgestaltung in der Sowjetunion und die DKP, Broschürenreihe »Standpunkt« Nr. 1/1987, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, S. 9
 34. UZ vom 25. 11. 1987
 35. UZ vom 10. 2. und 16. 6. 1987
 36. UZ vom 16. 6. 1987
 37. Vgl. u. a. UZ vom 10. 2. 1987; UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 2. 1987, S. 7 und 20; »praxis« Nr. 5/1986, S. 7
 38. »Richtlinien zur Durchführung der Jahreshauptversammlungen der Grundorganisationen der DKP im Jahre 1988«
 39. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 2. 9. 1987, S. 13 f.
 40. UZ vom 29. 8. und 25. 11. 1987
 41. Rechenschaftsbericht zur 28. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz des SHB (2. - 4. 10. 1987 in Oldenburg), S. 1
 42. Ebenda, S. 17
 43. »Bildungsarbeit«, hrsg. vom SHB-Bundesvorstand 1987, S. 21
 44. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 13 f.
 45. Ebenda, S. 43
 46. »Marxistische Blätter« Nr. 5/1987, S. 14 ff. und Nr. 11/1987, S. 50; »NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik« Nr. 7/1987, S. 25; UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 2. 9. 1987, S. 19
 47. »Probleme des Friedens und des Sozialismus« Nr. 9/1987, S. 1264
 48. Vgl. »Marxistische Blätter« Nr. 5/1987, S. 20; UZ vom 21. 12. 1987; UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 46
 49. Abschlußerklärung des bundesweiten Ratschlages der VDJ zur Volkszählung '87 in: VDJ-Forum Nr. 2/1987, S. 12
 50. »Presse- und Informationsdienst« der Initiative »Weg mit den Berufsverboten« Nr. 3/1987 vom 21. 1. 1987
 51. »40 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Niedersachsen - 40 Jahre antifaschistischer Kampf«, hrsg. vom VVN-BdA-Landesvorstand Niedersachsen, Mai 1987
 52. Entwurf des »Orientierungs- und Aktionsprogrammes der VVN-Bund der Antifaschisten«
 53. UZ vom 27. 11. 1986
 54. U. a. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 36 f.
 55. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 40
 56. Thesen des 8. Parteitages der DKP, hrsg. vom Parteivorstand der DKP Mai 1986, S. 108 f.
 57. »elan« Nr. 3/1987, S. 34
 58. PPA-Tagesdienst vom 22./24. 8. 1987
 59. »Beschlossene Anträge«, 9. Bundeskongreß der SDAJ, hrsg. vom SDAJ-Bundesvorstand, S. 30 und 7
 60. Kongreß-Info Nr. 4
 61. »Jugendpolitische Blätter« Nr. 11/1987, S. 9
 62. Referat des Bundesvorstandes an den 9. Bundeskongreß der SDAJ, S. 9 f.
 63. »bulletin - Panorama DDR, Informationen aus der DDR, Internationales Friedensseminar der Jugend in Berlin vom 23. bis 27. März 1987«, Teil II, S. 3
 64. Vgl. UZ vom 9. 6. 1987
 65. »Beschlossene Anträge«, a. a. O., S. 48
 66. Pionierleiter-Info, Juli/August 1987
 67. UZ vom 8. 12. 1987
 68. »praxis« Nr. 3/87, S. 11
 69. MSB-Info Nr. 1 zur 12. VDS-MV, Frühjahr 1987, S. 10
 70. Referat des Bundesvorstandes an den 10. Bundeskongreß des MSB, S. 46
 71. UZ vom 2. 10. 1987
 72. Vgl. »Probleme des Friedens und des Sozialismus« Nr. 6/1987, S. 826 ff.
 73. Vgl. UZ vom 22. 5. 1987
 74. UZ vom 6. 4. 1987
 75. UZ vom 3. 6. 1987; »Denkzettel«, hrsg. vom DKP-Bezirksvorstand Hessen, März/April 1987, S. 18

76. »Neues Deutschland« vom 22. 12. 1987
77. »Rote Fahne« vom 7. 11. 1987
78. »Rote Fahne« vom 19. 9. und 24. 10. 1987
79. »Rote Fahne«, Zentralorgan der MLPD, vom 7. 11. 1987
80. »Rote Fahne« vom 26. 9. 1987
81. »Rote Fahne« vom 19. 9. und 3. 10. 1987
82. »Rote Fahne« vom 20. 6. und 19. 9. 1987
83. KB-Organ »Arbeiterkampf« Nr. 280
84. »Organisations-BULLETIN« Nr. 48, April 1987
85. »Arbeiterkampf« Nr. 284 vom 29. 6. 1987
86. »Arbeiterkampf« Nr. 282 vom 4. 5. 1987; »Organisations-BULLETIN« Nr. 49, Mai 1987
87. Statut des BWK in »Politische Berichte«, Sonderausgabe zur 7. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz, Februar 1987
88. VSP: Programm, Statut, Selbstverständnis, Oktober 1986
89. »Arbeitermacht«, Organ der Gruppe »Arbeitermacht« Nr. 8, Winter 1987, »Klassenkampf« Nr. 52 vom August/September 1987
90. »Arbeitermacht« Nr. 8, S. 18 u. Plattform der IKS, S. 8
91. »Arbeitermacht« Nr. 8, Plattform der IKS
92. »Weltrevolution« Nr. 28 vom 9. 10. 87 Plattform der IKS
93. »Arbeitermacht« Nr. 8, S. 15; »Klassenkampf« Nr. 52, S. 14; Plattform der IKS, S. 13
94. Interview in Uni-Stadtzeitung (USZ), München, November 1987
95. Uni-Stadtzeitung (USZ), November 1987
96. Flugblatt, Juli 1987
97. Hamburger Hochschulzeitung, 14. April 1987
98. »links-Sozialistische Zeitung« Nr. 213, Dezember 1987
99. »radikal info« Nr. 1, März 1983
100. Erklärung Düsseldorfer Autonome zu den Schüssen in Frankfurt, in De Knipselkrant, Nr. 1, Januar 1988
101. Flugblatt, April 1987
102. »freiraum« – Anarchistische Zeitschrift, Nr. 19, Herbst 1987
103. Flugblattaufruf zum 1. Mai, Wuppertal
104. Thesenpapier Frankfurter Autonome zu den Libertären Tagen, April 1987
105. Wandparole in Bonn gegenüber dem Polizeipräsidium, November 1987
106. Flugblatt Autonome aus Berlin, November 1987
107. gwr. Nr. 116 vom Juli 1987, »Prinzipienerklärung«
108. Ziviler Ungehorsam Nr. 3/1987 (Sommer)
109. »direkte aktion« Nr. 62, März/April 1987
110. »direkte aktion« Nr. 66, Dezember 1987
111. Ebenda
112. »direkte aktion« Nr. 62, März/April 1987
113. UZ vom 20. 6. und 6. 7. 1987
114. »Zusammen Kämpfen« Nr. 9 (Januar 1987)
115. »Warum wir dem Vorsitzenden Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgericht Günter KORBMA-CHER in die Knie geschossen haben« (Taterklärung der RZ)
116. »Adler flambiert« und »Frauenstreik in Südkorea« (Taterklärungen der »Roten Zora«)
117. »Auch REWE verdient an der Unterdrückung der schwarzen Frauen« (Taterklärung der RZ)
118. »De Knipselkrant« Nr. 9/1987

IX. Übersicht über die wichtigsten linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen [1986] – z. T. geschätzt)
	1987	(1986)	
1. Orthodoxe Kommunisten			
1.1. Deutsche Kommunistische Partei (DKP) (12 Bezirksorganisationen, ca. 200 Kreisorganisationen, mehr als 1.500 Grundorganisa- tionen) – Düsseldorf –	38.000	(mehr als 40.000)	Unsere Zeit (UZ) – sechsmal wöchentlich – (Tagesausgabe: unter 23.000 [24.000]) (Wochenendausgabe: 44.000 [46.000]) Marxistische Blätter – elfmal jährlich – – 7.300 (8.000) – DKP-Informationen – seit September 1987 mit bisher sieben Ausgaben – – 10.000 – DKP-Pressedienst – unregelmäßig – infodienst – Informationsdienst für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschul- zeitungen – unregelmäßig – – 2.000 (2.000) – praxis – Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei – zweimonatlich – – 7.500 (7.000) –
Nebenorganisationen:			
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) (12 Landesverbände, 113 Kreisverbände, ca. 1.000 Gruppen – Orts-, Stadtteil-, Schul-, Betriebsgruppen –) – Dortmund –	unter 15.000	(15.000)	elan – Das Jugendmagazin – monatlich – – unter 19.000 (26.000) – Jugendpolitische Blätter – monatlich – – 2.500 (2.500) –
Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) (15 Ortsverbände mit über 200 Ortsgruppen) – Bonn –	6.000	(6.000)	rote blätter – monatlich – – 11.500 (15.000) – avanti – zweimonatlich –

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen [1986] – z. T. geschätzt)
	1987	(1986)	
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) (12 Landesverbände, Kreisverbände, Pioniergruppen) – Dortmund –	4.000	(4.000)	pionier – monatlich – – 5.000 (6.000) – Pionierleiter-Info – monatlich –
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) – Frankfurt/Main –			Marxistische Studien – Jahrbuch des IMSF – zweimal jährlich – Informationsberichte des IMSF – unregelmäßig –
Marx-Engels-Stiftung e. V. – Wuppertal –			
Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB) (30 örtliche MAB-Gemeinschaften, z. T. als Marxistische Abend- bzw. Arbeiterschulen – MASCH –) – Wuppertal –			
beeinflusste Organisationen:			
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) (10 Landesvereinigungen, Kreis- und Ortsvereinigungen) – Frankfurt/Main –	14.000	(13.500)	antifaschistische rundschau – monatlich – – 12.000 (12.000) – antifaschistischer informations- und pressedienst – zehnmal jährlich –
Deutsche Friedens-Union (DFU) (10 Landesverbände, Bezirks- und Ortsverbände) – Köln –	1.000	(1.000)	Abrüstungs-Info – monatlich – – 4.000 (4.000) – info demokratie – Argumente – Dokumente – Informationen – unregelmäßig –
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) (arbeitet mit »Hundertern« örtlicher Komitees und Initiativen zusammen) – Köln –			Friedensjournal – sechsmal jährlich – Friedensschnelldienst – vierzehntäglich –

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen [1986] – z. T. geschätzt)
	1987	(1986)	
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) (9 Landesverbände, ca. 160 Ortsgruppen) – Velbert –	11.000	(12.000)	Zivil Courage – vierteljährlich – – 10.000 (11.000) –
Die Friedensliste – Bonn –	1.500	(1.500)	Rundbrief – unregelmäßig –
Demokratische Fraueninitiative (DFI) (ca. 100 örtliche Frauengruppen ohne feste Mitgliedschaft) – Essen –			Wir Frauen – zweimonatlich – – 4.500 (3.500) – Wir Frauen (Jahreskalender) – 50.000 (50.000) –
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V. (VDJ) (26 Regionalgruppen) – Frankfurt/Main –	1.000	(1.200)	VDJ-Forum – vierteljährlich – – 1.300 (1.000) –
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) – Frankfurt/Main –			Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB) – monatlich – – 5.000 (5.000) –
Initiative Weg mit den Berufsverboten (Arbeitsausschuß) (koordiniert die Tätigkeit von ca. 300 örtlichen Initiativen) – Hamburg –			Rundbrief für alle Bürgerinitiativen, Komitees und Organisationen, die gegen »Berufsverbote in der BRD kämpfen« – unregelmäßig – – 1.800 (1.800) –
Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e. V. (BdWi) (32 regionale Sektionen) – Marburg/Lahn –	etwa 1.500	(1.600)	Informationsdienst Wissenschaft und Frieden – zweimonatlich – – etwa 1.000 (1.500) – Forum Wissenschaft – vierteljährlich – – über 2.000 (2.000) –
1.2. Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) (12 Kreisverbände, ca. 170 Betriebs- und Wohngruppen) – Berlin (West) –	4.500	(4.500)	Die Wahrheit – sechsmal wöchentlich – – 13.000 (13.000) – Konsequent – viermal jährlich – – 2.500 (2.500) –

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen [1986] – z. T. geschätzt)
	1987	(1986)	
Nebenorganisationen:			
Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht (SJV Karl Liebknecht) (12 Kreisverbände; eingegliedert: Pionierorganisation Karl Liebknecht) – Berlin (West) –	600	(600)	Signal – Sozialistische Jugendschrift – monatlich – – 1.000 (1.000) –
Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin (ADS-Westberlin) – Berlin (West) –	300	(400)	ads-info – zweimonatlich –
Vorfeldorganisationen:			
Demokratischer Frauenbund Berlin (DFB) – Berlin (West) –	600	(600)	Im Blickpunkt der Berlinerin – monatlich – – 600 (600) –
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin (DSFW) – Berlin (West) –	500	(500)	DSF-Journal – vierteljährlich – – 1.200 (1.200) –
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin/Verband der Antifaschisten (VVN-Westberlin/VdA) – Berlin (West) –	500	(500)	antifaschistisches Magazin Der Mahnruf – vierteljährlich – – 2.000 (2.000) –
Berliner Mietergemeinschaft e. V. – Berlin (West) –	8.000	(8.000)	Mieterecho – zweimonatlich – – 8.000 (6.000) –
2. Sonstige Organisationen und Publikationen			
Sozialistischer Hochschulbund (SHB) (Landesverbände, Ortsgruppen) – Bonn –	2.000	(2.000)	frontal – zweimonatlich – – 7.800 (8.600) –
Krefelder Initiative – Köln –			ZUR INFORMATION – unregelmäßig – Volkszeitung – Deutsche Volkszeitung/die tat – wöchentlich – – 40.000 (26.000) –

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen [1986] – z. T. geschätzt)
	1987	(1986)	
			NACHRICHTEN zur Wirt- schafts- und Sozialpolitik – monatlich – – 7.000 (7.000) –
3. »Neue Linke«			
Anarchistische Arbeiter- Union (AAU) – München –			
Arbeiterbund für den Wie- deraufbau der KPD (AB) – München –	300	(300)	Kommunistische Arbeiterzeitung – unregelmäßig – – 1.200 (1.200) –
Nebenorganisationen:			
Kommunistischer Hoch- schulbund (KHB) Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend			Kämpfende Jugend – unregelmäßig –
Autonome Gruppen	mehr als 2.000		u. a. SABOT, UNZERTRENN- LICH, radikal – unregelmäßig erscheinende »Szene«-blätter –
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) – Essen –	zusammen 150	(150)	neue Arbeiterpresse – wöchentlich –
und Nebenorganisation:			
Sozialistischer Jugendbund (SJB) – Essen –			
Bund Westdeutscher Kom- munisten (BWK) (8. Landesverbände) – Köln –	300	(400)	Politische Berichte – vierzehntäglich – – 1.300 (1.300) –
beeinflusste Organisation:			
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) – Köln –	700	(600)	Antifaschistische Nachrichten – vierzehntäglich – – 700 (600) –

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen [1986] – z. T. geschätzt)
	1987	(1986)	
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) (Koordinierungs- und Service-Stelle der anarchistischen »Graswurzelbewegung« mit ca. 70 »Gewaltfreien Aktionsgruppen« und »Kollektiven«)	700	(800)	graswurzelrevolution – für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft – zehn Ausgaben jährlich – – 2.500 (4.000) –
Freie Arbeiter-Union (FAU) (ca. 20 örtliche Gruppen) – Köln –	200	(200)	direkte aktion – zweimonatlich –
Freie Arbeiter-Union (Anarchisten) (FAU-HD-A) – Heidelberg –			Fanal – vierteljährlich –
Freie Arbeiter-Union (Rätekommunisten) (FAU/R) – Hamburg –			ALLES WIRD GUT – unregelmäßig –
Internationale Kommunistische Strömung (IKS) – Köln –			Weltrevolution – unregelmäßig –
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) – Köln –			Sozialistische Arbeiterzeitung – vierzehntäglich –
Kommunistischer Bund (KB) (Landesverbände) – Hamburg –	über 400	(400)	Arbeiterkampf – monatlich – – 4.800 (4.800) –
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten/Leninisten) (KPD) (3 rivalisierende Gruppen)			Roter Morgen (2 Ausgaben) – monatlich/zweimonatlich –
Marxistische Gruppe (MG) – München –	1.800	(1.700)	MSZ-Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit – monatlich – – 12.000 (10.000) – Marxistische Arbeiterzeitung (mehr als 13 verschiedene Ausgaben) – unregelmäßig – – bis zu 10.000 (10.000) –

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen [1986] – z. T. geschätzt)
	1987	(1986)	
			Marxistische Hochschulzeitungen (etwa 20 verschiedene Ausgaben) – unregelmäßig – – bis zu 14.000 (15.000) – Marxistische Schulzeitungen (etwa 10 verschiedene Ausgaben) – unregelmäßig – – bis zu 2.000 (2.000) –
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) (16 Parteibeirke, über 100 Ortsgruppen und Stütz- punkte) – Essen –	1.300	(1.300)	Rote Fahne – wöchentlich – – 10.000 (10.000) – Lernen und Kämpfen (luk) – monatlich – – 1.500 (1.500) –
Nebenorganisationen:	zusammen		
Arbeiterjugendverband/ Marxisten-Leninisten (AJV/ ML) (mit der Kinderorganisation Rotfüchse)	300	(300)	Rebell – neun Ausgaben jährlich –
Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenver- band (MLSV)			Roter Pfeil – acht Ausgaben jährlich –
Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller (MLBI)			Arbeiter und Bauern – vierteljährlich –
Proletarische Aktion (PA)			PARTISAN – unregelmäßig –
Sozialistische Arbeiter- gruppe (SAG) – Hannover –			Klassenkampf – monatlich –
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) (Landesverbände, Ortsgrup- pen, Zellen) – Köln –	500	(600)	Sozialistische Zeitung – vierzehntägig – – 2.400 (2.800) –



Rechtsextremistische Bestrebungen



I. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Ende 1987 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 69 (1986: 73) rechtsextremistische Organisationen. Ihnen gehörten – nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften – rund 25.200 Personen als Mitglieder an; das sind rund 3.100 Personen mehr als Ende 1986 (22.100). Nach Jahren der Stagnation haben somit die rechtsextremistischen Organisationen einen Mitgliederzuwachs von 14% erzielt.

Bei der Zahl der rechtsextremistischen Organisationen war ein leichter Rückgang festzustellen: Die Zahl der erkannten neonazistischen Gruppen sank 1987 von 23 auf 20, der nationaldemokratischen Organisationen von 6 auf 5 und der sonstigen rechtsextremistischen Vereinigungen von 42 auf 41. Lediglich das Lager der »National-Freiheitlichen« erweiterte sich um eine Organisation durch die Gründung der »Deutschen Volkunion – Liste D« (DVU – Liste D) auf 3 Organisationen.

Den größten Mitgliederzuwachs wiesen die »National-Freiheitlichen« auf, denen jetzt insgesamt 15.100 Mitglieder angehören (1986: 12.100)*. Leichte Zugewinne erzielten die nationaldemokratischen Organisationen, die nunmehr 7.000 Mitglieder (1986: 6.800) haben, während die Zahl der Mitgliedschaften in neonazistischen Gruppen von 1.500 auf 2.100 stieg. Die tatsächliche Zahl von Neonazis hat sich dabei von 1.460 auf 1.520 erhöht. Die Mitgliederzahl der sonstigen rechtsextremistischen Vereinigungen stagnierte mit leichter Abwärtstendenz bei 3.100 (1986: 3.150).

2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der rechtsextremistischen organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste sank 1987 auf 42 (1986: 47). Diese setzten sich zusammen aus 9 Buchverlagen (1986: 10), 18 Zeitungs- und Schriftenverlagen (1986: 19) sowie 15 Vertriebsdiensten (1986: 18).

3. Periodische Publikationen

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Publikationen sank um 6 auf 86; davon erscheinen 62 mindestens viermal im Jahr. Diese 62 Publikationen weisen für 1987 eine tatsächliche Gesamtauflage von 9.275.600 auf; das bedeutet gegenüber 1986 eine Auflagensteigerung von 14%.

Beachtlicher Zugewinn an Mitgliedern bei den »National-Freiheitlichen«

Rechtsextremistische Publikationen konnten Auflage steigern

* Dr. FREY gibt dazu höhere Zahlen an, vgl. Übersicht 132, 133

4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1987 waren den Verfassungsschutzbehörden 234 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst bekannt (1986: 224). Von ihnen gehörten 106 der NPD an (1986: 114), die anderen verteilten sich auf verschiedene andere rechtsextremistische Organisationen.

Die auf Bundesebene beschäftigten 106 Rechtsextremisten (1986: 96) sind bei nachgeordneten Behörden tätig. 37 von ihnen sind bei der Deutschen Bundespost und 19 bei der Deutschen Bundesbahn – überwiegend in mittleren – Positionen – beschäftigt. Der Bundeswehr gehören 40 an: 26 als Zeit- oder Berufssoldaten, 14 als Zivilbedienstete.

Von den 86 auf Landesebene beschäftigten Rechtsextremisten (1986: 85) sind an Schulen und Hochschulen 33, in der Justiz 8, in der Finanzverwaltung 7, bei der Polizei 9 und in anderen Verwaltungsbereichen 29 tätig.

Von den 234 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst sind 129 Beamte, 26 Soldaten, 46 Angestellte und 33 Arbeiter. Unter den 155 Beamten und Soldaten gehören 24, also rd. 15%, dem höheren Dienst bzw. den vergleichbaren Dienstgraden an.

II. Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus

1. Zielsetzung

Die Neonazis unter den Rechtsextremisten streben einen vom Führerprinzip und dem Grundsatz rassistischer Auslese bestimmten totalitären großdeutschen Staat nach der Ideologie und dem Programm der ehemaligen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) an:

»Wir sind eine Kampfgemeinschaft, die ihre Reihen allen Nationalsozialisten öffnet, die sich zu Idee, Partei und Führer bekennen und bereit sind zu gehorchen, um siegen zu können – und Sieg bedeutet zunächst einmal, eine politische Lage zu schaffen, in der die NSDAP neu gegründet werden kann.«
(»Die Neue Front« – KÜHNEN-Flügel Nr. 41, S. 3)

Bis 1982 waren Adolf HITLER und das »Dritte Reich« die unbestrittenen Leitbilder aller Neonazis. Seitdem empfinden sich zunehmend mehr Neonazis als »Nationalrevolutionäre« in der Nachfolge der Brüder STRASSER*. Sie kritisieren HITLER und werfen ihm vor, er habe den Nationalsozialismus verbürgerlicht.

* Die Brüder STRASSER repräsentierten in der Frühzeit des Nationalsozialismus den linken Flügel der NSDAP. Gregor STRASSER wurde 1934 auf Befehl HITLERS anlässlich des sogenannten »RÖHM-Putsches« ermordet. Dr. Otto STRASSER, der Führer der »Schwarzen Front«, hatte sich 1933 nach Kanada absetzen können.

Neonazis streben totalitären und elitären Führerstaat an

»Nationalrevolutionäre« lehnen HITLER als Vorbild ab

2. Zahlen

Zahl der Neonazis steigt leicht, ihre Gewaltbereitschaft hält an

Von den rd. 1.520 Neonazis sind ungefähr 1.380 (1986: 1.210) in den neonazistischen Gruppen organisiert. Nur noch etwa 140 Neonazis (1986: 250) besitzen keine erkennbaren Gruppenbindungen. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Einzelaktivisten hat sich somit inzwischen einer entsprechenden Organisation angeschlossen.

Etwa 200 Neonazis sind als militant zu bezeichnen. Es handelt sich um Aktivisten, die in den letzten Jahren selbst Gewalttaten durchgeführt oder sich an solchen beteiligt haben, oder im illegalen Besitz von Waffen, Munition oder Sprengstoff waren.*

3. Neonazistische Gruppen

3.1 »Die Bewegung«

»Die Bewegung« will NSDAP neu gründen

Die von ihren eigenen Anhängern als »Gesinnungsgemeinschaft« bezeichnete und inzwischen auf etwa 500 Mitglieder angewachsene »Bewegung« verfolgt langfristig das Ziel, die NSDAP als politische Partei in der Bundesrepublik Deutschland neu zu gründen. Sie ist aus einem neonazistischen Aktivistenkreis hervorgegangen, der sich in der Tradition der 1983 verbotenen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA) sieht. Die Gruppierung setzt sich maßgeblich aus ehemaligen ANS/NA-Mitgliedern zusammen.

»Die Bewegung« ist wegen Homosexuellen-Kampagne in zwei Flügel gespalten

»Die Bewegung« ist seit 1986 in zwei etwa gleichstarke Flügel gespalten:

- Der eine bildete sich um den bis 1. März 1988 in Strafhaft einsitzenden Michael KÜHNEN (32), ehemaliger Organisationsleiter der ANS/NA, und seinen Stellvertreter Thomas BREHL (30), die zeitweise die »Bewegung« verlassen hatten. Inzwischen tritt auch der Hamburger Neonazi Christian WORCH (31) mit Billigung KÜHNENs als Führungsfigur dieses Flügels auf.
- Der zweite Flügel wird von den Neonazis Jürgen MOSLER (32) und Volker HEIDEL (33) angeführt.

Beide Flügel lieferten sich heftige und polemische Auseinandersetzungen über Homosexualität und die damit verbundene Frage nach der Qualifikation von Führungskräften. Äußeres Zeichen dieses Zerwürfnisses ist die Herausgabe zweier konkurrierender Monatsschriften, die sich beide »Die Neue Front« nennen. Beide Gruppen führten regionale und bundesweite Veranstaltungen durch, an denen z. T. über 100 Personen teilnahmen.

KÜHNEN-Broschüre in den USA herausgegeben

Im Spätherbst tauchte in Neonazikreisen der zweite Band der von KÜHNEN während seiner Strafhaft von 1978 bis 1982 verfaßten

* Darüber hinaus kennen die Sicherheitsbehörden noch 18 militante Rechtsextremisten, die nicht den Neonazis, sondern anderen rechtsextremistischen Gruppen, wie z. B. den »Jungen Nationaldemokraten« oder der »Wiking-Jugend«, angehören.

Die Neue Front

Publikation des nationalen Widerstandes

Seine erste SA



Mai 1987

Schrift »Die zweite Revolution« mit dem Untertitel »Der Volksstaat« auf; der erste Band mit dem Untertitel »Glaube und Kampf« war im Frühjahr bekanntgeworden. KÜHNEN propagiert im zweiten Band eine »arische Völkergemeinschaft« in einem von der NSDAP und der SA als der »bewaffneten Eliteeinheit« geführten »europäischen Reich« unter der Dominanz eines nationalsozialistischen Deutschlands auf dem Fundament von Antizionismus, Antikommunismus und Antikapitalismus.¹

3.2 »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP)

Die derzeit etwa 500 Mitglieder umfassende FAP ist weitgehend von der »Bewegung« unterwandert und gesteuert; der größte Teil ihrer derzeitigen Mitglieder sind Aktivisten der »Bewegung«. Die FAP verfügt über – z. T. noch untergliederte – Landesverbände in Nordrhein-Westfalen (Schwerpunkt mit rund 180 Mitgliedern), Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Bremen und Baden-Württemberg; daneben existieren mehrere Kreisverbände in Bayern und Schleswig-Holstein. Die Untergliederungen auf Kreisebene sind oft nur kurzlebige Zusammenschlüsse weniger Personen.

Die FAP lehnt in ihrem tatsächlichen Verhalten – ein eigentliches »Parteiprogramm« existiert nicht – ebenso wie die hinter ihr stehende »Bewegung« die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie bekämpfte auch 1987 die angebliche »Überfremdung« des deutschen Volkes durch »fremdrassige« Ausländer:

FAP von der »Bewegung« unterwandert

Schwerpunkt der FAP in Nordrhein-Westfalen

»In Niedersachsen wurden seit dem 1. 9. 1986 auf über 10 Asylantenlager Anschläge verübt. Einen deutlicheren Hinweis auf den wachsenden Haß unseres Volkes auf die Systempolitiker, die noch mehr Fremdbrassige nach Deutschland locken wollen, gibt es im Moment nicht.« (»FAP-Nachrichten«, 7/87, S. 3)

Neben vielen Flugblatt-, Schmier- und Klebeaktionen, zahlreichen Zusammenkünften mit teilweise über 100 Teilnehmern, provozierenden Märschen u. a. durch Dortmund, Witten, Hamburg, Bonn, Duisburg traten FAP-Angehörige 1987 vermehrt durch militantes und strafrechtlich relevantes Verhalten hervor. Eine Reihe von Gewalttaten richtete sich gegen Ausländer. Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern wurden nicht nur in Kauf genommen, sondern bewußt gesucht.

266 Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund hatten Bezug zur FAP. In vielen Fällen wurden FAP-Aktivisten als Täter ermittelt. 26 dieser der FAP zurechenbaren Gesetzesverletzungen waren Gewalttaten (z. B. Brandanschläge, Überfälle, Körperverletzungen, schwere Sachbeschädigungen), 15 Gewaltandrohungen und 186 Propagandadelikte (z. B. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen oder sonstige Veröffentlichungen). Bei 113 dieser Taten konnten 327 Personen als mutmaßliche Täter ermittelt werden. In Nordrhein-Westfalen wurden allein 44% der im gesamten Bundesgebiet erfaßten Gesetzesverletzungen mit FAP-Hintergrund begangen.

Zunahme von militanten Handlungen durch FAP-Aktivisten

FAP-Aktivisten als mutmaßliche Straftäter ermittelt

**ROTFRONT
VERRECKE!**

FAP
Postfach 2702
4400 Münster 1

Kampfbüro der reinrassigen Deutschen Arbeiterpartei

FAP-NACHRICHTEN
- national - radikal - sozialistisch - revolutionär -

**** Ausgabe 7 / März 1987 / 3. Jahrgang / Einzelstück DM 1,- ****

**Die Asylflut: Überfremdungskrieg
gegen Deutschland geht weiter!**

Sie kommen zu Tausenden, Zigeunern, Hunderttausenden. Bald schon werden es Millionen sein. Haben wir Deutschen dann überhaupt noch Platz für uns selbst?

Sie kommen aus immer ferneren Ländern, aus den ärmsten Regionen der Erde. Sie sind ganz anders als wir - äußerlich und kulturell. - werden wir Deutschen bald France in eigenem Land sein?

Sie kommen aus dem unterschiedlichsten Gründen. Unter ihnen sind Rebellen und Revoluzzer. Werden sie ihre Bomben nun in unseren Städten werfen, wo ihnen zubehalten der Boden unter den Füßen zu heiß geworden ist?

Sie kommen bisweilen auch, weil sie zu Hause hungern. Sie essen unser Brot und wohnen unter unserm Dach. Wird ihnen das reichen? Oder werden sie mehr haben wollen? Unsere Frauen, unsere Arbeitsplätze, unser gelbes Hab und Gut?

WER HÄNDEN FINDET DEN KLEINEN FINGER
SCHNEIDET -
MAN GREIFEN SIE NACH DER GANZEN HAND !!!

Die große Mehrheit unseres Volkes will:
SCHLUSS DAMIT - AUSLÄNDER RAUS !!!

Eine Schwarze wurde in Ordeal von Artgenossen mit unverstählter Gräueltat gefoltert und getötet. Diese schwarzafrikanischen Zustände werden auch hier eintreten, wenn nicht schwallotens die totale Ausländerückführung in Gang gesetzt wird.

„Als Asylantenjunge nehm ich immer nur deutsche Mädchen mit aufs Zimmer!“

RUDOLF HESS

NIEMALS
VERGESSEN!



FAP

**VON DEN
ALLIERTEN
ERMORDET !**

FAP Rhein-Westfalen
Postfach 2702
4400 Münster 1

Die FAP nahm an der Bundestagswahl am 25. Januar mit einer Landesliste (in Bremen) und mit Direktkandidaten in zwei Wahlkreisen sowie an der Bürgerschaftswahl in Bremen am 13. September ohne Erfolg teil. Ihre Absicht, sich auch an den Landtagswahlen in Hessen (5. April) und Schleswig-Holstein (13. September) zu beteiligen, scheiterte bereits an dem Fehlen der erforderlichen Unterschriften von Wahlunterstützern.

FAP bei Wahlen
chancenlos



**RASSEN-
MISCHUNG
IST
VÖLKERMORD**

SO NICHT!

FAP

FAP Rhein-Westfalen
Postfach 2702
4400 Münster 1

3.3 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG)

Die HNG blieb trotz eines leichten Mitgliederrückganges eine Anlaufstelle für Gesinnungsgenossen aus allen Bereichen des Neonazismus.

**NACHRICHTEN
DER**

HNG

Nr. 86
Juli 1987

Herzgeber: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG), - Schriftleiter und verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Volker Heidel, Postfach 51 03 72, 3000 Hannover 51, - Erste Vorsitzende der HNG: Christa Goerth, Postfach 34 04 12, 4800 Bielefeld 14, Postgironkonto Frankfurt/M Nr. 342908 - 607

Die Zahl der von der HNG 1987 unterstützten »politischen Gefangenen« sank von 21 im Januar auf 16 im November.²

HNG unterstützt
Häftlinge

Nach wie vor bekundet die HNG Verständnis für die Taten der inhaftierten Gesinnungsgenossen. Sie ist um deren Wiedereingliederung in die neonazistische Szene bemüht und druckt kommentarlos in den »Nachrichten der HNG« Beiträge von NS-Aktivisten ab, in denen immer wieder die Bundesrepublik Deutschland als »Gesinnungsdiktatur« verunglimpft wird.³

Schriftleiter der monatlich erscheinenden »Nachrichten der HNG« ist nach wie vor der stellvertretende Organisationsleiter der »Bewegung« (MOSLER-Flügel) und FAP-Funktionär Volker HEIDEL.

Die engen personellen Verflechtungen mit Angehörigen der FAP bzw. der »Bewegung« führten dazu, daß auch die HNG von den Auseinandersetzungen um die Person KÜHNENs nicht verschont blieb.

»Die Bewegung«
steht auch hinter
der HNG

3.4 »Nationalistische Front« (NF)

Die im November 1985 gegründete NF hat mit ihren etwa 80 Mitgliedern außer in Bielefeld bisher nur in Berlin und Bremen Fuß fassen können. Die führende Rolle in der NF spielt die Bielefelder Gruppe, deren Leiter Meinolf SCHÖNBORN (32) seit Dezember auch die Gesamtorganisation führt.

NF nur regional aktiv

Die Straße vor der »NF-Zentrale« in Bielefeld war 1987 Schauplatz zahlreicher Konfrontationen mit politischen Gegnern. Dabei konnte eine steigende Gewaltbereitschaft der NF-Aktivisten festgestellt werden, die häufig von weit her angereist waren, um ihr »Zentrum« zu verteidigen.

NF offenbart
steigende Gewalt-
bereitschaft

Die NF hat sich zum Ziel gesetzt, die nationalrevolutionären Vorstellungen der Brüder STRASSER (vgl. Ziffer 1) zu verwirklichen. Dazu bedarf es nach Auffassung ihrer Führung einer »antiimperialistischen Kultur- und antikapitalistischen Sozialrevolution« sowie einer gesamtdeutschen Neutralität. Zur Bewahrung der Volksidentität und der Wesensart der deutschen Nation im eigenen Volksraum will die NF gegen weitere

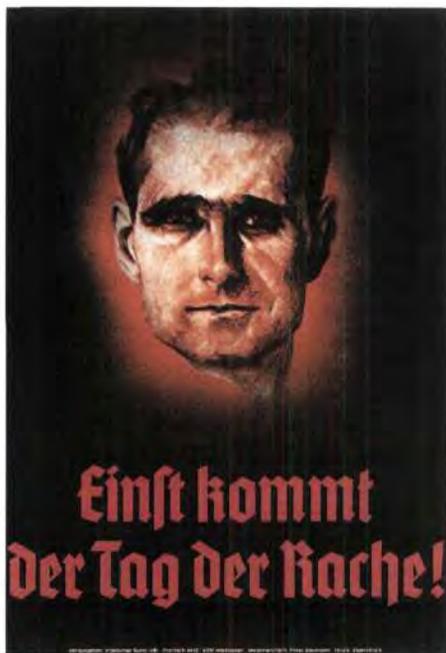
»fremdvölkische Einwanderung und für die Heimführung der Ausländer« kämpfen. Die NF setzt sich ein »für ein biologisch gesundes Volk mit gesundem Nachwuchs«.
(Grundsatzprogramm, Ziff. 3 und 8)

In der Agitation der NF tritt auch ein aggressiver Antizionismus zutage.⁴

3.5 »Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund« (ANV/VB)

Die ANV/VB verfolgt das Ziel, Deutschland von angeblichen US- und fremdrassigen Einflüssen zu befreien. Sie begann am 21. März eine unter dem Motto »Kampf den Dunkelmännern« stehende Seminarreihe. In der ersten Veranstaltung wurden die Teilnehmer über die angebliche Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden informiert und zu konspirativem Verhalten angeleitet. Ein weiteres Seminar hatte das Thema »Die Freimaurerei – Dunkelmänner in Politik und Wirtschaft«. Durch die Festnahme ihres Leiters Peter NAUMANN (35) am 6. Oktober erlitt die ANV/VB einen empfindlichen Rückschlag; sie führte seitdem keine Veranstaltungen mehr durch (im übrigen vgl. Kap. IX, Ziff. 2).

ANV/VB leitet zu konspirativem Verhalten an



3.6 »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO)

Die NSDAP-AO verfügt über eine Vielzahl von meist nur aus Einzelpersonen bestehenden »Stützpunkten« im gesamten Bundesgebiet. Ihr Propagandamaterial bezieht sie von dem US-Bürger Gary Rex LAUCK (34), der in Lincoln/Nebraska die »Propagandazentrale« führt. Von dort kommen die Aufkleber, Handzettel, Plakate und Flugblätter mit Parolen wie »Ausländer raus«, »Rotfront verrecke« oder »Kauft nicht bei Juden« sowie die zweimonatlich erscheinende Zeitung »NS-Kampfruf«, die aggressiv ras-

NSDAP-AO bezieht Propagandamaterial weiterhin aus den USA



**KAUFT NICHT
BEI JUDEN!**

**NSDAP-AO Box 6414,
Lincoln, NE 68506 USA**



**NS-VERBOT
AUFHEBEN!**

**NSDAP-AO Box 6414,
Lincoln, NE 68506 USA**

sistisch ist und »Juden, Neger, die Asiaten und die Mischlinge« als »Ungeziefer« bezeichnet, zum Versand.

NSDAP-AO-Aktivisten stehen häufig auch hinter anonymen Drohschreiben oder -anrufen.⁵

77 Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund hatten 1987 Bezug zur NSDAP-AO.

3.7 Neonazizentrum um Ernst TAG

Der NS-Aktivist Ernst TAG (41)* aus Ludwigshafen am Rhein hat sich bemüht, durch die Herausgabe seiner Monatsschrift »Der Schulungsbrief« und durch Flugblattaktionen eine Führungsrolle innerhalb der NS-Szene zu erreichen. Sein in »Rudolf-Heß-Haus« umbenanntes Anwesen in Weidenthal (Kreis Bad Dürkheim) sollte ein »Zentrum des NS-Gedankens« werden. TAG verfügte aber nur über einen kleinen Anhängerkreis.

* Das Landgericht Gießen verurteilte am 15. März 1988 den Neonazi Ernst TAG (41) wegen Beihilfe zur schweren räuberischen Erpressung, Hehlerei und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß TAG sein als »Nationales Zentrum« bezeichnetes Anwesen in Weidenthal teilweise mit Geldern finanziert habe, die der NS-Aktivist Markus MÖSSLE (25) bei zwei Banküberfällen erbeutet hatte. TAG habe dies gewußt und außerdem für einen weiteren Banküberfall MÖSSLE eine Maschinenpistole zur Verfügung gestellt.

NS-Aktivist TAG mit
wenig Resonanz

Nach seinem Ausschluß aus der HNG wegen seiner Angriffe auf KÜHNEN gründete er im Juni mit wenig Resonanz ein »Internationales Hilfskomitee für nationale verfolgte und deren Angehörige« (IHV) als Konkurrenzorganisation zur HNG.

3.8 Neonazikreis um Curt MÜLLER

Das Anwesen der Eheleute Curt und Ursula MÜLLER (57/54) in Mainz-Gonsenheim diente 1987 wie in den Vorjahren in- und ausländischen Neonazis als Anlauf- und Versammlungsstätte. Am 19./20. April (zum Geburtstag HITLERS) und am 20./21. Juni (zur Sommersonnenwende) fanden auf dem Grundstück jeweils Treffen von bis zu 120 Personen statt. Die gegenüber den vergangenen Jahren bedeutend geringere Teilnehmerzahl ist vermutlich ebenfalls auf die Spaltung der »Bewegung« zurückzuführen, der der größte Teil der Besucher angehört.

3.9 »Bürger- und Bauerninitiative e. V.« (BBI)

Die Aktivitäten der BBI sind 1987 weiter zurückgegangen; es fanden keine »Freundestreffen« mehr statt.

Die politische Arbeit der BBI geht ausschließlich von dem Agrarjournalisten Thies CHRISTOPHERSEN (69) aus, der seit Jahren zu den maßgeblichen Leugnern des Völkermordes an Juden im »Dritten Reich« gehört.⁶

1986 setzte sich CHRISTOPHERSEN nach Dänemark ab, um

Anlaufstelle in
Mainz verliert an
Bedeutung

BBI nur noch publi-
zistisch tätig



Die Bauernschaft

FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT

Organ der „Bürger- und Bauerninitiative e. V.“

Nr. 5/87
19. Jahrgang
Oktober 1987

Rudolf Heß,
ein Zeuge,
er mußte
sterben.

Warum durfts
er nicht sagen,
was er wußte?

Er hätte den
Friedensnobel-
preis verdient.

Er wollte
den Krieg
beenden,
nun hat man
ihn zum
Schweigen
gebracht.

Wir können
seine Mörder!



der Strafverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland zu entgehen. Seit 1987 wird seine Publikation »Die Bauernschaft« vom Verlag (»Nordland Forlag«) des dänischen Neonaziführers Povl RIIS-KNUDSEN (38) in Aalborg herausgegeben.

3.10 »Deutsche Bürgerinitiative e. V.« (DBI)

Die Aktivitäten der DBI erschöpften sich in wenigen »Freundestreffen«, die von Gertraud ROEDER (48) auf dem sogenannten »Reichshof« bei Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis) durchgeführt werden.

Ihr Mann Manfred ROEDER (58), der Gründer und langjährige Leiter der DBI, 1982 als Rädelführer der terroristischen Vereinigung »Deutsche Aktionsgruppen« zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, setzte mit in der Haft verfaßten Publikationen seine Versuche fort, auf seine Gesinnungsgenossen politisch einzuwirken.

ROEDER agitiert nach wie vor aus der Haft heraus

3.11 Agitationskampagne nach dem Tod von HESS

Auf den Selbstmord des von den Rechtsextremisten als Märtyrer verehrten Rudolf HESS am 17. August reagierten vor allem Neonazis mit zahlreichen z. T. spektakulären Aktionen. Nahezu im gesamten Bundesgebiet kam es zu Schmierereien, Flugblattverteilungen, Artikeln in rechtsextremistischen Zeitungen und anonymen oder pseudonymen Droh- und Schmäh Schreiben und sogar zu einigen Brandanschlägen. Weitverbreitet fand sich die Parole »Rache für Rudolf HESS«.

Der Selbstmord von HESS veranlaßt Neonazis zu spektakulären Auftritten



Vom 22. bis 26. August demonstrierten trotz eines behördlichen Verbots Neonazis in und um Wunsiedel, auf dessen Friedhof sie die Beisetzung von HESS erwarteten. Die Polizei räumte am 26. August den Friedhofsbereich und nahm 84 Personen vorläufig fest.

III. »Nationaldemokraten«

1. »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

1.1 Zielsetzung

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg bestätigte mit Urteil vom 27. Januar die Entlassung des stellvertretenden Vorsitzenden, Bundesgeschäftsführers und baden-württembergischen Landesvorsitzenden der NPD, Jürgen SCHÜTZINGER (34), aus dem Polizeidienst. In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts stellte der Verwaltungsgerichtshof fest, die NPD verfolge verfassungsfeindliche Ziele. Diese ergeben sich aus der Diffamierung der demokratischen Parteien und der Mißachtung oberster Verfassungsgrundsätze, insbesondere der parlamentarischen Demokratie, des Mehrparteiensystems und der Volkssouveränität.⁷ Wie in den Vorjahren polemisierte die NPD, die sich ansonsten eher vorsichtig artikulierte, in ihrem Parteiorgan »Deutsche Stimme« (DSt) heftig gegen Ausländer und Asylanten. Schlagzeilen wie die folgenden beherrschten das Blatt:



VGH Baden-Württemberg: NPD verfolgt verfassungsfeindliche Ziele

AUSLÄNDER-STOPP DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN



NATIONAL-DEMOKRATEN

Herausgeber: NPD-Partei Vorstand, Rotestraße 4, 7000 Stuttgart 1

Verantwortlich: Udo Hoffmann

Eigendruck

- »Millionen fordern Ausländerstopp«
 - »Asylanten verfolgen Deutsche«
 - »Wir wollen Deutschland bleiben und nicht Ausländer-Land werden!«
 - »Asylantenschwemme«.
- (DSt 2/87, S. 1, 5, 10)

Ausländerfeindlichkeit der NPD

Heute lesen Sie:

Böse Türken

Zur Politik Gorbatschows

Berlin – Hauptstadt gestern und morgen!

Deutsche Einheit kommt bestimmt Lesen und weitergeben!

DEUTSCHE STIMME

12. Jahrgang Nr. 6/Juni 1987 Einzelpreise – 00 DM Nationaldemokratische Zeitung Ausgabe € 988 E

Es gibt nur ein Deutschland!

Geteilt – wie lange noch?

XIV. – Der 17. Juni – Tag der Deutschen Einheit wird Gedenktag an den Aufbruch der mittel-deutschen Arbeiter – ist kein „Polen“ tag, kein Tag des „ostdeutschen Bewusstseins“, kein Tag für beherrschende Parteien oder kommunistische Rückwärtsdenker. Der 17. Juni ist ein Tag der Bestätigung auf unsere nationalen Pflichten, dann es geht um Deutschlands Zukunft. Der Tag der Deutschen Einheit fällt in diesem Jahr in eine Zeit, in der sichtbar Bewegung in den Innern und außenpolitische Umwälzung kommt. Die sich verändernde Lage zwingt vor allem die Deutschen, sich wieder mit der Schlüsselfrage der Nation zu befassen: MIT der Wiedergewinnung unserer staatlichen Einheit, mit Selbstbestimmung, Freiheit, Souveränität und mit dem Abzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland!

Besetztes Land

Wer die deutsche Zukunft im Auge hat, der darf um die deutschen Realitäten nicht herumreden. Es geht nicht viele deutsche Völker, sondern um ein Volk, welches sich durch eine gemeinsame Vergangenheit, Kultur und Sprache. Dieses deutsche Volk hat wie alle anderen Völker der Welt, aber sich selbst bei so be-

Abzug aller fremden Truppen!

Mehr als vier Jahrzehnte nach 1945 wird es von Tag zu Tag klarer, daß auch die großen Mächte USA und USSR auf dem Weg der Zerstörung der Welt, der Zerschmetterung der Systeme, der Hoch- und Abwärtsentwicklung sind. Die Deutschen sind gezwungen, sich zu entscheiden, ob sie sich dem westlichen System der deutschen Teilung einordnen, die ihnen im Ost- und westlichen Westblock. Dies bedeutet einen Abzug aller fremden Truppen, einen Abzug aller fremden Überwachungs- und Kontrollsysteme – das heißt auch den Abzug aller westlichen Truppen aus

und Besatzungstruppen fremder Überwachungsapparate. Daher gilt es klar zu sagen, warum es geht. Es gibt nicht viele deutsche Völker, sondern um ein Volk, welches sich durch eine gemeinsame Vergangenheit, Kultur und Sprache. Dieses deutsche Volk hat wie alle anderen Völker der Welt, aber sich selbst bei so be-

Deutsche Politiker in West- und Mitteldeutschland haben sich in den vergangenen Systemen der deutschen Teilung einordnen, die ihnen im Ost- und westlichen Westblock. Dies bedeutet einen Abzug aller fremden Truppen, einen Abzug aller fremden Überwachungs- und Kontrollsysteme – das heißt auch den Abzug aller westlichen Truppen aus

Mitgliederzahl steigt
leicht/Finanzlage
verbessert

1.2 Mitgliederentwicklung und Finanzen

Nach Jahren der Stagnation stieg 1987 die Mitgliederzahl der NPD von rund 6.100 auf etwas über 6.200. Aufgrund der Wahlkampfkostenerstattung aus der Bundestagswahl 1987, in deren Genuß die Partei aufgrund ihrer über 0,5% liegenden Stimmenzahl gelangte, konnte die NPD ihre finanzielle Situation weiter verbessern.

1.3 Aktivitäten

Auf dem Bundesparteitag vom 13. bis 15. November in Uehlfeld und Höchststadt an der Aisch (beide Orte in der Nähe von Erlangen) wurden ein neues Parteiprogramm verabschiedet und Martin MUSSGNUG (51) wieder zum Parteivorsitzenden gewählt. In Höchststadt demonstrierten rund 3.000 Personen gegen die NPD; zwei Parteitagsteilnehmer wurden dabei verletzt, einige Pkw beschädigt. Auch bei einer Reihe anderer Veranstaltungen der NPD kam es zu teilweise gewaltsamen Störungen oder zu Gegendemonstrationen durch politische Gegner. So führten Veranstaltungen der NPD in Wuppertal und in St. Wendel um den 17. Juni zu Blockaden, Sachbeschädigungen und tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Nationaldemokraten und Gegendemonstranten. Das traditionelle »Deutschlandtreffen« der NPD, das diesmal aus Anlaß der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz stattfand, konnte in Neustadt a.d.W. auch diesmal wieder nur als geschlossene Veranstaltung durchgeführt werden. Zeit und Ort des Landesparteitags der baden-württembergischen NPD mußten wegen zu befürchtender Störungen mehrfach geändert werden.

1.4 Beteiligung an Wahlen

Die NPD beteiligte sich weder an der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft noch an den Landtagswahlen in Hessen und in Schleswig-Holstein. Bei der Wahl der Bremischen Bürgerschaft am 13. September unterstützte sie die »Deutsche Volksunion – Liste D« des Münchener Verlegers und Vorsitzenden der »Deutschen Volksunion«, Dr. Gerhard FREY.

1.4.1 Bei der Bundestagswahl am 25. Januar kandidierte die NPD in 172 der 248 Wahlkreise und mit 10 Landeslisten; sie erreichte 227.054 Zweitstimmen (= 0,6%). Damit konnte sie ihre Wählerzahl gegenüber der Bundestagswahl 1983 (91.095 Zweitstimmen = 0,23%) mehr als verdoppeln. Weil auf die Partei mehr als 0,5% der Zweitstimmen entfielen, erhielt sie Wahlkampfkostenerstattung in Höhe von rund 1,3 Millionen DM.

Im Wahlkampf forderte die NPD die deutsche Wiedervereinigung in »gesamtdentscher Neutralität«. Dr. FREY unterstützte in seinen Wochenblättern den Wahlkampf der NPD.

1.4.2 Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 17. Mai trat die NPD in sämtlichen vier Wahlkreisen an; sie erreichte 18.227 Stim-

Wählerzahl
verdoppelt

Wahlkampf-
unterstützung
durch Dr. FREY

men = 0,8% und konnte damit ihr Ergebnis gegenüber der Bundestagswahl vom 25. Januar geringfügig verbessern.

1.4.3 Bei der Oberbürgermeisterwahl in Villingen-Schwenningen am 4. Oktober erhielt Jürgen SCHÜTZINGER (vgl. Ziffer 1.1) als Kandidat der NPD 2.266 Stimmen = 6,6%. Dr. FREY hatte in seinen Wochenblättern für SCHÜTZINGER geworben, weil er sich »selbstlos für die berechtigten Anliegen seiner... Mitbürger« einsetze und sich »trotz Berufsverbot..., Hetze und Terror nicht unterkriegen« lasse.⁸

1.4.4 Für die Wahl zum Oberbürgermeister in Tuttlingen am 29. November kandidierte Martin MUSSGNUG, der von der »Deutschen Volksunion – Liste D« unterstützt wurde. Er erhielt 2.122 Stimmen = 15%. MUSSGNUG bezeichnete das Ergebnis als ein »Signal für die Nationaldemokraten«.

MUSSGNUG erhält 15% der Stimmen bei Oberbürgermeisterwahl in Tuttlingen

2. »Junge Nationaldemokraten« (JN)

2.1 Mitgliederentwicklung

Die JN konnten ihre Mitgliederzahl von rund 600 auf etwa 750 steigern.

Mitgliederzahl der JN nimmt zu



2.2 Aktivitäten

Am 13. Juni gründeten die JN in Beckingen-Erbringen (Kreis Merzig-Wadern) den Landesverband Saar. Landesvorsitzender wurde Erhard HÜBSCHEN (20).

Am 12. und 13. September wählten die JN auf ihrem Bundeskongreß in Dillingen (Kreis Saarlouis) Karl-Heinz SENDBÜHLER (30), den Bundesvorsitzenden des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« (NHB), zu ihrem neuen Bundesvorsitzenden. Der Kongreß stand unter dem Motto »Deutsch ist Trumpf«.

3. »Nationaldemokratischer Hochschulbund« (NHB)

Der von SENDBÜHLER geführte NHB entfaltete 1987 keine öffentlich bemerkbaren Aktivitäten. Seine Zeitschrift »NHB-Report« konnte offenbar aus finanziellen und personellen Gründen nicht mehr erscheinen.

IV. »National-Freiheitliche«

1. Zielsetzung

1.1 Die »national-freiheitlichen« Organisationen setzten vor allem über die Wochenblätter des Münchener Verlegers Dr. Gerhard FREY (54) ihre Anti-Asylanten-Kampagne fort. Mit Schlagzeilen wie »Asylanten kassieren Milliarden – so wird deutsches Geld verschwendet«, »Scheinasylanten betrügen Deutschland – Wie groß der Schaden wirklich ist«⁹ und »Asylanten als Brandstifter«¹¹ versuchten »Deutsche National-Zeitung« (DNZ) und »Deutscher Anzeiger« (DA) Stimmung gegen Asylbewerber und Asylanten zu machen.

Auch das Bestreiten der deutschen Schuld am 2. Weltkrieg und das »Umerziehungs«-Syndrom sind nach wie vor feste Bestandteile der Agitation der »national-freiheitlichen« Blätter:

»So griff man sehr frühzeitig... zu dem teuflischen Mittel einer regelrechten Charakterwäsche durch ausgeklügelte Maßnahmen der Umerziehung ganzer heranwachsender Generationen.«

(DWZ 1/2/87, S. 1)

1.2 Nach dem Tod von Rudolf HESS waren die Blätter der »National-Freiheitlichen« die publizistischen Sprachrohre der daran anknüpfenden Agitationskampagne. Sie verbreiteten die Märtyreragitation und stützten die Mordlegende. Die DNZ zitierte den britischen Schriftsteller David IRVING (49), der von Dr. FREY häufig bei Vortragsveranstaltungen präsentiert wird, mit den Worten:

Neuer Vorsitzender für JN

Asylanten, Kriegsschuld und Umerziehung sind Dauerthemen bei Dr. FREY

Dr. FREY verbreitet Mordlegende zu HESS

den erst in der letzten Phase des Wahlkampfs in einer Wahlzeitung vorgestellt. Die DVU – Liste D erhielt im Land Bremen insgesamt 13.299 Stimmen = 3,41%. Im Wahlbereich Bremen erreichte sie 9.596 Stimmen = 2,99%, in Bremerhaven 3.703 Stimmen = 5,4%. Da sie somit in einem der beiden Wahlbereiche mehr als 5% der Stimmen erzielte, gelang ihrem Spitzenkandidaten, dem Schiffingenieur Hans ALTERMANN (62), der Einzug in die Bürgerschaft. Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven erhielt sie 3.637 Stimmen = 5,31% und 2 Mandate. Mit der Wahl ALTERMANNs ist es einem Kandidaten einer rechtsextremistischen Partei erstmals seit dem Ende der 60er Jahre wieder gelungen, ein Landtagsmandat zu erringen. Aufgrund des Wahlergebnisses hat die DVU – Liste D nach Erfüllung der formellen Bedingungen auch Anspruch auf Wahlkampfkostenersatzung.

Rechtsextremist
Bürgerschafts-
abgeordneter
in Bremen

2.4 Die DVU – Liste D zählt derzeit über 2.500 Mitglieder (Dr. FREY gab die Mitgliederzahl im September mit mehr als 6.000 an).

3. »Deutsche Volksunion e. V.« (DVU)

3.1 Die DVU unter ihrem Vorsitzenden Dr. FREY ist mit über 12.000 Mitgliedern weiterhin die größte rechtsextremistische Vereinigung. Ihre Aktivitäten blieben 1987 hinter denen des Vorjahres zurück, weil Dr. FREY den Schwerpunkt seiner Aktivitäten auf die neugegründete Partei DVU – Liste D verlegte.

DVU weiterhin
größte rechtsextremi-
stische Vereinigung

3.2 Seine traditionell guten Verbindungen zu österreichischen und Südtiroler Nationalisten versuchte Dr. FREY durch Kontakte zu dem Führer der französischen rechtsextremistischen Partei »Front National« (FN), Jean Marie LE PEN (59), zu erweitern. LE PEN gab mehrere Interviews in den Zeitungen Dr. FREYs.

Annäherung zwischen
DVU und der franzö-
sischen »Front Natio-
nal«

3.3 Vor ca. 2.000 Teilnehmern vergab Dr. FREY am 15. August in Passau den mit 20.000 DM dotierten »Andreas-Hofer-Preis« an den Funktionär des separatistischen »Südtiroler Heimatbundes« Paul PICHLER. In der Laudatio wurde PICHLER als Angehöriger des »Südtirol-Widerstandes« vorgestellt, den auch »politische Haft und Folter« nicht hätten beugen können. Zu einer Demonstration gegen die Veranstaltung in Passau hatten sich rd. 1.000 Teilnehmer versammelt. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden mehrere Personen vorläufig festgenommen.

DVU-Preis an Süd-
tirol-Separatisten
vergeben

4. Verlage

Der »Druckschriften- und Zeitungsverlag« (DSZ-Verlag) Dr. FREYs gab wiederum die drei größten rechtsextremistischen Wochenzeitungen DNZ, DA und DWZ heraus.

Die »Freiheitliche Zeitungsverlag GmbH« (FZ-Verlag), die der Ehefrau Dr. FREYs gehört, rief in der zweiten Jahreshälfte zum Kauf eines neuen sog. Enthüllungsbuches »Verheimlichte Dokumente – Was den Deutschen verschwiegen wird« auf.

V. Sonstige rechtsextremistische Gruppen

Bei sonstigen rechtsextremistischen Gruppen handelt es sich zu meist um Klein- und Kleinstgruppen. Die folgenden sind erwähnenswert:

1. »Gesellschaft für Freie Publizistik« (GFP)

Die GFP blieb die größte rechtsextremistische Kulturvereinigung. Sie führte 1987 drei überregionale Treffen durch, an denen jeweils zwischen 100 und 200 Personen teilnahmen.

Am 18. Januar beging sie in Berlin unter organisatorischer und personeller Beteiligung des dortigen Landesverbandes der NPD den 116. Jahrestag der Reichsgründung 1871.

Am 23. Mai hielt sie in Balingen eine Veranstaltung unter dem Motto »175 Jahre Kampf um Deutschlands Einheit« ab, bei der u. a. der stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner NPD, Thomas SALOMON (35), als Redner auftrat.

Ihren Jahreskongreß¹³ führte die GFP vom 23. bis 25. Oktober in Kassel durch. Dort sprachen u. a. der ehemalige Landesvorsitzende der NPD Nordrhein-Westfalens, Udo WALENDY (60), und der ehemalige »Chef-Ideologe« der NPD, Dr. Rolf KOSIEK (53).

2. »Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V.« (DDF)

Die DDF zählt zu den Randgruppen des Rechtsextremismus. Gründer und Vorsitzender ist Otto-Ernst REMER (75)*, der nach

* REMER war als Kommandeur des Berliner Wachregiments an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 gegen HITLER maßgeblich beteiligt. Nach dem Krieg war er Gründungsmitglied und Zweiter Vorsitzender der 1952 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen »Sozialistischen Reichspartei« (SRP).

GFP größte rechts-
extremistische Kul-
turvereinigung

GFP unterhält enge
Kontakte zur NPD

REMER als Agitator
rechtsextremistischen
Gedankengutes

wie vor NS-Verbrechen leugnet und das »Dritte Reich« verharmlost.

3. »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV)

In Flugblättern dieser Gruppierung werden rassistische, insbesondere ausländerfeindliche Thesen vertreten. So wird z. B. in Frageform unterstellt, daß zahlreiche Krankheiten wie z. B. Tuberkulose, Schizophrenie und Krebs durch »Rassenmischung« verstärkt auftreten, so daß hierdurch die Erbqualität der Bevölkerung verschlechtert werde.

Anthropologie-Gesellschaft vertritt rassistische Thesen

4. »Freundeskreis Ulrich von HUTTEN e. V.«

Für den deutsch-österreichischen »Freundeskreis Ulrich von HUTTEN e. V.« war der Tod von HESS, dem eine ganze Ausgabe der Publikation »Huttenbriefe« gewidmet wurde, das am meisten herausgestellte Ereignis des Jahres. HESS sei ein »Monument menschlicher Größe«, das der deutschen Jugend ein »leuchten-des Vorbild« sei.¹⁴

Hutten-Freundeskreis glorifiziert HESS

5. »Hamburger Liste für Ausländerstopp« (HLA)

Die 1982 von der NPD gegründete, auf Hamburg begrenzte HLA trat am 17. Mai bei den Bürgerschafts- und Kommunalwahlen an und erzielte für die Bürgerschaft 3.825 Stimmen = 0,4%. Bei den Wahlen zu den einzelnen Bezirksvertretungen erhielt sie insgesamt 6.022 Stimmen = 0,6%, wobei sie in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil die höchsten Stimmenanteile errang.

VI. Jugendgruppen

1. Überblick

Ende 1987 waren wie im Vorjahr 8 rechtsextremistische Jugend- und Studentengruppen bekannt. Ihre Mitgliederzahl stieg von insgesamt rund 1.150 auf rund 1.300. Neben den JN hat nur die »Wiking-Jugend« (WJ) eine gewisse Bedeutung. Die »Führer« der nationalistischen Jugendgruppen sind durch-

Leichter Mitgliederzuwachs bei rechtsextremistischen Jugendgruppen

weg überzeugte Rechtsextremisten. Dies gilt jedoch nicht für alle Mitglieder, die z. T. noch im Kindesalter sind. Viele dieser Jugendlichen fühlen sich weniger von der rechtsextremistischen Ideologie und Propaganda als vielmehr von der erwarteten Kameraderomantik angezogen. Diese Gruppen setzen die genannten Mittel als Lockmittel ein, um Jugendliche an sich heranziehen und dann politisch indoktrinieren zu können.

2. Jugendliche Randgruppen

Die in den Vorjahren unternommenen Versuche rechtsextremistischer Organisationen, Angehörige der Skinhead-Szene zur Mitarbeit zu bewegen, blieben auch 1987 überwiegend erfolglos. Grund dafür dürften die Disziplinlosigkeit und die Suche der Skinheads nach »Randale« sein. Lediglich in Berlin gibt es unter der Führung von Andreas POHL (27) eine Teilgruppe der neonazistischen »Nationalistischen Front« (NF), die überwiegend aus Skinheads besteht (siehe oben Kap. II, Ziff. 3.4). Dennoch hat sich die Zahl der in und am Rande von neonazistischen Gruppen agierenden Skinheads im Jahre 1987 von etwa 200 auf rund 250 erhöht. Neben Schmier- und Klebeaktionen und dem Verteilen von neonazistischem Werbematerial fielen vor allem rassistische Verhaltensweisen auf.

3. »Wiking-Jugend« (WJ)

In der WJ stand das Jahr 1987 im Zeichen interner Auseinandersetzungen. Bei der Neuwahl der Bundesführung setzte sich am 8. Juni der bisherige Bundesführer Wolfgang NAHRATH (58) gegen den ehemaligen WJ-Bundesfahrtenführer Rudi WITTIG (28) durch. WITTIG hatte sich insbesondere gegen eine Zusammenarbeit der WJ mit der neonazistischen FAP ausgesprochen. Die internen Auseinandersetzungen gipfelten im September in der Abspaltung des Personenkreises um WITTIG und der Gründung der beiden Gruppierungen »Arbeitskreis Junge Familie« unter der Leitung des ehemaligen WJ-Gauführers von Rhein-Westfalen, Reiner SCHMITZ (29), und »Sturmvogel – Deutscher Jugendbund« unter Führung von WITTIG.

Die WJ arbeitet weiterhin mit Neonazis zusammen. Am Pfingstlager 1987 nahmen neben FAP-Aktivisten auch »Kameraden« der NF teil. Auch zu den für Silvester 1987 an der innerdeutschen Grenze in der Rhön geplanten »Mahnfeuern« der WJ waren wieder Neonazis angereist. Durch exekutive Maßnahmen der zuständigen örtlichen Behörden konnte erreicht werden, daß das Vorhaben auf eine Kleinveranstaltung in Fladungen beschränkt wurde.

Interner Zwist spaltet
WJ

WJ arbeitet mit Neo-
nazis zusammen

VII. Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste

Die rechtsextremistischen organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste vertrieben auch 1987 beträchtliche Mengen rechtsextremistischer Druckerzeugnisse.

1. Zeitungs- und Schriftenverlage

Zu den thematischen Schwerpunkten der rechtsextremistischen Publizistik zählen nach wie vor das Leugnen oder Verharmlosen der NS-Verbrechen, das Bestreiten der deutschen Kriegsschuld, die Verherrlichung Adolf HITLERs und seines Stellvertreters Rudolf HESS sowie die Veröffentlichung von Artikeln mit antisemitischem oder ausländerfeindlichem Inhalt. Erwähnenswert sind außer den »national-freiheitlichen« Wochenblättern (vgl. Kap. IV) die vom »Türmer-Verlag« herausgegebenen »Deutschen Monatshefte« (DM), die Monatsschrift »Nation Europa« (NE) vom gleichnamigen Verlag, das vom Verlag »Diagnosen GdbR« im Stil eines Nachrichtenmagazins herausgegebene Monatsblatt »CODE« – früher »Diagnosen« – sowie die im »Grabert-Verlag« erscheinende Vierteljahresschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« (DGG).

2. Buchverlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der organisationsunabhängigen Buchverlage und Vertriebsdienste, die rechtsextremistische Literatur anbieten, sank 1987 auf 24 (1986: 27).

Neben rechtsextremistischer Literatur offerieren einige Vertriebsdienste auch Filme, Videobänder, Schallplatten und Kassetten mit Aufzeichnungen von Veranstaltungen und Reden aus dem »Dritten Reich«. Auch Computerdisketten mit antisemitischen und ausländerfeindlichen »Spielen« befinden sich seit Monaten auf dem rechtsextremistischen Vertriebsmarkt.

VIII. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus

1. »Europäische Bewegung«

Die »Europäische Bewegung« (EB), ein Funktionärsgrremium von Neonazis aus westeuropäischen Ländern, geriet in den Sog der seit Mitte 1986 in Neonazikreisen zum Teil heftig geführten Auseinandersetzungen über die Homosexuellenfrage (vgl. Kap. II, Ziff. 3.1). Nachdem der französische Neonazi Michel CAIGNET (33), der sich zur Homosexualität bekannt hatte, bereits 1986 seiner Ämter enthoben worden war, wandte sich die EB auch von KÜHNEN ab und erkannte MOSLER als deutschen Repräsentanten in der EB an. Der von MOSLER geführte Flügel der »Bewegung« richtete im März in Oberbayern das »4. Führerthing« aus, an dem führende NS-Aktivisten aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Dänemark teilnahmen. Die Teilnehmer wählten den dänischen Neonazi Povl RIIS-KNUDSEN (38), Leiter der »Danmarks Nationalsocialistiske Bevægelse« (DNSB) mit mehreren hundert Mitgliedern, zum Generalsekretär der EB. Dieser führte Ende September ein weiteres »Führerthing« in Dänemark durch. RIIS-KNUDSEN unterhält auch enge Verbindungen zu dem deutschen Neonazi CHRISTOPHERSEN (vgl. Kap. II, Ziff. 3.9).

2. Belgien

Anfang April fanden sich etwa 250 Neonazis aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland in der Nähe von Antwerpen zu einem »Europäischen Kongreß« zusammen, zu dem Angehörige des ehemaligen »Vlaamse Militanten Orde« (VMO) eingeladen hatten. Unter der Bezeichnung »Euroring« soll eine Aktionsgemeinschaft aus gleichgesinnten europäischen Gruppen entstehen, die »für ein freies und weißes Europa kämpft«.

Die »Ijzerbedevaart«, eine alljährlich in Diksmuide/Belgien im Sommer veranstaltete flämische Gedenkfeier für die Toten der Weltkriege, wurde auch 1987 von westeuropäischen Rechtsextremisten zum Anlaß genommen, sich im Umfeld dieser Großveranstaltung zu treffen.

Unter den etwa 100 deutschen Teilnehmern überwogen die Anhänger der NPD/JN, die seit Jahren enge Beziehungen zur flämischen rechtsextremistischen Organisation »Voorpost« unterhalten. Am Vortag der Ijzerbedevaart kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit belgischen Sicherheitskräften; zahlreiche Rechtsextremisten, darunter etwa 15 deutsche, wurden vorläufig festgenommen.

Führungsprobleme in
der neonazistischen
EB

»Euroring«, eine von
Belgien ausgehende
Sammlungsinitiative
für Neonazis

Wiederum Rechts-
extremistentreffen
anlässlich der »Ijzer-
bedevaart«



3. Österreich

Die Beziehungen zwischen deutschen und österreichischen Rechtsextremisten sind traditionell eng. Im August nahmen wieder zahlreiche österreichische Sympathisanten an der jährlich stattfindenden Großveranstaltung der »Deutschen Volksunion« (DVU) in Passau teil.

Österreichische Neonazis belieferten wiederum deutsche Gesinnungsgenossen mit neonazistischen Propagandaschriften. Eine solche Schrift ist z. B. der monatlich erscheinende »SIEG-AJ-Press-Dienst« des Österreicher Walter OCHENSBERGER (46).

Neonazistisches Propagandamaterial aus Österreich

4. Schweiz

Die in Lausanne ansässige internationale neonazistische »Europäische Neu-Ordnung« (ENO) führte im April in Barcelona ihre »18. Versammlung« durch. Die ENO beklagte angebliche Fälle von »Unterdrückung« oder »Terror gegen die Nationalen Oppositionen« und nannte als Beispiele die deutschen Neonazis CHRISTOPHERSEN und KÜHNEN.

ENO entwickelt europaweite Initiativen

5. Spanien

Der »Circulo Espanol de Amigos de Europa« (CEDADE) mit dem Sitz in Barcelona unterhielt wie in den Vorjahren Kontakte zu deutschen Rechtsextremisten, insbesondere auch zu Neonazis. Mit seiner gleichnamigen Monatsschrift betrieb er nationalsozialistische Propaganda.

Propagandazentrale
CEDADE

6. Nordamerika

Über neonazistische Propagandazentren in Nordamerika beziehen deutsche Neonazis in großen Mengen Agitationsmaterial. Wichtigster Lieferant blieb der »Propagandaleiter« der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO) (vgl. Kap. II, Ziff. 3.6), Gary Rex LAUCK, in Lincoln/Nebraska, der u. a. ausländerfeindliche und antisemitische Klebezettel, Flugblätter, Plakate sowie Fahnen, NS-Abzeichen, Armbinden, Kassetten und Bücher anbietet. Seine Schrift »NS-Kampftruf« erschien wieder zweimonatlich. LAUCK gab zudem die beiden Teile des von KÜHNEN verfaßten Buches »Die Zweite Revolution« heraus (vgl. Kap. II, Ziff. 3. 1). Der amerikanische Neonazi Matt KOEHL (42) aus Milwaukee/Wisconsin, Leiter der »New Order« und »World Union of National Socialists« (WUNS), vertreibt über seinen Verlag »NS-Publications« Bücher und Videokassetten u. a. bekannter deutscher Rechtsextremisten, wie Wilhelm STÄGLICH und CHRISTOPHERSEN.

Auch der in Toronto/Kanada lebende deutsche Neonazi und Inhaber des Verlages »Samisdat Publishers Ltd.«, Ernst ZÜNDEL (48), versorgt seine Gesinnungsgenossen in Europa weiterhin mit neonazistischem Propagandamaterial, in dem er gegen die von ihm so bezeichneten »Lügen der Geschichtsverfälschungen des Zionismus« agitiert.

Nazi-propaganda-
material aus den
USA

Deutscher Neonazi
agitiert aus Kanada

7. Frankreich

Die Interessen deutscher Rechtsextremisten konzentrierten sich 1987 auf die Verbindungsaufnahme zur »Front National« (FN) von Jean-Marie LE PEN (59) (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.2).

IX. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus*

1. Anschläge

1987 wurden acht Brandanschläge begangen, bei denen eine rechtsterroristische Motivation angenommen werden kann. Dafür sprechen die Begleitumstände (Selbstbezeichnungen, Hinterlassen von rechtsextremistischem Propagandamaterial), vor allem aber die Auswahl der Zielobjekte.

Eine Gruppe »Freies Deutschland« bezichtigte sich des Brandanschlags am 6. Januar auf die Asylantenunterkunft in Gronau. »Werwölfe« nahmen einen Anschlag auf mehrere US-Fahrzeuge in einem amerikanischen Kasernen- bzw. Wohnbereich am 18. August in Frankfurt als Vergeltung »für die an Rudolf HESS praktizierte Besatzerwillkür« auf sich.

In der Nacht zum 29. Mai brannte infolge eines Anschlages das DKP-Büro in Gelsenkirchen aus; die Tatumstände sprechen für die Urheberschaft von Rechtsextremisten. Am 18. August legten ebenfalls unbekannt Täter in Düsseldorf einen Brand am Jugendheim der »Falken« und schmierten Parolen wie »Rache für Rudolf HESS«. Ein weiterer Brandanschlag am 19. August in Frankfurt richtete sich gegen den PKW einer französischen Firma. Die Ermittlungsbehörden nehmen bei dieser Tat wegen der gleichen Selbstbezeichnung einen Tatzusammenhang mit dem obengenannten Anschlag auf US-Fahrzeuge an.

Mehrere Skinheads warfen am 14. März zwei Molotow-Cocktails gegen ein Asylantenwohnheim in Hanau und sprühten ausländerfeindliche Parolen an die Hauswand. Eine Person aus diesem Täterkreis setzte mit anderen Skinheads zwei Tage später vor dem Büro der Kreistagsfraktion der GRÜNEN einen PKW in Brand. Darüber hinaus wurden 1987 noch weitere ungeklärte Brandanschläge bekannt, bei denen wegen der Tatausführung oder der Anschlagziele rassistisch motivierte Ausländerfeindlichkeit zumindest mit ursächlich gewesen sein kann.

Am 20. August wurden zwei Neonazis festgenommen, nachdem sie die Materialien für eine Spreng- und Brandvorrichtung in einem Schließfach des Frankfurter Hauptbahnhofs deponiert hatten. Gewaltbereitschaft bei Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis, signalisieren auch Funde an Waffen, Munition und Sprengmitteln, die bei diesem Personenkreis bei polizeilichen Durchsuchungen gemacht wurden.

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff), oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Acht Brandanschläge aus vermutlich rechtsextremistischen Beweggründen

Große Waffen-, Munitions- und Sprengmittelfunde

2. Ermittlungsverfahren gegen terrorverdächtige Neonazis

Generalbundes-
anwalt ermittelt ge-
gen Neonazigruppe

Am 6. Oktober stellte die Polizei im Rahmen von Hausdurchsuchungen bei den Neonazis Peter NAUMANN (35), Bernhard ARCHNER (27) und zwei weiteren Gesinnungsgenossen Sprengstoff und Chemikalien, aufgezeichnete Informationen über Sende- und Strommasten (u. a. in Südtirol) sowie über Gedenkstätten und DDR-Grenzanlagen, für Zeitzünder geeignete Quarzwecker, Funkgeräte und Bilddokumente über das ehemalige Militärgefängnis in Berlin-Spandau sicher. Tags darauf ergingen gegen NAUMANN und ARCHNER Haftbefehle.

Der Generalbundesanwalt ermittelte gegen sie u. a. wegen des Verdachts, im November 1979 einen Sprengstoffanschlag auf die DDR-Grenzanlagen bei Fulda verübt zu haben*. NAUMANN werden darüber hinaus weitere Sprengstoffverbrechen zur Last gelegt. So soll er für zwei Anschläge im Januar 1979 auf Sendeanlagen bei Koblenz und bei Nottuln/Kreis Coesfeld (Sachschaden etwa 600.000 DM) verantwortlich sein. Hierdurch sollte die Ausstrahlung der Fernsehsendung »Endlösung«, die der Fernsehserie »Holocaust« vorausging, gestört werden. Des weiteren wird NAUMANN vorgeworfen, 1982 die Gründung einer terroristischen Vereinigung versucht und geplant zu haben, einen Sprengstoffanschlag auf das alliierte Militärgefängnis in Berlin-Spandau zu verüben und dabei britische Wachsoldaten zu töten. Mit dieser Aktion sollte auf das Schicksal des damals in Berlin-Spandau einsitzenden HESS aufmerksam gemacht werden.

NAUMANN war jahrelang Mitglied und Funktionär der NPD und der JN. 1985 hatte er u. a. mit Unterstützung von ARCHNER die ANV/VB (vgl. Kap. II, Ziff 3.5) gegründet.

3. Verurteilungen

10½ Jahre Freiheits-
strafe für Rechts-
terrorist HEPP

3.1 Das Oberlandesgericht Frankfurt verurteilte am 27. Oktober den Rechtsterroristen Odfried HEPP (29) wegen versuchten Mordes, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag und vier Banküberfällen zu zehneinhalb Jahren Haft. Das Urteil ist rechtskräftig.

HEPP gehörte der Terrorgruppe um den Frankfurter Neonazi Walther KEXEL an, die 1982 u. a. drei Sprengstoffanschläge auf US-Soldaten und fünf Raubüberfälle auf Banken mit einer Gesamtbeute von 650.000 DM begangen hatte. KEXEL und vier weitere Gruppenmitglieder waren im Februar 1983 festgenommen und im März 1985 zu Freiheitsstrafen von fünf bis 14 Jahren verurteilt worden. KEXEL hatte in der Nacht nach dem Urteil Selbstmord begangen.

* Das Verfahren ist inzwischen eingestellt worden.

HEPP, der sich damals seiner Verhaftung durch die Flucht entziehen konnte, schloß sich der palästinensischen Terrororganisation »Palestine Liberation Front« (PLF) an und operierte in deren Auftrag hauptsächlich in Südeuropa und Frankreich. 1985 wurde er im Rahmen von Exekutivmaßnahmen gegen illegale Waffengeschäfte der PLF in Paris festgenommen und dort wegen Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Vereinigung und der Verwendung gefälschter Ausweispapiere zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Am 29. Januar 1987 wurde er an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert.

3.2 Das Landgericht Gießen verurteilte den NS-Aktivisten Markus MÖSSLE (24) am 13. März wegen mehrerer Banküberfälle zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von neun Jahren und sechs Monaten; das Urteil ist rechtskräftig. Bereits am 30. April 1985 war MÖSSLE wegen eines bewaffneten Banküberfalls zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten verurteilt worden. Die Beute betrug insgesamt ca. 83.000 DM.

Der frühere Jura-Student MÖSSLE gehörte etwa vier Jahre lang der NPD an. 1984 kandidierte er bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg für die FAP; im gleichen Jahr schloß er sich der Gruppe um den Neonazi TAG an (vgl. Kap. II, Ziff. 3.7).

9½ Jahre Freiheitsstrafe für Neonazi
MÖSSLE

4. Gewalt zwischen Links- und Rechtsextremisten

1987 kam es zunehmend zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten. In den meisten dieser Fälle gingen die Gewalthandlungen von Linksextremisten aus. So wurde z. B. das Bielefelder Zentrum der neonazistischen NF (vgl. Kap. II, Ziff. 3.4) wiederholt zum Schauplatz von zum Teil gewalttätigen Demonstrationen und Auseinandersetzungen zwischen z. T. verummten Links- und Rechtsextremisten, die den Einsatz starker Polizeikräfte erforderten. Dabei wurden auf beiden Seiten Waffen und waffenähnliche Gegenstände sichergestellt.

Bielefelder
»Zentrum« der NF
Beispiel für
Gewalteskalation

Die Angriffe von Links- auf Rechtsextremisten bergen – wie die Erfahrung zeigt – die Gefahr von eskalierenden Reaktionen in sich. Dies hat inzwischen auch zu Gewaltaktionen von Rechtsextremisten gegen »linke Objekte« geführt, wie z. B. den folgenden:

- Nach einem Angriff politischer Gegner mit Flaschenwürfen und Leuchtkugelbeschuß gegen eine Marschkolonnen der FAP am 17. Januar in Bremen gingen die Neonazis zum Angriff über. Einige Personen wurden verletzt. Anschließend wurde am Landesbüro der VVN-BdA die Fensterfront zerstört.
- FAP-Anhänger überfielen am 21. September ein DKP-Büro in Essen. Sie zerstörten einen Teil der Einrichtung und mißhandelten einen Besucher.

X. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund

1. Überblick

1987 wurden 1.447 Gesetzesverletzungen* mit rechtsextremistischem Bezug (1986: 1.281), davon 76 Gewaltakte (1986: 71) erfaßt.

	1986	1987
Sprengstoffanschläge	1	0
Brandanschläge	4	8
Körperverletzungen	41	38
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	25	30
Gewaltandrohungen	134	115
Propagandadelikte, die den Tatbestand der §§ 86 I 4, 86a StGB erfüllen (u. a. Schmier-, Klebe-, Plakat- und Flugblattaktionen)	695	1.055
Sonstige Gesetzesverletzungen	381	201
Insgesamt	1.281	1.447

2. Gewaltaktionen und Gewaltandrohungen

Über Brandanschläge wird in Kapitel IX berichtet.

Die 1987 festgestellten 38 Körperverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug richteten sich in 10 Fällen gegen Asylbewerber oder sonstige Ausländer.

Die 30 Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung richteten sich gegen jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten (8 Fälle), gegen Objekte des politischen Gegners (10 Fälle) sowie gegen öffentliche Anlagen und Bauten.

* Gesetzesverletzungen in diesem Sinne sind Straftaten, einschließlich strafbarer Versuchshandlungen und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Terrorakte, Gewaltandrohungen, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff, das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen gem. den §§ 86, Abs. 1 Nr. 4, 86a StGB. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand, mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde. Ein Vergleich der Gesamtzahl mit der Zahl der Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Bezug ist nur teilweise möglich, weil den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86a StGB, die sich gegen nationalsozialistische Propaganda wenden, keine ebenso weitgehenden Strafvorschriften im Bereich des Linksextremismus entsprechen.

Von den 115 im Berichtsjahr bekanntgewordenen Gewaltandrohungen richteten sich 34 (ca. 30%; 1986: 42,5%) gegen ausländische Personen und Objekte. In 31 Fällen (27%) richteten sich die Drohungen, zumeist begleitet von Beleidigungen und Verunglimpfungen, gegen jüdische Personen und Objekte.

XI. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten

1. Verurteilungen

Eine Gliederung der Verurteilungen nach dem Strafmaß ergibt folgendes Bild (in Klammern die Zahlen des Vorjahres):

- 12 (20) Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, davon 6 (14) ohne Bewährung;
- 19 (36) Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, davon 8 (8) ohne Bewährung;
- 31 (35) Geldstrafen;
- 29 (22) sonstige Schuldsprüche, wie Verwarnungen mit Strafvorbehalt, Geldbußen, Arbeitsauflagen, Arreste

Von den insgesamt 91 (113) im Jahre 1987 ergangenen Verurteilungen wurden 51 (77) in diesem Jahr rechtskräftig.

2. Anklagen

1987 wurde gegen 143 (182) Personen Anklage erhoben.

XII. Dokumentation

1. »Die zweite Revolution« Band 2, S. 11 ff.
2. »Nachrichten der HNG«, 90/87, S. 19
3. »Nachrichten der HNG«, 90/87, S. 7
4. »Wie lange noch sieht die Welt ruhig zu, wie die zionistischen Verbrecher Israels die Völkerrechte mißachten«. (»Volkskampf«, 2/87, S. 12). Im Nahen Osten könne es nur Frieden geben, »wenn der Unrechtsstaat Israel endgültig beseitigt ist«. (»Volkskampf«, 2/87, S. 12)
5. Nach der Beschädigung einer Gedenktafel auf dem russischen Friedhof in Hemer richtete die »NSDAP-Auslandsorganisation, Lincoln, USA, Bereich Deutschland, Gau NRW - MK« Drohungen an eine Tageszeitung: »Weitere Aktionen in Hemer folgen... jetzt aber mit härteren Mitteln... und ausschließlich gegen Linksradikale«.
6. »Es wird immer schwieriger, den wahnwitzigen Glauben aufrechtzuerhalten, daß die Juden ausgerottet wurden oder Opfer einer Ausrottungspolitik gewesen sind, insbesondere unter Zuhilfenahme angeblicher Gaskammern.« (»Die Bauernschaft«, 1/87, S. 16 f.)
7. VHG Baden-Württemberg, Urteil vom 27. Januar 1987, Az. 4 S 681/84
8. »Deutsche National-Zeitung« - DNZ - 41/87, S. 10
9. DNZ 10/87 S. 1
10. »Deutscher Anzeiger« - DA - 23/87 S.1
11. DA 29/87 S. 1
12. Presseerklärung Dr. FREYs vom 6.3.87, S. 2
13. 1987 erschien das Protokoll des Kongresses aus dem Jahre 1986. Es enthält Passagen wie die folgende: »Die Auschwitzlüge gebar, und, weil Unrecht fortzeugend Unrecht gebiert, die Auschwitzlüge gebar Lügner wie Waldheim und gebiert fortwährend Bußprediger und Büßer und Anpaßler und verdammt ein ganzes Volk seit über vierzig Jahren zum Dasein im Nessoshemd.« (Kongreß-Protokoll 1986, S. 22)
14. »Huttenbriefe«, 4/87, S. 3

XIII. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen)
	1987	(1986)	
1. Neonazistische Organisationen			
Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB) (Wiesbaden)	25		
Bürger- und Bauerninitiative e. V. (BBI) (Hannover)	100	(100)	Die Bauernschaft – vierteljährlich – (rd. 4000)
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI) (Schwarzenborn/Knüll)	120	(120)	Der Fackelträger – unregelmäßig –; Deutsche Bürgerinitiative – weltweit – zweimonatlich –; Deutscher Jahrweiser – vierteljährlich – (zusammen einige Tausend)
Die Bewegung auch: Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front oder Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf HITLERs (KAH) mit Neben- bzw. Vorfeldorganisationen der Kühnengruppe: – Antizionistische Aktion – Antikommunistisches Aktionsbündnis – Volksbewegung gegen Überfremdung – Aktion Lebensschutz	500		Die Neue Front (KÜHNEN-Gruppe) – monatlich – Die Neue Front (MOSLER-Gruppe) – unregelmäßig –
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	500	(400)	Deutscher Beobachter – monatlich – (Herausgeber M. SWIERCZEK, München)

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen)
	1987	(1986)	
			Deutscher Standpunkt - monatlich - (Herausgeber M. PAPE, Stuttgart) Die Fackel - monatlich - FAP-Nachrichten - unregelmäßig - (hrsg. vom Landesverband NW)
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) (Frankfurt)	220	(250)	Nachrichten der HNG - monatlich -
Nationalistische Front (NF) (Bielefeld)	80	(50)	Hetzer - unregelmäßig -
Neonazikreis um Curt MÜLLER (Mainz)			
Neonazizentrum Ernst TAG Bezeichnung auch: Aktion Sauberes Deutschland (Ludwigshafen/Rhein und Weidenthal/Pfalz)			Grüne Aktion Deutschland (GAD) (Schulungsbriefe)
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)			NS-Kampfruf - vierteljährlich - (einige Tausend)
2. »Nationaldemokratische« Organisationen			
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	6.200	(6.100)	Deutsche Stimme - monatlich - (über 150.000)
Junge Nationaldemokraten (JN)	750	(600)	Junge Stimme - unregelmäßig - (über 1.000)
3. »National-Freiheitliche« Organisationen			
Deutsche Volkunion - Liste D (DVU - Liste D) (München)	über 2.500*		
Deutsche Volkunion e. V. (DVU) (München)	über 12.500**	über 12.000***	Deutscher Anzeiger (DA) - wöchentlich -

* Lt. Angaben von Dr. FREY: 6.000

** Lt. Angaben von Dr. FREY: mehr als 16.000

*** Lt. Angaben von Dr. FREY: 16.000

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen)
	1987	(1986)	
einschließlich:			
<ul style="list-style-type: none"> - Aktion Deutsche Einheit (AKON) - Aktion Deutsches Radio und Fernsehen - Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur - Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.) - Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA) 			
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) (München)			Deutsche National-Zeitung (DNZ) – wöchentlich – Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) – wöchentlich – (DA, DNZ und DWZ zusammen rd. 110.000)
4. Sonstige Organisationen			
Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V. (DDF) – Der Bismarckdeutsche (Bad Bocklet)	130		Der Bismarck-Deutsche (mehrere Tausend)
Freundeskreis Ulrich von Hutten e. V. (Starnberg)	einige Hundert	(einige Hundert)	Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht – zweimonatlich –
Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV) (Ellerau)			Neue Anthropologie – vierteljährlich – (über 1.000)
Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)	einige Hundert	(einige Hundert)	Das freie Forum – vierteljährlich –
Wiking-Jugend (WJ) (Stolberg)	400	(400)	Wikinger – vierteljährlich – (mehrere Hundert)
5. Verlage			
Grabert-Verlag (Tübingen)			Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG) – vierteljährlich – (3.000)
Nation Europa-Verlag (Coburg)			Nation Europa – monatlich – (10.000)
Türmer-Verlag (Berg am Starnberger See)			Deutsche Monatshefte (DM) – monatlich – (5.000)
Verlag Diagnosen GdbR (Leonberg)			CODE – monatlich – (einige Tausend)



***Sicherheitsgefährdende
und extremistische
Bestrebungen von
Ausländern***



I. Übersicht in Zahlen

1. Überblick

Anteil extremistischer Ausländer an ausländischer Wohnbevölkerung sinkt leicht

Der Anteil der im Bundesgebiet lebenden Ausländer über 16 Jahre, der extremistischen Vereinigungen* angehört, an der entsprechenden Gesamtzahl von Ausländern nahm mit schätzungsweise 3,1% gegenüber dem Vorjahr (3,4%) leicht ab. Die ausländische Wohnbevölkerung nahm dabei geringfügig zu.

Tabelle 1:

Vergleichszahlen der ausländischen Wohnbevölkerung, Ausländer über 16 Jahre und Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen (Vergleichszahlen 1986 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Wohnbevölkerung	Ausländer über 16 Jahre	Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen über 16 Jahre	
Kurden***	-	-	2.400	= -**
	(-)	(-)	(2.690)	= (-)
Araber	142.600	97.400	3.300	= 3,4%
	(138.700)	(95.800)	(3.295)	= (3,4%)
Iraner	75.000	61.700	2.850	= 4,6%
	(67.700)	(56.000)	(2.930)	= (5,2%)
Türken	1.450.400	980.100	39.950	= 4,1%
	(1.425.000)	(953.000)	(44.260)	= (4,6%)
Jugoslawen	591.400	465.600	950	= 0,2%
	(591.000)	(462.000)	(970)	= (0,2%)
Tamilen***	-	-	200	= -
	(-)	(-)	(200)	= (-)
Sonstige****	2.275.900	1.916.600	58.950	= 3,1%
	(2.264.600)	(1.903.200)	(62.595)	= (3,3%)
Ingesamt	4.535.300	3.521.400	108.600	3,1%
	(4.480.000)	(3.463.500)	(116.940)	(3,4%)

* Darunter werden hier solche Organisationen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer verstanden, deren Bestrebungen sich im Sinne von § 3 Abs. 1 VerfSchG gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder – aus politischen Motiven – gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

** Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung über 16 Jahre.

*** Zu den Kurden, die in verschiedenen Staaten beheimatet sind, und den Tamilen liegen keine Zahlen zur ausländischen Wohnbevölkerung und zu Ausländern über 16 Jahre vor.

**** Sonstige: Armenier, Äthiopier, Afghanen, Bulgaren, Chilenen, Griechen, Inder, Italiener, Pakistani, Portugiesen, Spanier, Vietnamesen und Organisationen mit national gemischter Mitgliedschaft.

2. Organisationen

Auch die Zahl der Organisationen ausländischer Extremisten und der von ihnen beeinflussten und im Bundesgebiet aktiven Vereinigungen nahm ab. Den Behörden für Verfassungsschutz waren Ende 1987 insgesamt 105 Organisationen (1986: 118) bekannt, die nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger als extremistisch einzuschätzen sind.

Anzahl der Organisationen ausländischer Extremisten nimmt ab

Tabelle 2:

Anzahl der im Bundesgebiet aktiven extremistischen und extremistisch beeinflussten Ausländervereinigungen nach ihrem politischen-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1986 in Klammern)

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	»Neue« Linke« u. sozial-revolutionäre Gruppen	Rechts-extremistische Gruppen	Extrem-nationalistische Gruppen	Islamisch-extremistische Gruppen	Insgesamt
Kurden	8 (9)	3 (3)	- (-)	- (-)	- (-)	11 (12)
Araber	2 (4)	14 (13)	- (-)	- (-)	4 (3)	20 (20)
Iraner	3 (3)	6 (9)	1 (-)	- (1)	1 (1)	11 (14)
Türken	6 (6)	5 (5)	- (-)	1 (1)	4 (3)	16 (15)
Jugoslawen	- (-)	2 (2)	- (-)	5 (6)	- (-)	7 (8)
Tamilen	- (-)	1 (1)	- (-)	- (-)	- (-)	1 (1)
Sonstige	18 (19)	13 (22)	2 (1)	3 (4)	3 (3)	39 (49)
Insgesamt	37 (41)	44 (54)	3 (1)	9 (12)	12 (10)	105 (118)

3. Mitglieder

Die Gesamtmitgliederstärke der Gruppen ausländischer Extremisten nahm 1987 um etwa 8.300 Personen ab. Von den 108.600 (1986: 116.940) Mitgliedern und Anhängern ausländischer Extremistengruppen gehörten 54.200 (1986: 58.840) orthodox-kommunistischen Gruppen und 19.100 (1986: 22.750) Vereinigungen der »Neuen Linken«, d.h. insgesamt 73.300 linksextremistischen Gruppen an. Die Mitgliederverluste vollzogen sich insbesondere im Bereich der türkischen Linksextremisten, deren Stärke gegenüber dem Vorjahr um etwa 4.300 Personen abnahm. Die Anhän-

Mitgliederzahlen der Organisationen ausländischer Extremisten rückläufig

* Zur »Neuen Linken« werden hier solche linksextremistischen Gruppen gezählt, die den orthodoxen, moskauorientierten Kommunismus ablehnen, einschließlich der Gruppen mit sozialrevolutionär-nationalistischer Einstellung.

** Unter rechtsextremistischen Gruppen werden hier die ausländischen Vereinigungen verstanden, die demokratische freiheitliche Grundwerte aus nationalistischen Gründen ablehnen und bekämpfen.

*** Extrem-nationalistische Gruppen sind Vereinigungen, die nationalistische Ziele in aktiv-kämpferischer, aggressiver Haltung verfolgen.

**** Islamisch-extremistische Gruppen sind Vereinigungen, die auf revolutionärem Weg ein islamisch-fundamentalistisches theokratisches Staatswesen erzwingen wollen.

gerschaft extrem-nationalistischer Vereinigungen nahm ebenfalls ab; sie umfaßt jetzt 11.600 Mitglieder (1986: 13.050). Dagegen steigerten die rechtsextremistischen Gruppen die Zahl ihrer Mitglieder von 2.000 auf 3.400. Die islamisch-extremistischen Gruppen zählten wie im Vorjahr 20.300 Mitglieder.

4. Publizistik

Die Zahl der im Bundesgebiet verbreiteten periodischen Schriften von Organisationen ausländischer Extremisten sank 1987 geringfügig von 218 auf 213; hiervon werden 190 im Ausland gedruckt. 76,5% der Schriften verbreiteten linksextremistisches Gedankengut, davon mehr als die Hälfte die Agitation der »Neuen Linken«. Die restlichen 23,5% waren rechtsextremistisch bzw. extrem-nationalistisch oder islamisch-extremistisch ausgerichtet.

Zahl der Publikationen ausländischer Extremistenorganisationen nimmt geringfügig ab

5. Gewaltaktionen

Tabelle 3

Übersicht zu politisch motivierten Gewaltaktionen von Ausländern im Bundesgebiet 1987 (Vergleichszahlen 1986 in Klammern)*

Terrorakte** und andere schwere Gewaltakte	ausgeführte bzw. versuchte oder vorbereitete Gewaltaktionen	angedrohte Gewaltaktionen	Insgesamt
Tötungsdelikte	8 (3)	6 (4)	14 (7)
Sprengstoffanschläge	2 (3)	9 (17)	11 (20)
Brandanschläge	16 (4)	- (-)	16 (4)
Menschenraub u. ä.	- (-)	1 (2)	1 (2)
Zwischensumme	26 (10)	16 (23)	42 (33)
Sonstige Gewaltakte			
Körperverletzungen	24 (23)	- (-)	24 (23)
Sachbeschädigungen	7 (7)	- (-)	7 (7)
Verstöße gegen das VersammlG, Hausfriedensbruch u. ä.	66 (30)	- (-)	66 (30)
Insgesamt	123 (70)	16 (23)	139 (93)

* In der Übersicht ist jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt. Sind z. B. während einer Demonstration mehrere Körperverletzungen eingetreten, erscheinen sie nur als eine Gewalttat in der Rubrik Körperverletzungen. Sind im Verlauf einer Aktion mehrere der in den Rubriken genannten Gesetzesverletzungen (z. B. Körperverletzung und gleichzeitig Sachbeschädigung) eingetreten, so wurde die Aktion nur in der Rubrik des schwerwiegenderen Verstoßes aufgenommen.

** s. S. 139.

Die Gewaltaktionen ausländischer Extremisten im Bundesgebiet sind mit insgesamt 123 im Vergleich zum Vorjahr (70) erheblich angestiegen. Dabei wurden fünf Personen getötet (1986: 4) und über 70 verletzt (1986: 250). Etwa die Hälfte der versuchten und vollendeten Tötungsdelikte hatte ihre Ursache im gewaltsam ausgetragenen Konkurrenzkampf von Organisationen extremistischer Kurden; dabei wurden zwei Personen getötet. Wahrscheinlich iranische Extremisten ermordeten zwei iranische Oppositionelle. Gewaltsame Auseinandersetzungen unter Anhängern der türkischen »Neuen Linken« forderten ein Todesopfer.

Die erhebliche Zunahme der Brandanschläge vollzog sich weitgehend im Bereich des kurdischen und türkischen Extremismus. Die große Anzahl von Hausfriedensbruchdelikten geht insbesondere auf Aktivitäten wiederum der kurdischen Extremisten zurück.

Besonders zu erwähnen ist der schwere Bombenanschlag irischer Terroristen auf ein Kasino im Hauptquartier der britischen Rheinarmee in Mönchengladbach-Rheindahlen, der 31 Verletzte forderte.

Die Festnahme von zwei proiranischen schiitischen Extremisten aus dem Libanon, die hochexplosiven Flüssigsprenstoff bei sich führten, belegte erneut die Gefährlichkeit des schiitischen Extremismus. Das zeigte sich zusätzlich, als zwei deutsche Staatsangehörige in Beirut von dort ansässigen Terroristen entführt wurden, um die Festgenommenen freizupressen.

Vorwiegend extremistische Iraner, Kurden und Türken drohten in 16 Fällen Mord und Sprengstoffanschläge sowie Entführungen an.

** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

II. Mitgliederentwicklung* und Aktions-schwerpunkte einzelner Ausländergruppen

1. Kurden

1.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1987 (1986)
1.250	1.150		2.400 (2.690)

1.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die orthodox-kommunistische »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) blieb auch 1987 die mit Abstand aktivste und militanteste Vereinigung extremistischer Kurden. In der Türkei operiert die PKK offen terroristisch. Sie verfügt mit der »Nationalen Befreiungsfront Kurdistans« (ERNK) über eine eigene Propagandaorganisation.

Als die Kampfeinheit der PKK, die »Volksbefreiungsarmee Kurdistans« (ARGK), im Januar 1987 in einem Dorf der südöstlichen Türkei 31 Menschen erschoss, kommentierte das die Europavertretung der ERNK wie folgt:

»Ein aus 80 Mann bestehendes ARGK-Guerillakommando hat am Abend des 20. Juni in einigen Dörfern in der Provinz Ömerli bei Mardin einige militärische Aktionen verwirklicht und einige an das Volk gerichtete Versammlungen abgehalten. Unsere Bewegung hat von Beginn an das Milizenbandentum als einen Teil der militärischen Existenz des türkischen Kolonialismus in Kurdistan betrachtet und dieses zum Ziel seiner Aktionen erklärt. Wir führen mit der Unterstützung unseres Volkes einen Krieg mit den Kampfaktiken der Guerilla«.¹

Propagandistische Unterstützung erhielt die PKK von den »Kurdistan-Komitees« in Köln und mehreren europäischen Ländern; Zentrale dieser Organisationen ist das »Comité du Kurdistan« in Paris. Massiv propagandistisch unterstützt wurde die PKK wie in den Vorjahren auch von der »Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V.« (FEYKA-Kurdistan). Diese bezeichnete den Befreiungskampf unter Führung der PKK als legitim, weil die Freiheit des kurdischen Volkes nur durch den bewaffneten Kampf erreicht

* Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen, Veränderungen der Mitgliederzahlen gegenüber dem Vorjahr können auch auf neuere Erkenntnisse zurückzuführen sein, bedeuten daher nicht immer einen tatsächlichen Mitgliederzuwachs bzw. Mitgliederverlust.

PKK ist nach wie vor die aktivste und militanteste kurdische Extremistengruppe

werden könne². Auch die Publikationen der PKK selbst enthielten regelmäßig Aufrufe zur Gewalt.

Seit etwa Anfang 1987 nimmt die PKK das Alleinvertretungsrecht für alle Kurden in Anspruch. Der PKK-Generalsekretär Abdullah ÖCALAN warnte in diesem Zusammenhang »Kollaborateure (mit der türkischen Regierung)« vor einer ihnen drohenden Liquidation³.

Seit März kam es – wohl infolge dieses Alleinvertretungsanspruchs – in Kreisen kurdischer Extremisten im Bundesgebiet zu einer Reihe von Gewalttaten bzw. tätlichen Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden kurdischen Gruppen. Dabei wurde am 7. März der PKK-Funktionär Ahmet AYDIN während einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Anhängern seiner Organisation und Angehörigen der die Gewalttätigkeiten der PKK ablehnenden orthodox-kommunistischen »Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e.V.« (KOMKAR) in München erschossen. Am 13./14. März wurden Brandanschläge auf Vereinsbüros der KOMKAR in Köln, Duisburg und Nürnberg verübt; ein weiterer erfolgte am 25. März in Hamburg.

Unbekannte Täter erschossen am 3. Mai in Hannover den KOMKAR-Funktionär Ramazan ADIGÜZEL; eine Passantin erlitt einen lebensgefährlichen Bauchschuß. KOMKAR-Sprecher erklärten dazu, der Getötete habe wiederholt Morddrohungen der PKK erhalten.

Ziele von Protestaktionen der PKK und anderer kurdischer Extremisten waren auch ausländische Einrichtungen im Bundesgebiet: Mutmaßliche Anhänger der PKK drangen am 17. Februar in die schwedische Botschaft in Bonn ein und protestierten gegen die Inhaftierung von acht Kurden in Schweden. Anhänger der PKK und Kurden unbekannter Organisationszugehörigkeit besetzten im März aus Protest gegen die Zwangsumsiedlung kurdischer Dörfer in die Westtürkei sowie militärische Maßnahmen der türkischen Regierung gegen kurdische Widerstandsgruppen bundes-

PKK nimmt Alleinvertretungsrecht für alle Kurden in Anspruch

Schwere Gewalttaten und tätliche Auseinandersetzungen in Kreisen kurdischer Extremisten

PKK-Anhänger und andere kurdische Extremisten führen zahlreiche »Besetzungsaktionen« durch

AHMET AYDIN – 1.1.1950

Kürdistan Bağımsızlık ve Özgürlük Mücadelesinde

Faşist Türk Sömürgeciliğinin ve Emperyalizmin İşbirlikçisi

Hain-Uşak Takımı Tarafından 7.3.1987'de Münih'de Katteldildi

Anısı Tüm Halkımıza Yol Göstericidir!

ERNK

weit türkische Reisebüros und Einrichtungen von »Turkish Airlines«. PKK-Anhänger demonstrierten am 22. Mai in den Schweizer Generalkonsulaten in Berlin und Stuttgart; Anlaß waren Wohnungs- und Hausdurchsuchungen, die die Schweizer Polizei einige Tage zuvor bei Kurden vorgenommen hatte; dabei waren mehrere Kurden festgenommen worden.

Im Zusammenhang mit dem Verschwinden eines PKK-Angehörigen durchsuchte die Polizei am 27. Juli in Köln fünf Wohnungen von PKK-Anhängern. Dabei wurden Bargeld in verschiedenen Währungen im Gesamtwert von etwa 700.000 DM sowie zahlreiche Werkzeuge und Unterlagen zur Herstellung falscher Personalpapiere sichergestellt. Diese polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen und solche am 4. August im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes (GBA) wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung im Umfeld von PKK, ERNK und ARGK lösten eine Welle von Protestaktionen aus, die sich bis in den November hinzog. In zahlreichen Orten in ganz Europa besetzten PKK-Anhänger – teilweise verbunden mit gewaltsamen Handlungen – deutsche Einrichtungen. Betroffen waren in erster Linie Zeitungsverlage, Rundfunkanstalten, diplomatische Vertretungen und Büros der LUFTHANSA. Das sichergestellte Geld wurde am 11. November einer Beauftragten des »Comité du Kurdistan« (Paris) aus Rechtsgründen wieder ausgehändigt.

Der PKK und den sie unterstützenden Organisationen gelang es auch 1987, ihre Anhängerschaft für Großveranstaltungen zu mobilisieren. In Hannover, Bocholt, Köln und Nürnberg erschienen bei solchen Kundgebungen jeweils zwischen 2.000 und 3.000 Personen. Die Veranstaltungen richteten sich vor allem gegen die türkische Regierung, insbesondere Luftangriffe der türkischen Streitkräfte auf kurdische Dörfer, aber auch gegen Maßnahmen der deutschen Polizei gegen Kurden. Auf einer Veranstaltung der FEYKA-Kurdistan in Bonn protestierten etwa 900 Personen gegen die polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen sowie die Sicherstellung der 700.000 DM.

Auch die KOMKAR trat mehrmals mit Kundgebungen an die Öffentlichkeit, auf denen ihre Anhänger gegen die Zwangsumsiedlung kurdischer Dörfer in die Westtürkei demonstrierten. Die KOMKAR protestierte bei einer Demonstration in Hannover mit rd. 1.000 Teilnehmern auch gegen die PKK, die sie für die Ermordung des KOMKAR-Funktionärs Ramazan ADIGÜZEL verantwortlich macht.

Unter massivem Polizeischutz führte die KOMKAR am 20./21. Juni in Düsseldorf ihren 9. Bundeskongreß durch. An der Veranstaltung nahmen etwa 400 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil, darunter auch Vertreter deutscher linksextremistischer Organisationen.

Anläßlich des 7. Bundeskongresses der DKP-Nebenorganisation

Bundesweite Hausdurchsuchungen bei PKK-Angehörigen

PKK und die sie unterstützenden Organisationen veranstalten mehrere Großkundgebungen

»Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ) am 2./3. Mai in Frankfurt/M. erklärte sich der Bundesvorstand der KOMKAR mit der SDAJ solidarisch. Die KOMKAR unterstütze die Arbeit der SDAJ und hoffe künftig auf bessere Beziehungen.

KOMKAR
mit deutschen
orthodoxen
Kommunisten
solidarisch

2. Araber

2.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1987 (1986)
3.000	150	150	3.300 (3.295)

2.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Den Zweiggruppen der in der Bundesrepublik Deutschland vertretenen palästinensischen Widerstandsgruppen gelang es auch 1987 nicht, ihre Anhänger zu verstärkter Beteiligung an politischen Aktivitäten zu veranlassen. Die bedeutendste palästinensische Organisation, die von Yassir ARAFAT geführte FATAH, zeigte sich nicht in der Lage, die Wiederannäherung der wichtigsten Palästinenserorganisationen in der »Palästinensischen Befreiungsorganisation« (PLO), die auf der 18. Tagung des »Palästinensischen Nationalrats« (PNC) stattgefunden hatte, hier in politisches Engagement der Mitglieder umzusetzen.

Palästinensische
Organisationen
im Bundesgebiet
entwickeln nur
geringe Aktivitäten

Die meisten Veranstaltungen der Zweiggruppen palästinensischer Widerstandsorganisationen im Bundesgebiet befaßten sich mit der zeitweiligen Belagerung der Palästinenserlager im Libanon durch die schiitischen AMAL-Milizen und mit der Haltung der syrischen Regierung gegenüber den Palästinensern. PLO-Anhänger demonstrierten zu diesen Themen am 18. und 21. Februar in mehreren Großstädten; die »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP) führte am 7. März in Düsseldorf eine Informationsveranstaltung durch.

Die Situation der hauptsächlich von der FATAH beeinflussten Organisationen »Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin« (PAV) und »Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e. V.« (PSV) war auch 1987 vom mangelnden Interesse der Mitglieder an der politischen Arbeit geprägt.

2.3 Vorbereitung und Durchführung von Gewalttaten

1987 wurden in mehreren westeuropäischen Ländern Vorbereitungen proiranischer schiitischer Terroristen für Anschläge aufgedeckt. Die Bundesrepublik Deutschland war durch den Fall HAMADI besonders betroffen: Am 13. Januar konnte auf dem Flughafen Frankfurt/M. der aus Beirut eingereiste Libanese Mo-

hamad Ali HAMADI festgenommen werden. Er war im Besitz von neun Litern des Flüssigsprengstoffs Methylnitrat, abgefüllt in drei Flaschen einer libanesischen Weinmarke. HAMADI wurde von US-amerikanischen Zeugen als einer der beiden Luftpiraten identifiziert, die am 14. Juni 1985 ein US-Verkehrsflugzeug nach Beirut entführte, einen US-Passagier ermordet und einen Teil der Passagiere etwa zwei Wochen als Geiseln festgehalten hatten. Die Entführung des Verkehrsflugzeuges war bereits damals der iranischen schiitisch-extremistischen »Hizb Allah« (Partei Gottes) zugeschrieben worden. Gegen Mohamad Ali HAMADI bestand wegen seiner mutmaßlichen Beteiligung an der Flugzeugentführung ein internationaler Haftbefehl; nach der Verhaftung HAMADIs in Frankfurt/M. beantragten die USA dessen Auslieferung.

Die weiteren Ermittlungen führten am 27. Januar zur Entdeckung eines Sprengstoffversteckes im Saarland, in dem sich u. a. weiterer Flüssigsprengstoff und elektrische Sprengzünder befanden. In die Bundesrepublik Deutschland verbracht hatten diesen Flüssigsprengstoff vermutlich Mohamad Ali HAMADI bei einer früheren Einreise am 2. Januar sowie dessen Bruder Abbas Ali HAMADI, als er am 13. Januar ebenfalls von Beirut über Frankfurt/M. einreiste und im Gegensatz zu Mohamad Ali die Zollkontrolle ungehindert passieren konnte. Über den Verwendungszweck des Sprengstoffs ist bislang nichts Sicheres bekannt. Gegen Abbas Ali HAMADI erging ebenfalls Haftbefehl; er wurde am 26. Januar bei einer erneuten Einreise in Frankfurt/M. festgenommen.

Ende März und Ende April wurden in Frankreich mehrere Araber als Angehörige eines der »Hizb Allah« zugerechneten Terroristennetzes verhaftet. Die Polizei fand bei ihnen u. a. zwölf Liter Methylnitrat. Der Flüssigsprengstoff war in den gleichen Flaschen abgefüllt, wie sie auch bei den HAMADI-Brüdern gefunden worden waren. Der Anführer der Terrorgruppe in Frankreich verfügte über Kontakte zu Mohamad Ali HAMADI.

3. Iraner

3.1 Mitgliederentwicklung

Kernorganisationen	Nebenorganisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1987 (1986)
1.150	50	1.650	2.850 (2.930)

3.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Iranische extremistische Organisationen entwickelten 1987 erneut sehr vielfältige Aktivitäten zur Verfolgung ihrer Ziele. Iranische Extremisten traten im Rahmen von Versammlungen, Demonstra-

tionen und Mahnwachen, mit Zeitungen und Flugschriften sowie mit Informationsständen an die Öffentlichkeit. Die Zahl der von ihnen verübten Gewaltaktionen sank von zwölf im Vorjahr auf sieben, darunter ein Brandanschlag auf die Wohnung eines iranischen Künstlers am 6. März in Hamburg. Der vorwiegend bei Veranstaltungen iranischer linksextremistischer Organisationen auftretende Künstler erhielt vor und nach dem Anschlag Drohbriefe und -anrufe, in denen er aufgefordert wurde, seine Tätigkeit gegen die iranische Regierung einzustellen. Noch nicht völlig geklärt sind bislang die Hintergründe der Ermordung von zwei oppositionellen Iranern: Am 16. Januar wurde in Hamburg der ehemalige Pilot des iranischen Parlamentspräsidenten RAFSANJANI, Ali Akbar MOHAMMADI, von zwei unbekanntem Tätern erschossen. MOHAMMADI war im Sommer 1986 unter aufsehenerregenden Umständen mit seinem Flugzeug in den Irak geflohen und hatte sich Ende des Jahres in Hamburg niedergelassen. Zwei Tage vor dem Mord hatte der Anwalt MOHAMMADIS einen anonymen Anruf erhalten, demzufolge ein iranisches Kommando MOHAMMADI verfolge und dieser die Bundesrepublik Deutschland nicht lebend verlassen werde. Ein anderer iranischer Oppositioneller verschwand am 19. Mai auf dem Weg von München nach Wien; er wurde am 12. Juli in Wien ermordet aufgefunden. Iranische Linksextremisten machten KHOMEINI-Anhänger für diese Tat verantwortlich.

Während die Fälle der Anwendung von Gewalt zurückgingen, kam es 1987 zu einer Vielzahl von Gewaltandrohungen durch iranische Extremisten. Anhänger des Ayatollah KHOMEINI drohten z.B. im Anschluß an die Fernsehsendung »Rudi Tages-Show« am 15. Februar, in der Rudi Carrell einen satirischen Sketch über KHOMEINI zeigte, mehrfach Bombenanschläge an. Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen iranischen Pilgern und der saudiarabischen Polizei am 31. Juli in Mekka, in deren Verlauf etwa 400 Personen getötet worden waren, erhielten u.a. Presseverlage und Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland Drohbriefe, weil sie angeblich über die Vorfälle falsch berichtet hätten. Der Schließung des iranischen Konsulats in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur am 8. August folgte eine Bombendrohung gegen US-Einrichtungen.

3.2.1 Anhänger der iranischen Regierung

Die islamisch-extremistische »Union Islamischer Studentenvereine in Europa« (U.I.S.A.) vertritt als einzige iranische Organisation in Deutschland die religiös-politischen Ziele der Islamischen Republik Iran. Die von ihr 1987 veranstalteten Demonstrationen fanden keinen großen Zulauf.

3.2.2 Gegner der iranischen Regierung

3.2.2.1 Die von den »Volksmojahedin Iran« beeinflusste »Irani-

Zahl der Gewaltaktionen iranischer Extremisten nimmt ab

Zahlreiche Gewaltandrohungen durch iranische Extremisten

FREIHEIT FÜR IRAN

Nr. 39

Nachrichtenbulletin der Volksmoghedin Iran

30. Oktober 1987

Die Volksmoghedin enthüllen

Einzelheiten über Raketenangriffe des Khomeini-Regimes im Persischen Golf

Rafsanjani hinter den Raketenangriffen der Gardisten

Nach dem dritten Raketenangriff des Khomeini-Regimes auf Kuwait innerhalb einer Woche enthüllte die Volksmoghedin Organisation Iran detaillierte Informationen über die kriegstreiberischen Pläne dieses Regimes und besonders über den Einsatz der Volkstruppen Bahadsar. Die Ent-

geheerung dieser Brigade sowie eine weitere neu aufgestellte Raketenartilleriebrigade (die 36. Assef-Brigade) sind zur Zeit auf der Halbinsel Fa'o stationiert. Sie werden von Derachachan, einem engen Vertrauten Rafsanjanis, kommandiert. Derachachans Stellvertreter in der 36. Assef-

Zangen-Offensive einer N.I.A.-Brigade

Hundert Regimeagenten tot oder verletzt, 13 gefangengenommen

2 wichtige Kommandeure unter den Toten identifiziert

MSV findet wachsende Resonanz bei Gegnern der iranischen Regierung

sche Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.« (MSV) fand 1987 wachsende Resonanz bei Gegnern der iranischen Regierung. Dies zeigen nicht zuletzt die erheblich gestiegenen Teilnehmerzahlen bei Großdemonstrationen der MSV. So beteiligten sich im Februar und Juni jeweils 4.000 bis 5.000 MSV-Anhänger an Protestdemonstrationen in Bonn gegen das KHOMEINI-Regime. Die »Volksmoghedin Iran« gründeten am 20. Juni eine »Nationale Befreiungsarmee«. Der Volksmoghedin-Vorsitzende Massoud RAJAVI rief aus diesem Anlaß seine Anhänger in der Bundesrepublik Deutschland zum Kampf gegen das KHOMEINI-Regime auf¹.

Anhänger der O.I.P.F.G. entwickeln erneut Gewaltaktivitäten

Anhänger der international tätigen »Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf DEGHANI-Anhänger)« (O.I.P.F.G.) besetzten am 28. Januar das Büro einer Menschenrechtsorganisation in Göttingen. Neun O.I.P.F.G.-Anhänger stürmten am 10. September das Stationsbüro der Fluggesellschaft »Iran Air« auf dem Flughafen Frankfurt/M., demolierten die Einrichtung und schlugen und fesselten den Stationsleiter. Etwa zeitgleich verübten Iraner in Oslo eine Besetzungsaktion; eine weitere in Paris scheiterte.

Etwa 900 Sympathisanten der iranischen »Neuen Linken«, darunter vorwiegend Anhänger der O.I.P.F.G., demonstrierten am 24. Oktober in Köln u. a. gegen den iranisch-irakischen Krieg.

Aktivitäten der orthodox-kommunistischen iranischen Organisationen gehen deutlich zurück

3.2.2.2 Die Aktivitäten der orthodox-kommunistischen iranischen Organisationen gingen 1987 deutlich zurück. Die 1986 vollzogene Spaltung der TUDEH-Partei und die damit nach wie vor verbundenen internen Schwierigkeiten behinderten ersichtlich die Öffentlichkeitsarbeit der Partei. Die von der TUDEH-Partei abgesplitterte Gruppe »Kämpfende TUDEHies in West-Berlin« verbreitete mehrere Ausgaben ihres neuen Publikationsorgans »Pajwak« (Echo), in dem sie zur Gründung einer von der TU-

DEH-Partei unabhängigen einheitlich kommunistischen Partei aufrief. Die von der TUDEH-Partei beeinflusste »Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin (Mehrheit)« (O.I.S.) veranstaltete am 6. März in Köln anlässlich des 16. Jahrestages ihrer Gründung eine Festkundgebung, an der etwa 500 Personen teilnahmen. Dabei wurden gegen Ayatollah KHOMEINI und den iranisch-irakischen Krieg gerichtete Flugschriften verteilt. Gemeinsam mit der TUDEH-Partei führte die O.I.S. am 26./27. Juni in München eine Hungerstreikaktion durch. Im übrigen beschränkten sich ihre Aktivitäten auf die Herausgabe von Publikationen.



3.2.2.3 Der »Rat der konstitutionellen Monarchie des Iran« (R.K.M.I.) entwickelt sich mehr und mehr zu einem Sammelbecken iranischer Monarchisten. Propagandistische Aktivitäten gingen sowohl vom R.K.M.I. selbst als auch von einzelnen seiner Mitgliedsorganisationen aus.

Iranische Monarchisten führten 1987 zahlreiche Demonstrationen durch. Bei einer Kundgebung in Frankfurt/M. kam es dabei zu Handgreiflichkeiten, als Demonstranten von KHOMEINI-Anhängern verbal angegriffen wurden. In Heidelberg versuchten etwa 100 mutmaßliche Anhänger linksgerichteter iranischer Oppositionsgruppen, eine Kundgebung der R.K.M.I. zum »81. Jahrestag der Errichtung der Monarchie im Iran« durch Sprechchöre zu stören. Auch in Stuttgart kam es bei einer Demonstration gegen KHOMEINI zu Störversuchen durch regierungstreue Iraner.

4. Iren/Nordiren

Irische Nationalisten verübten am 23. März auf dem Gelände des Hauptquartiers der britischen Rheinarmerie in Mönchengladbach-Rheindahlen einen schweren Bombenanschlag. Der Sprengsatz, der in einem nahe dem Offizierskasino abgestellten Pkw versteckt war, hatte eine Sprengkraft von ca. 125 kg TNT. Der Pkw war von einem Mann, der sich mit irischem Paß ausgewiesen hatte, in den Niederlanden erworben und zugelassen worden.

R.K.M.I. wird zum
Sammelbecken
iranischer
Monarchisten

Irische Nationalisten
verüben schweren
Bombenanschlag

In dem Kasino hielten sich zur Tatzeit Angehörige der britischen Rheinarmee und der deutschen Bundeswehr sowie Zivilpersonen auf. 27 deutsche und vier britische Staatsangehörige wurden verletzt; an umliegenden Gebäuden und abgestellten Kraftfahrzeugen entstand erheblicher Sachschaden.

Zwanzig Minuten vor der Explosion war bei der »Deutschen Presse-Agentur« (dpa) in Düsseldorf der Anruf einer englisch-sprechenden Person eingegangen. Der Angestellte, der das Gespräch entgegengenommen hatte, konnte wegen seiner geringen Englischkenntnisse nur das Wort »bomb« verstehen. Am 24. März ging in Dublin/Irland ein Selbstbeichtigungsschreiben der »Irish Republican Army« (IRA) zu dem Anschlag ein. Darin hieß es u. a., es habe die Anordnung bestanden, Opfer unter den Zivilisten zu vermeiden; wegen deren Anwesenheit sei eine Warnung gegeben worden.

5. Türken

5.1 Mitgliederentwicklung

	Kern- organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1987 (1986)
Orthodox- kommuni- stische Gruppen	1.200	3.600	4.800 (7.210)
»Neue Linke« u. sozial- revolutionäre Gruppen	6.150	-	6.150 (8.050)
Extremnationali- stische Gruppen	10.000	-	10.000 (10.000)
Islamisch- extremistische Gruppen	19.000	-	19.000 (19.000)
Insgesamt	36.350	3.600	39.950 (44.260)

Von den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden rund 1,4 Millionen Türken waren 1987 etwa 40.000 (Vorjahr über 44.000) in türkischen extremistischen Vereinigungen organisiert. Die Mitgliedsverluste vollzogen sich im linksextremistischen Spektrum.

Die Gründe dafür dürften u. a. in der weitgehenden Zerschlagung extremistischer Gruppierungen in der Türkei und im Rivalitätsdenken bzw. in Spaltungstendenzen innerhalb der extremistischen Organisationen sowie taktischen und ideologischen Differenzen liegen.

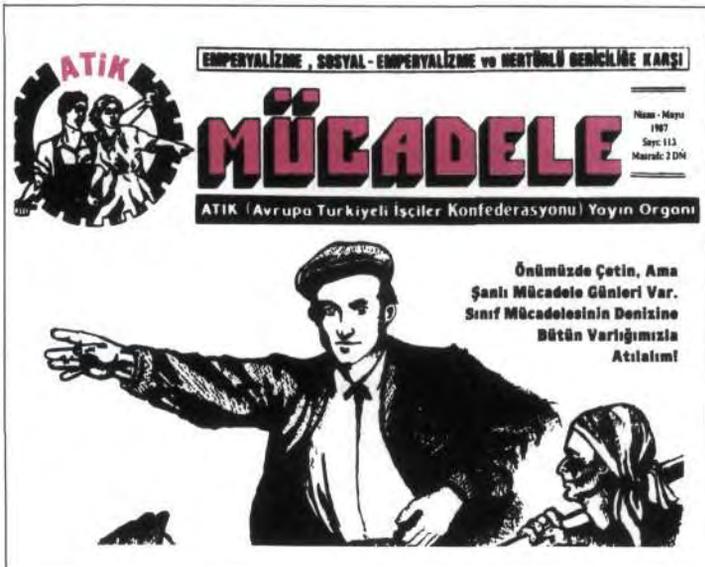
5.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

5.2.1 »Neue Linke«

Die Anhänger der »Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/M-L) sind in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen in der »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.« (ATIF), der im Dezember 1986 als Zusammenschluß der ATIF mit mehreren ausländischen Schwesterorganisationen gegründeten »Konföderation der Arbeitnehmer aus der Türkei in Europa« (ATIK) und der Gruppe »Bolshevik Partizan« organisiert.

Die TKP/M-L propagierte in ihrem deutschsprachigen Organ »Partizan« den bewaffneten Kampf in der Türkei⁵. Sie zeigte aber, daß ihre Anhänger auch außerhalb der Türkei zur Gewaltanwendung bereit sind. So war die peruanische Botschaft in Wien am 17. Juni aus Anlaß des ersten Jahrestages der gewaltsamen Niederschlagung einer Gefangenenrevolte in Lima/ Peru, in deren Verlauf etwa 250 Häftlinge ums Leben gekommen waren, Ziel eines Brandanschlages der TKP/M-L. Daraus kann die Vermutung abgeleitet werden, daß es ebenfalls Anhänger der TKP/M-L waren, die am 20. Juni einen Brandanschlag auf die peruanische Botschaft in Bonn aus demselben Anlaß verübten.

TKP/M-L propagiert
den bewaffneten
Kampf



Auch die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland waren Agitationsziel der TKP/M-L; so polemisierte sie aus Anlaß der Volkszählung gegen den angeblichen westdeutschen Imperialismus, der in den Flammen der Revolution untergehen werde⁶.

Wie bereits 1986 stagnierte die politische Arbeit der ATIF; das türkischsprachige bisherige ATIF-Presseorgan »Mücadele« (Kampf) wurde zum »Zentralorgan« der ATIK. Aus Protest gegen türkische Militäroperationen im irakischen Teil des Kurdengebietes demonstrierten Angehörige der ATIF am 13./14. März in Hamburg und Duisburg. Am 28. März drangen ATIF-Mitglieder in den Kölner Dom ein, um u.a. gegen die beabsichtigte Zwangsumsiedlung kurdischer Dörfer zu protestieren; bei der Räumung des Doms durch die Polizei kam es zu gewaltsamen Widerstandshandlungen.

Die Gruppe »Bolshevik Partizan« behauptete in einer Ende März im Bundesgebiet verbreiteten Flugschrift, der iranisch-irakische Krieg, werde aus der Bundesrepublik Deutschland unterstützt⁷. Wiederholt forderte die Gruppe ihre Anhänger zur Unterstützung der PKK in ihrem Krieg gegen den türkischen Staat auf; wer sich darüber freue, daß die als politischer Feind eingestufte PKK eins aufs Dach bekommen habe, und deswegen schweige, solle sich nicht wundern, wenn er eines Tages selbst an die Reihe komme⁸.

Die »Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e.V.« (DIDF) zeigte infolge interner Streitigkeiten 1987 keine nennenswerten öffentlichen Aktivitäten.

5.2.2 Gruppen der »Neuen Linken« mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung

Die Anhänger der 1983 durch den Bundesminister des Innern verbotenen militanten Gruppe »Devrimci Sol« (Revolutionäre Linke) verstärkten 1987 ihre Aktivitäten erheblich. Während ihre Anhänger in den Vorjahren unter der Tarnbezeichnung »Avrupa' da Dev Genc« (Revolutionäre Jugend in Europa) aufgetreten waren, benutzten sie 1987 bei öffentlichen Aktionen wieder die ursprüngliche Organisationsbezeichnung.

Ziele von Besetzungsaktionen, Brandanschlägen und Sachbeschädigungen durch »Devrimci Sol«-Anhänger – insgesamt neun teilweise gewaltsame Aktionen – waren insbesondere türkische Banken und Büros der »Turkish Airlines«. Einige Male legten sie vor türkischen Einrichtungen Bombenattrappen ab. Unbekannte Täter verübten am 31. März einen Brandanschlag auf eine türkische Bank in Hamburg; ein dort zurückgelassenes Transparent nahm auf »Massaker« des Jahres 1972 in der Türkei Bezug.

Neun Aktivisten von »Devrimci Sol« drangen am 24. Juni in das niederländische Generalkonsulat in Hamburg ein und verlangten die Freilassung von in den Niederlanden inhaftierten Gruppenmitgliedern. Mutmaßliche Anhänger der Gruppe verübten am 22.

Aktivitäten der ATIF stagnieren

Anhänger der verbotenen »Devrimci Sol« verstärken ihre Aktivitäten erheblich

Juni einen Brandanschlag auf eine Filiale der türkischen Zentralbank in Hamburg. An die Wände des Gebäudes sprühten sie die Parole »Die Märtyrer des Todesfastens sind unsterblich«.



Die Gruppe »Devrimci Isci« (Revolutionärer Arbeiter)* organisierte zum Jahrestag der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei am 12. September zusammen mit anderen türkischen linksextremistischen Organisationen eine Demonstration mit etwa 2.500 Teilnehmern. »Devrimci Isci« führte vom 21. Oktober bis zum 5. November einen Sternmarsch nach Bonn durch, um gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu protestieren. Im Rahmen der Aktion fanden in mehreren Städten kleinere Demonstrationen statt; in Köln versuchten mehrere Anhänger der Gruppe, gewaltsam in ein Gebäude des Westdeutschen Rundfunks einzudringen.

Am 24. Oktober kam es in Hamburg zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Anhängern von »Avrupa' da Dev Genc« und »Göcmen«-Angehörigen. Zuvor hatten erstere in einem türkischen Restaurant, in dem »Göcmen«-Angehörige feierten, Flugschriften verteilt. Darüber war es zunächst zu einem Wortgefecht gekommen. Im Rahmen der anschließenden gewaltsamen Auseinandersetzung gab ein »Göcmen«-Angehöriger acht Schüsse ab und traf dabei versehentlich ein Mitglied der eigenen Gruppe tödlich.

5.2.3 Orthodoxe Kommunisten

Die »Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.« (FIDEF) ist nach wie vor die wichtigste türkische orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisation in der Bundesrepublik Deutschland.

Der FIDEF-Vorsitzende Hasan ÖZCAN erklärte auf einer Großveranstaltung europäischer Muslime in Rotterdam/Niederlande (20. bis 22. März), die FIDEF stimme mit den islamischen Fundamentalisten in einigen Bereichen überein, z. B. in der Ablehnung der Nahost-Politik der USA und der NATO.

»Devrimci Isci« führt Sternmarsch nach Bonn durch

Gewaltsame Auseinandersetzung unter Anhängern der türkischen »Neuen Linken« fordert Todesopfer

FIDEF nach wie vor wichtigste Organisation der türkischen orthodoxen Kommunisten

* 1986 neben der Gruppe »Göcmen« (Emigrant) aus der von der THKP/-C beeinflussten Organisation »Devrimci Yol« (Revolutionärer Weg) hervorgegangen.

FIDEF und DIBAF
wollen sich zusam-
menschießen

Im Juli gaben ÖZCAN und der Vorsitzende der orthodox-kommunistischen »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie« (DIBAF) bekannt, beide Organisationen beabsichtigten, sich im ersten Halbjahr 1988 zusammenzuschließen. Die angestrebten politischen Ziele könnten nur durch gemeinsame Anstrengungen erreicht werden.

»Solidarische Grüße« übersandte die FIDEF sowohl der von der »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP) beeinflussten »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA) zum 40. Jahrestag von deren Gründung als auch der SDAJ anlässlich einer Landeskonferenz in Nordrhein-Westfalen.

5.2.4 Islamische Extremisten

Türkische islamische
Fundamentalisten
propagieren in schar-
fer Form die Islami-
sierung der Türkei

Der »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln« agitierte auch 1987 in massiver Form für die »Islamisierung« der Türkei und die Schaffung eines Staatsgefüges nach dem Vorbild der Islamischen Republik Iran.

Der Verbandsvorsitzende Cemalettin KAPLAN propagierte bei Veranstaltungen und in Veröffentlichungen – insbesondere im Verbandsorgan »Teblig« (Die Verkündigung) – in oft aggressiver Weise die Errichtung eines theokratischen türkischen Staates. Das Ausländeramt der Stadt Köln verbot ihm deshalb am 24. Februar, öffentlich in Wort und Schrift zur Gewalt aufzurufen oder solche Aufrufe zu billigen. KAPLAN ist aufgrund seiner aggressiven Agitation auch in den eigenen Reihen nicht unumstritten; innerhalb des Verbandes bildete sich eine Oppositionsgruppe gegen ihn.

Gleichwohl nahmen an einer Großveranstaltung des Verbandes am 10. Oktober in Köln etwa 3.000 Personen – überwiegend Anhänger KAPLANs – teil.

AMGT Sammel-
becken von
Anhängern der MSP

Die »Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V.« (AMGT) bildete auch weiterhin ein Sammelbecken von Anhängern der in der Türkei verbotenen »Nationalen Heilspartei« (MSP) bzw. deren Nachfolgeorganisation »Wohlfahrtspartei« (RP), die von dem langjährigen MSP-Vorsitzenden Necmettin ERBAKAN geleitet wird. Am 19. April fand in Hannover der zweite Jahreskongress der AMGT mit etwa 1.000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland statt. Hauptredner war der aus der Türkei angereiste ERBAKAN.

5.2.5 Extreme Nationalisten

Interne Streitigkeiten
führen zur Spaltung
der ADÜTDF

Die Situation der »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.« (ADÜTDF), bislang größte türkische Dachorganisation in Westeuropa, war gekennzeichnet durch interne personelle Streitigkeiten, die schließlich zur Spaltung führten.

Die Verbandsarbeit der ADÜTDF kam in der ersten Jahreshälfte

nahezu zum Erliegen. Das erstmals im Januar veröffentlichte ADÜTDF-Organ »Yeni Ufuk« (Neuer Horizont) wurde wieder eingestellt. Auf Betreiben von Mitgliedsvereinen, die sich von Alparslan TÜRKES, dem früheren Vorsitzenden der in der Türkei verbotenen rechtsextremistischen »Partei der Nationalistischen Bewegung« (MHP), losgesagt hatten, erfolgte im Oktober die Gründung eines eigenen Dachverbandes.

Am 6. Juni führte die ADÜTDF in Hamm ihren Jahreskongreß durch. Gastredner war TÜRKES; die etwa 4.000 aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland angereisten Veranstaltungsteilnehmer begrüßten ihn mit anhaltenden »Führer TÜRKES«-Rufen. TÜRKES prophezeite, der Nationalismus werde sich durchsetzen und in der Türkei die Macht übernehmen. Vor dem Veranstaltungssaal kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Kongreßteilnehmern und etwa 250 Demonstranten, die gegen die von ihnen als »Faschistentreffen« bezeichnete Veranstaltung protestierten. TÜRKES nahm im Verlauf seiner Europareise Mitte Juni noch an zwei Veranstaltungen örtlicher ADÜTDF-Mitgliedsvereine in Köln und Hannover teil. Einrichtungen von ADÜTDF-Mitgliedsvereinen waren wiederholt das Ziel von Gewaltaktionen vermutlich türkischer Linksextremisten.

Am 1. Januar, 30. März und 22. April wurden Brandanschläge auf Vereinsräume der ADÜTDF in Duisburg, München und Bielefeld verübt. Unbekannte Täter gaben am 11. April fünf Schüsse auf einen Versammlungsraum der ADÜTDF in Duisburg ab.

Einrichtungen der
ADÜTDF mehrmals
Ziel von Anschlägen

6. Jugoslawen

6.1 Mitgliederentwicklung

Kern- organisationen	Neben- organisationen 1987 (1986)	Beeinflusste Organisationen 1987 (1986)	Insgesamt 1987 (1986)
950	-	-	950 (970)

6.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

1987 wurden im Bundesgebiet wie im Vorjahr zwei Gewalttaten verübt, die einen Hintergrund im jugoslawischen Extremismus vermuten lassen. Eine Gaststätte in Stuttgart, die als Anlaufstelle kroatischer Extremisten gilt, war am 13. Juli Ziel eines Brandanschlages; es entstand erheblicher Sachschaden. Am 21. Oktober schlugen zwei unbekannte Täter einen Kosovo-albanischen Aktivist im Keller seines Wohnhauses in Bietigheim-Bissingen zusammen und verletzten ihn schwer. Der Überfallene war in Jugoslawien Angehöriger einer dort verbotenen linksextremistischen Kosovo-albanischen Organisation. Auch nach seiner Übersied-

lung in die Bundesrepublik Deutschland unterhielt er Kontakte zu führenden Oppositionellen im Kosovo-Gebiet.

Die zunehmenden politischen Spannungen in der jugoslawischen Provinz Kosovo (Anteil der Albaner über 80%) führten am 12. September zu einer Demonstration in Stuttgart. Dort protestierten etwa 300 Anhänger der proalbanischen »Volksbewegung für die Republik Kosovo« (LPRK) gegen die »Unterdrückung des Kosovo-albanischen Volkes durch das Serbo-Regime«. Die Kundgebungsteilnehmer forderten u.a. den Rückzug aller Spezialeinheiten der Polizei aus dem Kosovo-Gebiet.

7. Tamilen

7.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1987(1986)
-	-	200 (200)	200 (200)

7.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die wichtigste tamilische »Befreiungs«-Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, die deutsche Sektion der linksextremistischen, gewaltorientierten und in Sri Lanka verbotenen »Liberation Tigers of Tamil Eelam« (LTTE), hielt sich 1987 mit öffentlichen Aktivitäten deutlich zurück. Der Grund hierfür dürfte in einem durch den Generalbundesanwalt geführten Ermittlungsverfahren gegen LTTE-Mitglieder liegen. Nachdem im Dezember 1986 bundesweit Wohnungen von Mitgliedern und Objekte der LTTE von der Polizei durchsucht worden waren, erhob der GBA am 5. Juli gegen fünf Mitglieder der Organisation, darunter deren Leiter im Bundesgebiet, Anklage wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB). Dem Verfahren liegt eine Reihe von Einzeldelikten zugrunde, die den Verdacht begründen, die LTTE erhebe von den im Bundesgebiet lebenden Tamilen Geldbeiträge für den bewaffneten Kampf in der Heimat und mache Zahlungsunwillige durch Gewaltanwendung gefügig. Die Durchsuchungsergebnisse bestätigten den Verdacht der gewaltsamen Geldeintreibung.

Die Agitation der LTTE richtete sich zunächst wie gewohnt gegen die von der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit gestellte Regierung Sri Lankas. Nach dem Einmarsch indischer Truppen im tamilischen Teil der Insel änderte sich Mitte Oktober die Zielrichtung. Es begann eine Serie von Kundgebungen und Hungerstreiks in verschiedenen Städten sowie von publizistischen Angriffen der LTTE gegen das Eingreifen der indischen Armee, deren Vorgehen mit der sowjetischen Invasion in Afghanistan verglichen wurde.

LTTE hält sich mit öffentlichen Aktivitäten deutlich zurück

III. Dokumentation

1. Presseerklärung der ERNK-Europavertretung vom 25.6.1987
2. Flugschrift der FEYKA-Kurdistan vom 13. Mai 1987 mit dem Titel »Erklärung zu den polizeilichen Maßnahmen gegen Kurden in der BRD«: »In welchem Zusammenhang stehen diese letzten Maßnahmen und was ist der Hintergrund. Seit mehr als 2,5 Jahren kämpft das kurdische Volk, nach fünfzig Jahren zum ersten Mal erneut mit den Waffen in der Hand gegen den türkischen Kolonialismus. Dieser Kampf, der unter der Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) durchgeführt wird, ist legitim, weil es für das kurdische Volk nur noch die Entscheidung zwischen Vernichtung durch die Politik der kolonialen Assimilation und Barbarei oder Freiheit durch bewaffneten Kampf gibt.«
3. »Kurdistan-Report« Ausgabe Nr. 20 vom April - Mai 1987, S. 17ff.:
»Wir werden sie auf den Operationstisch legen, retten, was zu retten ist, diejenigen, die diesen Eingriff nicht überstehen, der Liquidation überlassen.«
4. »Freiheit für Iran« Nr. 47 vom 19. Juni 1987: »Ich rufe alle mutigen Männer und Frauen, die entschlossen sind, zu den Waffen zu greifen und gegen Khomeinis kriminelles Regime zu kämpfen, sowie die patriotischen Armee-Angehörigen, die sich durch den Dienst für Khomeini nicht gegen die iranische Bevölkerung stellen wollen, auf, sich der Nationalen Befreiungsarmee anzuschließen.«
5. »Partizan« aus dem Jahre 1987 (ohne Erscheinungsnummer und -datum):
»Eine wichtige Grundlage ist auch der bewaffnete Kampf. Obwohl bewaffneter Kampf kann die Revolution sich nicht entwickeln und stark werden. Bewaffneter Kampf ist ein Mittel, die uns entwickelt und stärkt den Feind weicht und zurückdrängen läßt. Man kann durch den bewaffneten Kampf sich stärken, fortentwickeln und den Feind besiegen.«
6. Flugblatt von »Sympathisanten der TKP/M-L in der BRD« mit dem Titel »Die Tage derer, die uns zählen wollen, sind gezählt!«: »Wie auch immer ihre Farbe, Religion, Rasse, Sprache ist, das unterdrückte Proletariat innerhalb der Grenzen der BRD wird den Westdeutschen Imperialismus in seinem Grab bestimmt begraben; und das Proletariat wird diese Aufgaben ohne Genehmigung, Ausweis und Erlaubnis bewältigen! Der Westdeutsche Imperialismus wird in den Flammen der Revolution untergehen!«
7. Flugschrift von »Bolshevik Partizan« aus dem Jahr 1987 mit dem Titel »Tod dem islamistischen faschistischen KHOMEINI Regime! Tod dem faschistischen irakischen Regime! Tod dem Imperialismus!«:
»Hinter den faschistischen Gewehrläufen, die heute in der Türkei die Arbeiter, Bauern und alle Werktätigen bedrohen und unterdrücken, sieht man zugleich auch das dreckige Gesicht des westdeutschen Imperialismus. Kurz, auch im Nahen Osten ist hinter jeder Schweineerei der westdeutsche Imperialismus dabei! Und deutsche Waffen und deutsches Geld morden auch im Nahen Osten mit!«
8. Flugschrift von »Bolshevik Partizan« vom 04. 08. 1987

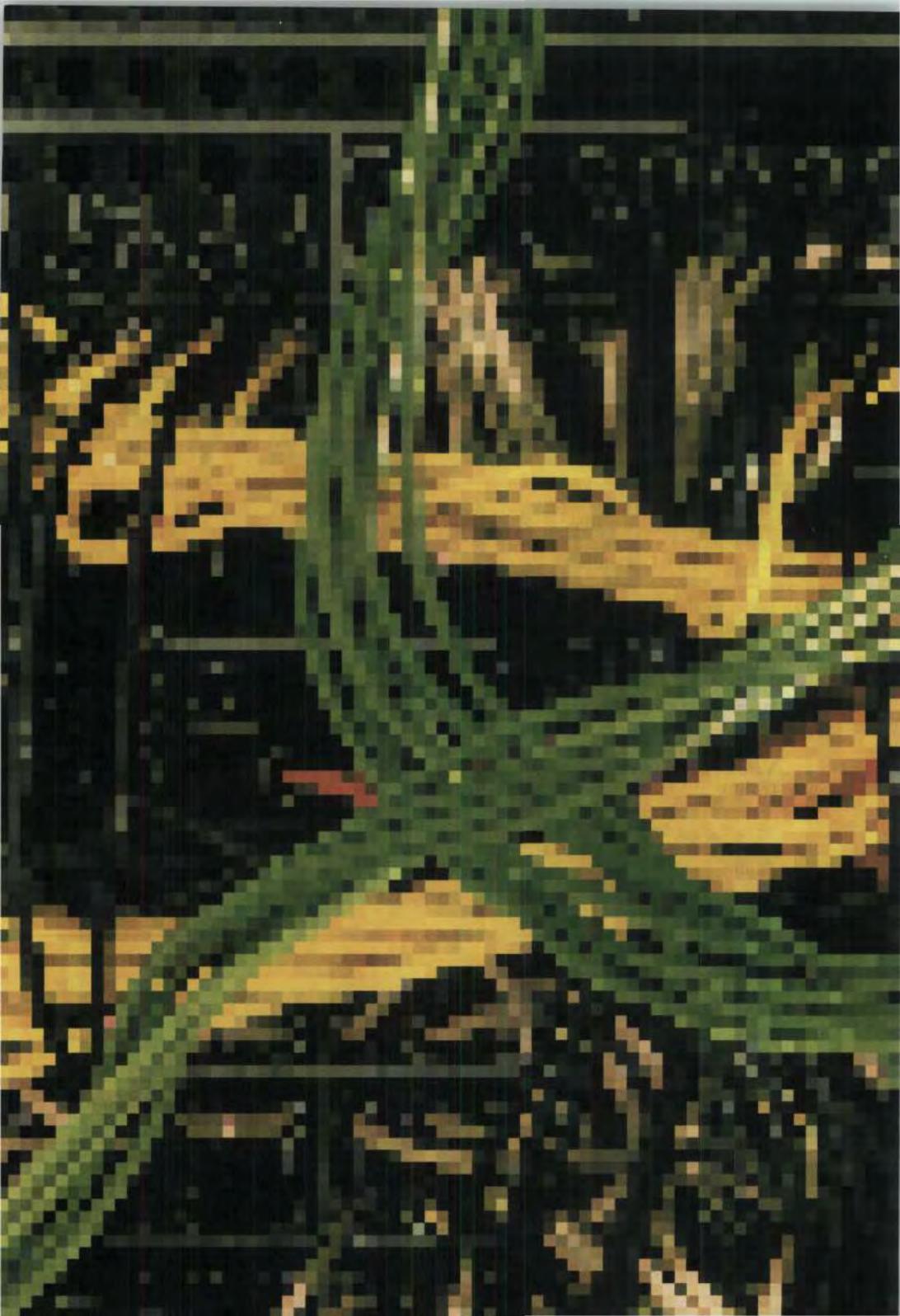
IV. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern, deren Neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen)
	1987 (1986)	
1. Kurden		
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)		Serxwebun (Unabhängigkeit) Kurdistan Report – zweimonatlich –
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)		
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereini- gungen aus Kurdistan in der BRD e. V. (FEYKA-Kurdistan)		Berxwedan (Widerstand) – monatlich –
KOMKAR – Föderation der Arbeitervereine aus Kurdi- stan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e. V.		Denge KOMKAR (Stimme KOMKAR) – monatlich – Informationsbulletin Kurdistan – zweimonatlich –
2. Araber		
AL FATAH (Bonn)	800 (800) (incl. Dissi- denten)	
Palästinensischer Arbeiter- verband in der Bundesrepu- blik Deutschland und West- Berlin (PAV) (Wuppertal)	900 (1.000)	
Palästinensischer Studenten- verband in der Bundesrepu- blik Deutschland und West- Berlin e. V. (PSV)	300 (300)	
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) (Köln)	300 (220)	Al Hourriah (Die Freiheit) – wöchentlich –

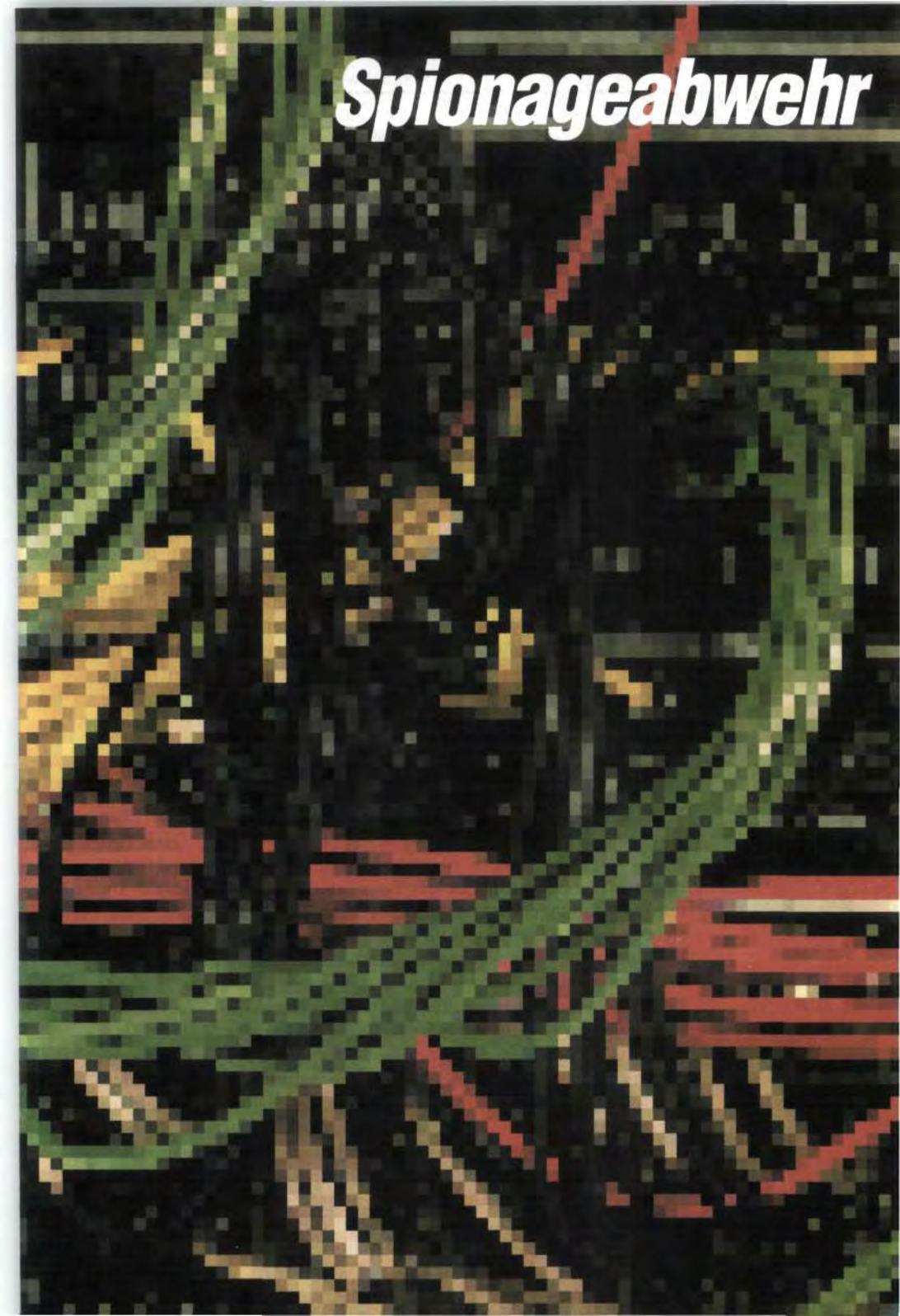
Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen)
	1987	(1986)	
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) (Bochum)	180	(150)	Al Hadaf (Das Ziel) - wöchentlich - Democratic Palestine - zweimonatlich -
Hizb Allah (Partei Gottes)			Al-Ahd (Die Verpflichtung) - wöchentlich -
3. Iraner			
3.1. Gegner der iranischen Regierung			
Iranische Moslemische Stu- denten-Vereinigung Bundes- republik Deutschland e. V. (MSV) (Köln)	700	(700)	Freiheit für Iran - 14tägig - Nashriyeh'e Ettehadieyeh'e Anjo- manha'ye Daneshjuyan'e Mosal- man Kharej'e Kheswar (Veröffentlichung der Union der Moslemischen Studentenvereine im Ausland) - wöchentlich - Majmu'e Khabari az Iran (Nach- richtenspiegel aus dem Iran) - unregelmäßig, deutsch -
Organisation der iranischen Studenten in der Bundesre- publik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf DEGHANI-Anhän- ger) (O. I. P. F. G.)	100	(100)	Iran im Kampf - unregelmäßig - Iran Rundschau - unregelmäßig -
TUDEH-Partei einschl. - Organisation der demo- kratischen Jugend und Studenten des Iran (ODYSI) - Organisation iranischer Studenten, Sympathisan- ten der Organisation der Volksfedayin (Mehrheit) (O. I. S.)	400	(400)	Nameh Mardom (Botschaft des Volkes) - wöchentlich - Peyam (Die Botschaft) - monatlich - Tudeh-News - monatlich -
			Tudeh-Bulletins - unregelmäßig, deutsch -

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen)
	1987	(1986)	
Kämpfende TUDEHies in West-Berlin			Pajwak (Echo)
Rat der konstitutionellen Monarchie des Iran (R. K. M. I.) (Frankfurt/M.)			Showra Nameh (Botschaft des Rates) – monatlich – Nejat Iran (Die Befreiung Irans) – unregelmäßig –
3.2 Anhänger der iranischen Re- gierung			
Union Islamischer Studen- tenvereine in Europa (U. I. S. A.)	400	(400)	Ghods – unregelmäßig, deutsch/per- sisch/arabisch – Jerusalem – unregelmäßig, deutsch/per- sisch –
4. Türken			
4.1 »Neue Linke«			
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)			Partizan – unregelmäßig –
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) (Duisburg)			Das wahre Gesicht der Türkei – unregelmäßig –
Konföderation der Arbeit- nehmer aus der Türkei in Eu- ropa (ATIK)			Mücadele (Kampf) – monatlich –
Bolsevik Partizan (BP)			Bolsevik Partizan – unregelmäßig –
Föderation der türkischen demokratischen Arbeiterver- eine in Deutschland e. V. (DIDF) (Gelsenkirchen)			Tatsachen aus der Türkei – unregelmäßig –
Avrupa' da Dev Genç (Revo- lutionäre Jugend in Europa), Tarnorganisation der 1983 verbotenen Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)			Devrimci Cizgi (Revolutionäre Linke) – unregelmäßig –

Organisation (einschl. Sitz)	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen)
	1987	(1986)	
Türkische Volksbefreiungs- partei/-Front (THKP/-C)			
Devrimci Isci (Revolutionä- rer Arbeiter) (Hannover)			Devrimci Isci (Revolutionärer Ar- beiter) – zweimonatlich – Türkei Information
Göcmen (Emigrant) (Hamburg)			Göcmen (Emigrant) – deutsch –
4.2 Orthodoxe Kommunisten			
Föderation der Arbeiterver- eine der Türkei in der Bun- desrepublik Deutschland e. V. (FIDEF) (Düsseldorf)			
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie – (DIBAF) (Düsseldorf)			Birlik (Die Einheit) – monatlich –
4.3 Islamische Extremisten			
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (Köln)			Tebliğ (Die Verkündigung) – 15täglich –
Vereinigung der neuen Welt- sicht in Europa e. V. (AMGT) (Köln)			
4.4 Extreme Nationalisten			
Föderation der türkisch-de- mokratischen Idealistenver- eine in Europa e. V. (ADÜTDF) (Frankfurt)			
5. Jugoslawen			
Volksbewegung für die Re- publik Kosovo (LPRK)			Zeri i Kosovos (Stimme Kosovos) – monatlich –
6. Tamilen			
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	200	(200)	Tamil Eelam (Stimme der Tami- len) – unregelmäßig, deutsch –



Spionageabwehr



1. Spionageabwehr, ein notwendiger Schutz gegen die Aktivitäten östlicher Nachrichtendienste

Fast alle Länder des kommunistischen Machtbereichs unterhalten mächtige und aus ihrer Sicht erfolgreich arbeitende Geheimdienste. Sie verfolgen damit im wesentlichen zwei Ziele:

– im Inneren die Sicherung ihrer zentralistisch organisierten Herrschaftssysteme durch intensive Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung;

darüber hinaus

– Gewinn möglichst umfassender Kenntnisse über Planungen, Entwicklungen und Entscheidungen auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet des Auslands, insbesondere in den westlichen Staaten.

Die in ihrer Organisationsform offenen und pluralistischen Gesellschaften des Westens bieten den Spionageaktivitäten östlicher Geheimdienste vielfältige Ansatzpunkte. Die Meinungsvielfalt, das offene Austragen politischer und gesellschaftlicher Konflikte, das öffentliche Wirken unterschiedlicher Interessengruppen, der Wettbewerb in der Wirtschaft und nicht zuletzt die durch Pressefreiheit garantierte freie Berichterstattung der Medien bieten allein schon Informationsmöglichkeiten, aus denen gegnerische Nachrichtendienste ohne große Anstrengungen erheblichen Nutzen ziehen können. Mit der Auswertung offen zugänglicher Informationen ist das Informationsbedürfnis östlicher Geheimdienste jedoch nicht gedeckt.

Von den zahlreichen östlichen Geheimdiensten, die hier tätig sind, ist das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR aufgrund seiner besonders intensiven Spionagetätigkeit der Hauptgegner der Abwehrdienste der Bundesrepublik Deutschland. Intensive Spionagetätigkeit entfaltet auch der sowjetische Nachrichtendienst KGB, aufgrund seiner weltweiten Spionageaktivitäten und seiner dominierenden Stellung im Ostblock sicher der bedeutendste der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten. Die Nachrichtendienste der anderen Staaten des Warschauer Paktes haben die führende Rolle des KGB zu respektieren.

Wichtigste Aufgabe der Spionageabwehr ist es, die Nachrichtendienste kommunistisch regierter Länder daran zu hindern, in den Besitz von geschützten Informationen zu gelangen, insbesondere von solchen Informationen, die für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung sind oder deren Verrat einen schweren Nachteil für unser Land bedeuten würde. Dem durch Spionage angerichteten hohen Schaden für Staat und Wirtschaft entsprechen schwere Strafdrohungen, z. B. für den Verrat von Staatsgeheimnissen. Unmißverständlich bedroht das

Spionageziel: Auslandsaufklärung

Besondere Bedrohung durch KGB und MfS

Strafgesetzbuch aber auch bereits denjenigen mit Strafe, der keine Geheimnisse im eigentlichen Sinne verrät, aber mit einem gegen die Bundesrepublik Deutschland tätigen Geheimdienst zusammenarbeitet.

Die Spionageabwehr des Bundes und der Länder verfolgt alle Anhaltspunkte, die auf ein Tätigwerden östlicher Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland hindeuten. Solche Hinweise können u. a. durch die systematische Analyse gegnerischer Spionagemethoden gewonnen werden. Sie stammen häufig aber auch von Personen, die über spionageverdächtige Wahrnehmungen berichten oder sogar selbst, entweder in der Bundesrepublik oder bei privaten bzw. geschäftlichen Reisen in Länder des kommunistischen Machtbereichs, von Mitarbeitern gegnerischer Nachrichtendienste angesprochen wurden. Die Verfassungsschutzbehörden können den Betroffenen dabei helfen, sich aus der häufig unfreiwillig und unter Druck entstandenen nachrichtendienstlichen Verstrickung wieder zu befreien.

Klassisches und vorrangiges Ziel aller gegnerischen Nachrichtendienste ist es, Agenten zu werben und an Stellen zu plazieren, die Zugang zu möglichst wichtigen Informationen eröffnen. Manche Agenten werden mit viel Geduld und auch materiellem Aufwand langfristig aufgebaut, bis sie in ein vorbestimmtes Objekt eingeschleust sind und dort ihre eigentliche Verratstätigkeit beginnen können. Es sind aber nicht nur solche Perspektivagenten, die großen Schaden anrichten können. Auch die »kleinen Fische«, die als Agenten mit nur geringen Zugangs- und Wahrnehmungsmöglichkeiten Informationen liefern, die auf den ersten Blick unbedeutend erscheinen, haben ihren Wert. Sie ermöglichen es den gegnerischen Nachrichtendiensten, aus einer Vielzahl voneinander unabhängiger Quellen ein Erkenntnisbild über politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenhänge zu gewinnen, das in der analytisch aufbereiteten Gesamtschau Aussagekraft erhält.

2. Kontaktnetze/Werbungsmethoden

Die aktive nachrichtendienstliche »Karriere« beginnt mit einer förmlichen Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit. Vorausgeht eine eingehende Prüfung, ob die ausgewählte Zielperson aufgrund ihrer persönlichen Eigenschaften und ihrer Zugangsmöglichkeiten von nachrichtendienstlichem Wert ist. Möglichst präzise Kenntnis der Persönlichkeit und des Umfeldes der Zielperson sowie ein gut abgepaßter Zeitpunkt für die nachrichtendienstliche Ansprache erhöhen die Erfolgsaussichten eines Werbungsvorhabens. Deshalb überlassen die östlichen Nachrichtendienste hierbei nichts dem Zufall. Sie sind gut auf die nachrichtendienstliche Ansprache vorbereitet und beeindrucken die

Ansätze der
Spionageabwehr

Perspektivagenten

Erkenntnisgewinnung
durch eine Vielzahl
von Quellen

Sorgfältige Auswahl
der Zielperson

Abklärung der Zielperson

zu werbende Person häufig durch detailliertes Wissen über deren persönlichen und beruflichen Hintergrund. Die zugrunde liegenden Informationen stammen nicht selten von sogenannten Tipgebern oder »Forschern«, Personen, die eingesetzt werden, um Einzelheiten zur Zielperson im Hinblick auf eine eventuelle nachrichtendienstliche Werbung abzuklären.

Auch die Angaben, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich zum Erhalt eines Einreisevisums gemacht haben, geben den gegnerischen Nachrichtendiensten oft nützliche Hinweise darauf, ob ein Werbungsversuch lohnen könnte. Die jeweiligen Nachrichtendienste sichten die Visaanträge und können so erkennen, ob jemand z. B. aufgrund seines Berufes, Wohnortes oder wegen verwandtschaftlicher bzw. geschäftlicher Beziehungen für eine nachrichtendienstliche Ansprache in Betracht kommt.

Die meisten Werbungen/Werbungsversuche gehen von den DDR-Nachrichtendiensten aus

Die Übersicht für das Jahr 1987 zeigt wie schon in den Vorjahren, daß die meisten der bekanntgewordenen nachrichtendienstlichen Werbungen bzw. Werbungsversuche von den Nachrichtendiensten der DDR ausgingen. Die Gründe liegen u. a. auch darin, daß viele Bundesbürger wegen familiärer oder geschäftlicher Beziehungen in die DDR reisen – und dabei mit den dortigen Nachrichtendiensten in Berührung kommen. Die Nachrichtendienste der DDR und der übrigen Ostblockländer versuchen aber auch, Personen aus ihrem eigenen Herrschaftsbereich anzuwerben, um sie für eine Spionagetätigkeit im Westen einzusetzen. Solche Zielpersonen sind dabei wesentlich intensiver zu beeinflussen als Besucher aus dem Westen, die sich einem Werbungsversuch entschiedener widersetzen können.

2.1 Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland

Ein besonders von den Nachrichtendiensten der DDR bevorzugter Ansatzpunkt für nachrichtendienstliche Werbungen ist das Ausnutzen verwandtschaftlicher Ost-West-Beziehungen. Dadurch, daß Besuchsvorhaben von Bundesbürgern bei ihren Verwandten im Ostblock durch das vorgeschriebene Anmeldeverfahren auch den dortigen Nachrichtendiensten bekanntwerden, ergeben sich vielfältige Anbahnungsmöglichkeiten. Die in solchen Fällen um Vermittlung eines Kontaktes zum Besucher aus dem Westen gebetenen Verwandten können sich dem auf sie ausgeübten Druck häufig nicht entziehen oder kooperieren »freiwillig« mit dem Nachrichtendienst, weil sie andernfalls Nachteile für sich und ihre Familie befürchten. Einen solchen Hintergrund haben die Verfassungsschutzbehörden z. B. in einem Fall festgestellt, der im Juni 1987 zur Festnahme des 48jährigen Detlef O. aus Bad Harzburg und des 73jährigen Rentners Kurt SCH. aus Halberstadt/DDR wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit führte.

Anbahnung bei privaten Aufenthalten im Ostblock

SCH. ist seit 1978 Rentner. Er war zuletzt Sicherheitsinspektor und SED-Parteisekretär im Bahnbetriebswerk Halberstadt der Deutschen Reichsbahn. Seit 1979 reiste er häufig mit seiner Ehefrau zu Verwandtenbesuchen in die Bundesrepublik Deutschland. Meist hielt er sich dann bei seinem Neffen Detlef O. in Bad Harzburg auf.

Kurz vor Eintritt in den Ruhestand wurde SCH. an seinem Arbeitsplatz von einem »Manfred« aufgesucht, der sich nach seinem Neffen erkundigte. SCH. gab entsprechend Auskunft und wurde nach dem Gespräch von »Manfred« mündlich zum Schweigen verpflichtet.

In der Folgezeit traf er sich bis Frühjahr 1980 in unregelmäßigen Abständen mit »Manfred«, danach mit einem »Klaus«. Bei einer dieser Zusammenkünfte wurde er aufgefordert, seinen Neffen als Mitarbeiter für die »Halberstädter Geschichtsschreibung« zu gewinnen.

Auftragsgemäß erzählte er seinem Neffen, als dieser sich im Frühjahr 1981 besuchsweise in der DDR aufhielt, daß er in Halberstadt einem »Heimatverein« angehöre und für eine »Chronik« Informationen über Vertriebenenverbände benötige. Detlef O. erklärte sich bereit, ihn hierbei zu unterstützen.

Bereits kurze Zeit danach, als sich Kurt SCH. wieder einmal in Bad Harzburg aufhielt, fotografierten sie gemeinsam Ausflugslokale in Grenznähe, in denen Heimattreffen stattfanden. Noch im gleichen Jahre besuchten sie erstmals eine Veranstaltung des »Bundes der Vertriebenen« am »Tag der Deutschen Einheit« in Bad Harzburg und fotografierten dabei die Redner. Bei weiteren Treffen übergab Detlef O. in Bad Harzburg seinem Onkel auch Unterlagen (Fotos und Informationsmaterial) über Vertriebenenverbände.

Im Juni 1982 traf Detlef O. in Halberstadt erstmals »Klaus«, der ihm von seinem Onkel als »Heimatfreund« vorgestellt wurde. In einem Hotel in Schierke führten sie in Anwesenheit des Onkels ein längeres Gespräch, wobei »Klaus« erläuterte, daß er mit Fragen der »Grenzsicherheit« zu tun habe und dafür Informationen aus dem grenznahen Bereich der Bundesrepublik Deutschland benötige. Detlef O. erklärte sich bereit, auch diese Informationen zu beschaffen. Nach eigenen Angaben hat er bis Juni 1987 insgesamt 23mal Material an »Klaus« übergeben. Dabei handelte es sich, neben dem Material über Vertriebenenverbände und Heimatvereine, im wesentlichen um Informationen über die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz, Polizei und Zoll und um Angaben aus Personen- und Objektklärungen (z. B. Kasernenanlagen in Clausthal-Zellerfeld und Wolfenbüttel) sowie um Bildmaterial, Stadtpläne, Veranstaltungskalender und Telefonbücher von verschiedenen Orten des Harzes und des Harzvorlandes.

Die Ermittlungen ergaben, daß O. und SCH. für die Hauptabteilung I des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) tätig

Nachrichtendienstliche Ausnutzung verwandtschaftlicher Beziehungen

Erkundung des grenznahen Raumes durch das MfS

Nachrichtendienstliche Werbung durch Ausnutzung einer Zwangssituation

waren, zu deren Aufgaben u. a. auch die Erkundung des grenznahen Raums der Bundesrepublik Deutschland gehört.

Eine besonders rücksichtslose Vorgehensweise durch Erzeugen und Ausnutzen einer Zwangssituation zeigte das MfS in dem folgenden Anbahnungsfall. Der Fall verdeutlicht gleichzeitig den Versuch, einen Agenten getarnt als politischen Häftling in die Bundesrepublik Deutschland einzuschleusen.

Werner Z. war im August 1968 über die »Grüne Grenze« aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtet. Bei seinem Versuch, Ehefrau und Kinder in das Bundesgebiet nachzuholen, nahm ihn die Volkspolizei im September 1971 fest. Wegen illegalen Grenzübertritts und Paßvergehens wurde er zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt.

Während der Verbüßung seiner Haftstrafe wurde Z. vom MfS vorgeworfen, er betreibe Spionage für die Bundesrepublik Deutschland; das habe ein entlassener Häftling angegeben und sei durch Dokumente zu belegen. Als Z. den Vorwurf zurückwies, kam er in Einzelhaft, bei der jeglicher Kontakt zu Mithäftlingen und zur Außenwelt unterbunden war. In täglichen Verhören wurde Z. gedrängt, ein Geständnis abzulegen. Als er diesem psychischen Druck schließlich nicht mehr gewachsen war und gezwungenermaßen »gestand«, stellte man ihn vor die Wahl, entweder wegen Spionage zu einer weiteren Haftstrafe verurteilt zu werden oder, als politischer Häftling vorzeitig entlassen, für das MfS in der Bundesrepublik Deutschland tätig zu sein.

Einschüchterung durch Drohungen

Aus Angst vor der angedrohten langjährigen Inhaftierung unterschrieb Z. eine Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit. Er erhielt daraufhin einen Decknamen sowie eine Deckadresse und wurde im November 1972 als »polititischer Häftling« in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben.

Tarnung eines Agenten als »politischer Häftling«

Noch Ende 1972 nahm Z. auftragsgemäß ein erstes Treffen in Berlin (Ost) wahr. Dabei stellte ihm sein nachrichtendienstlicher Gesprächspartner seinen künftigen Führungsoffizier »Jochen« vor. Diesem mußte er über die Modalitäten des Notaufnahmeverfahrens in Gießen, die dort tätigen Personen und die Örtlichkeiten des Lagers berichten. Zielvorstellung des MfS war es, Z. in die Position eines Jagdgehilfen oder eine ähnliche Funktion zu schleusen und in der Grenzaufklärung einzusetzen.

Die nachrichtendienstliche Verbindung wurde in den folgenden Jahren durch häufige Reisen in die DDR aufrechterhalten, die Z. als Bekanntenbesuche tarnte. Die Agententätigkeit des Z. endete mit seiner Festnahme im November 1986. Er wurde im März 1987 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Mit dem – unberechtigten – Vorwurf der Spionagetätigkeit für ein westliches Land versuchten auch andere östliche Nachrichtendienste, Bürger der Bundesrepublik Deutschland zur Mitarbeit zu erpressen. Der Fall des Beamten Alfred M. ist hier ein weiteres

Beispiel. Dieser Fall gibt aber auch Anlaß, darauf hinzuweisen, daß bei einer sofortigen Offenbarung einer unter Druck eingegangenen nachrichtendienstlichen Verpflichtung keine strafrechtlichen Konsequenzen zu befürchten sind.

M. hielt sich in der Vergangenheit häufig als Tourist in der ČSSR auf. Nachdem seine Reisen jahrelang ohne Komplikationen verlaufen waren, wurde er anläßlich seines letzten Aufenthaltes schriftlich aufgefordert, wegen einer angeblich festgestellten Unregelmäßigkeit in seinem Visum bei der örtlich zuständigen Anmeldebehörde zu erscheinen. Für den Weigerungsfall wurde ihm eine Geldstrafe angedroht. Auf der Meldestelle erwarteten M. zwei Angehörige des ČSSR-Nachrichtendienstes, die ihn in einem mehrstündigen Verhör beschuldigten, für einen westlichen Nachrichtendienst tätig zu sein. Im Rahmen seiner Vernehmung wurde M. umfassend zu seinem dienstlichen und persönlichen Umfeld befragt und schließlich unter erneuter Strafandrohung aufgefordert, eine nachrichtendienstliche Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen. Unter diesem Druck erklärte sich M. schließlich mit seiner Unterschrift zur Zusammenarbeit mit dem ČSSR-Nachrichtendienst bereit. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der ČSSR offenbarte er die nachrichtendienstliche Verpflichtung jedoch seinem Arbeitgeber.

Die Art und Weise, in der sich gegnerische Nachrichtendienste einer zur Anwerbung ausgewählten Zielperson nähern, wird entscheidend von der psychologischen Einschätzung der jeweiligen Zielperson bestimmt. Auch östliche Nachrichtendienste wissen, daß eine allein unter Zwang eingegangene Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit langfristig gesehen keine geeignete Grundlage für eine ertragreiche Mitarbeit sein kann. Sie nehmen daher bewußt in Kauf, daß sich solcherart Angeworbene aus ihrer nachrichtendienstlichen Verstrickung auch wieder lösen, sobald der Druck nicht mehr besteht. Sie setzen allerdings darauf, daß sich bei einer Vielzahl derartiger Anwerbungsversuche immer wieder auch einmal ein Erfolg ergibt, sei es, weil die Erpressungssituation – etwa durch die Einbeziehung von Verwandten im Ostblock – unausweichlich erscheint, oder weil anfänglicher Zwang geschickt mit dem Gewähren von Vorteilen ausgeglichen wird.

Ebenso häufig sind aber auch die Fälle, bei denen sich die Nachrichtendienste einen Werbungerfolg ausschließlich von dem Angebot einer guten Bezahlung oder sonstigen Vergünstigungen versprechen.

Ein Beispielsfall:

Dieter M. war Anfang der 60er Jahre legal aus der ČSSR in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt. Nach seiner Ausbildung im Bereich Maschinenbau fand er eine Anstellung bei einem Unternehmen des gleichen Industriezweiges. In der Folgezeit führte er zusammen mit seiner Familie Reisen zu Verwandten in

Sofortige Offenbarung einer nachrichtendienstlichen Verstrickung: der beste Weg, einer Bestrafung zu entgehen

Falsche Anschuldigungen als Druckmittel

die ČSSR durch, die jahrelang problemlos verliefen. Anlässlich seiner letzten Reise wurde M. unter einem Vorwand auf die örtliche Polizeidienststelle bestellt, wo ihn ein Angehöriger des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes erwartete. Dieser forderte ihn ohne Umschweife zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit auf. Gezielt fragte er nach Konstruktionsplänen, Materialbeschreibungen sowie Informationen über Großprojekte der Beschäftigungsfirma von M.

Nachdem M. keine Bereitschaft zu der geforderten Zusammenarbeit erkennen ließ, versuchte sein Gesprächspartner ihn dadurch zu gewinnen, daß er ihm Erleichterungen bei der Erteilung von Einreisevisa, die Befreiung vom Zwangsumtausch sowie – unter Anspielung auf seine Einkommensverhältnisse – erhebliche finanzielle Zuwendungen in Aussicht stellte.

M. lehnte auch dieses konsequent ab. Er konnte anschließend ungehindert wieder ausreisen.

Die Erfahrung zeigt, daß östliche Nachrichtendienste das entschiedene Ablehnen eines Werbungsversuches in der Regel ohne nachteilige Folgen für den Betroffenen respektieren.

Werbungsmittel:
Geld

2.2 Nachrichtendienstliche Ansprache von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich

Besonders häufig sind die Fälle, in denen östliche Nachrichtendienste mit ihren Werbungsmaßnahmen bei Übersiedlungs- bzw. Ausreisanträgen von Ostbewohnern ansetzen. Nicht selten wird die Genehmigung eines solchen Antrags von der Bereitschaft zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit abhängig gemacht. Manchmal geht dem geplanten Einsatz im Westen eine Erprobung des vorgesehenen Agenten durch kleinere Spionage- oder Spitzelaufträge im jeweiligen Ostblockland voraus.

Zwei Beispielsfälle:

Ramona E. und ihre Familie waren 1985 mit Genehmigung der DDR-Behörden aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt. Die Sicherheitsbehörden wurden auf E. durch einen Hinweis aufmerksam, demzufolge sie im Zuge ihrer Ausreisebemühungen eine Verpflichtungserklärung für das MfS unterzeichnet und bereits vor ihrer Übersiedlung Aufklärungsaufträge des MfS durchgeführt habe. Die Ermittlungen ergaben, daß Ramona E., die nach ihrer Übersiedlung zeitweise als Bedienung und Pächterin einer Gaststätte gearbeitet hatte, auch in der Bundesrepublik Deutschland für das MfS tätig geworden war. Sie hatte ihrerseits versucht, ihren Cousin, einen Feldwebel der Bundeswehr, für das MfS anzuwerben. Er war wegen seiner hohen Schulden mit der Bitte an E. herantreten, ihm Geld zu leihen. E. verpflichtete ihren Cousin schriftlich zur »Tätigkeit für die DDR-Staatssicherheitsorgane« und zahlte ihm 1.500 DM Prämie. Sie erteilte ihm gleichzeitig den Auftrag, Informationen aus dem Bereich der Bundeswehr zu beschaffen.

Häufig bieten Schulden Ansatz für eine Werbung

E. hatte die Absicht, die Verpflichtungserklärung bei günstiger Gelegenheit an die DDR-Organen weiterzuleiten. Der Bundeswehrangehörige offenbarte sich jedoch gegenüber seiner Dienststelle. E. wurde wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit wurde auch der Maurer H. verurteilt. Er hatte sich gegenüber dem MfS verpflichtet, seine bisherige, auf die DDR beschränkte nachrichtendienstliche Tätigkeit auch in der Bundesrepublik Deutschland auszuüben, und war im Frühjahr 1986 aus der DDR nach Berlin (West) übersiedelt. Sein Auftrag bestand u. a. darin, zu zwei ehemaligen Mithäftlingen, mit denen er in der Strafvollzugsanstalt Cottbus eingesperrt war und die zwischenzeitlich in das Bundesgebiet gekommen waren, schriftlichen Kontakt aufzunehmen und Erkenntnisse über Fluchthilfeunternehmen zu gewinnen. Darüber hinaus sollte er einen Angehörigen der Firma IBM in Berlin (West) abklären und Verbindung zu einer politischen Partei aufnehmen sowie Erkenntnisse über militärische Vorgänge in Berlin (West) und militärische Objekte in Süddeutschland liefern.

3. Zielrichtungen/Zielobjekte

Als klassische Betätigungsfelder gegnerischer Nachrichtendienste erweisen sich seit jeher die militärische und die politische Spionage. Der Versuch, über Agenten an geheime Unterlagen zu militärischen oder politischen Planungen anderer Staaten zu gelangen und den erlangten Wissensvorsprung für die eigene Politik zu nutzen, hat eine lange Tradition. Gleiche Bedeutung messen die Nachrichtendienste des Ostblocks heute aber auch der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage bei. Ihr Stellenwert ist besonders in den letzten Jahren in dem Maße gewachsen, in dem die Sowjetunion und die von ihr abhängigen Staaten einen Rückstand hinter dem technischen Standard des Westens verzeichnen mußten.

Klassische Spionagemfelder im Bereich von Militär und Politik

Zunehmende Bedeutung der Wirtschaftsspionage

3.1 Politische Spionage/nachrichtendienstliche Ausspähung von Emigranten

Die den Verfassungsschutzbehörden 1987 bekanntgewordenen Spionageaufträge gegnerischer Nachrichtendienste zeigten im Bereich der politischen Spionage ein anhaltendes Interesse an der Ausspähung besonders der politischen Parteien, von Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes und der Länder, der Sicherheitsbehörden sowie von Einrichtungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich. Dabei kam es den Auftraggebern nicht immer auf einen Zugang zu hochkarätigen Informationsquellen, sondern

Ausspähungsobjekte der politischen Spionage sind u. a. die Parteien sowie der Regierungs- und Verwaltungsapparat

häufig darauf an, überhaupt einen Spionageansatz zu finden, selbst wenn dieser lediglich zu Randerkenntnissen führt. Der durch diese Spionageaktivitäten zu befürchtende Schaden erreichte sein volles Ausmaß nur deshalb nicht, weil ein erheblicher Teil der auf eine nachrichtendienstliche Mitarbeit hin Angesprochenen den Auftrag nicht ausführte und sich den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland offenbarte.

Ein besonders intensives Informationsbedürfnis im Bereich Politik entwickelt der sowjetische Nachrichtendienst KGB. Auftraggeber für die politische Spionage sind das Zentralkomitee und das Politbüro der KPdSU.

Sie fordern vom KGB in erster Linie wichtige Informationen über die Außen- und Bündnispolitik der Bundesrepublik Deutschland, Bewertungen und präzise Voraussagen zukünftiger politischer Entwicklungen, möglichst auf der Basis zuverlässiger nachrichtendienstlicher Quellen.

Ein Beispiel dafür, wie das KGB versucht, solche Quellen zu gewinnen, gibt der folgende Fall:

Im Oktober 1987 wurde in Berlin ein Jurastudent bei einem nachrichtendienstlichen Treff mit einem Unbekannten festgenommen. Der Unbekannte führte einen für nachrichtendienstliche Zwecke präparierten Diplomatenkoffer mit sich sowie Unterlagen, die er von dem Studenten erhalten hatte. Er wurde als ein Angehöriger der Botschaft der UdSSR in Berlin (Ost) identifiziert und daraufhin der zuständigen alliierten Schutzmacht überstellt.

Der Student war dem Angehörigen der Sowjetischen Botschaft in Berlin (Ost), einem Mitarbeiter des KGB, einige Jahre zuvor besonders durch sein Engagement in öffentlichen Diskussionen aufgefallen. Da er auch journalistische Ambitionen hatte und nach eigenen Angaben über vielfältige Kontakte, u. a. zu Bundestagsabgeordneten und anderen politischen Repräsentanten verfügte, erschien er nachrichtendienstlich interessant.

Gegen kleinere Geldbeträge hatte der KGB-Mitarbeiter den Studenten dazu gebracht, ihm über seine Aktivitäten ausführlich zu berichten. Für Treffabsprachen erhielt der Student eine Telefonnummer in Berlin (Ost).

Dieser Fall zeigt, wie das KGB bemüht ist, von Berlin (Ost) aus Zugang zum politischen Leben von West-Berlin zu erhalten. Noch größere Bedeutung als die gelieferten Berichte hatte in diesem Falle die Person des Studenten selbst. Er hatte sich bereits an nachrichtendienstliche Gepflogenheiten, insbesondere an die Führung durch einen Nachrichtendienst-Offizier, gewöhnt. Er bot darüber hinaus eine Perspektive – nach dem Studienabschluß wäre er beruflich aller Voraussicht nach in eine nachrichtendienstlich interessante Position gelangt und somit auf lange Sicht ein wertvoller Informant für das KGB geworden.

Spionagebasis
Berlin (Ost)

Nachrichtendienstliche
Perspektive
nach dem Studien-
abschluß

Daneben hat das KGB der sowjetischen Führung Vorschläge zu unterbreiten, wie die sowjetische Politik im Ausland durchgesetzt werden kann. Eine besondere Rolle spielen dabei sogenannte »Aktive Maßnahmen«, d. h. die Bemühungen, durch offene und geheime Techniken sowie nachrichtendienstliche Operationen bestimmte Entwicklungen und Ereignisse im Ausland zu beeinflussen. Dies kann geschehen etwa durch verdeckte Einflußnahme auf die öffentliche Meinung oder durch geschicktes Lancieren von Halb- oder Unwahrheiten in den Medien, um damit die Ziele der sowjetischen Außenpolitik zu fördern.

Mit gleichbleibender Intensität richtet sich ein wesentlicher Teil der nachrichtendienstlichen Aktivitäten gegen deutsche Aussiedler und Asylsuchende aus Staaten des Ostblocks. Annähernd 104.000 kamen im Jahre 1987 in das Bundesgebiet. Hierbei bildeten die Aussiedler aus der Volksrepublik Polen mit rund 48.000 die größte Gruppe.

Aussiedlern und Asylsuchenden sind die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel fremd. Zudem wächst die Zahl derer, die der deutschen Sprache nur noch unvollkommen mächtig sind. Es ist daher verständlich, daß Emigranten Anschluß und Unterstützung bei ehemaligen Landsleuten suchen, die bereits hier leben und die sich in zahlreichen Vereinen, Organisationen und Klubs zusammengeschlossen haben. Diese Emigrantenvereinigungen sind ständige Zielobjekte der Nachrichtendienste der jeweiligen Herkunftsländer.

Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten zielen dabei insbesondere auf die

- Bekämpfung der politischen Opposition
- Zersetzung der politischen Substanz der regimfeindlichen Emigration
- Förderung der regimfreundlichen Emigration
- Werbung von Agenten unter den Emigranten.

Besonders aktiv bei der Bekämpfung der politischen Opposition im Ausland ist z. B. der bulgarische Nachrichtendienst DRZAVEN SIGURNOST (DS). Mit seiner Hilfe versucht der bulgarische Staat, unerwünschte politische Einflüsse aus Emigrantenkreisen schon im Vorfeld zu unterbinden. Als Gegner wird dabei besonders die Bulgarische Befreiungsbewegung (BBB) angesehen. Diese exilbulgarische Vereinigung, deren Zentrale sich in Paris befindet, strebt ein vom Kommunismus befreites Bulgarien an. Ihren Mitgliedern gelingt es immer wieder und auf den verschiedensten Wegen, Publikationen mit regimfeindlichem Inhalt nach Bulgarien einzuschleusen. Der bulgarische Nachrichtendienst bemüht sich daher, Agenten in dieser Organisation zu plazieren.

Ein Beispiel:

Ein Bauingenieur hatte sich 1982 aus Bulgarien in die Bundesrepublik Deutschland abgesetzt und hier politisches Asyl erhalten, da er nach seinen Angaben wegen subversiver Tätigkeit in Bulga-

Nachrichtendienstliche Einflußnahme durch »Aktive Maßnahmen«

Emigrantenvereinigungen sind ständige Zielobjekte gegnerischer Nachrichtendienste

Spionage gegen die politische Opposition im Ausland

rien von den dortigen Sicherheitsbehörden ungerechtfertigt verfolgt worden sei. Seine Frau folgte ihm zwei Jahre später im Rahmen der Familienzusammenführung.

Schon bald suchte das Ehepaar Kontakte zu führenden Mitgliedern der BBB und bewarb sich um Aufnahme in den Verband. Aufgrund seines Engagements wurde er dort bald zur Erledigung organisatorischer Aufgaben herangezogen. Auch im privaten Bereich entwickelten sich umfangreiche Kontakte. Beides verhalf zu einem guten Einblick in die internen Vorgänge in der BBB und zu detaillierten Kenntnissen über führende Funktionäre.

Im Laufe der Zeit kam durch mehrere Ungereimtheiten im Verhalten des Bauingenieurs der Verdacht auf, er könne für den bulgarischen Nachrichtendienst DS tätig sein. Von der BBB mit diesem Vorwurf konfrontiert, stritt er nichts ab und verließ kurze Zeit später zusammen mit seiner Familie überstürzt die Bundesrepublik Deutschland. Ein Ermittlungsverfahren bestätigte den Verdacht.

Das gegenseitige Mißtrauen, das die Nachrichtendienste durch ihr allumfassendes Wirken unter der Bevölkerung im Ostblock säen, ist so stark, daß es selbst in den Emigrantenkreisen im Westen weiterwirkt. Als besonders effektiv gilt dabei der rumänische Nachrichtendienst SECURITATE. Aus ihrer Heimat gewohnt, von Zuträgern der Sicherheitsbehörden umgeben zu sein, vermuten die Aussiedler und Asylsuchenden auch in der Bundesrepublik Deutschland oft in jedem Landsmann einen Agenten des Staatssicherheitsdienstes ihres Herkunftslandes. Dieses Mißtrauen bestimmt häufig auch ihr Verhalten gegenüber den Behörden – insbesondere, wenn sie dort die Hilfe eines rumänischen Dolmetschers benötigen. Ebenso wirkt das Mißtrauen in den landsmannschaftlichen Vereinigungen und Organisationen, deren Zusammenhalt und Kraft dadurch nachhaltig beeinträchtigt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es jedoch nicht nur Vereinigungen ehemaliger Ostblockbewohner, die dem Regime ihrer Herkunftsländer kritisch gegenüberstehen, sondern auch solche, die Beziehungen zu ihrer früheren Heimat nachdrücklich pflegen. So versucht z. B. die Volksrepublik Polen innerhalb der polnischen Emigration in der Bundesrepublik Deutschland intensiv, ein regimetreues Potential zu schaffen und zu organisieren. In diese Bestrebungen ist der polnische Nachrichtendienst SLUZBA BEZPIECZENSTWA (SB) fest eingebunden. Eine zentrale Rolle spielt dabei der »Bund der Polen ZGODA in der Bundesrepublik Deutschland e. V.«, der neben seinem Hauptsitz in Recklinghausen Ortsgruppen im ganzen Bundesgebiet unterhält und mehr als 10.000 Mitglieder umfaßt. Seine Politik unterstützt unkritisch die Politik des kommunistischen Systems Polens. Mitglieder der »ZGODA« werden in besonderem Maße von der Polnischen Botschaft unterstützt. Die Volksrepublik Polen ge-

währt ihnen über die Botschaft z.B. finanzielle Vorteile beim Pflichtumtausch und sonstige Erleichterungen bei Reisen nach Polen. Durch diese Anbindung der »ZGODA« an die Polnische Botschaft haben die dort in der Legalresidentur (vgl. auch Ziff. 4) tätigen Angehörigen des polnischen Nachrichtendienstes vielfältige Einflußmöglichkeiten. Ähnliches gilt auch für die »Betreuung« regimiefreundlicher Emigrantenkreise durch die Bulgarische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Aufmerksamkeit gilt dort im wesentlichen den acht deutsch-bulgarischen Gesellschaften, die nach ihren Satzungen den kulturellen Austausch zwischen beiden Ländern sowie die alten bulgarischen Traditionen fördern sollen.

Für die nachrichtendienstliche Ausspähung, besonders aber auch für das Anbahnen und Werben von Aussiedlern und Asylsuchenden aus dem Ostblock, haben die dortigen Nachrichtendienste vielfältige Ansatzmöglichkeiten. Sie beginnen mit ihren Werbungsbemühungen bereits da, wo sie den Eindruck erwecken, die Genehmigung zur Ausreise sei von der Zusage abhängig, Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland zu bespitzeln. Nach der Ausreise bieten dann die Veranstaltungen der landsmannschaftlichen Vereinigungen Agenten oder Angehörigen der Legalresidentur die Möglichkeit, Emigranten auszuforschen oder als Quellen zu gewinnen. Nachrichtendienstlich ausgenutzt werden auch die Bemühungen vieler Emigranten, ihre rechtliche Stellung zum Heimatland zu klären.

Vorsprachen bei den Botschaften etwa zur Regelung von Erbschaftsangelegenheiten oder Staatsbürgerschaftsfragen bieten ebenfalls Ansatzpunkte für eine Anwerbung. Die Aktivitäten östlicher Nachrichtendienste in bezug auf die Emigration erfolgen nicht zuletzt auch mit dem Ziel, über die berufliche Entwicklung von Aussiedlern einen Einstieg in weitere Spionageobjekte im Bereich der Politik oder der Wirtschaft zu finden.

3.2 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage/nachrichtendienstlicher Einsatz von Austauschwissenschaftlern

Der immer noch erhebliche Vorsprung des Westens im Bereich industrieller Forschung und Produktion hat dazu geführt, daß die Nachrichtendienste der kommunistischen Staaten in der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sehen. Ihr Interessenspektrum ist dabei außerordentlich breit. Es reicht von der Beschaffung vielfältiger – auch offen zugänglicher – Publikationen, wie etwa wissenschaftlich-technischer Studien oder Marktanalysen, bis hin zur Überführung embargogeschützter fertiger Produkte in Länder des Ostblocks im Wege des illegalen Technologietransfers. Die von den Verfassungsschutzbehörden aufgedeckten Fälle zeigen immer wieder, daß die Anstrengungen der gegnerischen Nachrichtendienste in diesem Bereich bevorzugt der Computertechnologie gelten. Dies

Vielfältige Ansatzpunkte bei der Ausspähung von Emigranten

Illegaler Technologietransfer: ein Betätigungsfeld gegnerischer Nachrichtendienste

wurde mit der Festnahme des DDR-Bürgers Dr. med. Gerhard K. am 18. Mai 1987 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für das MfS erneut deutlich.

Dr. K. hatte vom MfS den Auftrag erhalten, einen am Klinikum der Technischen Hochschule Aachen tätigen Wissenschaftler für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit anzuwerben und durch ihn Geräte und Unterlagen aus dem Bereich der medizinisch und pharmakologisch angewandten Computertechnologie, insbesondere auch embargogeschützte Rechner zu beschaffen.

Bei einer ersten telefonischen Kontaktaufnahme erklärte Dr. K., er besuche im Bundesgebiet Fachmessen und wolle einen Brief nebst Geschenk von dem in der DDR wohnhaften Onkel überbringen. Das daraufhin verabredete Treffen fand im November 1986 in Aachen statt. Unter Hinweis auf die Schwierigkeiten bei der medizinischen Versorgung in der DDR versuchte Dr. K., den Wissenschaftler zu einer entgeltlichen Mithilfe bei der Beschaffung von EDV-Rechnern und Erprobung von Medikamenten zu bewegen. Dabei deutete er, ohne konkret zu werden, noch weiteren Beschaffungsbedarf an. Die Bemühungen, den auf diese Wünsche zurückhaltend reagierenden Gesprächspartner für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, setzte Dr. K. im Januar und Februar 1987 in mehreren Telefonaten fort, bei denen er um ein weiteres Treffen bat. Ein solches Treffen erfolgte, nach kurzfristiger telefonischer Verabredung, erst wieder am 15. Mai 1987. Kurz darauf wurde Dr. K. verhaftet und im November 1987 zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt.

Nach Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird der für die wissenschaftliche Arbeit wichtige Austausch von Wissenschaftlern und Studenten von den gegnerischen Nachrichtendienstlichen Zwecke mißbraucht. So ist festgestellt worden, daß die in der Bundesrepublik Deutschland tätigen sowjetischen Wissenschaftler und Stipendiaten intensiv von ND-Offizieren »betreut« werden, die, getarnt als diplomatisches Personal, an der Botschaft der UdSSR in Bonn tätig sind. Diese haben nicht nur den Auftrag, die Austauschwissenschaftler vor »schädlichen westlichen Einflüssen« zu bewahren. Die »Betreuung« zielt vor allem darauf ab, einige der Wissenschaftler zu »kooptieren«, wie dies im Sprachgebrauch des KGB heißt, somit für nachrichtendienstliche Aufgaben anzuwerben.

Nach erfolgter Anwerbung erhalten die kooptierten Austauschwissenschaftler z.B. den Auftrag, Informationen über Forschungsvorhaben der sie beschäftigenden Institute sowie die neuesten Forschungsergebnisse zu sammeln und an ihren jeweiligen Führungsoffizier weiterzuleiten.

Die Wissenschaftler sind auch aufgefordert, detailliert über ihre deutschen Arbeitskollegen zu berichten – d.h. sie als mögliche Zielpersonen für eine Anwerbung nachrichtendienstlich auszu-

Bevorzugte Zielrichtung der Wirtschaftsspionage: Computertechnologie

Die »Betreuung« von Austauschwissenschaftlern durch die Botschaft ihres Landes zielt häufig auf Werbung und Einsatz für nachrichtendienstliche Aufgaben

Zugang zu Forschungsergebnissen

Abklärung von Kollegen, die als Zielperson für eine Werbung in Betracht kommen

forschen. Die Auftraggeber im kommunistischen Machtbereich wollen möglichst genaue Berichte über die Persönlichkeit der potentiellen Zielpersonen, ihre charakterlichen Schwächen, ihre eventuell positive Einstellung zur Sowjetunion, ihre Neigungen sowie über interessante Zugänge und finanzielle Probleme. Dieses Wissen dient als Basis für eine mögliche spätere Werbung durch den gegnerischen Nachrichtendienst.

Um die unter nachrichtendienstlichen Aspekten interessanten Personen in ihrem Umfeld genau einschätzen zu können, sind so beauftragte Austauschwissenschaftler und -studenten bemüht, einen engen persönlichen Kontakt zu ihren Arbeitskollegen aufzubauen. Derartige Kontakte sollen die eigentliche nachrichtendienstliche Werbung erleichtern. In der sogenannten Kultivierungsphase versuchen sie, ein Vertrauensverhältnis zur Zielperson aufzubauen und in Gesprächen eine positive Sicht der Sowjetunion zu fördern. Dieses Vertrauensverhältnis nutzen sie dann, um unter einem Vorwand einen hauptamtlichen ND-Offizier aus der offiziellen Auslandsvertretung an die Zielperson heranzuspielen.

Ein klassisches Beispiel für die nachrichtendienstliche Arbeit eines kooptierten Austauschwissenschaftlers und die enge Zusammenarbeit mit der Legalen Residentur im Gastland bietet folgender Fall:

In einem Universitätsinstitut einer deutschen Großstadt wurde für einige Monate ein sowjetischer Austauschwissenschaftler eingesetzt. Während dieser Zeit entwickelte sich eine enge freundschaftliche Beziehung zwischen dem Sowjetbürger und einem deutschen Mitarbeiter des Instituts. Dieser war vom Institutsleiter beauftragt worden, den sowjetischen Kollegen zu betreuen und ihn von schutzbedürftigen Unterlagen fernzuhalten. Während seines Aufenthaltes an der Universität interessierte sich der Gast verstärkt für Literatur über westliche Hochleistungstechnologie und ein amerikanisches EDV-System, das vornehmlich militärisch genutzt wird. Darüber hinaus versuchte er intensiv, sich Zugang zu weiteren nachrichtendienstlich interessanten Informationsquellen zu verschaffen.

Einige Jahre später kam der Sowjetbürger erneut als Austauschwissenschaftler in die Bundesrepublik Deutschland. Er besuchte den deutschen Kollegen, der ihn damals betreut hatte und inzwischen in der Entwicklungsabteilung eines geheimschutzbetreuten Unternehmens beschäftigt war, und bat ihn um Überlassung von Materialproben eines Entwicklungsprojektes.

Wieder ein Jahr später erhielt der Bundesbürger an seinem Arbeitsplatz einen Anruf von einem Angehörigen der Sowjetischen Botschaft, der nach Erkenntnissen der Spionageabwehr dem KGB zuzurechnen ist. Der Anrufer bat um ein Treffen in einem Restaurant, angeblich um im Auftrag des Austauschwissenschaftlers ein Buch zu übergeben. Bei diesem Treffen stellte sich heraus,

Kultivieren von Kontakten, um eine Vertrauensbasis für die spätere Werbung zu schaffen

daß die Buchübergabe dem KGB-Angehörigen nur als Vorwand dazu diene, mit dem Bundesbürger in Kontakt zu treten. Sein eigentliches Ziel war, ihn für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit zu werben.

Daß nicht nur Austauschwissenschaftler, sondern auch Studenten vom KGB für nachrichtendienstliche Zwecke mißbraucht werden, zeigt der Fall des Austauschstudenten A. aus der Sowjetunion:

A. besuchte vor einigen Jahren als Stipendiat die Bundesrepublik Deutschland. Hier lernte er in studentischen Kreisen sehr bald einen Bundeswehrangehörigen kennen und intensivierte den Kontakt zu ihm. Bei Ausflügen ließ sich A. von seinem deutschen Freund die Umgebung seines Studienortes zeigen. Auf einem dieser gemeinsamen Ausflüge, der auf Wunsch des A. stattfand, entdeckte A. »überraschend« einen Bekannten, einen Angehörigen der Sowjetischen Botschaft in Bonn. Es handelte sich dabei um einen Diplomaten, der vom BfV bereits seit längerem verdächtigt worden war, dem KGB anzugehören.

Bei dieser Gelegenheit machte der Austauschstudent den »Diplomaten« und den Bundeswehrangehörigen miteinander bekannt. Einige Monate später, nachdem der Austauschstudent bereits in seine Heimat zurückgekehrt war, meldete sich der Diplomat telefonisch bei dem Bundeswehrangehörigen und bat unter dem Vorwand, ein Geschenk und einen Brief des Freundes übergeben zu wollen, um ein Treffen. Nach dem Treffen stellte sich heraus, daß die Handschrift auf der übergebenen Grußkarte nicht mit der Handschrift des Freundes identisch war. Der Bitte des Diplomaten, sich künftig weiter zu treffen, leistete der Bundeswehrangehörige keine Folge.

3.3 Militärspionage

Bei der Militärspionage liegt ein Schwergewicht der gegnerischen Aktivitäten nach wie vor in der Truppenaufklärung. Die Spionageaufträge zielen hierbei insbesondere darauf ab, Stärke und Ausrüstung der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte zu erkunden. Daß diese Ausforschungstätigkeit nicht unbedingt Zugang zu militärischen Anlagen voraussetzt, zeigte einmal mehr der Fall, der im Mai 1987 zur Festnahme des Verkaufsberaters L. führte. L. hatte den Auftrag, im Umkreis seines Wohnortes Hameln Erkenntnisse über Bewegungen und Einrichtungen der dort stationierten britischen Truppen zu sammeln. Er war vom Nachrichtendirektorat (RU) des Stabes der »Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland« angeworben worden, das von seiner Basis in der DDR aus vornehmlich militär-taktische Aufklärung betreibt. Aufgabe dieser Einheit ist die Aufklärung solcher Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland, die in der DDR stationierten sowjeti-

Heranspielen des
ND-Offiziers

Spionage gegen Bun-
deswehr und NATO-
Truppen

Die DDR dient als
Basis für Aktivitäten
sowjetischer Nach-
richtendienste gegen
die Bundesrepublik
Deutschland

schen Truppen im Falle eines bewaffneten Konflikts als Operationsgebiet zugewiesen sind. Typische Aufträge für einen RU-Agenten sind daher die Erkundung von Kasernen, Depots, Flugplätzen und sonstigen militärischen Einrichtungen der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte. In Spannungs- und Kriegszeiten, wenn die normalen Kommunikationswege unterbrochen sind, hat der RU-Agent zusätzlich die Aufgabe, mit Hilfe eines Funkgerätes Verbindung zur Führungsstelle zu halten und über Truppenbewegungen und militärische Einsatzvorbereitungen zu berichten. Auch L. war nach eigenen Angaben von seinen sowjetischen Führungsoffizieren in die Handhabung eines Funkgerätes eingewiesen worden.

Fehlgeschlagen ist ein Versuch eines Nachrichtendienstes der DDR, einen Bundeswehroffizier unter Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Notlage zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit zu bewegen.

Der Bundeswehrangehörige war durch eine Fehlkalkulation bei der Finanzierung seines Eigenheims in scheinbar ausweglose wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten und konnte die fälligen monatlichen Ratenzahlungen für das Haus nicht mehr aufbringen. Während einer Fahrt zu seiner in Berlin (West) lebenden Tochter faßte er auf der Transitstrecke spontan den Entschluß, mit einer Übersiedlung in die DDR allen Problemen aus dem Wege zu gehen. Er verließ mit seinem Pkw in Magdeburg die Autobahn und trug auf einer Dienststelle der Volkspolizei sein Anliegen vor. Dort wurde er zu Personalien, Familie und Übersiedlungsabsichten befragt und anschließend angewiesen, sich – wie geplant – nach Berlin (West) zu begeben und am nächsten Tag nach Berlin (Ost) zu kommen. In Ostberlin wurde der Bundeswehrangehörige in einem Hotel von einem Mann angesprochen, den er bereits auf der Dienststelle in Magdeburg gesehen hatte und der ihn nun in eine konspirative Wohnung führte. Dort mußte er zunächst seine Angaben vom Vortage wiederholen und erfuhr dann, daß er sich »als Bürger der DDR« fühlen könne. Er würde für die DDR jedoch nützlicher sein, wenn er an seinen Arbeitsplatz zurückkehre und seine Finanzen in Ordnung bringe. Dabei wolle man ihm helfen. Der Bundeswehrangehörige erkannte während des Gesprächs, daß er es mit Angehörigen eines Nachrichtendienstes zu tun hatte, und faßte nach eigenen Angaben den Entschluß, so schnell wie möglich in die Bundesrepublik Deutschland zurückzukehren und nur zum Schein auf die Forderungen seiner Gesprächspartner einzugehen. Diese befragten ihn eingehend zu seinen Vorgesetzten und verlangten, daß er an seinem Arbeitsplatz alle ihm interessant erscheinenden Unterlagen fotografieren und den entwickelten Film zum nächsten Treffen nach Berlin (Ost) mitbringen sollte. Zur Vorbereitung darauf erhielt er eine kurze Einweisung in die Dokumentenfotografie.

Werbungsversuch
durch Ausnutzung
einer wirtschaftlichen
Notlage

Nachrichtendienstliches
Hilfsmittel:
Dokumenten-
fotografie

Nachdem er schließlich eine Verpflichtungserklärung unterzeichnet hatte, erhielt er gegen Quittung 5.000 DM.

Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik offenbarte sich der Bundeswehrangehörige den zuständigen Stellen.

4. Legale Residenturen

Getarnte Stützpunkte
gegnerischer Nach-
richtendienste in der
Bundesrepublik
Deutschland

Um ihre operativen Möglichkeiten zu verbessern, haben fast alle gegnerischen Nachrichtendienste in ihren Zielländern ständige Stützpunkte – sogenannte Residenturen – eingerichtet. Solche Residenturen sind zum einen in den amtlichen und halbamtlichen Auslandsvertretungen der Entsendestaaten getarnt untergebracht. Sie werden als »Legale Residenturen« bezeichnet, weil es sich bei diesen Einrichtungen – insbesondere Botschaften, Handelsvertretungen und Niederlassungen anderer staatlicher Organisationen – um offizielle Vertretungen der Ostblockstaaten handelt. Im Unterschied dazu sind »Illegale Residenturen« Stützpunkte gegnerischer Nachrichtendienste, deren Tarnung nicht auf die Funktionen einer solchen offiziellen Vertretung abgestützt ist und die deshalb nach außen hin keinerlei Bezug zu einem Staat des kommunistischen Machtbereichs erkennen lassen. Sie werden von professionellen Mitarbeitern der gegnerischen Nachrichtendienste aufgebaut, die unter falscher Identität – meist als Bürger eines westlichen Landes getarnt – in ihrem Einsatzgebiet operieren. Sie sollen u. a. die Agentennetze der Legalen Residenturen übernehmen, wenn diese in Krisen- oder Kriegszeiten ihre Arbeit einstellen müssen.

4.1 Auftrag und Gliederung der Legalen Residenturen

Die Legalen Residenturen der gegnerischen Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich voneinander in erster Linie in ihrer personellen Stärke, weniger in ihrer Aufgabenstellung oder den nachrichtendienstlichen Methoden ihrer Führungsoffiziere. Während einige Ostblockstaaten an ihren relativ kleinen Vertretungen eine entsprechend geringe Zahl von ND-Offizieren beschäftigen, leisten sich Polen, die ČSSR und vor allem die Sowjetunion Residenturen von beträchtlicher Größe. So unterhalten allein die Sowjetischen Nachrichtendienste – das KGB und der militärische Dienst GRU - neben ihrer Hauptresidentur in der Sowjetischen Botschaft in Bonn Unterresidenturen in der Sowjetischen Handelsvertretung in Köln und im Sowjetischen Generalkonsulat in Hamburg.

Insgesamt gesehen wird in den Vertretungen der Ostblockstaaten in der Bundesrepublik Deutschland etwa die Hälfte des Personals von gegnerischen Nachrichtendiensten gestellt. Auch wenn sich hierunter zu einem Teil nur Hilfspersonal ohne operative nachrichtendienstliche Funktionen befindet, so muß die Zahl der ND-Offiziere, die z. B. Agenten werben und führen, insgesamt auf mehr als 300 geschätzt werden. Von diesen hat jeder einen beson-

Stützpunkte der so-
wjetischen Nachrich-
tendienste

Ein großer Teil von
ND-Offizieren ope-
riert von »Legalen
Residenturen« aus

deren Aufgabenbereich, der durch die Zugehörigkeit zu der jeweiligen Organisationseinheit der Residentur (sog. »Linie«) bestimmt wird. Die Residenturen sind – in Anlehnung an die Organisationsstruktur der jeweiligen Nachrichtendienstzentrale – nach Arbeitsschwerpunkten gegliedert. Im Vordergrund stehen die Organisationseinheiten, die sich ausschließlich mit der Beschaffung embargogeschützter Technologie und der Sammlung von wissenschaftlich-technischen Informationen befassen (z. B. Linie X der KGB-Residentur) bzw. für das systematische Sammeln von Erkenntnissen aus dem politischen und militärischen Bereich zuständig sind (z. B. Linie PR der KGB-Residentur). Bemerkenswert sind die unterschiedlichen Methoden, mit denen die ND-Offiziere beider Arbeitsbereiche an ihre Aufgabe herangehen.

Besondere Aufgaben in der Beschaffung wissenschaftlich/technologischer Informationen

4.2 Aufklärungsschwerpunkt Politik

Im Bereich der politischen Aufklärung können die Angehörigen der Legalen Residenturen ihre nachrichtendienstlichen Ziele am besten dadurch erreichen, daß sie eine möglichst große Zahl interessanter Gesprächspartner kennenlernen und den Kontakt zu ihnen intensivieren.

Die Tarnung als »Diplomat« erleichtert das Anknüpfen von Verbindungen

Von besonderem Vorteil ist dabei, daß der etwa als angeblicher Diplomat und Mitarbeiter der Politischen Abteilung der Botschaft, als Angehöriger des Militärattachéstabes oder auch als »Journalist« getarnte ND-Offizier auch zu hochrangigen politischen Repräsentanten Verbindungen aufbauen kann. Den geschulten ND-Angehörigen gelingt es immer wieder insbesondere durch eine geschickte Gesprächsführung, das Vertrauen ihrer Kontaktpersonen zu gewinnen, sei es, daß sie »freimütig« die Schwächen des kommunistischen Systems eingestehen oder deutliche Sympathien für die neue, »liberale« Politik der sowjetischen Führung bekunden. Hinzu kommt das Bemühen des ND-Offiziers, den beruflich entstandenen Kontakt auch in den privaten Bereich auszudehnen. Zu diesem Zweck arrangiert er private Einladungen zum Essen, bindet die Ehefrauen in die Beziehung mit ein und versteht es geschickt, eine engere persönliche Beziehung zu entwickeln. Eine solche Verbindung dient dem gegnerischen Nachrichtendienst dann als Grundlage für seine meist auf lange Sicht angelegten nachrichtendienstlichen Bemühungen. Zunächst versucht der Führungsoffizier, in den regelmäßigen Gesprächen mit seinem deutschen »Freund« möglichst viel aus Politik und Gesellschaft zu erfahren. Soweit der deutsche Gesprächspartner hofft, seinerseits wichtige Informationen als Gegenleistung zu erhalten, wird er enttäuscht werden. Bei kritischer Würdigung der Gespräche könnte er feststellen, daß allein sein Gegenüber von der Verbindung profitiert. Neben der Gesprächsabschöpfung bietet der fortlaufende Kontakt dem Führungsoffizier die Möglichkeit, seinen deutschen »Freund« genau zu »forschen«, d. h. seine

Besondere Schulung in Gesprächsführung

Private Kontakte fördern die nachrichtendienstliche Zielsetzung

Abschöpfung von Informationen

Behutsamer Aufbau einer nachrichtendienstlichen Verbindung

Persönlichkeit, Neigungen und Fehler kennenzulernen. Durch geschicktes Eingehen auf ein möglicherweise übersteigertes Gelübungsbedürfnis, finanzielle Schwierigkeiten oder ideologische Sympathien läßt sich die Beziehung schrittweise vertiefen. Bitten des Führungsoffiziers um Gefälligkeiten, die anfangs völlig harmlos anmuten, dienen dazu, den deutschen Gesprächspartner langsam an die Lieferung von Informationen zu gewöhnen. Der ND-Offizier versteht es dabei, seine Anforderungen fast unmerklich zu steigern. Auch die erbrachten Gegenleistungen werden anfänglich kaum als solche empfunden. Auf die Einladung zum Essen folgt nicht selten eine Einladung in das Heimatland des Führungsoffiziers mit vielen Vergünstigungen und Aufmerksamkeiten. Empfindet der deutsche »Freund« bei Andauern der Verbindung den möglichen Wegfall dieser Vergünstigungen und Aufmerksamkeiten als Verlust, kann dies durchaus der halbe Weg in eine nachrichtendienstliche Verstrickung sein. Die wahre nachrichtendienstliche Bedeutung der Verbindung tritt oft erst dann zutage, wenn der ND-Offizier zum Abschluß seiner Akkreditierungszeit seinen Nachfolger einführt, der den Kontakt nahtlos fortsetzt. Spätestens daran kann der deutsche Gesprächspartner erkennen, daß nicht persönliche Sympathie der Grund des Kontaktes war, sondern allein das nachrichtendienstliche Interesse. Die besondere Vorgehensweise bei der Werbung von Agenten aus dem politischen Bereich liegt in der langfristigen Vorbereitung der Werbung, der genauen Forschung der Zielperson und der sehr vorsichtigen Umsetzung der einzelnen Werbungsschritte. Die Zielperson merkt hierdurch kaum, wie sie immer stärker nachrichtendienstlich eingebunden wird. Darüber hinaus schafft eine behutsame Werbung mit psychologischem Einfühlungsvermögen eine bessere Grundlage für eine langjährige nachrichtendienstliche Zusammenarbeit als eine Werbung, die auf der Ausnutzung eines Kompromates, d. h. einer Zwangssituation, beruht.

4.3 Werbungsschwerpunkt Wissenschaft und Technik

Der behutsamen Methode von Abschöpfung und Kultivierung wichtiger Informationsträger aus dem Bereich der Politik steht ein ungleich direkteres Vorgehen der gegnerischen Nachrichtendienste bei der Beschaffung von Informationen und Gütern aus den Bereichen Wissenschaft und Technik gegenüber. So konnte festgestellt werden, daß insbesondere Angehörige der tschechischen Legalresidentur bei der Beschaffung embargogeschützter Produkte aus dem Bereich der Hochleistungstechnologie sehr schnell »zur Sache« kamen. Sie lockten mit Barzahlung, auch mit überhöhten Preisen, und stellten lukrative Geschäftsabschlüsse in Aussicht. Im Hintergrund stand das Bestreben, eine intensive Geschäftsbeziehung aufzubauen, den westdeutschen Geschäftspartner nach und nach an konspirative Verhaltensweisen zu gewöhnen und nachrichtendienstlich zu verstricken.

Zügige und zielgerichtete Anbahnung bei der Wirtschaftsspionage

Verstärkte nachrichtendienstliche Anstrengungen waren bei der Sowjetischen Handelsvertretung in Köln und der Abteilung Wissenschaft und Technik der Sowjetischen Botschaft in Bonn festzustellen. Beide Bereiche dienen den Führungsoffizieren der für die Technologiebeschaffung zuständigen Linie X der KGB-Residentur sowie der entsprechenden Organisationseinheit der GRU zur Abdeckung ihrer nachrichtendienstlichen Aktivitäten. Die dort tätigen ND-Offiziere nahmen insbesondere bei Messen, Ausstellungen und Kongressen Kontakt zu Mitarbeitern von für sie interessanten Firmen auf und versuchten, diese nachrichtendienstlich zu verstricken. Im Einzelfall zeigte sich, daß auch hier embargo-geschützte Technologie im Mittelpunkt des Interesses stand.

Ein Führungsoffizier der sowjetischen Legalresidentur, Aleksandr I. TSCHAGAJEW, der als 3. Sekretär der Abteilung Wissenschaft und Technik der Sowjetischen Botschaft in Bonn angehörte, verließ die Bundesrepublik Deutschland, nachdem er von der Spionageabwehr enttarnt worden war und seine nachrichtendienstlichen Aktivitäten durch die Presse auch in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Ein weiterer ND-Offizier aus diesem Bereich, Wladimir OSTAPOW, hatte die Bundesrepublik Deutschland nach seiner Enttarnung bereits 1986 verlassen. Beide hatten versucht, Kontaktpersonen mit nachrichtendienstlichen Methoden anzubahnen, um sie als Agenten zu gewinnen.

Anbaumöglichkeiten bei Messen und Ausstellungen

4.4 Werbungsschwerpunkt Perspektivagenten

Ein Schwerpunkt der nachrichtendienstlichen Aktivitäten, insbesondere der sowjetischen Legalen Residentur, liegt nach wie vor in der Werbung von Perspektivagenten.

Dabei handelt es sich um Personen, die sich noch in der beruflichen Ausbildung oder am Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit befinden, von denen aber anzunehmen ist, daß sie in Stellungen des öffentlichen Dienstes und bei politischen Parteien aufsteigen oder einflußreiche Positionen in der Wirtschaft und Industrie erlangen werden. Insbesondere mit der Werbung von Studenten war z. B. der KGB-Offizier Jewgenij ANTONOW betraut, der als 3. Sekretär der Konsularabteilung der Sowjetischen Botschaft in Bonn angehörte, bis er – nach seiner Enttarnung durch die Spionageabwehr – im Sommer 1987 in die Sowjetunion zurückkehrte.

Werbung von Perspektivagenten, ein Schwerpunkt der sowjetischen »Legalen Residentur«

4.5 Hauptamtliche Führungsoffiziere und Kooptierte

Für die nachrichtendienstliche Arbeit an Legalen Residenturen werden überwiegend hauptamtliche Mitarbeiter der gegnerischen Nachrichtendienste eingesetzt. Bei ihnen handelt es sich – soweit das operativ tätige Personal betroffen ist – um Mitarbeiter im Offiziersrang, die bereits während ihrer Ausbildung, z. B. des Studiums an einer Universität, für ihre spätere nachrichtendienstliche Tätigkeit geworben wurden. Sie erhalten entweder noch während ihres Studiums oder im Anschluß daran eine umfassende

ND-Offiziere werden
gründlich geschult

nachrichtendienstliche Ausbildung, die sie befähigen soll, als Führungsoffiziere im Zielland völlig selbständig Agenten zu werben, zu führen und beschafftes Material sicher der Zentrale zu übermitteln. Neben ihrer nachrichtendienstlichen Ausbildung erfahren die angehenden Führungsoffiziere eine mehrmonatige Einweisung in die Tätigkeit, die sie auf ihrem späteren Tarndienstposten im Ausland erwartet. Zu diesem Zweck durchlaufen sie Praktika im Außen- oder Außenhandelsministerium, im Verteidigungsministerium (zur Vorbereitung auf eine Tätigkeit im Militärattachéstab) oder bei Außenhandelsunternehmen.

Die meist hochqualifizierten ND-Offiziere werden bei ihrer operativen Arbeit durch Spitzel und Informanten, sog. »Kooptierte«, unterstützt, die ebenfalls Bürger des jeweiligen kommunistischen Staates sind und sich in offizieller Mission ihres Landes, z. B. als Angehörige des Außenministeriums, als Mitarbeiter einer Außenhandelsorganisation oder als Austauschwissenschaftler (vgl. Ziff. 3.2) in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

Während die tschechischen Nachrichtendienste Kooptierte häufig bereits in ihrem Heimatland werben, entsteht für die meisten anderen Zielpersonen der erste nachrichtendienstliche Kontakt erst während ihres Auslandseinsatzes, wenn sie »aus Sicherheitsgründen« von ND-Offizieren der Botschaften oder Konsulate betreut werden. Dabei können sie sich der Aufforderung, über ihre Kontakte zu deutschen Gesprächspartnern zu berichten, in der Regel nicht entziehen, ohne gravierende Nachteile befürchten zu müssen. Dem Wunsch der ND-Offiziere zufolge müssen die Berichte so ausführlich sein, daß sie eine Beurteilung ermöglichen, ob die deutsche Kontaktperson von nachrichtendienstlichem Interesse ist. Bei erfolgversprechenden Zielpersonen ist es die Aufgabe des Kooptierten, den Kontakt zu »kultivieren«, d. h. die Beziehung zu vertiefen, und die Zielperson schließlich zur weiteren nachrichtendienstlichen Anbahnung und Verstrickung dem Führungsoffizier zuzuführen (vgl. Ziff. 3.2).

Kooptierte dienen jedoch nicht nur als Informanten, die ihren nachrichtendienstlichen Auftraggebern über ihre Kontakte zu Bundesbürgern berichten, sondern auch als Spitzel gegenüber eigenen Landsleuten. So ist ihre Hilfe bei der Überwachung der Kolonie der eigenen Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland ein weiteres wichtiges Wirkungsfeld. Mit Unterstützung der Kooptierten gelingt es den gegnerischen Nachrichtendiensten, Abwechler und Problemfälle unter den Mitgliedern der Kolonie zu erkennen und die entsprechenden Personen rechtzeitig »in Sicherheit« – d. h. zurück nach Hause – zu bringen.

5. Festnahmen und Verurteilungen

Im Jahre 1987 wurden 34 Personen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen. Gegen 17 Personen wurden Haftbefehle erlassen. Von den mit Haftbefehl Festgenommenen waren 9 Personen von einem Nachrichtendienst der DDR, 4 von einem sowjetischen, die übrigen von sonstigen Diensten angeworben worden.

Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) insgesamt 26 Personen wegen Straftaten im Bereich »Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit« (§ § 93-101 a StGB).

Abkürzungsverzeichnis

AAU	Anarchistische Arbeiter-Union
AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
AD	Action Directe
ADS	Arbeitskreise Demokratischer Soldaten
ADS Westberlin	Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin
ADÜTDF	Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.
AIB	Antiimperialistisches Informationsbulletin
AMGT	Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V.
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten
ANV/VB	Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/ Völkischer Bund
ARGK	Volksbefreiungsarmee Kurdistan
ASK	Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.
ATIK	Konföderation der Arbeitnehmer aus der Türkei in Europa
BBi	Bürger- und Bauerninitiative e. V.
BdWi	Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e. V.
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BUF	Bundeskonzferenz Unabhängiger Friedensgruppen
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
CEDADE	Circulo Espanol de Amigos de Europa
CIMEA	Comité International des Mouvements d'Enfants et Adolescents
DA	Deutscher Anzeiger
DBI	Deutsche Bürgerinitiative e. V.
DDF	Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V.
DFG-VK	Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner
DFI	Demokratische Fraueninitiative
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGG	Deutschland in Geschichte und Gegenwart
DIBAF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie
DIDF	Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V.
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Monatshefte
DNSB	Danmarks Nationalsocialistiske Bevægelse
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DS	Bulgarischer Nachrichtendienst »DRZAVEN SIGURNOST«

DSt	Deutsche Stimme
DSZ-Verlag	Druckschriften- und Zeitungsverlag
DVU	Deutsche Volksunion e. V.
DVU – Liste D	Deutsche Volksunion – Liste D
DWZ	Deutsche Wochen-Zeitung
EB	Europäische Bewegung
ENO	Europäische Neu-Ordnung
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistans
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FASS	Föderation anarchistischer Schüler und Studenten
FAU	Freie Arbeiter-Union
FAU-HD-A-	Freie Arbeiter-Union (Anarchisten)
FAU/R	Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FEYKA-	Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kultur-
Kurdistan	vereinigungen aus Kurdistan in der BRD e. V.
FIDEF	Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
FIR	Internationale Föderation der Widerstandskämpfer
FN	Front National
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
FZ-Verlag	Freiheitlicher Zeitungsverlag GmbH
GfbAEV	Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik
GIM	Gruppe Internationale Marxisten
GRU	Militärischer Nachrichtendienst der UdSSR
HLA	Hamburger Liste für Ausländerstopp
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.
IAA	Internationale Arbeiter-Assoziation
IDFF	Internationale Demokratische Frauenföderation
IHV	Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige
IKS	Internationale Kommunistische Strömung
IMSF	Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR
IRA	Irish Republican Army
ISA	Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation
IVDJ	Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen
JN	Junge Nationaldemokraten
JP	Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation
KA	Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung
KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KFAZ	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammen- arbeit
KGB	Ziviler sowjetischer Nachrichtendienst

KI	Krefelder Initiative
KOMKAR	Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e. V.
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (1956 verboten)
KPD-ML	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LPRK	Volksbewegung für die Republik Kosovo
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MAB	Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
MASCH	Marxistische Abendschule/Marxistische Arbeiterschule
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Marxistische Gruppe
MHP	Partei der Nationalistischen Bewegung
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MSB	Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus
MSP	Nationale Heilspartei
MSV	Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V.
NE	Nation Europa
NF	Nationalistische Front
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP-AO	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation
O. I. P. F. G.	Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-DEGHANI-Anhänger)
O. I. S.	Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin (Mehrheit)
PA	Proletarische Aktion
PAV	Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin
PFLP	Volksfront für die Befreiung Palästinas
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PLF	Palestine Liberation Front
PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation
PNC	Palästinensischer Nationalrat
PPA	Progress Presse Agentur
PSV	Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e. V.
RAF	Rote-Armee-Fraktion
R. K. M. I.	Rat der konstitutionellen Monarchie des Iran
RP	Wohlfahrtspartei
RSG	Radikaldemokratische Studentengruppen

RZ	Revolutionäre Zellen
SAG	Sozialistische Arbeitergruppe
SB	Sozialistisches Büro
SB	Polnischer Nachrichtendienst »SLUZBA BEZPIECZENSTWA«
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
SJV Karl Liebknecht	Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht
SRP	Sozialistische Reichspartei (1952 verboten)
THKP/-C	Türkische Volksbefreiungspartei/-Front
TKP/M-L	Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten
U. I. S. A.	Union Islamischer Studentenvereine in Europa
UZ	Unsere Zeit
VDJ	Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.
VDS	Vereinigte Deutsche Studentenschaften
VMO	Vlaamse Militanten Orde
VOLKSFRONT	Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten
WBDJ	Weltbund der Demokratischen Jugend
WFR	Weltfriedensrat
WFW	Weltföderation der Wissenschaftler
WGB	Weltgewerkschaftsbund
WJ	Wiking-Jugend
WUNS	World Union of National Socialists

Sachwortregister

- A**
- Action Directe (AD) 80f.
 - AKTION 57
 - Aktionen gegen die Bundeswehr 43, 67
 - Aktionseinheit 34 ff., 46
 - Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) 100f.
 - Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin (ADS Westberlin) 27
 - ALTERMANN, Hans 117
 - Anarchisten 20, 52 f., 57, 64
 - Anarchistische Arbeiter-Union (AAU) 63
 - anarchistische Gruppen 20, 53, 69, 71
 - Anarcho-kommunistische Gruppen 63
 - Anarcho-syndikalistische Gruppen 63
 - Anti-AKW-Bewegung, linksextremistischer Einfluß auf die 66
 - Anti-Imperialismusarbeit 65
 - Antifa-Gruppen 68
 - »Antifaschismus« 30, 35, 41, 45, 68
 - antiimperialistische Front in Westeuropa 80f.
 - Antiimperialistische Solidarität 41
 - Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB) 33
 - Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) 33, 42
 - »Antimilitarismus« 66
 - antimonopolistische Demokratie 23
 - antimonopolistisches Bündnis 34
 - ANTONOW, Jewgenij 182
 - ARAFAT, Yassir 143
 - Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 55
 - Arbeiterfotografie 49
 - Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) 140, 149
 - Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB) 106, 126
 - Arbeitskreis Junge Familie 120
 - Arbeitskreise Demokratischer Soldaten (ADS) 43
 - ARCHNER, Bernhard 126
 - Ausländerfeindlichkeit 125
 - Autonome 53, 57 ff., 66 ff., 71, 75, 79
 - Autonome Abrißgesellschaft für Potemkinsche Dörfer 79
 - Autonome Feuerwerker 79
 - Autonome Zellen 79
 - avanti 29
 - Avrupa' da Dev Genc (Revolutionäre Jugend in Europa) 150f.
- B**
- BAADER 75
 - BARABASS, Ingrid 81
 - beeinflusste Organisationen der »Neuen Linken« 20
 - beeinflusste Organisationen, orthodox-kommunistische 20, 21, 25, 27, 30, 32, 37, 48, 52, 70
 - Berliner Mietergemeinschaft e. V. 27
 - »Berufsverbote« 35
 - BETHGE, Horst 40
 - Bewegung 101, 105, 108, 122
 - Blätter für deutsche und internationale Politik 48
 - Blockaden 24, 62, 67, 112
 - Bolsevik Partizan 149
 - Brand- und Sprengstoffanschläge 53, 61, 64, 69, 72, 73 f., 76 ff., 81 ff., 102, 109, 125, 128, 138 ff., 141, 145, 147, 149, 150 f., 153 f.
 - Brücken-Verlags-GmbH 48
 - Bruderparteien 51, 70
 - Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e. V. (BdWi) 71
 - Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) 56
 - Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 55 f., 68
 - Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF), Mit-

- wirkung von Linksextremisten in der 66 f.
- Bundestagswahl 1987 33, 43, 49, 53, 103, 112 ff.
- Bundeswehr, Aktionen gegen die 43, 67
- Bündnispolitik 30 f., 34, 48 f.
- Bürger- und Bauerninitiative e. V. (BBI) 108
- Bürgerschaftswahl
- Bremen 49, 53, 103, 112, 116
 - Hamburg 49, 112, 119
- BUSCHMANN, Martha 32, 71
- C**
- CAIGNET, Michel 122
- CEDADE 124
- CHANDRA, Romesh 70
- CHRISTOPHERSEN, Thies 108, 122, 123
- Circulo Espanol de Amigos de Europa (CEDADE) 124
- CODE 121
- collectiv-Buchhandlungen 48
- Comité du Kurdistan 140, 142
- D**
- Damnitz-Verlag 49
- Danmarks Nationalsocialistiske Bevægelse (DNSB) 122
- De Knipselkrant 80
- Deckadresse 166
- Deckname 166
- Demokratische Fraueninitiative (DFI) 33, 71
- Der Schulungsbrief 107
- DERWENSKUS, Ralf 27
- Deutsche Aktionsgruppen 109
- Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI) 109
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) 32, 37, 71
- Deutsche Friedens-Union (DFU) 31 f., 37 ff., 71
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 20 ff., 45 ff., 53, 70 ff., 125, 127, 142, 152
- Aktionseinheit, Bemühungen um 34 ff.
 - Anleitung durch die SED 50
 - Betriebsarbeit 42
 - Bruderparteien 51
 - Bündnispolitik 23, 30, 34
 - ideologischer Standort 22
 - Finanzierung 25
 - Gewerkschaftsarbeit, kommunistische 36
 - Kulturarbeit 48 f.
 - Mitglieder 20, 25
 - Organisation 25
 - Parteikrise 24
 - Parteipresse, Betriebszeitungen 26, 43
 - Schulung 25
 - Teilnahme an Wahlen 49
- Deutsche Liste 116
- Deutsche Monatshefte (DM) 121
- Deutsche National-Zeitung (DZ) 114, 118
- Deutsche Volksliste 116
- Deutsche Volksunion e. V. (DVU) 112, 116 f., 123
- Deutsche Volksunion – Liste D (DVU – Liste D) 98, 112 f., 116 ff.
- Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) 118
- Deutscher Anzeiger (DA) 114, 118
- Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG) 121
- Deutschlandtreffen 112
- Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) 151
- Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) 150
- Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) 151
- Diagnosen 121
- Diagnosen GdbR 121
- die Amazonen 78
- Die Bauernschaft 109
- Die Bewegung 100 f.
- Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V. (DFB) 118
- Die Friedensliste 32, 49
- Die Friedensliste Hamburg – Liste für Frieden, Arbeiterrechte, Demokratie 49
- Die Neue Front 100
- Diktatur des Proletariats 23, 52, 56
- Dokumentenfotografie 178
- Dritte Welt Solidarität 65

- Druckschriften- und Zeitungsverlag (DSZ-Verlag) 118
- E**
- Eiserne Lerche – Hefte für eine demokratische Musikkultur 48
- elan – Computer-Info 29
- elan – Das Jugendmagazin 28
- elan – Mailbox 29
- ENSSLIN 75
- ERBAKAN, Necmettin 152
- ERLEBACH, Kurt 30
- Europäische Bewegung (EB) 122
- Europäische Neu-Ordnung (ENO) 123
- Euroring 122
- F**
- FATAH 143
- Festival der Jugend 28
- Föderation anarchistischer Schüler und Studenten (FASS) 69
- Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) 149
- Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie (DIBAF) 152
- Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e. V. (KOMKAR) 141, 142
- Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FEYKA-Kurdistan) 140, 142
- Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) 152 f.
- Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V. (DIDF) 150
- Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) 62, 66 f.
- Freie Arbeiter-Union (FAU) 63
- Freie Arbeiter-Union (Anarchisten) (FAU-HD -A-) 63
- Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten (FAU/R) 63
- Freie Deutsche Jugend (FDJ) 27, 51
- FDJ-»Jugendhochschule Wilhelm Pieck« 25
- Freies Deutschland 125
- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 101 ff., 120, 127
- Freiheitliche Zeitungsverlag GmbH (FZ-Verlag) 118
- freiraum 57
- Freundeskreis Ulrich von HUTTEN e. V. 119
- Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Kuba e. V. 42
- FREY, Dr. Gerhard 112 ff.
- »Friedensbewegung«, Mitwirkung von Linksextremisten in der 32, 35, 36 ff., 55, 67
- »Friedenskampf« 27, 31 f., 34, 36, 43, 47
- Front National (FN) 117, 124
- Frontorganisationen 70
- G**
- GEMS, Michael 32
- Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV) 119
- Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 118
- Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH 55
- Gesetzesverletzungen mit links-extremistischem Hintergrund 82 f., 128
- Gesetzesverletzungen mit rechts-extremistischem Hintergrund 102, 107, 128
- Gewalt 52, 66, 69, 72 f., 75, 77, 79, 82, 100, 102 ff., 127 ff., 138 f., 141, 143, 145, 149 ff., 152, 153 ff.
- Gewaltfreie Aktionsgruppen 62, 67
- Gewerkschaftsarbeit, kommunistische 36
- Göcmen (Emigrant) 151
- Grabert-Verlag 121
- GRAPO (Antifaschistisches Kommando 1. Oktober) 80
- Graswurzelbewegung 62
- Graswurzelrevolution 62

- Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 55
- H**
- HAMADI, Abbas Ali 144f.
 HAMADI, Mohamad Ali 143 ff.
 Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA) 119
 Hamburger Papiere 24
 HAULE-FRIMPONG, Eva Sybille 81
 HEIDEL, Volker 100, 105
 HEPP, Odfried 126
 HERTEL, Gerd 30
 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) 105, 108
 Hizb Allah (Partei Gottes) 144
 Hochschule des Leninschen Komsomol 25
 Horizonte 56
 HORNSTEIN, Luitgard 81
 HÜBSCHEN, Erhard 114
 Huttenbriefe 119
- I**
- Ijzerbedevaart 122
 Illegaler Technologietransfer 174
 Initiative »Sportler und Sportlerinnen für den Frieden«, Mitwirkung von Linksextremisten in der 38
 Initiative »Weg mit den Berufsverböten« 35, 40
 Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU 25
 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW) 51
 Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) 47
 Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) 63
 Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) 71
 Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) 71
 Internationale Kommunistische Strömung (IKS) 56
 Internationale Vereinigung Demo-
- kratischer Juristen (IVDJ) 33, 71
 Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige (IHV) 108
 Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V. (MSV) 145
 Irish Republican Army (IRA) 148
- J**
- Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg 28
 Jugendpolitische Blätter 28
 Junge Nationaldemokraten (JN) 100, 113 f., 116, 119, 122, 126
 Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) 25, 30, 43, 45, 51, 70
- K**
- K-Gruppen 53, 56, 65, 71
 Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst 31, 40
 Kampagne gegen die Volkszählung 31, 33, 39, 64, 73
 Kämpfende TUDEHies in West-Berlin 146
 KAPLAN, Cemaleddin 152
 Karl-Liebknecht-Schule 25
 Kernorganisationen der »Neuen Linken« 20
 Kernorganisationen, orthodox-kommunistische 20, 34
 KEXEL, Walther 126
 KLUTH, Christian 81
 KNICKREHM, Uwe 32
 KOEHL, Matt 124
 Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) 32, 35, 37, 71
 Kommunalwahlen 49, 149
 Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) 23, 25, 29, 36, 70, 171
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (1956 verboten) 22, 24

- Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD) 55
- Kommunistischer Bund (KB) 54, 66
- Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) 55
- Konföderation der Arbeitnehmer aus der Türkei in Europa (ATIK) 149
- Kontaktanlässe 163
- Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (KA), Mitwirkung von Linksextremisten in dem 32, 37, 43, 47
- KOSIEK, Rolf 118
- Krefelder Initiative (KI) 37
- KÜHNEN, Michael 100, 105, 108, 122 f.
- Kulturarbeit der DKP 48 f.
- kürbiskern – Literatur, Kritik, Klassenkampf 49
- Kurdistan-Komitees 140
- L**
- Landtagswahlen
- Hessen 49, 103, 112
 - Rheinland-Pfalz 49, 112
 - Schleswig-Holstein 49, 103, 112
- LAUCK, Gary Rex 106, 124
- Legale Residenturen 174, 176, 179 ff., 181 ff.
- Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) 154
- Libertäre Zentren 57
- Linksextremisten im öffentlichen Dienst 21, 22
- Lowtechniker im Widerstand 79
- M**
- Marx-Engels-Stiftung e. V. 47
- Marx-Engels-Zentrum 47
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 53 f.
- Marxistische Abend-/Arbeiterschulen (MASCH) 47
- Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB) 47
- Marxistische Betriebsarbeiter-
- schulen 25
- Marxistische Gruppe (MG) 56 f., 69
- Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) 22, 25, 29, 43, 45 f., 51, 70
- MASKE, Achim 32, 37
- Maßnahmen gegen
- Linksextremisten 84
 - Rechtsextremisten 129
- messemagazin international (mmi) 48
- MHB Gesellschaft für Druck und Vertrieb wissenschaftlicher Literatur mbH 57
- MIES, Herbert 36, 50
- Militärspionage 162, 170, 177
- Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 51 f., 162, 165 ff., 168 f., 175
- Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen 137, 140, 143, 144, 148, 153, 154
- Mitgliederzahlen, Linksextremismus 20, 25, 53, 56 f.
- Mitgliederzahlen, Rechtsextremismus 98, 112, 113, 119
- MOSLER, Jürgen 100, 122
- MÖSSLE, Markus 127
- Motorradclub »Kuhle Wampe« 45
- Mücadele (Kampf) 149
- MÜLLER, Curt 108
- MÜLLER, Ursula 108
- MUSSGNUM, Martin 112, 113
- N**
- Nachrichten der HNG 105
- Nachrichten-Verlags-GmbH 36, 48
- NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 36
- Nachrichtendienste
- Bulgarien 172 f.
 - ČSSR 167 f., 183
 - DDR 164 f., 168 f., 178 f., 184
 - Polen 173 f.
 - Rumänien 173
 - UdSSR 162, 171 f., 175 ff., 179 f., 182, 184
- NAHRATH, Wolfgang 120
- Nation Europa (NE) 121

- National-Freiheitliche 98, 114 f.
 Nationaldemokraten 98, 110 ff., 116
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 99, 110 ff., 116, 118 f., 122, 126 f.
 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 114
 – NHB-Report 114
 Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) 140, 142
 Nationale Heilspartei (MSP) 152
 Nationalistische Front (NF) 104 f., 120, 127
 Nationalrevolutionäre 99
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 99, 101
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 106 f., 124
 Naturwissenschaftler-Initiative: Verantwortung für den Frieden, Mitwirkung von Linksextremisten in der 38
 NAUMANN, Peter 106, 126
 Nebenorganisationen der »Neuen Linken« 20
 Nebenorganisationen, orthodox-kommunistische 20 f., 25, 27 f., 34, 47, 52, 70, 142
 Neonazis 98 ff., 109, 120, 122, 124 ff.
 »Neue Linke« 20 f., 41, 47, 52 f., 62, 64 ff., 69, 71, 77, 137, 139, 146, 149 f.
 Neuer Nationalsozialismus/ Neonazismus 99
 New Order 124
 NHB-Report 114
 Nordland Forlag 109
 NS-Kampftruf 124
 NS-Publications 124
- O**
 ÖCALAN, Abdullah 141
 OCHENSBERGER, Walter 123
 öffentlicher Dienst,
 – Linksextremisten im 21, 22
 – Rechtsextremisten im 99
 Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-DEGHANI-Anhänger) (O. I. P. F. G.) 146
 Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin (Mehrheit) (O. I. S.) 147
 orthodoxer Kommunismus, Def. 22
 OSTAPOW, Wladimir 182
 Ostermärsche 1987, Beteiligung von Linksextremisten 35, 37
 ÖZCAN, Hasan 151
- P**
 Pahl-Rugenstein-Verlag 48 f.
 Pajwak (Echo) 146
 Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) 143
 Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV) 143
 Palästinensischer Nationalrat (PNC) 143
 Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e. V. (PSV) 143
 Palestine Liberation Front (PLF) 127
 Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) 153
 Partizan 149
 Perspektivagenten 163, 182
 Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH 47, 49
 pläne GmbH 48
 POHL, Andreas 120
 POLIKEIT, Georg 26
 Politische Spionage 162, 170, 174, 180
 Progress Presse Agentur (PPA) 26
 Proletarische Aktion (PA) 63
 Publikationen ausländischer Extremistenorganisationen 138
 Publikationen der »Neuen Linken« 21, 57
 Publikationen der orthodoxen Kommunisten 21, 26

- Publikationen, rechtsextremistische 98
- R**
- radikal 57
- Radikaldemokratische Studentengruppen (RSG) 46
- RADOW, Birgit 28
- RAJAVI, Massoud 146
- RASPE 75
- Rat der konstitutionellen Monarchie des Iran (R. K. M. I.) 147
- Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst 99
- Reisekader 51 f.
- REMER, Otto-Ernst 118
- Resultate – Gesellschaft für Druck und Verlag wissenschaftlicher Literatur GmbH 57
- revolutionär-marxistische Gruppen 20, 52 f.
- Revolutionäre Marxisten 20, 53, 64
- Revolutionäre Osterhasen 79
- Revolutionäre Viren – Jugendorganisation der RZ 77
- Revolutionäre Zellen (RZ) 73, 76, 78, 82
- RIECKE, Thomas 29
- RIIS-KNUDSEN, Povl 109, 122
- ROEDER, Gertraud 109
- ROEDER, Manfred 109
- Rote-Armee-Fraktion (RAF) 73 ff., 77 ff.
- engeres RAF-Umfeld 74
 - Kommandobereich 74, 81
 - Militante der RAF 74, 81
 - RAF-Anhänger/-Umfeld 73 ff., 80
- rote blätter 29
- Rote Brigaden 80
- Rote Zora 73 f., 76, 78, 82
- Rührt Euch – Zeitung für Soldaten 29
- RUMP, Michael 27
- S**
- SABOT 57
- Sabotage 62 f., 77
- SALOMON, Thomas 118
- Samisdat Publishers Ltd. 124
- SCHMEGNER, Mareile 81
- SCHMITT, Horst 27
- SCHMITZ, Reiner 120
- SCHÖNBORN, Meinolf 105
- Schülervertretungen, Mitwirkung von Linksextremisten in 44
- SCHÜTZINGER, Jürgen 110, 113
- Schwarzer Faden 57
- SED-Parteischule Franz Mehring 25
- SENBÜHLER, Karl-Heinz 114
- SIEG-AJ-Presse-Dienst 123
- Skinheads 120, 125
- Soldaten-Friedensinitiativen, linksextremistischer Einfluß auf 43
- Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) 56
- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 25, 28, 37, 42 ff., 51, 70, 143, 152
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 23, 27, 36, 50 ff.
- Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) 21, 27, 66, 70
- Sozialistische Reichspartei (SRP) (1952 verboten) 118
- Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht (SJV Karl Liebknecht) 27
- Sozialistisches Büro (SB) 57
- sozialrevolutionäre Gruppierungen 20, 53, 57, 65, 69, 71, 75
- Spionage
- Militärspionage 162, 170, 177
 - Politische Spionage 162, 170 f., 174, 179 f.
 - Wirtschaftsspionage 162, 170, 174
 - Wissenschaftsspionage 170, 174 f., 181
- Sprengstoff- und Brandanschläge 53, 61, 64, 69, 72 ff., 76 ff., 81 ff., 102, 109, 125 ff., 138 f., 141, 145, 147, 149 ff. 153
- STÄGLICH, Wilhelm 124
- STRASSER-Flügel/STRASSER-Kurs 99, 105
- Studentenvertretungen, linksextremistische Einflüsse in 22
- Sturmvogel-Deutscher Jugendbund 120

- T**
- TAG, Ernst 107, 127
 Tarnorganisationen 70
 Teblig (Die Verkündung) 152
 tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst 49
 Terrorakt, Definition 72
 Terrorismus,
 linksextremistischer 72
 Terrorismus,
 rechtsextremistischer 125
 TRAPP, Horst 32
 Treff, nachrichtendienstlicher 166, 171, 176 ff.
 trotzkistische Gruppen 52 f., 56, 65, 71
 TSCHAGAJEW, Alekssandr I. 182
 TUDEH-Partei 146 f.
 TÜRKEKES, Alparslan 153
 Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/M-L) 149
 Türkische Volksbefreiungspartei/-Front (THKP/-C) 151
 Türmer-Verlag 121
- U**
- UNIDOC Film GmbH 48
 Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U. I. S. A.) 145
 Unsere Zeit (UZ) 26, 35 f., 49
 UNZERTRENNLICH 57
- V**
- Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln 152
 Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e. V. 57
 Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS), Mitwirkung von Linksextremisten in den 37, 46, 69
 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) 55
 Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V. (VDJ) 33, 39, 71
 Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V. (AMGT) 152
 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) 30, 35, 37, 39, 41, 71, 127, 152
 Verlag »NS Publications« 124
 Verlage, linksextremistische 21, 48
 Verlage, rechtsextremistische 98, 118, 121
 Vlaamse Militanten Orde (VMO) 122
 Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) 140, 142
 Volksbewegung für die Republik Kosovo (LPRK) 154
 Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) 143
 Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) 55, 68
 Volksmohajedin Iran 145 f.
 Volkszeitung – Deutsche Volkszeitung/die tat 34
 Voorpost 122
 VORAN – zur sozialistischen Demokratie 56
 Vorfelddorganisationen 27, 32 f., 36 f., 39 f., 51, 66
 VVG – Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. 48
- W**
- WAGNER, Rolf Klemens 81
 Wahlbündnisse, Beteiligung von Linksextremisten 49
 WALENDY, Udo 118
 WEBER, Eberhard 26
 Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) 70
 Weltföderation der Wissenschaftler (WFW) 71
 Weltfriedensrat (WFR) 32 f., 70 f.
 Weltgewerkschaftsbund (WGB) 41
 Weltkinderorganisation CIMEA 70
 Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt 23
 Werbungsmethoden 163, 167 f., 174 f., 178, 181 f.
 Werwölfe 125
 Westarbeit 50 f.
 Wiking-Jugend (WJ) 100, 119 f.

Wirtschaftsspionage 162, 170,
174
Wissenschaftsspionage 170, 174,
181
WITT, Gregor 32
WITTIG, Rudi 120
Wohlfahrtspartei (RP) 152
WORCH, Christian 100
World Union
of National Socialists
(WUNS) 124

Y

Yeni Ufuk (Neuer Horizont) 153

Z

Zielobjekte östlicher Nachrichten-
dienste 170, 172
– Emigrantenvereinigungen 172
– Parteien 170
– Regierungs- und Verwaltungs-
stellen 170
– Sicherheitsbehörden 170
– Wissenschafts- und Forschungs-
bereich 170
ZÜNDEL, Ernst 124
Zusammen Kämpfen 74, 80